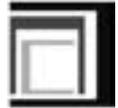




Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Nationale Stadtentwicklungspolitik Positionen





Vorwort

Ein Großteil unserer Bevölkerung lebt und arbeitet in Stadtregionen. Politik für Städte ist daher immer Politik für Menschen. Wenn wir wollen, dass unsere Städte auch in Zukunft Orte des sozialen Ausgleichs und dynamische Wachstumszentren bleiben, dann müssen wir vorhandenes Wissen stärker bündeln. Nur so können wir die sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir in der Stadtentwicklung stehen, erfolgreich meistern. Gemeinsam mit unseren Partnern aus den Ländern und Kommunen habe ich im Mai 2008 neben Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Verbänden und Kirchen namhafte Experten aus allen stadtrelevanten Disziplinen in das Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik berufen. An diesem „Runden Tisch der Stadtentwicklung“ sollen Lösungsansätze für die anstehenden Herausforderungen in unseren Städten und Gemeinden gemeinsam entwickelt, diskutiert und formuliert werden. Diese Aufgabe wird entlang der sechs Handlungsfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geleistet:

- Bürger für Ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft,
- Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren – Soziale Stadt,
- Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung,
- Städte besser gestalten – Baukultur,
- Die Stadt von Morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung,
- Die Zukunft der Stadt ist die Region – Regionalisierung.

Das Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat die Zeit seit der konstituierenden Kuratoriumssitzung genutzt. In der nun vorliegenden Veröffentlichung haben sie Positionen zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik formuliert, die sich mit den zentralen Fragen auseinandersetzen: Worin bestehen die zentralen Herausforderungen an

die Stadtentwicklungspolitik – jetzt und in 10 Jahren? Was wird in diesem Zusammenhang von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erwartet? Wie kann ein eigener Beitrag der Kuratoriumsmitglieder bzw. der von diesen vertretenen Organisationen aussehen?

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kuratoren für ihre Arbeit und die anregenden Beiträge ganz herzlich bedanken. Stadtentwicklungspolitik hat auch künftig die Funktionsfähigkeit der Städte sicherzustellen. Sie muss die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, friedliches Miteinander und gesunde Lebensbedingungen schaffen. Gerade die „weichen“ Standortfaktoren werden dabei immer mehr an Bedeutung gewinnen. Wir müssen gemeinsam die Innovationskraft unserer Städte stärken, Kreativität zulassen, neue Techniken erproben und urbane Qualitäten ausbauen. Insbesondere Städte bieten die Voraussetzungen dafür, dass Familien die Berufstätigkeit beider Partner und Kinder verbinden und dass Senioren in einem attraktiven Umfeld mit vielfältigen Angeboten leben können.

Die Stadt ist ein Erfolgsmodell. Wir müssen weiterhin alle Kräfte bündeln, interdisziplinäres Denken und Handeln fördern und uns gemeinsam für die Zukunft unserer Städte stark machen.



Wolfgang Tiefensee
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Koordination

Prof. Peter Zlonicky

Redaktion und Gestaltung

Büro für Stadtplanung und Stadtforschung,
München
Peter Zlonicky
Elke Wendt-Kummer
Didier Vancutsem

Druck

Ulenspiegel Druck gmbh, Andechs

Nachdruck und Vervielfältigungen:
alle Rechte vorbehalten.

Berlin, April 2009



Inhalt

Das Kuratorium und die Leitlinien der Stadtentwicklungspolitik Staatssekretär Dr. Engelbert Lütke Daldrup	6
Nationale Stadtentwicklungspolitik: vom Konzept zum Prozess Dr. Ulrich Hatzfeld	13
Positionen der Mitglieder des Kuratoriums Prof. Dr. Harald Bathelt, University of Toronto Adolf Bauer, Präsident des Sozialverbandes Prof. Michael Braum, Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur Prof. Dr. Christoph Brockhaus, Direktor der Stiftung Wilhelm Lehmbruck Museum Dr. Brigitte Dahlbender, Bund für Umwelt und Naturschutz Prof. Thomas Dilger, Zentraler Immobilienausschuss Eckart Drosse, Rechtsanwalt, Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e.V. (Stiftung Ettersburg) Hans Jörg Duppré, Landrat Südwestpfalz, Präsident des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Werner Durth, TU Darmstadt Lutz Freitag, Präsident des GdW, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt Universität Berlin Marlis Herterich, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes e.V. Frank Junker, Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Prof. Dr. Michael Krautzberger, Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Prof. Dr. Mojib Latif, Leibniz-Institut, Universität Kiel Prof. Dr. Martina Löw, TU Darmstadt Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin, Berlin Ralf Meister, Generalsuperintendent Prof. Dr. (I) Dipl.-Ing. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin, München Dr. August Ortmeier, Ass.jur. Tine Fuchs, Deutscher Industrie- und Handelskammertag Prof. Elke Pahl-Weber, TU Berlin Dr. h.c. Fritz Pleitgen, Vorsitzender Ruhr 2010 Walter Rasch, Senator a.D. Dr. Franz-Georg Rips, Präsident Deutscher Mieterbund Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks Prof. Arno Sighart Schmid, Präsident der Bundesarchitektenkammer Oberbürgermeister Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Dr.-Ing. Karl H. Schwinn, Bundesingenieurkammer Prof. Albert Speer, Büro Albert Speer&Partner GmbH Michael Stein, Vorsitzender der Vereinigung für Stadt-, Regional und Landesplanung e.V. Rupert-Ralf Graf Strachwitz, Humboldt Universität Berlin Prof. Christiane Thalgot, Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Christian Ude, Oberbürgermeister, Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sport Bundes Prof. Julian Wékel, TU Darmstadt Oliver Wittke MdL, Minister für Bauen und Verkehr NW a.D. Michael von Zitzewitz, Vorsitzender der Geschäftsführung Messe Frankfurt a. Main Prof. Peter Zlonicky, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung Martin zur Nedden, Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig	22
Förderung von Stadtentwicklung und Stadterneuerung Prof. Dr. Michael Krautzberger	119
Aus der Sicht des Kuratoriums - Zentrale Themen der Stadtentwicklung Prof. Peter Zlonicky	133
Dank und Abbildungen	140

Das Kuratorium und die Leitthemen der Stadtentwicklungspolitik

Staatssekretär Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup im Gespräch

Welche Erwartungen haben Sie an das Kuratorium zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Die Mitglieder des Kuratoriums - etwa 40 Persönlichkeiten - sind für uns Botschafter, die wesentliche Fragestellungen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in ihre Organisationen hineinragen - große Organisationen wie Handwerkskammern, Sportverbände, Universitäten, verschiedene föderale Ebenen. Gleichzeitig können sie die Themen der Gesellschaft in unsere Debatten zur Stadtentwicklung einbringen. So entsteht ein wechselseitiger Dialog.

Mit dem Buch „Positionen zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ versuchen wir diesen Dialog aufzuschreiben, damit sich

die Erwartungen und Beiträge des Kuratoriums nicht nur im geschlossenen Raum artikulieren, sondern auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich werden. Das hängt mit der Grundidee zusammen, die wir seit zwei Jahren betreiben: mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine Plattform zu bilden, die über die engere Fach-Community hinaus geht. Wir müssen auf allen Ebenen in die Politik hineinwirken, von der nationalen Politik - Bundestag und Bundesrat - bis in die Stadtparlamente.

Und wir wollen in möglichst breite Kreise unserer Gesellschaft und Wirtschaft hineinwirken, um den Grundanspruch einer integrierten Herangehensweise der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die auf Zusammenarbeit, auf Partnerschaft setzt, zu verwirklichen. Das Kuratorium ist ein Instrument der Kommunikation, des Dialogs, des Austauschs. Es soll uns dazu verhelfen, auch Themen kennen zu lernen, die wir in unserem Planer-Alltag vielleicht nicht wahrnehmen.

Als neue Erfahrung schätze ich auch den Austausch der Kuratoren und ihrer Institutionen untereinander - hier entsteht eine neue Plattform für die Städte.

Welche Erwartungen haben die Kuratoriumsmitglieder an Sie und die Politik des Hauses? Es gibt allgemeine Einschätzungen: zu wenig Wirtschaft, zu wenig Nahverkehr, mehr Koordination im Hause und mit anderen Fachressorts. Dann gibt es interessante Anregungen, über die ich gerne mit Ihnen spreche. Zum Beispiel Weiterentwicklung der Förderung: wie kann man Förderungszusagen mit der Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Empfänger verbinden?

Wir haben versucht, mit unseren Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Kooperation vorzuleben. Ein ganz wichtiges Kriterium bei der Auswahl der mittlerweile 80 Projekte, die wir deutschlandweit - auch



mit regionalen Verbänden - fördern, ist das Thema Kooperation. Bei unseren Modellprojekten, denen wir als Bund direkt nur wenige Millionen Euro zur Verfügung stellen können, haben wir das Kooperationsthema zu einem Fördergegenstand bestimmt. Das ist ein wichtiges Auswahlkriterium. Ein weiteres ist bei modellhaften Projekten die Erwartung, dass sie etwas transportieren können – eine neue Idee, eine neue Herangehensweise, eine neue Kooperationsform, eine neue Partnerschaftsinitiative – das ist im Bereich der Modellprojekte fast schon ‚state of the art.‘

Bei der traditionellen Städtebauförderung fordert der Bund zwar integriertes Handeln ein, aber die Einlösung des Kooperationsversprechens erfolgt auf der kommunalen Ebene und kann nur durch die Länder kontrolliert werden. Als Bund können wir dabei nur etwas programmatisch vorgeben, das letztlich von den Ländern und Kommunen vollzogen werden muss.

Anders läuft es bei der neuen vom Bund direkt gesteuerten Förderung. Wir haben für die UNESCO Weltkulturerbestätten ein Programm – immerhin 150 Millionen für die nächsten vier Jahre – aufgelegt, bei dem es darum geht, das Weltkulturerbe nicht nur in seiner Kernsubstanz in den Blick zu nehmen, sondern auch sein städtebauliches Umfeld. Da geht es neben den baukulturellen Aufgaben auch um Kooperation mit den Gemeinden, den Akteuren der Zivilgesellschaft. Hier kann der Bund direkt auf die Förderung, die Entscheidungsprozesse einwirken.

Das Thema Kooperation hat Zukunft. Wir müssen noch mehr Instrumente entwickeln, die sinnvolle Kooperation unterstützen, zum Beispiel gemeinsam in der Region etwas zu tun. Gerade Regionen mit stark rückläufiger Bevölkerung sind gezwungen, zusammen zu arbeiten. Wenn ich drei Schulen habe und nur noch zwei betreiben kann, muss ich mich verständigen. Wenn die Infrastruktur nicht

mehr komplett ausgelastet werden kann, ist der Zwang zur Kooperation noch größer: in Schrumpfungssituationen funktioniert Kooperation offenbar besser als in Wachstumsregionen. Wir haben an Modellprojekten zu „regionalen Handlungskonzepten im demographischem Wandel“ gerade in Ostdeutschland gelernt, dass Kooperation gut funktionieren kann und einen echten Mehrwert bringt. In anderen Situationen werden wohl vor allem finanzielle Anreize nötig sein, um regionale Zusammenarbeit zu unterstützen.

Eine zweite Anregung des Kuratoriums: Lassen sich Förderung und Qualitätsanspruch über das bisher Übliche hinaus verbinden?

Wir haben uns jetzt entschlossen, guten Projekten, die wir nicht zusätzlich fördern können, ein Qualitätssiegel zu verleihen: „Dies ist ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ (NSP-Projekt). Mit diesem Qualitätssiegel können wir (ähnlich wie damals bei der Internationalen Bauausstellung in NRW, wo IBA-Projekt zu sein eine Qualitätsmarke darstellte), deutlich machen, dass dieses NSP-Projekt eine besondere Qualität an Anforderungen erfüllt, kooperativ organisiert ist, auf Partnerschaften setzt, wichtige zentrale Themen aufgreift, die zur Zeit Anliegen der Stadtgesellschaft sind, vom sozialen Zusammenhalt bis zum ökologischen Stadtumbau - und dabei etwas besonders Interessantes tut. Das ist eine Möglichkeit, Qualitätsansprüche umzusetzen.

Eine andere Möglichkeit ist es beispielsweise, wenn der Bund für seine eigenen Programme oder die Länder für ihre Programme einen Fördermittel-Wettbewerb organisieren. In meiner früheren Tätigkeit in der Stadt Leipzig hatten wir nur begrenzte Städtebaufördermittel zur Verfügung und meist viel mehr förderfähige Projekte in der Stadt. Da haben wir die Projektmacher aufgefordert, ihre Konzepte darzulegen und diese als Entscheidungsbasis genommen: Was ist das bessere,

das interessantere Projekt? Wo steckt mehr Potenzial drin? Ein Fördermittelwettbewerb wäre auch für die Länder eine Möglichkeit, ihre Städtebaufördermittel mindestens zum Teil nach Qualitätskriterien zu verteilen. Viele Projekte, die über längere Zeit laufen, kann man jetzt nicht völlig umsteuern, die muss man ausfinanzieren. Aber gerade bei neuen Themen, neuen Projekten könnte man mehr Qualität erreichen.

Wir machen das auch beim BIWAQ-Projekt (Bildung, Wirtschaft, Ausbildung im Quartier), das aus ESF-Mitteln gefördert wird, die in Gebieten der Sozialen Stadt eingesetzt werden. Immerhin gibt es dafür hundert Millionen Euro in fünf Jahren aus ESF-Mitteln und 60 Millionen Bundesmittel. Damit haben wir mittlerweile aus einem Set von fast 500 Projektanträgen über hundert fördern können, die nach Qualität ausgesucht wurden. Wir haben externe Experten gebeten, die Projekte zu beurteilen, zu evaluieren und mit den Akteuren zu sprechen. Nach dem Bild, das sich daraus ergeben hat, haben wir das obere Fünftel der Projektanträge, die besten 20 Prozent gefördert. Was nicht immer leicht ist in der Politik, weil ich gelegentlich den Brief eines Abgeordneten beantworten muss, der fragt: „Wieso ist mein Projekt nicht ganz vorne gelandet?“ Ich muss dann erklären, dass wir das Projekt nicht nach vorne schieben können, weil es nach objektiven Kriterien zu beurteilen ist und dem Qualitätsdiskurs standhalten muss.

Ich habe zwar den Eindruck, dass die Länder in ihrer Städtebaupraxis, auch wenn sie keine formellen Qualitätswettbewerbe veranstalten, sich in den Städtebauabteilungen die Projekte sehr genau anschauen und in der internen Bewertung bei der Projektauswahl qualitative Kriterien anlegen. Wir sind mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einen Schritt weiter gegangen und haben versucht, mehr Transparenz und Öffentlichkeit in die Themen hineinzutragen: indem wir Städtebauförderung auf regionalen Kongressen und Bundes-

kongressen öffentlich diskutiert haben; indem wir einen Projektausschuss zur Auswahl der NSP-Projekte gebildet haben. Wir besprechen gemeinsam, was das Besondere an den Projekten ist und welche Qualitätsanforderungen zu erfüllen sind.

Eine dritte Anregung aus dem Kuratorium: experimentelle Stadtentwicklung fördern. Was behindert eine vernünftige Stadtentwicklung? Was behindert die Mischung von Nutzungen in der Stadt? Was behindert eine energetische Sanierung? Lassen sich Regelungen zeitweilig außer Kraft setzen, um sie nach erfolgreichen Modellprojekten (Risiko des Scheiterns eingeschlossen) zu erneuern? Wie könnte man ein neues Programm ‚Experimentelle Stadtentwicklung‘ in Gang setzen?

Wir versuchen das beispielsweise mit den HID, den ‚Housing Improvement Districts‘, die der Frage nachgehen „Wie kann man in schrumpfenden Städten zum gezielten Stadtumbau Eigentümergemeinschaften organisieren“? Das ist experimentelle Stadtentwicklung, die wir in zehn Modellprojekten ausprobieren. Wir stehen vor zwei Fragen: Reichen die Instrumente aus, die wir heute haben, um Standortgemeinschaften und Hauseigentümer zu unterstützen, die gemeinsam einen Block sanieren oder zusammen „umkrepeln“ wollen? Reicht das, was wir an Förderung haben, dafür aus und reichen die Rechtsinstrumente aus, um die typischen Blockaden bei denen zu überwinden, die nicht mitmachen wollen? Diese beiden Fragen müssen wir in der nächsten Legislaturperiode intensiv diskutieren. Der Stadtumbau wird weitergehen, er ist auch ein Feld des Experiments. Ein zweites Thema, mit dem wir noch nicht sehr weit sind, ist die Frage: Wie kommen wir von der Energieeffizienz der Häuser zur Energieeffizienz der Stadt? Wie können wir Quartierskonzepte entwickeln? Wie können wir regionale Energiekreisläufe bis zu den Themen der Biomassenutzung im regionalen

Kontext organisieren? Da gibt es noch ganz viel zu tun. Wir haben jetzt einen kleinen ersten Schritt getan, indem wir mit einem Wettbewerb für große Siedlungen versucht haben, mit Energieeffizienz-Fördermitteln, die sonst nur für Einzelhäuser vergeben werden, einen Anreiz zu schaffen, Ideen zum ökologischen Umbau der Siedlungen zu entwickeln. Wir versuchen damit, regionale und quartiersbezogene Konzepte von der erneuerbaren Energie (Blockheizkraftwerke bis zu Geothermie-Nutzung) zu unterstützen und haben das auch mit Geld unterlegt. Wir vergeben Preise, stellen Sonderfördermittel bereit, damit dieser Quartiersansatz verwirklicht werden kann.

Lassen Sie mich ein drittes Thema nennen: ‚Stadt und Verkehr‘, Hier müssen wir noch viel stärker neuen Ideen nachgehen. Wir haben die Problematik der großen Infrastrukturen in den Städten, die wir umbauen müssen, die teilweise fünfzig Jahre alt sind. Hier stehen jetzt große Entscheidungen an: Sollen wir sie sanieren oder müssen wir sie radikal umbauen? Ein Beispiel ist die Stadtautobahn in Saarbrücken. Diese Autobahn wurde in den 1960er Jahren gebaut, ohne Rücksicht auf Lärm- und Emissionsschutz, von Städtebau oder Barrierewirkung ganz zu schweigen. Man hat damals die Mobilität als das Wesen der Stadt begriffen und eine städtebaulich völlig unverträgliche Autobahn direkt am Fluss, an der schönsten Stelle mitten in der Stadt gebaut. Ähnliche Situationen gab es in Köln und Düsseldorf, die mit sehr viel öffentlichem Geld neu gestaltet wurden. Auch hier in Saarbrücken stellt sich die Frage: Schaffen wir es mit einer großen Gemeinschaftsanstrengung, die Autobahn an dieser Stelle unter die Erde zu verlegen, Hochwasserschutz zu gewährleisten und eine Riesenchance für die Stadt zu eröffnen, ihre eigentliche Qualität wieder zu entdecken, eine Stadt am Fluss, der Saar, zu sein?

Das Feld ‚Stadt und Verkehr‘ ist eine Aufgabe, für die wir noch mehr Mut brauchen.

Wir denken heute noch oft in den konventionellen Bahnen: Was kostet die Sanierung der schlechten Straße? Oder: Wie viel teurer wäre es, das städtebaulich Richtige zu tun und eine neue Qualität anzubieten? Wir haben gleich den Rechnungshof im Kopf, wenn wir mehr ausgeben müssen. Stattdessen müssten wir klar sagen: der städtebauliche Gewinn ist so groß, dass es ein öffentliches Interesse gibt, den großen städtebaulichen und verkehrsplanerischen Fehler einer Autobahn im Herzen der Stadt zu korrigieren, der die ganze Stadt wie ein Riegel blockiert. Hier wäre eine Experimentierklausel hilfreich, um uns zu helfen, nicht von vornherein vor den Sachzwängen zu kapitulieren und zu denken: es hat ja keinen Sinn, mit der Frage kommen wir sowieso nicht weiter. Wir brauchen Experimente beim Umgang mit Großinfrastrukturen, sonst verschenken wir leichtfertig große städtebauliche Chancen. Wir müssen den Mut haben, alte Fehler einer autistischen Verkehrspolitik zu korrigieren.

Eine weitere Frage im Kuratorium: Die Hochschulen erwarten eine engere Kooperation – ist die Anregung Ihres Hauses auf gutem Weg?

Ja, ich bin - fast möchte ich sagen - glücklich, dass es uns gelungen ist, mit dem Hochschultag auf so große Resonanz zu treffen. Wir haben damit dem Dialog zwischen Politik und Wissenschaft einen Schub verliehen und wir haben auch einen Dialog zwischen den Hochschulen ermöglicht, die sich viel zu selten über ihre Forschungsprojekte austauschen. Wir haben entschieden, dass wir die Idee des Hochschultages, thematisch ausgerichtet, weiterführen wollen. Wir können seitens der Politik nicht erwarten, dass die Hochschulen uns auf Abruf unmittelbare Politikberatung anbieten, aber wir können gemeinsam Themen identifizieren, die uns längerfristig - sowohl im Bereich der Wissenschaft als auch der Politik – beschäftigen und zu gemeinsamen Empfehlungen für die

praktische Politik kommen. Ein zweiter interessanter Punkt ist, dass die Debatte uns gelehrt hat, besondere Zusammenarbeitsformate mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs zu entwickeln, die uns erlauben, noch viel stärker mit den Hochschulen, auch mit Doktoranden, zu kooperieren. Da wir gerade über neue Ideen und Experimente reden: von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kann man vielleicht am ehesten neue Themen und Experimentierfreude erwarten.

Wir wollen uns zudem im Bereich der Forschung stärker darüber verständigen, was die öffentlichen Institute tun: was tut das BBSR, was tut das IÖR in Dresden, was tut das IRS in Erkner, was tut das ILS in Dortmund - was also tun die wichtigen Institute, die öffentlich finanziert werden? Können wir Forschungsstrategien miteinander abstimmen? Wie können wir die Forschungsinitiativen der Universitäten stärker in unsere Forschungsüberlegungen einbeziehen? Der Bereich der Forschung und das Gespräch über Forschungsthemen und Zusammenarbeit sind nochentwicklungsfähig. Was mir als Vision vorschwebt: dass wir einmal im Bereich der Stadtentwicklung, der Stadt- und Raumforschung ähnlich schlagkräftig werden wie die Umweltforschung. Das Umweltbundesamt ist ein sehr schlagkräftiges Institut, dagegen sind wir in der Stadt-, Raum- und Verkehrsforschung sehr zersplittert. Es ist eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, dass wir die Themen der Stadtentwicklung zumindest in stärkerer Kooperation bündeln. Nur so werden die städtischen Themen in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen.

Eine letzte Frage aus dem Kuratorium: Wie sieht es auf Regierungsebene mit der Kooperation der Fachressorts bei stadt- und raumwirksamen Programmen aus?

Da haben wir schon Fortschritte erreichen können. Auf der einen Seite ist unsere Vorlage zur Nationalen Stadtentwicklungspo-

litik im Kabinett diskutiert worden, auch im Deutschen Bundestag und Bundesrat, und es sind jeweils Entschließungsanträge dazu verabschiedet worden, die sie unterstützen. Ich habe das Projekt BIWAQ erwähnt, das Mittel der Arbeitsverwaltung mit Städtebaumitteln im Rahmen der ‚Sozialen Stadt‘ verbindet. Wir machen das gemeinsam mit dem Arbeitsministerium - ein sehr schönes Beispiel für Kooperation. Mit dem Familienministerium gab es im Bereich LOS (Kapital für soziale Zwecke) ähnliche Kooperationen. Künftig wird es vor allem um Themen aus dem Bereich der Arbeit und der Bildung gehen - bei letzterem sind vor allem die Länder in der Pflicht. Bei der Integration ist wiederum neben den Städten vor allem der Bund gefordert: Bei der Sprachförderung müssen wir darauf achten, dass diese mit anderen Aktivitäten in Quartieren der ‚Sozialen Stadt‘ koordiniert wird.

Wir stellen immer wieder fest, dass wir gerade in Quartieren der ‚Sozialen Stadt‘ mit der Städtebauförderung vor allen Dingen eine Kommunikationsplattform bereitstellen. Es gibt ja sehr viel Aktivitäten verschiedener Institutionen in bestimmten Regionen, nur wissen die häufig wenig voneinander. Die Orientierung am Sozialraum und an einer sozialräumlichen Vorgehensweisen ist oft das Wichtigste, was die ‚Soziale Stadt‘ einbringt. Insofern führt die Städtebauförderung häufig die verschiedenen Aktivitäten zusammen, die von anderen Ressorts ausgehen: von der Arbeitsverwaltung bis zu den Bildungsinitiativen der einzelnen Bundesländer.

Stadtentwicklungspolitik braucht Kontinuität. Welche längerfristigen Perspektiven verbinden Sie mit Ihrer Politik, die auf Dauer stark bleiben und sich weiter entwickeln soll?

Es ist unbestritten, dass Stadtentwicklungspolitik einen langen Atem braucht. Unsere Initiative soll zehn Jahre in den Blick nehmen,

geht also weit über eine Legislaturperiode hinaus. Ich glaube, bei den fundamentalen Themen, die wir ansprechen - die ‚Soziale Stadt‘, das Thema der Integration, das Thema der wirtschaftlich starken Stadt, das Thema des ökologischen Stadtumbaus, der baukulturellen Qualität der Stadt, der regionalen Zusammenarbeit von Stadt und Umland – handelt es sich um Sachverhalte, von denen jeder weiß, dass sie sich nicht in drei Jahren lösen lassen. Wir sind in Deutschland ja Gott sei Dank nicht mit so explosiven städtischen Konflikten konfrontiert wie Frankreich, was uns natürlich auch weniger öffentliche Aufmerksamkeit beschert - aber im Grunde ist das ja ein sehr positives Ergebnis der Stadtentwicklungspolitik.

Weiterhin halte ich für sehr positiv, dass wir in der politischen Debatte - sicher mit unterschiedlichen Akzenten - doch relativ viel Übereinstimmung in den großen Fragen der Stadtentwicklungspolitik haben. Die Städtebauförderung ist unumstritten. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wird von der Koalition einvernehmlich getragen, und auch die Oppositionsfraktionen haben sich im Wesentlichen positiv positioniert. Der Bundesrat hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik unterstützt. Wir haben also einen politischen Grundkonsens, der auch über die Legislaturperioden hinaus tragen wird. Das ist ganz wichtig. Andere Politikfelder sind viel kontroverser aufgestellt, während wir in der Stadtentwicklungspolitik viel Gemeinsamkeit erreicht haben.

Ihre Leitthemen auf längere Sicht?

Ich glaube, die beiden ganz großen Themen werden sein:

- sozialer Zusammenhalt in unseren Städten und
- der ökologische Umbau unserer Städte.

Dabei wird in den nächsten Jahren neben der Frage der Energieeffizienz der Gebäude das

Thema Verkehr ganz stark in den Blickpunkt rücken. Wir wissen, dass wir mittlerweile den „Peak of Oil“ erreicht haben, d.h. wir haben mehr Öl verbraucht, als wir für die Zukunft noch zur Verfügung haben. Das bedeutet, dass wir die Mobilität der Städte umorganisieren und weg vom Öl kommen müssen. Öffentlicher Nahverkehr, Elektromobilität, eine ganz andere Form von Mobilität in der Stadt wird zur Herausforderung. Wir werden intensiv darüber reden müssen, wie wir unsere Siedlungsstrukturen energieeffizienter gestalten. Zwar weist die europäische Stadt im Vergleich zur amerikanischen Stadt vor allem durch ihre kompaktere Siedlungsstruktur eine doppelt so hohe Energieeffizienz auf, doch im Vergleich zu Städten der 3. Welt verschwenden wir viel zu viel Energie. Dies wird auch zu einer Frage der globalen Gerechtigkeit.

Der Erkenntnis, dass die Form und Organisation der städtischen Siedlungen über die Energieeffizienz entscheidet, muss noch viel mehr Raum verschafft werden. Gerade was die Themen der Energieeffizienz betrifft, brauchen wir **systemische Veränderungen**. Mit einem ‚Weiter so‘ in der städtischen Mobilitätspolitik werden wir nicht zu Rande kommen. Wir brauchen für die Gebäude 40% unserer Energie, für den Verkehr 30% unserer Energie. Ob es uns gelingt, unsere Gesellschaft auf ein anderes Energieeffizienzniveau zu bringen, wird sich im städtischen Siedlungssystem entscheiden und in einer neuen Kultur der Mobilität.

Sie arbeiten in einer Zeit, die Krisen aufbrechen lässt, wie wir sie in unserer Republik noch nicht kannten. Wie bringen Sie das Umdenken, den notwendigen Wertewandel und den großen Aufwand des Umbaus der Städte zusammen?

Aus meiner Sicht sind zwei Aspekte wichtig: erstens müssen wir uns sehr viel Mühe geben, die konjunkturellen Programme, die wir zur Zeit auf den Weg bringen, mit einer

Zukunftskomponente zu versehen. Bei bestimmten Projekten ist uns das nur unzureichend gelungen, da können wir noch zulegen. Ich will zwei Beispiele nennen: Einerseits hätten wir uns die „Abwrackprämie“ im Automobilsektor viel stärker ökologisch orientiert gewünscht, indem sie auf Neuwagen mit Euro V begrenzt worden wäre. Andererseits haben wir immerhin 500 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre zur Förderung der Elektromobilitäten im Konjunkturprogramm verankern können, das für die Zukunft der Mobilitätsentwicklung steht. Das zweite Beispiel ist das große Investitionsprogramm für die Kommunen. Die Investitionen im Bereich der Bildung und Energieeffizienz werden uns helfen, nach der Krise gute Zukunft zu gestalten.

Einmal müssen wir uns also fragen, wie wir mit den Konjunkturprogrammen in der Krise ein Stück Zukunft organisieren können. Die andere Frage ist, was die Krise bei uns bewirkt. Ich glaube, sowohl die momentane Wirtschaftskrise wie auch die Ölpreisent-

wicklung des letzten Jahres haben viel im Bewusstsein der Menschen verändert. Wir erleben gerade eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Werte, wie wir in Zukunft wirtschaften sollen. Der Ölpreisschock hat bewirkt, dass die Leute nachdenken, wie sie z.B. ihre Gebäude mit erneuerbaren Energien beheizen können. Wenn zur Zeit vor allem Kleinautos gekauft werden, die ja wesentlich weniger Energie verbrauchen als große Fahrzeuge, zeigt auch das eine Veränderung in der Einstellung der Menschen: Diese Krise wird unser Verhalten verändern.

Also sind Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung für Sie kein Widerspruch? Krise als Chance?

Die Politik muss dafür sorgen, dass in der Bekämpfung der Krise ein möglichst großer Anteil Zukunft enthalten ist. Dazu muss man selbstkritisch anmerken: wenn wir den Kauf von Autos subventionieren, ist das eher konventionelle Politik. Wenn wir aber über neue Technologien in Autos und Elektromobilität nachdenken, so hat das sehr viel mit Zukunft zu tun. Ähnlich ist es mit Investitionen in Gebäude und Siedlungsstrukturen, die wir voranbringen müssen. Aber sowohl durch den Wirtschaftseinbruch als auch durch die Energiepreisexplosion im letzten Jahr hat sich das Bewusstsein der Menschen verändert. Da ist etwas in Bewegung gekommen. Deshalb bin ich ganz optimistisch, dass wir gestärkt aus dieser Situation hervorgehen.



Nationale Stadtentwicklungspolitik: vom Konzept zum Prozess

Dr. Ulrich Hatzfeld

„Nicht jeder, der nach Indien fährt, entdeckt Amerika“ (Erich Kästner).

Initiativen – insbesondere auch politische – entstehen häufig als Reaktion auf Krisen. Insofern ist es nahe liegend zu fragen, welche Krisen oder Probleme zu der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ geführt haben. Eine Antwort darauf fällt schwer. Denn im Jahr 2007, dem zeitlichen Entstehungszusammenhang dieses Politikansatzes, hat es in Deutschland keine derartigen Zuspitzungen gegeben. Es gab weder Medien affine Einzelereignisse (wie die Konflikte in den Pariser Vorstädten) oder ein Zusammenbrechen von Infrastruktursystemen (wie große Stromausfälle) noch alarmierende Untersuchungen zum Zustand der Städte (wie etwa die Pisa-Studie im Bildungssektor). Die Nationale Stadtentwicklungspolitik entstand in einer Phase der Stabilität und des relativen Erfolgs:

Stadtentwicklungspolitik in Deutschland

- kann auf mehrere Jahrzehnte konsistenter Weiterentwicklung der Gesetzgebung zurückblicken, die – auch im internationalen Vergleich – häufig als Maßstab setzend bezeichnet wird.
- verfügt seit mehr als 35 Jahren über das Instrument der Städtebauförderung. Dieses Instrument zur Infrastrukturfinanzierung hat durch die Föderalismusreform nochmals kräftige Impulse erhalten.
- wird durch gut ausgebildete, in Europa vermutlich einzigartige Fachverwaltungen auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen umgesetzt.
- basiert auf einem exzellenten Aus- und Fortbildungssystem, das durch eine ausdifferenzierte universitäre und außeruniversitäre Forschung ergänzt wird.

Diese gut entwickelte Infrastruktur in Verbindung mit einer lebhaften fachpolitischen Diskussion bildet letztendlich die Grundlage und das fachliche Selbstverständnis, auf denen sich die Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ gebildet hat. Zwar gab es mit



der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auch einen konkreten „Anlass“, aber unabhängig davon gehört es zum Selbstverständnis der Stadt-, Regional- und Landesplanung, sich kontinuierlich und kritisch mit der Entwicklung von Städten und Regionen auseinanderzusetzen.

Für die Nationale Stadtentwicklungspolitik stellte sich bei der Umsetzung der Leipzig Charta Mitte des Jahres 2007 eine Doppelaufgabe. Zum einen ging es um die Frage, ob und ggf. wie die auf Bundesebene etablierten Systeme „Recht“, „Förderung“ und „Verfahren“ modernisiert werden müssen, um den Begriff der „integrierten Stadtentwicklungspolitik“ mit Leben zu füllen. Passt die Gesetzgebung noch zu den Praxisproblemen und Steuerungserfordernissen? Finden die Fördergelder zu den Bedarfsschwerpunkten? Sind die Verfahren flexibel und vor allem schnell genug?

Die zweite, eigentlich davon nicht zu trennende Frage zielt darauf, welche neuen fachlichen Fragen welche neue Antworten erfordern.

- Deutsche Städte haben gute Voraussetzungen zur Bewältigung des demographischen Wandels. Aber wie gehen wir mit dem Phänomen der Gleichzeitigkeit und des räumlichen Nebeneinanders von Wachsen und Schrumpfen um? Was geschieht mit den „Entleerungsbereichen“ in Städten und im ländlichen Raum?
- Die wirtschaftliche Globalisierung hat den meisten Städten genutzt. Aber welche Auswirkungen hat die zunehmende Abhängigkeit von internationalen Finanzierungs- und Investitionsstrategien auf die Städte? Wie hält man die Arbeit in der Stadt?
- Die Städte altern. Wie können wir die Infrastruktur, die Gebäude und die Nachbarschaften für eine immer ältere Bevölkerung funktionsfähig halten? Mit welchen Strategien kann man die Transformation der öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen beschleunigen mit dem Ziel der Versorgungssicherheit?
- Der Trend zur sozialräumlichen Polarisierung hält an. Was müssen wir tun, um diesen Trend abzuschwächen? Gibt es Perspektiven für die wachsende Zahl schlecht ausgebildeter Jugendlicher, insbesondere auch derer mit Migrationshintergrund?
- Städtische Mobilität ist unabdingbar. Aber wie sieht – unter den Rahmenbedingungen steigender Energiepreise und wachsenden Klimabewusstseins – die Zukunft der städtischen Mobilität aus? Was ist heute dafür zu tun? Hinzu kommen große Modernisierungs- und Instandsetzungsdefizite in anderen Infrastrukturbereichen.
- Zum Klimaschutz gibt es keine Alternative. Wie sieht eine städtische Klimapolitik jen-

seits der Dämmung von Einzelgebäuden aus? Wo bleibt der Gebiets- oder Regionalbezug bei Konzepten zur Energieeffizienz, Nutzung regenerativer Energien und Klimaanpassung? Wie können wir die Konflikte zwischen Klimaschutz, Baukultur und Denkmalschutz minimieren? Wann gibt es endlich Erfolge bei der Begrenzung der Flächeninanspruchnahme?

- Kreativität und Individualität gelten als wesentliche Entwicklungsperspektiven für Städte. Aber wie stoßen wir eine neue Qualitätsoffensive in den Städten an: im Bereich der Architektur, des Städtebaus, des öffentlichen Raums?
- Die Region ist die Zukunft der Stadt. Aber welche Strategien führen zu einer tatsächlichen Kooperation in der Region? Wer sind die Träger, welche sind die Projekte für eine tatsächlich erfolgreiche Regionsbildung?

Die dritte Frage, auf die die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine Antwort suchen musste, ist die Verortung Deutschlands in der europäischen Fachdiskussion. Die von den 27 EU-Mitgliedstaaten erreichte Einigung auf die Leipzig Charta umfasste unter anderem auch die Forderung nach eigenständigen nationalen Positionen im Bereich der Stadt- und Regionalpolitik. Die nationalen Politikansätze haben dabei zwei Funktionen. „Nach innen“ bilden sie einen fachlichen Bezugsrahmen für die nationalen Aktivitäten. „Nach außen“ wirken sie Profil bildend und sind notwendig, um in europäischen Entscheidungsstrukturen handlungsfähig zu sein („Entscheidungen auf Vorrat“). Das gilt in besonderem Maße für die deutsche Stadtentwicklungspolitik, deren strategischer Nachteil durch die dezentrale Zuständigkeitsverteilung sonst nochmals vergrößert würde.

Anders als viele vorangehende Politikansätze rekurriert die Nationale Stadtentwicklungspolitik nicht auf ein geschlossenes planungsthe-

oretisches und -praktisches Leitbild. Es gibt auch keine exakte Abgrenzung von Partnern oder eine abschließende Aufzählung von Verfahren. Es finden sich lediglich allgemeine Orientierungen an Begriffen wie Nachhaltigkeit der „Europäischen Stadt“. Ursache dafür war nicht allein, dass eine bundesweite Verständigung über ein solches Leitbild nicht nur sehr aufwendig, sondern vermutlich auch nicht möglich gewesen wäre.

Um die Integrations- und Koordinationsaufgaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wahrzunehmen, ist es ausreichend, Kriterien für eine Strukturierung dieses Politikfeldes zu benennen. Aus der Konkretisierung des Begriffs der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung ergeben sich als wesentliche Kriterien „soziale Gerechtigkeit“, „ökonomischer Erfolg“, „ökologische Orientierung“, „demokratische Teilhabe“, „kulturelle Werthaltigkeit“ und „Schönheit“.

Mit Blick auf diese Kriterien und die zuvor bereits genannten inhaltlichen Fragen zielt die Nationale Stadtentwicklungspolitik darauf,

- die öffentliche Diskussion zum Thema Stadt zu intensivieren. Sie soll dazu beitragen, dass Stadt und das Zusammenleben in der Stadt eine größere öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Sie fordert alle am Prozess der Stadtentwicklung beteiligten Gruppen zu selbstbestimmter und integrierender Aktivität auf.
- neue Partner für die Qualifizierung des Stadtentwicklungsprozesses zu gewinnen: Politik, Verwaltung, planende Berufe, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, aber auch Einzelpersonlichkeiten. Vor diesem Hintergrund soll sie den am Prozess der Stadtentwicklung beteiligten Gruppen eine Plattform für Diskussion und Handeln bieten, fachliche Bezüge zu wichtigen gesellschaftlichen Problemen herstellen und zugleich neue Qualitäten einfordern.

Zusammengefasst will die Nationale Stadtentwicklungspolitik vernetzen mit dem Ziel, dem Politikbereich der Stadtentwicklung größere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Sie will einen möglichst breiten Diskurs führen mit dem Ziel, Verantwortung und Verantwortlichkeit von Bürgern und Unternehmen für das Projekt Stadt zu erzeugen. Sie will die Förderinstrumente und rechtlichen Steuerungsansätze modernisieren, um die Effektivität und Zielgenauigkeit dieser Steuerungsinstrumente zu erhöhen. Insofern sucht die Nationale Stadtentwicklungspolitik nach einer Verbindung zwischen den inhaltlichen Zielen der Stadtentwicklung und den Prozessen und Verfahren zu ihrer Realisierung.

1. Was bisher geschah: die Programmphase

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik war auch insofern ein Experiment, als sie weder ein Vorbild noch einen Referenzrahmen hatte. Aufgaben mussten bestimmt, Trägerstrukturen entwickelt, Finanzierungen gesucht und Controllinginstrumente entwickelt werden – das alles gleichzeitig mit einer Vielzahl von Partnern. Ein derartig komplexes und ungesichertes Terrain betritt man am besten vorsichtig – also programmatisch flexibel, konzeptionell breit aufgestellt und unter möglichst weitreichender Nutzung vorhandenen Sachverstands. Die Programmphase der Nationalen Stadtentwicklungspolitik konnte dabei auf zwei Bezügen aufbauen:

- Auf europäischer Ebene hatte die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ ein übernational getragenes Problemverständnis hergestellt. Im Mittelpunkt stand dabei die zentrale Anforderung der Charta, die Probleme und Chancen von Städten und Regionen umfassend und zusammenhängend zu behandeln („integrierte Stadtentwicklungspolitik“). Außerdem fordert die Charta die Mitgliedstaaten dazu auf, nationale Stadtentwicklungspolitiken zu intensivieren und zu profilieren.

- Auf nationaler Ebene existierte zwar mit den regelmäßigen Berichten der Bundesregierung an den Bundestag eine kontinuierliche Berichterstattung über die Situation der Städte, allerdings spiegelten diese naturgemäß in erster Linie die Regierungssicht. Deshalb wurde zu Beginn der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine interdisziplinär zusammengesetzte Kommission gebeten, ein Memorandum zu aktuellen fachpolitischen Handlungsnotwendigkeiten zu erarbeiten („Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“). Die Experten rieten zu einer Doppelstrategie.

Die Aufgabe, die rechtlichen und förderungsbezogenen Instrumente laufend an die Bedürfnisse der Planungspraxis in Städten und Gemeinden anzupassen, heißt im Memorandum „Gute Praxis“. Sie soll vorhandene Förderprogramme weiterentwickeln, neue Bedarfslagen in Städten identifizieren und die Verfahren der Städtebauförderung praxisnah gestalten.

Mit einer „Projektreihe für Stadt und Urbanität“ sollte der neue Politikansatz zugleich konkretisiert werden und Umsetzungsbezug erhalten: es soll um Projekte aus der Praxis für die Praxis gehen, beispielhafte und Maßstab setzende Initiativen und ein Labor, um die fachpolitische Diskussion voranzubringen.

Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, die Initiativen und Maßnahmen horizontal und vertikal zu koordinieren. Vertikal bedeutet, die Aktivitäten mit den Ländern und Kommunen abzustimmen. Die horizontale Kooperation richtet sich auf die Kooperation mit den betroffenen Fachressorts auf Bundesebene.

Die Experten forderten eine „aktive und dynamische Stadtpolitik“, die sich auf wesentliche Fragestellungen konzentriert:

Wie kann der Begriff der nachhaltigen Stadtentwicklung konkretisiert werden? Welche neue Ausprägung muss das bereits seit langem propagierte Leitbild der Europäischen Stadt erhalten? Wie kann ein breites Bündnis der Akteure geschaffen werden? Wie können neue Partner – insbesondere Bürgerinnen und Bürger – für Fragestellungen der Weiterentwicklung von Städten mobilisiert werden?

Im direkten Anschluss an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wurden die Strategien und Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit Ländern und Kommunen abgestimmt; daneben wurden die Organisations- und Vermittlungsstrukturen für die Pilotphase auf den Weg gebracht. Die erste öffentlichkeitsorientierte Vorstellung erfolgte dann im Rahmen des 1. Bundeskongresses „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ im Juli 2007. Hier unterstrich der zuständige Bundesminister die Absicht der Bundesregierung, den Konzepten und Aktivitäten der Länder und Kommunen eine nationale Dimension hinzuzufügen. Mit Bezug auf den parallelen europäischen Diskurs stellte der Minister die Initiative in Zusammenhang mit der „Lissabon-Strategie“ (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und seiner Städte und Regionen) und der „Göteborg-Strategie“ (Nachhaltige Entwicklung der europäischen Städte und Regionen).

Der nächste Schritt bestand dann - auf der Basis der Diskussionen während des Kongresses, mehrerer Expertenrunden und Bundesländer-Abstimmungen - in der Festlegung thematischer Schwerpunkte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Die nachfolgenden sechs Handlungsbereiche sollen für die inhaltliche Strukturierung der nächsten Jahre maßgeblich sein:

- Zivilgesellschaft – Bürger für ihre Stadt aktivieren,
- Soziale Stadt – Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren,
- Die innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung,
- Klimaschutz und globale Verantwortung – Die Stadt von morgen bauen,
- Baukultur – Städte besser gestalten,
- Regionalisierung – Die Zukunft der Stadt ist die Region.

2. Die Arbeitsphase

Spätestens mit dem 2. Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Jahr 2008 in München hat der Politikansatz konkrete Formen angenommen. Die im Vorfeld entwickelten inhaltlichen Schwerpunkte wurden in dem Kongress bestätigt. Allerdings brauchen Inhalte, wenn sie wirksam werden sollen, auch organisatorische Strukturen. Dazu wurden gebildet:

- ein Kuratorium zur Integration der Initiative in den allgemeinen gesellschaftspolitischen Dialog (Zusammensetzung: gesellschaftlich relevante Gruppen, Einzelpersonlichkeiten),
- eine Projektgruppe zur ministeriumsinternen Koordination (Zusammensetzung: verschiedene Abteilungen des Ressorts),
- eine Arbeitsgruppe für die operative Arbeit (Zusammensetzung: Bund, Länder und Gemeinden, Forscher und Berater),
- ein Projektausschuss zur Auswahl von Projekten (Zusammensetzung: Leitungsebene Ressort, Bauministerkonferenz der Länder, Kommunale Spitzenverbände, Experten).

Zu den Zielen und Strategien der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde im Jahr 2008 ein Kabinettsbeschluss herbeigeführt, der auch zu einer Debatte im Bundestag und im Bundesrat führte mit dem Ergebnis, dass Bundeskabinett, Bundestag und Bundes-

rat die Nationale Stadtentwicklungspolitik mittragen. Zur Umsetzung dieses Kabinettsbeschlusses gibt es regelmäßig Ressortabstimmungen. Die Bundesländer haben im September 2007 mit der „Papenburger Erklärung“ bekräftigt, dass sie die Leipzig-Charta als grundlegendes Dokument zur integrierten Stadtentwicklung anerkennen und gemeinsam mit dem Bund die in der Charta genannten Strategien umsetzen werden. Die kommunalen Spitzenverbände sind ebenfalls in den Gremien der Initiative vertreten. Daneben gibt es lebhafte Kooperationsbeziehungen mit den Hochschulen („1. Hochschultag zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ im Januar 2009), Stiftungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Verbänden der Wirtschaft.

Lebendig wird die Nationale Stadtentwicklungspolitik in ihren zentralen Arbeitsbereichen:

- Zum Thema „Gute Praxis“ haben inzwischen eine Vielzahl von Kongressen stattgefunden, in denen die einzelnen Programme der Städtebauförderung („Innenstadtprogramm“, „Stadtumbau Ost und West“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Soziale Stadt“) im Hinblick auf die jeweilige Reichweite und Zielgenauigkeit diskutiert wurden. Allein zur „Zukunft der Städtebauförderung“ wurden zwei bundesweite Veranstaltungen mit breiter Resonanz durchgeführt.

Unter die Rubrik „Gute Praxis“ gehören auch die baukulturellen Aktivitäten des Ministeriums. Inzwischen wurde die Bundesstiftung Baukultur etabliert. Der Diskussion baukultureller Kriterien dienen auch zwei große Wettbewerbe, einmal zur Verbindung von Baukultur und Energieeffizienz (mit der Deutschen Energie-Agentur), und zum anderen der Wettbewerb zur integrierten Stadtentwicklung unter dem Titel „Stadt bauen. Stadt leben“.

- Die „Projektreihe für Stadt und Urbanität“ zielt auf innovative, beispielgebende und partnerschaftliche Ansätze der Stadtentwicklung und deren Verbreitung. Dazu wurden zwei offene Projektaufrufe durchgeführt. Der erste Projektaufruf zum Programmstart im Juli 2007 erbrachte rund 330 Interessenbekundungen von Kommunen, aber auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Vereinen, von denen bereits 40 Projekte realisiert werden. Der zweite Projektaufruf (2008) brachte 190 Interessenbekundungen, von denen 30 nun vor der Umsetzung stehen. Wichtig ist, dass es sich bei allen Projekten um Gemeinschaftsaktivitäten handelt. Das betrifft die Inhalte, aber auch die Finanzierung der Maßnahmen.

Das zentrale Informationsmedium, das auch als Plattform für den Wissensaustausch zwischen den Partnern der Initiative fungiert, ist die Internetseite www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de. Die Inhalte und Methoden der Nationalen Stadtentwicklungspolitik werden auch in Zukunft in jährlichen Bundeskongressen fortgeschrieben (3. Bundeskongress am 24./25. Juni 2009 in Essen).

3. Perspektiven

Die Ziele und Inhalte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik müssen ständig kritisch überprüft werden. So müssen die begonnenen Kooperationen mit Aktivitäten der Partner fortgesetzt werden. Auf den verschiedenen Arbeitsfeldern bzw. in den Kooperationen mit Hochschulen, Stiftungen, Wirtschaft, zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt es nun darauf an, sowohl über innovative Ideen und Ansätze als auch über den Einsatz eigener Ressourcen Verabredungen zu treffen. Im Ergebnis ist es der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gelungen, der Debatte über Stadt und das Städtische eine neue Plattform zu schaffen. Auf zwei Bundes- und vielen Fachkongressen konnte eine breite Mobilisierung auch von solchen Personenkreisen

erreicht werden, die sich bislang nicht zentral mit Stadtfragen befasst haben. Die sechs inhaltlichen Schwerpunkte haben sich als tragfähig erwiesen; im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurden die Städtebauförderung neu justiert und neue Programme auf den Weg gebracht (Innenstädte, Denkmalschutz West). Auch das Ziel, neue Partner für Stadtentwicklungsstrategien zu gewinnen, ist weitgehend umgesetzt (Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Hochschulen, Stiftungen, Forschungsinstitute). Das Bundeskabinett hat die inhaltliche und organisatorische Perspektive der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bestätigt, Bundestag und Bundesrat ebenso. Die Regierungsfractionen haben dabei einen eigenen Antrag eingebracht, der die Ziele der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstreicht und politische Forderungen stellt. Mit über 500 Projektanträgen und inzwischen rund 70 finanziell unterstützten Projekten wurde eine fachpolitische Breitenwirkung erzielt. Dies wurde durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Ausstellungen unterstützt.

Gleichwohl ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik kein Selbstläufer. Sie bedarf, um wirksam und lebendig zu bleiben, einer ständigen Zufuhr an Ideen, Engagement und Diskursen. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie an der Basis hilfreich ist, also in der kommunalen und regionalen Planungspraxis: sei es, indem die Programme der Städtebauförderung problemnäher werden, sei es, dass die baukulturelle Diskussion vor Ort belebt wird, oder dass sich zivilgesellschaftliches Engagement in Städten einen neuen Stellenwert erobert.

4. Das Kuratorium

Das Politikfeld Stadtentwicklung baut auf einen offenen Diskurs „auf Augenhöhe“. Erfolg wird es nur haben, wenn sich Bund, Länder und Kommunen in dem Konzept wieder finden. Mindestens ebenso wichtig ist es jedoch, privaten und gesellschaftlichen

Initiativen mit ihren sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen oder ökologischen Projekten Raum und Stimme zu geben. Deshalb hat das Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine zentrale Bedeutung für die gesellschaftliche Verankerung der Initiative. Es soll der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Richtung geben, aber auch Anregungen zu Inhalten und Projekten beitragen.

Bei seiner konstituierenden Sitzung im Mai 2008 in Berlin hat das Kuratorium den Aufbau des neuen Politikfeldes ausdrücklich begrüßt und dessen Charakter als offenen Labor- und Innovationsraum für Fragen der Stadtentwicklung unterstrichen. Die Kuratoren bezeichneten es als wichtig, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik auf einer allgemein verständlichen Ebene vermittelt wird. Dazu seien die Kooperation mit den Medien und die Schaffung von Diskussionsplattformen erforderlich. Besondere Schwerpunkte setzte das Kuratorium bei den Themenbereichen „Integration und sozialer Zusammenhang in den Städten“, „Bildung“, „Verfahrenskultur“ sowie „Klimaschutz“ und „Mobilität“.

Das Kuratorium hat den Anspruch formuliert, Themen von allgemeinem gesellschaftlichem Interesse aufzugreifen und auch selbst Fragen zur Stadtentwicklungspolitik zu formulieren. Die Mitglieder des Kuratoriums haben Wort gehalten und stellen sich mit ihren Beiträgen in der vorliegenden Veröffentlichung der weiteren Diskussion. Die Positionen der Kuratoriumsmitglieder beziehen sich insbesondere auf drei Hauptfragen: Worin bestehen die zentralen Herausforderungen an die Stadtentwicklungspolitik – jetzt und in 10 Jahren? Was wird in diesem Zusammenhang von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erwartet? Wie kann ein eigener Beitrag der Kuratoriumsmitglieder bzw. der von diesen vertretenen Organisationen aussehen?

Das Kuratorium hat das Recht und zuweilen auch die Pflicht, über tagespolitische Bindungen und fachpolitische Denktraditionen

hinaus zu gehen. Es kann und soll in längeren Zeiträumen und in vertieften Zusammenhängen urteilen. Die Stärken eines solchen Gremiums liegen im „Vor“-Denken, in der Aufdeckung von Defiziten und der Herstellung von (innovativen) Verbindungen. Im Kern bietet es eine Möglichkeit zum „Nachdenken bei gelockerter Vernunft“, aber auch dazu, Regierungshandeln „auf die Füße zu stellen“. Insofern stellen sich die Grundfragen der Stadtentwicklungspolitik (und damit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik) für das Kuratorium mit besonderer Intensität:

- Wie muss die strategische Ausrichtung von Stadtentwicklungspolitik aussehen, wenn die „Mächte der wirtschaftlichen Globalisierung“ periodisch zunehmen bzw. nachlassen wie in der gegenwärtigen Krisensituation?
- Sozialer Ausgleich und demokratische Teilhabe sind konstituierende Elemente des Verständnisses von Europäischer Stadt. Sie stellen sich nicht von allein ein, weder gesellschaftlich noch räumlich - wie können sie unterstützt werden?
- Was müssen wir grundlegend anders machen, um die ökologische Zukunft der Stadt zu stabilisieren (Fläche, Energie, Wasser)?
- Die Dominanz ökonomischer Sichtweisen hat zuweilen in Vergessenheit geraten lassen, dass Stadt vor allem ein kulturelles Produkt ist und durch seine Einzigartigkeit und gestalterische Kraft zukunftsfähig wird. (Bau-)Kultur ist ein notwendiger Luxus.

Das Kuratorium braucht keine inhaltlichen und formalen Vorgaben. Es braucht allenfalls Mut, Probleme und Chancen der Städte und Regionen zusammenhängend und zusammengehörig zu denken.





Positionen der Mitglieder des Kuratoriums

Zu den folgenden Beiträgen.

Drei Fragen standen im Mittelpunkt der Erwartungen des Ministeriums an das Kuratorium:

- Welche Vorstellungen haben Sie zu den Lebensverhältnissen in den Städten 2020?
- Was sind Ihre Erwartungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes?
- Was trägt Ihre Institution / was tragen Sie zur Entwicklung der Städte bei?

Die Kuratorinnen und Kuratoren wurden eingeladen, ihre Einschätzungen in einem kurzen Positionspapier oder in einem Interview zu formulieren. Fast alle Mitglieder des Kuratoriums haben diese Einladung angenommen,

neue Texte verfasst oder viel Zeit für vertiefende Gespräche eingeräumt.

Die Texte wurden in Abstimmung mit ihren Verfassern redigiert. Einzelne Sätze werden in dieser Druckfassung in roter Farbe hervorgehoben: weiterführende Botschaften zur Stadtentwicklungspolitik im laufenden Text, die mehr persönlichen Aussagen im Zusammenhang mit dem Foto. Die abschließende Version der Texte wird - in alphabetischer Folge der Namen ihrer Verfasser - auf den folgenden Seiten wiedergegeben.

Peter Zlonicky.



Prof. Dr. Harald Bathelt

Department of Political Science, University of Toronto

Stadtentwicklung und Innovation

Städte sind Zentren der ökonomischen Produktion und Innovation, und sie müssen dies bleiben, um Arbeitsplätze, Einkommen und Lebensmöglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen und zu bewahren. Gerade im Kontext von Globalisierung, demographischem Wandel, globalen Klimaänderungen und sich verteuender Mobilität stehen Städte im 21. Jahrhundert vor fundamentalen Herausforderungen. Eine Stärkung der Innovationskraft ist zentrale Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Städten und muss deshalb auch im Blickpunkt der Stadtentwicklungspolitik stehen. Durch neue Leitbilder, Ziele und Instrumente kann die nationale Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen, Anregungen und Hilfen zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen zu geben. Die Forschung über Innovation und Governance hat diesbezüglich zentrale Aktionsbereiche identifiziert, die in wichtigem Zusammenhang mit der Stadtentwicklung stehen.

Erstens spielt der aktive Übergang zur Wissensgesellschaft im Hinblick auf die Innovationskraft eine wichtige Rolle. Städtische Wissensflüsse, der schnelle Austausch und Transfer von Informationen und der Zugang zu diversifizierten Wissenspools sind wichtige Voraussetzungen zur Innovation. Dies erfordert die Schaffung eines attraktiven städtischen Lebensumfelds, um hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen und vor Ort zu verankern. Es ist klar, dass diese Aufgabe das weitere soziale Umfeld der Städte anspricht. Ziel muss es sein, Arbeitskräfte in städtische Milieus zu integrieren, um die Bereitschaft zu aktivem Wissensaustausch zu fördern.

Zweitens kann Stadtentwicklung dazu beitragen, lokale Netzwerke von Produzenten



Die Stärkung der Innovationskraft ist zentrale Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Städten.

und Dienstleistern zu unterstützen. Die für den Innovationsprozess zentralen Kommunikationsbeziehungen können durch neue städtische Quartiere und die Förderung des Zusammenkommens in Form geeigneter Plätze, Treffpunkte und Foren unterstützt werden. Ziel der Stadtentwicklungspolitik sollte es sein, durch die Schaffung entsprechender Milieus eine intensive Kultur des Miteinanders zu fördern und eine hohe Bereitschaft zum Gedankenaustausch in brancheninternen und -übergreifenden Kontexten zu schaffen, die zur Erzeugung neuer Ideen in der Wirtschaft beitragen.

Drittens ist dies jedoch nur möglich, wenn neben der Kohärenz lokaler Wirtschaftsstrukturen und Integration diversifizierter Kompetenzen Chancen geschaffen und verbessert werden, um den ständigen Zufluss von neuem Wissen von außen zu ermöglichen. Kernaufgabe sollte es sein, eine Offenheit der städtischen Kultur zu fördern, die einen ständigen Austausch mit externen Kompetenzen über kulturelle und soziale Grenzen hinweg ermöglicht und Schnittpunkte zum Austausch schafft.

Die Erforschung von Innovationskontexten in städtischen Milieus kann dazu beitragen, Stärken und Schwächen der vorhandenen Produktions- und Kommunikationsstruktur

zu ermitteln und die Stadtentwicklungspolitik bei der Stärkung der Innovationskraft zu unterstützen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann mit neuen Leitbildern, Zielen und Instrumenten Hilfen zur Bewältigung anstehender Herausforderungen bieten.

Adolf Bauer

Präsident des Sozialverbands Deutschland e.V., Berlin

Wenn öffentlicher Raum weiter privatisiert wird und immer mehr staatliche Aufgaben auf den Markt gebracht werden, wird die Teilung der Stadt die Folge sein.



Leben in der Stadt ist ein zentrales Thema soziokultureller und politischer Diskussion: Es geht ebenso um Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt wie um die Lebendigkeit und Vielfalt städtischen Lebens und um den Zusammenhang von beidem. Herkunft und Lebensumfeld bestimmen nicht selten über die Lebenschancen insbesondere junger Menschen.

In vielen deutschen Städten klappt die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander, dass automatisch stigmatisiert wird, wer in so genannten "Brennpunkten" oder „Verlierervierteln“ wohnt und auf bestimmte Schulen geht. Mehr und mehr zieht sich der Staat aus seiner Steuerungsfunktion zurück. Er verabschiedet sich schleichend aus seiner Verantwortung für die Entwicklung benachteiligter Quartiere und der dort lebenden Menschen. Die Verhinderung und die Bekämpfung der verheerenden Folgen des stetigen Sozialabbaus wie z.B. der wachsenden Kinderarmut erfordern einen ganzheitlichen Ansatz. Es geht nicht allein um mehr Geld. Es geht um mehr.

Es geht um menschenwürdige und ordentlich bezahlte Erwerbstätigkeit, die ein Leben jenseits staatlicher Transferleistungen

ermöglicht. Es geht um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien im Wohnumfeld, in den Städten und Gemeinden, in denen Kinder und Jugendliche durch Sozialarbeiter, durch Kinder- und Jugendeinrichtungen mit betreut und versorgt werden und soziale Polarisierung verhindert wird. Es geht um den Aufbau familienunterstützender Infrastrukturen, durch die Familien entlastet werden und Kinder sich wohl fühlen. Es geht um bessere Prävention, Frühförderung, kommunale Beratungs- und Betreuungsangebote, um so früh wie möglich Risikofaktoren, Defiziten bei gesundheitlicher Versorgung und bei sozialen Kontakten entgegenzuwirken. Es geht um eine inklusive Bildungspolitik, Ganztagsbetreuung und individuelle Förderung, um Kindern aus sozial benachteiligten Familien gleiche Chancen am Bildungsmarkt zu geben.

Wenn die Privatisierung von öffentlichem Raum zugelassen und auch gefördert wird, wenn immer mehr staatliche Aufgaben auf den Markt gebracht werden, sind die negativen Folgen deutlich abzusehen: Vieles wird für Viele nicht mehr bezahlbar. Die Teilung der Stadt wird die Folge sein. Eine Teilung in Arm

und Reich, in Kategorien „gute Konsumenten“ und „störende Elemente“, in Stadtteile, die dazu gehören und solche, die ins Abseits geraten.

Um eine nachhaltige erfolgreiche nationale Stadtentwicklung zu betreiben, müssen gemeinsame Strategien entwickelt werden: in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in der Familien- und Bildungspolitik, in der Gesundheits- und Sozialpolitik. Nur so ist es möglich, gegen Familienarmut, gegen Perspektivlosigkeit und gegen soziale Ungerechtigkeit zu arbeiten. Ein Ausbau wohnortnaher ergänzender Unterstützungsangebote (tagesstrukturierende Maßnahmen, haushaltsnahe Dienstleistungen, Krisenintervention usw.), die dem Bedarf der betroffenen Menschen entsprechend entwickelt werden und in ausreichender Anzahl vorhanden sein müssen, ist unverzichtbar. Hierbei ist nicht nur eine entsprechende Anpassung geltender Rechtsvorschriften erforderlich, sondern auch eine umfassende Berücksichtigung dieser Versorgungsformen in den infrastrukturellen Maßnahmen der Kommunen und bei der Stadtentwicklungsplanung.

Nur mit Hilfe gemeinsamer Strategien für Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Familie und Bildung, Gesundheit und Soziales ist es möglich, gegen Familienarmut, Perspektivlosigkeit und soziale Ungerechtigkeit zu arbeiten.

Prof. Michael Braum

Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung
Baukultur

Baukultur ist MehrWert

Bereits Aristoteles schrieb vor mehr als 2000 Jahren: „Das, was den Menschen über den Zustand des Barbarentums erhebt, in dem er bloß ein wirtschaftliches Wesen ist, das, was ihn befähigt, alle seine höheren Fähigkeiten, die im Barbarentum nur schlummern, zu entwickeln, nämlich: gut und richtig zu leben, statt nur zu leben, das war seine Teilnahme und Mitgliedschaft in der Stadt. Des Menschen körperliches und animalisches Dasein mag durch das Land befriedigt sein, seine geistigen Bedürfnisse können nur durch die Stadt erfüllt werden“.

Unsere Städte sind seit jeher der Nukleus unseres gesellschaftlichen Handelns. Vor diesem Hintergrund sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sie auch in Zukunft in die Lage zu versetzen, den damit verbundenen Erwartungen gerecht zu werden. Das heißt,

Die qualitative Aufwertung der Baukultur des Alltäglichen ist ein Schwerpunkt der Bundesstiftung Baukultur.



dass heute Stadtentwicklungskonzepte auf den Weg gebracht und Stadtentwicklungsstrategien implementiert werden müssen, die die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen annehmen, indem sie beispielsweise die funktionalen und gestalterischen Anforderungen zur Stärkung einer multikulturellen Gesellschaft ernst nehmen und Sorge dafür tragen, kleinteilig genutzte Strukturen, seit jeher ein spezifisches Charakteristikum der Europäischen Stadt, wiederherzustellen. Dafür gilt es, einen angemessenen und nachhaltigen gestalterischen und funktionalen Rahmen zu finden.

Städte und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, strategische Konzepte zu entwickeln, die Lösungswege im Umgang mit den Folgen des ökonomischen und sozialen Wandels insbesondere in unseren Ballungsräumen aufzeigen.

Die Stabilität des „**Mobiles Stadt**“ zu sichern ist eine zentrale Anforderung an eine nationale Stadtentwicklungspolitik. Hierzu müssen neben den sozialen, ökonomischen und ökologischen Anforderungen in Zukunft wieder verstärkt gestalterische Herausforderungen ein besonderes Augenmerk finden. Zu den thematischen Schwerpunkten, mit denen sich die Bundesstiftung in diesem Verständnis profilieren wird, gehört die qualitative Aufwertung der Baukultur des Alltäglichen. Es muss uns zukünftig wieder gelingen, in der Alltagsarchitektur eine durchgängig höhere Gestaltqualität zu erzielen. Gestalterische Ansprüche an die Qualitäten der gebauten Umwelt, ein verantwortungsvoller Umgang mit der eigenen Geschichte sowie die Suche nach einem Einvernehmen mit den natürlichen Ressourcen sind kein Luxus, sondern ein Stück steter Selbstvergewisserung. Die Qualität unserer Umgebung prägt uns und ist ein Spiegelbild unserer Wertvorstellungen. Baukultur ist vor diesem Hintergrund ein Thema für jeden Tag.

Hierfür zu werben, „best practice“ Projekte zu zeigen und das Gespräch zwischen der Fachöffentlichkeit und der breiten Öffentlichkeit zu intensivieren, werden die zentralen

Beiträge der Bundesstiftung im Rahmen der inhaltlichen Qualifizierung einer Debatte zur nationalen Stadtentwicklungspolitik sein.

Mit Best-Practice-Beispielen werden wir im Rahmen der inhaltlichen Qualifizierung der Debatte zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik für den Dialog mit der Öffentlichkeit werben.

Prof. Dr. Christoph Brockhaus

Direktor der Stiftung Wilhelm Lehbruck-Museum

Die weichen Stadtbildfaktoren

Für eine Neubesinnung und eine integrale Raumplanung

Ob gesetzlich vorgeschrieben, gewünscht, gewollt oder toleriert: das verwirrende Gemisch aus Vermastung, Verkastung, Verschliederung, Kunst und Design, Möblierung und Werbung auf Straßen, Frei- und Restflächen sowie an Fassaden steigert sich immer häufiger – bei Tag und bei Nacht – zu einer lauten Kakophonie von Stadtbildern. Diese Situation offenbart, wie viel guter Einzelwille zu schlechten Gesamtlösungen führen kann. Ist es nicht das Zusammenspiel aller ästhetischer Faktoren, die ein Stadt- und Raumerlebnis abschreckend oder anziehend machen? Freilich: Stadtbilder sind keine Gemälde, Plätze keine Plastiken. Dennoch muss die Frage nach der Schmerzgrenze ästhetischer Unerträglichkeit gestellt werden. Eine raum- und quartiersbezogene Gesamtplanung, die problemorientiert, interdisziplinär und integral vorgeht, könnte die Erlebnisqualität sichtbar steigern.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, wie viel Bewusstsein, Sinn und Bedeutung

wir der Kunst im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit der gebauten, gewachsenen Umwelt geben. Immer skulpturaler oder malerischer gestaltete Stararchitektur will Kunst im öffentlichen Raum erdrücken, mangelnde Bauqualität die Kunst im öffentlichen Raum verdrängen. Höhepunkte urbanen Lebens finden dort statt, wo Raum-, Bau- und Kunstqualität zusammenkommen.

Wie viel Bewusstsein, Sinn und Bedeutung geben wir der Kunst im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit der gebauten, gewachsenen Umwelt?



Jahrtausende lang hat die Kunst im öffentlichen Raum die Funktion von geistigen und bildhaften Identitätsmerkmalen in unseren Städten erfüllt. Aus dieser Königsrolle unter den Gestaltungsfaktoren von Stadtbildern und Stadträumen ist sie nicht nur aus architektonisch-urbanistischen, sondern auch aus historischen und gesellschaftlichen Gründen verdrängt worden. Nationalistischer und ideologischer Missbrauch von Denkmälern

Stadtbilder sind keine Gemälde, Plätze keine Plastiken. Dennoch muss die Frage nach der Schmerzgrenze ästhetischer Un-erträglichkeit gestellt werden.

und Monumenten im Kaiserreich und im Nationalsozialismus, der Glaube an die Autonomie der Kunst und der Künste im Zeitalter der Moderne, die Zweifel an nationaler und kommunaler Identität nach dem Zusammenbruch 1945, die Pluralisierung und Partikularisierung der Gesellschaft in Verbindung mit einer gigantischen Zunahme von funktionalen und sekundären Gestaltungselementen im Stadtraum und von stadtfernen Investoren haben dazu beigetragen, der Kunst im öffentlichen Raum bestenfalls noch periphere und temporäre Spielfelder zu überlassen. Nicht miteinander abgestimmte, immer aggressiver in Erscheinung tretende Werbetauftritte und Lichtorgien bis hin zu pseudokünstlerischen Marketingmaßnahmen wie den tanzenden Bären in Berlin oder den an Fassaden hängenden Kühen in Hamburg, um nur einige Beispiele zu nennen, entziehen selbst den gut gewillten Künstlern, die mehr als eine Sozial-

versorgung suchen, viele Möglichkeiten einer überzeugenden Kunst im öffentlichen Raum.

Eine nationale Stadtentwicklungspolitik, die zwischen Bund, Ländern und Kommunen vermitteln möchte, bietet daher in einem ersten Schritt die Chance, dass wir über die ästhetische Funktion und Qualität aller Gestaltungsfaktoren unserer Stadtbilder und Stadträume neu nachdenken. Erst über eine veränderte Wahrnehmung und ein modifiziertes Bewusstsein wird das Ziel zu erreichen sein, aufgabenorientierte, interdisziplinär erarbeitete Masterpläne von Gestaltungskriterien und Gestaltungsmitteln zu entwickeln. Die Ästhetik des Stadtbildes bedarf nicht nur eines neuen Bewusstseins und eigener Masterpläne, sondern auch der Bestandsbereinigung und der Bestandspflege, somit einer verantwortungsbewussten und kompetenten, koordinierenden Führung.

Hierfür sind nicht höhere Aufwendungen notwendig, sondern ein konsensualer Prozess, der kommunale Verantwortung und private Investition als gemeinsame Herausforderung begreift.

Die Ästhetik von Stadtbildern und Stadträumen leidet an einem aufwendigen und schädlichen Wildwuchs, der nichts gemein hat mit Lebendigkeit und Vielfalt, sondern das Ergebnis ist aus gesetzlicher Regelwütigkeit, verkehrstechnischer Überversorgung, einseitiger Überbewertung von Werbung und Marketing, mangelnder Wahrnehmungssensibilität und verdrängtem Bewusstsein über Sinn und Zusammenhänge von stadtbildprägenden weichen Faktoren.

Nationale Stadtentwicklungspolitik, die zwischen Bund, Ländern und Kommunen vermittelt, bietet die Chance, über die ästhetische Funktion und Qualität aller Gestaltungsfaktoren unserer Stadtbilder neu nachzudenken.

Dr. Brigitte Dahlbender

Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland

Zukünftige urbane Lebensverhältnisse? Der Wunsch in Städten zu leben nimmt ungebrochen zu. Viele junge Eltern können nur in den Städten Berufstätigkeit und Kindererziehung beider Partner miteinander verbinden. Ganz gezielt orientieren sich auch immer mehr Senioren an der städtischen Infrastruktur. Sie wollen von der Kultur über den Einkauf bis zur ärztlichen Versorgung alles an einem Ort haben. Und dann zieht das sozial und kulturell anregende urbane Milieu ganz allgemein viele junge Leute an.

Die StadtbewohnerInnen verlangen attraktive Angebote, die ihre Ansprüche an Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeit erfüllen. Dazu gehört die Gestaltung einer Mobilität mit möglichst wenig Lärm, Abgasen und Flächenverbrauch. Der Autoverkehr muss deutlich weiter zurückgedrängt und durch attraktive Angebote von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr ersetzt werden. Gerade junge Familien erwarten eine verkehrsarme und gesunde Umwelt für ihre Kinder. Zudem wird der Ausbau von attraktiven Grünflächen und Spielmöglichkeiten für Kinder gefordert. Der bestehende Wohnraum muss energetisch effizient saniert werden zu erschwinglichen Preisen. Wohnraum und Außenraum der Städte müssen barrierefrei gestaltet werden.

Diesen Nutzungsansprüchen an den Lebensort Stadt entsprechend wird die Stadt der Zukunft umgebaut. Kinder und Eltern, alle Stadtbewohner sparen durch die Umsetzung der „Stadt der kurzen Wege“, die kompakte Stadtstrukturen konsequent nutzt, sehr viel Zeit ein. Fünf Schulbesuche pro Woche, vier Besuche von Freunden, drei mal Sport, einmal Schwimmbad können durchschnittlich innerhalb von 10-15 Minuten und zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus oder Bahn erledigt werden, lösen keinen Stress oder Chauffeurdienste

der Eltern aus. Gleiches gilt für Erwachsene: fünf Wege ins Büro pro Woche, drei mal einkaufen, ein Marktbesuch, vier mal zum Bäcker, drei Besuche bei Freunden, zwei bei Verwandten, zwei Kneipenbesuche lösen keinen Zeitstress aus. Es liegt alles um die Ecke oder ist auch ohne Auto gut erreichbar. Was bei den Benzinpreisen von fünf Euro in 2020 auch nötig sein wird.

Viele alte Menschen finden in den Innenstädten gute Angebote für altersgerechtes Wohnen. Sie können ihre sozialen Kontakte aufrechterhalten und sich über die Besuche ihrer Verwandten freuen.

Gut und angenehm einkaufen kann man im Stadtzentrum und in den Stadtteilen im direkten Wohnumfeld. Denn der Einzelhandel hat nicht nur überlebt gegen den Trend zu großen Verbrauchermärkten und zur Centerisierung; er hat sogar einen steigenden Anteil am privaten Konsum, seit er sich stärker auf Qualitäts- und regionale Produkte spezialisiert hat.

Wir setzen uns vielerorts ein für eine Durchgrünung der Städte, konkrete Pläne für eine bessere Luft, für mehr Ruhe und eine optimale Infrastruktur.



Die Stadtluft ist in den letzten zehn Jahren wesentlich sauberer geworden infolge der Umweltzonen zur Feinstaub- und Stickoxyd-bekämpfung. Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduktion minderten den Lärm erheblich und weil die meisten Städte ihren Bus-, Bahn- und Radverkehr verbesserten, gibt es jetzt in der Stadt wesentlich weniger Autos, dafür aber mehr Aufenthalts- und Grünflä-

Nur in den Städten lassen sich Berufstätigkeit beider Partner und Kindererziehung miteinander vereinbaren.

chen. Diskutiert wird jetzt auch in Deutschland Straßenrückbau im großen Stil, wie vor fast 20 Jahren in Seoul-Cheonggyecheon, wo mitten in der Stadt mehr als vier Autospuren zurückgenommen wurden zugunsten eines wieder frei fließenden Flusses.

Was die nationale Stadtentwicklungspolitik leisten kann? Sie muss Rahmenbedingungen aufstellen, die dazu beitragen, dass die vielen guten Einzelprojekte in eine flächendeckende Umsetzung münden.

Die Bundesregierung soll den Informationsaustausch über zukunftsfähige Städte und Pilotprojekte in einem Städtetzwerk organisieren und intensivieren. Vor allem aber sollte sie die bundesweite Städtebauförderung so umstellen, dass diese Mittel ein grundlegendes Umdenken bei Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung anschieben. Und sie sollte durch die konsequente Umsetzung

der EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung und zum Umgebungslärm die Städte lebenswerter machen.

Oft werden die besten Ergebnisse durch eine umfassende Bürgerbeteiligung erreicht, da dies zu menschenfreundlicheren und lebenswerteren Städten, zu mehr Grünflächen und öffentlichen Räumen mit guten Aufenthaltsmöglichkeiten und zu einer Umverteilung des Straßenraums führt. Die Bundesregierung sollte mit dazu beitragen, dass die Städte dieses Instrument umfassend nutzen.

Was der BUND dazu beitragen kann? Der BUND setzt sich schon jetzt in allen seinen Untergliederungen (Bundesverband, 16 Landesverbände und ca. 2500 Ortsverbände) für diese Ziele ein. Dabei umfassen die Aktivitäten viele Bereiche: Wir setzen uns vielerorts ein für eine Durchgrünung der Städte, konkrete Pläne für eine bessere Luft, für mehr Ruhe und eine optimale Infrastruktur. Unsere Gruppen sind aktiv im Rahmen des Quartiersmanagements oder der Lokalen Agenda, in Kleinstädten, Großstädten und Ballungsräumen. In zahlreichen Stellungnahmen wirken wir auf die Gemeinden ein, der Innenentwicklung den Vorzug vor Flächenneuanspruchnahme im Außenbereich zu geben.

Auch in Zukunft wird der BUND in all den genannten Punkten die Bundes- und Landesebene unterstützen. Für die Entwicklung zukunftsfähiger Städte stehen unsere Gruppen vor Ort als Bündnispartner zur Verfügung.

Die besten Lebensverhältnisse werden durch umfassende Bürgerbeteiligung erreicht. Sie führt zu menschenfreundlichen, lebenswerten Städten.

Prof. Thomas Dilger

Zentraler Immobilien-Ausschuss e.V.

Die europäische Stadt zeichnet sich immer schon durch Widersprüchlichkeit, durch die Heterogenität ihrer Bewohnerschaft und im Besonderen durch Toleranz und Kreativität aus. Von ihr gehen die entscheidenden Impulse für alle Innovationen in Kultur und Wirtschaft aus.

Die Suburbanisierung der vergangenen Jahrzehnte, soziale Segregation durch Migration und Armut sowie demografische Effekte haben eine Veränderung der Bewohnerstruktur der Städte bewirkt, die sich tendenziell noch verstärken wird.

Große Teile der Mittelschicht wohnen in Vororten und an der Peripherie. Die vielschichtigen Folgen davon sind steigende Zentralitätskosten der Städte bei sinkenden Steuereinnahmen, die relative Verarmung der Stadtbevölkerung mit der Folge sozialer Spannungen bei Gefährdung der urbanen Toleranz sowie die stetige Zunahme von Emissionen.

Wo die Handlungsfelder der Stadtentwicklungspolitik heute sind? Die Städte betreiben, unterstützt durch Bund-Länderprogramme, Stadtsanierung und kümmern sich mit „Reparaturprogrammen“ wie der „Sozialen Stadt“, dem „Stadtumbau“ oder dem Programm „Aktive Kernbereiche“ um überforderte Nachbarschaften oder Funktionsverluste in den Innenstädten oder der inneren Peripherie.

Letztlich aber wird damit nur partiell Schadensbegrenzung betrieben, weil die dargestellten gesellschaftlichen Veränderungen im Wesentlichen außerhalb der Einflussosphäre der Kommunen liegen. Die Ursachenbekämpfung muss folglich grundsätzlicherer Art sein und in mehreren Politikfeldern bestenfalls gleichzeitig und integriert erfolgen, so in der Bildungspolitik, Integrationspolitik, Arbeits-

marktpolitik, Sozial- und Familienpolitik, Gesundheits- und Altenpolitik.

Die Zentralität aller Kultur-, Konsum- und Versorgungseinrichtungen, insbesondere für alte Menschen, aber auch attraktive Angebote vieler Kommunen zur Aufwertung ihrer Stadtzentren fördern die Rückkehr in die Stadt. Der in westdeutschen Großstädten nachgewiesene Trend einer Reurbanisierung ist in erster Linie dort signifikant, wo Marktmechanismen funktionieren und die städtische Politik unterstützen können.

Was eine nationale Stadtentwicklungspolitik bewirken kann? Sie sollte die Kräfte bündeln, um Stadtentwicklung auch dort zum Anliegen zu machen, wo sie zwar wesentlich beeinflusst, aber nicht originär verantwortet wird. Die Vernetzung der politischen Handlungsfelder, der politisch Verantwortlichen, der Wirtschaft und der zivilgesellschaftlichen

Wir sind Mittler zwischen Kommunen, Bürgern, der Wirtschaft und den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Durch unsere operative Tätigkeit in der Stadtentwicklung gewährleisten wir die Rückkopplung mit der Praxis.



Akteure muss verbindlich angestrebt, und zu einer gemeinsam verantworteten, sich selbst verpflichtenden nationalen Stadtentwicklungspolitik zusammen geführt werden. Denn ohne gesunde Städte kein gesundes Land. Nur dann werden die Wirtschaft als Ganzes, Standort suchende Unternehmen, der Einzelhandel und die Immobilienwirtschaft die Aufwertungsentwicklungen von Kernstädten und die Umnutzungsentwicklungen in Vorstädten mit gestalten, denn der Markt braucht im Gegenzug die positive Umfeldentwicklung der Stadt als Anreiz für seine Entfaltung.

Unser Beitrag zu diesem Prozess? Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) der deutschen Industrie, hier vertreten durch den Stadtentwicklungsausschuss und die Bundesvereinigung der Landes- und Stadt-

entwicklungsgesellschaften, sowie die Mitgliedsunternehmen nehmen sowohl als stadtentwickelnde Dienstleister als auch in der Funktion als Investoren eine eminent wichtige Scharnierfunktion wahr. Wir sind Mittler zwischen Kommunen, Bürgern, der Wirtschaft und den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Durch unsere operative Tätigkeit in der Stadtentwicklung gewährleisten und garantieren wir die ständige Rückkopplung mit der Praxis.

Die Wirtschaft in Deutschland braucht ebenso wie jeder Bürger handlungsfähige, selbstbewusste Städte. Den Städten die notwendigen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung zu geben ist deshalb eine nationale Aufgabe für alle Politikfelder, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft.

Statt partieller Schadensbegrenzung geht es darum, in mehreren Politikfeldern gleichzeitig und integriert zu arbeiten: in der Bildungspolitik, in der Integrationspolitik, Arbeitspolitik, Sozial- und Familienpolitik, in der Gesundheits- und Arbeitspolitik.

Eckart Drosse

Rechtsanwalt, Bauindustrieverband Hessen-Thüringen (Stiftung Ettersburg)

Der demografische Wandel betrifft uns alle – genau wie die Gestaltung dieser Herausforderung. Der demografische Wandel wird unsere Zukunft und die unserer Kinder entscheidender prägen als alle anderen Entwicklungen unserer Zeit. Die Konsequenzen sind nicht nur außerordentlich vielschichtig, sie variieren auch von Region zu Region, von Stadt zu Stadt – ja, von Straßenzug zu Straßenzug.

Die durch Migration und Überalterung geprägte zukünftige Gesellschaft muss sich in vielen Bereichen neu aufstellen. Unsere gesamte technische und soziale Infrastruktur steht durch den demografischen Wandel vor tief greifenden Veränderungen. Uns bleibt wenig Zeit: Wenn wir nicht jetzt agieren, können wir bald nicht einmal mehr reagieren. Diese Erkenntnis führte zur Gründung der *Stiftung Schloss Ettersburg – Gestaltung des demografischen Wandels*.

Die Zeit drängt – heute aktiv werden für kommende Generationen.

Für die Herausforderungen des demografischen Wandels gibt es kein Patentrezept. Sicher ist, dass die Politik aufgrund der thematischen Komplexität und der enormen Konsequenzen allein mit dieser Problematik überfordert ist. Mehr als staatlich verordnete Allgemeinkonzepte werden dezentrale Lösungen „von unten“ erforderlich sein. Diese wollen wir mit der Stiftung anregen und fördern.

Die negativen Folgen der demografischen Entwicklung lassen sich nur durch rechtzeitige, intelligente und energische Einflussnahme minimieren. Hierfür ist der Beginn einer gesamtgesellschaftlichen Kommunikation dringend erforderlich. Unseres Erachtens werden die effizientesten Strategien zur Gestaltung des Wandels aus der Bevölkerung kommen. Die Initiierung von Ideenwettbewerben ohne Rücksicht auf Konventionen oder sonstige Befindlichkeiten kann den Weg zu Erfolg versprechenden Konzepten ebnen.

Aufgaben definieren, Lösungen erarbeiten, Öffentlichkeit schaffen. Die Stiftung Schloss Ettersburg wagt mit interdisziplinärer Sichtweise den Versuch einer Einflussnahme auf die negativen Folgen des demografischen Wandels und die gleichzeitige Verknüpfung mit den Herausforderungen des Klimawandels. Die von der Bauwirtschaft gegründete Initiative bietet ein Podium für freie, tabulose und auch visionäre Meinungsäußerungen. Sie soll als Ideenschmiede gezielte Denkanstöße und Gestaltungsalternativen liefern, aber auch zur Generierung eines allgemeinen Problembewusstseins in unserer Gesellschaft beitragen.



Wir wollen als Ideenschmiede Denkanstöße und Gestaltungsalternativen liefern, aber auch zur Generierung eines Problembewusstseins in unserer Gesellschaft beitragen.

Die Komplexität des demografischen Wandels mit seinen Auswirkungen erfordert dringend die Bereitschaft zur aktiven Gestaltung der Prozesse. Schrumpfung soll nicht als Untergang, sondern als Herausforderung verstanden werden, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss.

Die Stiftung Schloss Ettersburg ist keine Forschungseinrichtung. Vielmehr werden Fakten und relevante Forschungsergebnisse gesammelt, verdichtet und den politischen Entscheidungsträgern sowie Wirtschaft und Gesellschaft vermittelt. Innovative Projektideen sollen entwickelt, ihre Umsetzung angestoßen, Handlungsleitfäden erstellt und interdisziplinäre Netzwerke zum Thema Demografie geknüpft werden.

Innovative Projektideen und Handlungsleitfäden sollen entwickelt, ihre Umsetzung angestoßen und interdisziplinäre Netzwerke geknüpft werden.

Hans Jörg Duppré

Landrat Südwestpfalz, Präsident des Deutschen Landkreistages

Stadtentwicklungspolitik zukunftsfähig ausgestalten! So simpel es klingt: Städte müssen für ihre Bewohner lebenswert sein, bleiben oder werden. Sichere zukunftsfähige Arbeitsplätze in erreichbarer Entfernung zur Wohnung, ein als angenehm empfundenes Wohnumfeld, eine funktionierende Infrastruktur für alle Lebensbedürfnisse, eine stadt- und umweltverträgliche Mobilität sind hierfür ebenso notwendig, wie etwa die zu 70% abgeschlossene Sanierung historischer Bausubstanz in 178 Städten und Gemeinden in Ostdeutschland. Die beabsichtigte Ausdehnung dieses bedeutenden Stadtentwicklungsprogramms auch auf Westdeutschland wird gerade in einer Zeit sich abkühlender

Hoch erwünscht sind Impulse, Anregungen und die fachliche Aufbereitung von wegweisenden Ansätzen, die Stadtentwicklung ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig voranbringen.



Wirtschaftsentwicklung nicht nur die kulturelle Identität stärken, sondern auch viele Arbeitsplätze sichern.

Die in den nächsten zehn Jahren bevorstehende demografische Entwicklung ist mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit bekannt und in dieser zeitlichen Dimension nahezu unbeeinflussbar. Bekannt ist im Wesentlichen auch das Migrationsverhalten. Der Zuzug deutschstämmiger Bewohner aus der ehemaligen Sowjetunion – der Bevölkerungsanteil beträgt im rheinland-pfälzischen Rhein-Hunsrück-Kreis fast 20% – dürfte abebben, lediglich der Zuzug von Flüchtlingen als Folge kriegerischer Ereignisse, der etwa in den Jahren um 1990 mancherorts vorhandene Bevölkerungsentwicklungstrends umgekehrt hat, ist nicht sicher prognostizierbar. Wenigen Regionen mit Bevölkerungszuwachs werden viele mit Bevölkerungsrückgang ganz unterschiedlicher Intensität gegenüberstehen. Auch der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich dramatisch ändern. In manchen Gegenden wird sich die Zahl der über 80-jährigen innerhalb von 20 Jahren verdoppeln, die Zahl der unter 6-jährigen fast halbieren. Beide Prozesse müssen auch mit den Mitteln der Stadtentwicklungspolitik gesteuert und beherrschbar gemacht werden. Dies gilt für alle Bereiche kommunal verantworteter Infrastruktur.

Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes darf und will, wie Bundesminister Tiefensee den kommunalen Spitzenverbänden unlängst in einem Gespräch versichert hat, die kommunale Planungshoheit nicht bevormunden. Hoch erwünscht sind aber Impulse, Anregungen und die fachliche Aufbereitung von wegweisenden Ansätzen, die die Stadtentwicklung im Sinne eines vollständig verstandenen Nachhaltigkeitsansatzes ökologisch, ökonomisch und sozial voranbringen. Ebenso wichtig sind die Bildung und Begleitung von Netzwerken und die Verbreitung neuer Erkenntnisse, denn auch im

Themenfeld der Stadtentwicklung braucht das Rad nicht immer wieder neu erfunden zu werden.

Aufgrund der in den einschlägigen Vorschriften des Baurechts, der Städtebauförderung und des Denkmalschutzes getroffenen Aufgabenzuweisungen spielt die Ebene der Landkreise – zudem mit erheblichen Zuständigkeitsunterschieden in den einzelnen Ländern – eine andere Rolle als die Ebene der Städte und Gemeinden. Eine gemein-

sam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erarbeitete zukunftsweisende Kreisentwicklungspolitik kann aber entscheidende Weichen für die Umsetzung neuer als notwendig erkannter Prinzipien der Stadtentwicklungspolitik stellen. Impulse setzen die Landkreise auch im Bereich des Denkmalschutzes, im Rahmen ihrer Beteiligung als Träger anderer öffentlicher Belange und, vor allem in den Ländern mit sehr kleinteiligen Gemeindestrukturen, im Wege der Beratung des kreisangehörigen Raums.

Eine gemeinsam mit Städten und Gemeinden erarbeitete Kreisentwicklungspolitik kann wesentliche Weichen für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung stellen.

Prof. Dr. Werner Durth

Fachgebiet Geschichte und Theorie der Architektur TU Darmstadt

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Chancen für die Städte?

In Folge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Anfang soeben erst sichtbar wurde, deren Auswirkungen längst noch nicht abzusehen sind, werden sich die sozialen Spannungen und Konflikte zwischen arm und reich, alt und jung, Deutschen und Migranten weiter verschärfen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet erstmals die Chance einer engen Verknüpfung von Maßnahmen in bisher getrennten Politikfeldern, die kurzfristig und konkret auf jeweils besondere Bedingungen einzelner Stadtteile bezogen werden können. Konkrete Hilfe in sozialen Konfliktlagen wird künftig mehr denn je gefordert sein. Das Programm Soziale Stadt hat bereits ermutigende Beispiele erbracht, wie durch gezielte Intervention und

Ich möchte mit meiner Forschung und Lehre dazu beitragen, dass ein anderes Bewusstsein entsteht über die langen Wellen der Stadtentwicklungen, über Entwicklungsschübe, Umbrüche und Leitbildwechsel seit Beginn der Moderne.



die Verbindung von Initiativen in Bereichen der Bildung, Beschäftigung und Freizeitgestaltung mit sozialpädagogischen Maßnahmen und Partizipationsangeboten zur sozialen Balance in den Städten beigetragen und politische Polarisierung vermieden werden kann. Dazu muss Politikern und Planern, Bürgerinnen und Bürgern, Alten wie Jungen ein neues Verständnis von Stadt vermittelt

Die vorschnell verallgemeinernde Kritik an der Moderne des 20. Jahrhunderts entwertet den Lebensraum vieler Menschen und erweitert die soziale Stigmatisierung um eine weitere Dimension kultureller Benachteiligung.

werden, in dem die gebaute Umwelt als ein Raum unverwirklichter Möglichkeiten des Gemeinschaftslebens wahrgenommen und zu gemeinschaftlichem Gebrauch auch gemeinschaftlich gestaltet wird.

Was ist für eine Sicherung der gebauten Umwelt zu tun?

Wir erleben zurzeit zwei gegenläufige Entwicklungen. Einerseits verbreitet sich die Einsicht, dass aus ökonomischen wie ökologischen Gründen dem gebauten Bestand eine wachsende Bedeutung bei der Entwicklung unserer Städte zukommt. Gelungene Beispiele der Umnutzung, des Umbaus und neuer Formen der Aneignung von Gebäuden und öffentlichem Raum zeigen zukunftsweisende Wege der Transformation vorhandener Stadtstrukturen. Andererseits aber findet in der breiten Öffentlichkeit eine dramatische kulturelle Entwertung des Erbes bestimmter Epochen der Stadtentwicklung statt. Ich denke an die wachsende Polemik gegen die Bauten der Nachkriegsmoderne und die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre.

Auch diese Zeugnisse unserer Geschichte müssen als ein Vermächtnis voran gegangener Generationen akzeptiert, in ihrem Potenzial entdeckt, erschlossen und in lebenswerte Quartiere verwandelt werden. Dazu ist eine breit angelegte Aufklärungsarbeit erforderlich, in der die baukulturellen Leistungen früherer Generationen im Kontext der damals jeweils gegebenen Rahmenbedingungen gewürdigt und nicht vordergründig als Fehler disqualifiziert werden.

Welche Schwerpunkte sollte eine Nationale Stadtentwicklungspolitik setzen?

Mit dem wachsenden sozialen Gefälle in und zwischen den Städten droht eine Verinselung der Lebenswelten, in denen sich heterogene Verhaltensmuster und Lebensstile in wachsender Unverträglichkeit zu stabilisieren beginnen. Wenn die Stadt als gemeinsamer Lebensraum, als Ort der Integration gestärkt werden soll, ist eine breite Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen auch in den verschiedenen Quartieren der Städte ohne mentale Deklassierung der Bewohner Voraussetzung des sozialen Friedens. Deshalb sollte die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Zentren und die historisch signifikanten Orte, sondern auch auf die bislang benachteiligten Stadtteile gerichtet werden, um auch diese als Teil unseres kulturellen Erbes mit neuer Wertschätzung zu versehen. Die gegenwärtig vielerorts geführten Debatten um Rekonstruktion kriegszerstörter Bauten erscheint mir hingegen oftmals wie eine Verweigerung, sich den drängenden Problemen der Gegenwart zu stellen.

Welche Rolle können Hochschulen im Zusammenhang mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die ja den Kontakt mit den Universitäten sucht, übernehmen?

Gerne möchte ich mit meinen Forschungen zur Stadt- und Planungsgeschichte dazu beitragen, dass ein anderes Bewusstsein

entsteht über die langen Wellen der Stadtentwicklungen, über die wichtigen Entwicklungsschübe, Umbrüche und Leitbildwechsel seit Beginn der Moderne. Denn erst wenn wir den Erfahrungshintergrund und den Erwartungshorizont der jeweils Handelnden verstehen und kennen, können wir auch mit ihrem Erbe angemessen umgehen. Dieses Wissen um die Voraussetzungen des eigenen Handelns zu vermitteln, ist einer der Kernpunkte meiner Lehre an der TU Darmstadt, weil ich meine, dass gerade die Studierenden in Architektur und Stadtplanung auch über die Prämissen der Planung, der Herkunft bestimmter Stadtteile und ihrer Bauformen Kenntnis haben müssen, um die Bedingungen der damals handelnden Akteure auch im eigenen Denken aufzunehmen und weiter verarbeiten zu können.

Dies ist nach meinem Verständnis nicht nur Aufgabe von Forschung und Lehre, sondern auch Teil öffentlicher Aufklärung, zu der beispielsweise die Medien und die Presse, aber beispielsweise auch die von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Texte, Bücher, Broschüren über Probleme der Denkmalpflege, der Architektur und Stadtplanung beitragen können, um in der breiten Öffentlichkeit, in den Schulen, Volkshochschulen und Parlamenten einen anderen Blick auf unsere gebaute Umwelt anzuregen. Die vorschnell verallgemeinernde Kritik an der Moderne des 20. Jahrhunderts entwertet den Lebensraum vieler Menschen und erweitert die soziale Stigmatisierung um eine weitere Dimension kultureller Benachteiligung.

Ist das nicht eine der wichtigen Herausforderungen für Forschung und Lehre?

In der Forschung ist ohnehin viel Nachholbedarf, insbesondere in den Architekturfakultäten. Ich meine, dass die gegenwärtige Lehre in zwei Dimensionen gestärkt werden sollte. Die eine betrifft die Aufgabe, ein anderes historisches Bewusstsein für das aktuelle Handeln zu schaffen. Die andere betrifft die

Notwendigkeit, die Lehre deutlicher auf Fragen zu orientieren, die die Politik umtreiben. Damit meine ich nicht, dass die Studierenden sich nun exzessiv mit den aktuellen Programmen und Strategien des BMVBS auseinandersetzen sollten. Diese sollten sie auch kennen, aber eher noch die sozialen Problemlagen, auf die sich diese Strategien richten. Ich würde so weit gehen zu fordern, dass angehende Architekten und Stadtplaner so etwas wie ein soziales Praktikum machen sollten, dass sie in sozialen Brennpunkten tätig sein sollten, durch Mitarbeit beispielsweise in Kirchengemeinden, in Stiftungen oder in anderen Organisationen, die sich an der Basis um die Verbesserung und Veränderung der Lebensbedingungen kümmern. Eine der wichtigsten Erfahrungen meines Lebens war, dass ich nach meiner Dissertation zwei Jahre als Sozialarbeiter in der problematischen Großsiedlung Neu-Kranichstein bei Darmstadt tätig war. Damals als Zivildienstleistender, eingestellt für die Jugendarbeit im Sozialen Friedensdienst der Evangelischen Kirche, in den Brennpunkten der Siedlung und zum Aufbau eines Jugendzentrums hat das meinen Blick auf die Probleme, aber auch auf die Möglichkeiten eines guten Lebens in einer solchen Großsiedlung tiefgreifend verändert.

Angehende Architekten und Stadtplaner sollten so etwas wie ein soziales Praktikum machen, in sozialen Brennpunkten tätig sein.

Die Idee eines sozialen Jahrs ist eine doppelte Aufforderung: an die Hochschulen direkt, aber auch an die Studierenden. Die wünschte man sich etabliert und akzeptiert, auch gerade in den Curricula. Im Augenblick läuft die Entwicklung aber in eine andere Richtung.

Das wollte ich sagen. Auf der einen Seite müssen wir die ständig wachsende

Komplexität der Aufgaben aufmerksam wahrnehmen, wenn denn der Gedanke der integrierten Stadtentwicklungspolitik sich auch in der Lehre, im Studium spiegeln soll. Andererseits haben wir durch die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge eine solche Parzellierung der Studienangebote zu verzeichnen, dass solche in einem sorgsam erarbeiteten Curriculum konzipierten Entwicklungswege

Stiftungen können ein wichtiger Bündnispartner der Politik sein und eine eigene Vermittlungsebene zwischen Politik und Alltagsleben bieten.

als Bildungschancen für angehende Architekten und Stadtplaner kaum noch organisierbar sind. Im engen Korsett der Module und der damit verbundenen Creditpoint - Sammelaktionen, in denen die Studierenden aus verständlichen Gründen versuchen, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen und mit geringst möglichem Aufwand unter den Zwängen ihrer Zeit-Ökonomie möglichst viele Punkte auf ihr Konto zu verbuchen, gehen solche Absichten unter.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik versteht sich als ein Forum, auf dem Akteure der Stadt dialogisch ihre Rollen in der Stadtentwicklung übernehmen können. Welchen Beitrag können Stiftungen in die nationale Stadtentwicklungspolitik einbringen?

Stiftungen können ein wichtiger Bündnispartner der Politik sein und eine eigene Vermittlungsebene zwischen Politik und Alltagsleben bieten. Ich möchte nur drei Beispiele nennen: Ich fand es großartig, dass beispielsweise die Wüstenrot Stiftung sich bereit erklärt hat, zunächst allerdings nur für begrenzte Zeit, den Deutschen Städtebaupreis zu finanzieren, der alle zwei Jahre gleichsam den Querschnitt über die baukulturellen Leistungen im Bereich

der Stadtplanung bietet, und dies nicht in der Darstellung irgendwelcher Planvorhaben oder Hochglanzprojekte, sondern tatsächlich in der gelebten Qualität neu entwickelter Stadtteile oder städtischer Räume. Als ich in der Broschüre zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik las, dass vom Bund ein eigener Stadtentwicklungspreis herausgegeben werden sollte, meinte ich, dass hier nicht eine Parallelaktion gestartet, sondern eher Synergie gesucht werden sollte, um die Wirksamkeit dieses Preises in einer Gemeinschaftsaktion zu verstärken und zu beleben. Andererseits bietet beispielsweise die Schader-Stiftung mit dem Anspruch, den Dialog zwischen Sozialwissenschaften und sozialer Praxis zu stärken, die Chance, als Vermittler von Zielen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik tätig zu werden. Unter dem Thema Zuwanderung hat es zu Fragen der Migration und Integration schon eine bemerkenswerte Reihe gemeinschaftlicher Veranstaltungen gegeben. Auch hier ist sozusagen ein Resonanzboden öffentlicher Aufmerksamkeit gegeben, der weit über die Möglichkeiten des ministeriellen Handelns hinausgehen kann, zumal solche Stiftungen ja in einem breiten Feld engagierter Träger, Interessenten und Sympathisanten verankert sind, deren Potential es ebenfalls zu nutzen gilt.

Als drittes Beispiel könnte ich noch die Software AG-Stiftung nennen, die durch Unterstützung bürgerschaftlicher Aktivitäten im Bereich benachteiligter Bevölkerungsgruppen – etwa zur Verbesserung der Bildungschancen und Lebensbedingungen behinderter Menschen – entsprechende Projekte in Bewegung zu setzen und in Bewegung zu halten hilft. Auch dies ist ein Beispiel für gelungene Integrationsarbeit. Solche Initiativen mit in die Wahrnehmung der Politik zu nehmen und als Ermutigung für andere Projekte vorzustellen, wäre aus meiner Sicht eine weitere Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit, die das Ministerium auf diesem großen Feld der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und des Programms

Soziale Stadt noch deutlicher ausweiten könnte, weit über die interessierte Fachöffentlichkeit hinaus.

Abschließend das Stichwort Baukultur: Was ist die Rolle einer lebendigen Baukultur in der Stadtentwicklungspolitik des Bundes?

Die Initiative Baukultur ist für mich nicht nur Angelegenheit von Architekten oder irgendwelcher Berufsverbände, sondern sie ist der Versuch, die Wertschätzung der Bevölkerung für ihre gelebte Umwelt dadurch zu verstärken, dass man ihnen die Augen öffnet für Qualitäten, die von Menschen für Menschen verantwortlich geschaffen worden sind. Ich meine, dass überhaupt nur dann eine stabile Identifikation der Bürgerinnen und Bürgern mit ihren Städten entstehen kann, wenn sie eine Vorstellung von und auch ein Gefühl für die Anstrengungen und Absichten bekommen, mit denen diese Räume und Gebäude geschaffen wurden. Und selbst wenn wir einiges nicht mehr so recht verstehen, etwa den Zusammenhang von Freiraum und Gebäuden in den Siedlungen der 50er Jahre, die unter dem Leitbild der gegliederten aufgelockerten Stadt entstanden sind, heute oftmals geschmäht als Schlichtwohnungsbau mit Abstandsgrün, oder die Vision neuer Lebensformen in den Großsiedlungen der 60er Jahre, sollte doch vermittelt werden können, was dort noch an unerschöpften Potenzialen belebt und gelebt werden kann. Dabei geht

es nicht um nachträgliche Idealisierung. Freilich gehört dazu auch die Kenntnis der Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Stadtplanung, Kenntnis der Diskrepanz zwischen den Zielen, die Ausgangspunkte der Planungen waren, und dem gebauten Ergebnis, da viele der Ziele im Prozess der Realisierung durch ökonomische Zwänge, durch die Vorgaben der Baugesellschaften, Investoren und auch durch politische Entscheidungen nicht erreicht werden konnten. Diese Art von Aufklärungsarbeit mit dem Ziel, trotz kritischer Betrachtung doch Respekt, Akzeptanz und Identifikation zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe. Nur so können wir die

Wir wollen Aufklärungsarbeit leisten mit dem Ziel, trotz kritischer Betrachtung Respekt, Akzeptanz und Identifikation der Bürger mit ihren Städten zu erreichen.

Vielfalt unserer Städte würdigen, die Vielfalt der Lebensräume neu kennen lernen: Das ist für mich die eigentliche Aufgabe der Stiftung Baukultur, in diesem Sinne Aufklärungsarbeit zu leisten, Forum zu werden, auch aktuelle Debatten über Streitfälle der Baukultur zu führen, als Korrektiv zu der immer stärker auf verklärende Retrospektive fokussierten veröffentlichten Meinung in den Medien.

Die Aufmerksamkeit sollte nicht nur auf Zentren und historisch signifikante Orte, sondern auch auf benachteiligte Stadtteile gerichtet werden, um sie als Teil unseres kulturellen Erbes mit neuer Wertschätzung zu versehen.

Lutz Freitag

Präsident des GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.

Erwartungen an zukünftige Lebensverhältnisse in den Städten? Ich hoffe, dass wir den Trend der letzten Jahre zur sozialen Polarisierung der Lebenslagen der Stadtbevölkerung sowie zu privilegierten und benachteiligten Stadtquartieren durch eine Politik des sozialen Ausgleichs aufhalten und umkehren können. Bewahrensweite Stärken unserer Städte sind ihre noch vorwiegend sozial sowie ethnisch-kulturell gemischten und relativ stabilen Nachbarschaften, ihre meist attraktiven öffentlichen Räume, guten technischen Infrastrukturen und umfangreichen Dienstleistungen für die Bürger. Dazu gehört auch ein ausreichender Bestand an Mietwohnungen, der die soziale Wohnraumversorgung und Wohnqualität zu bezahlbaren Preisen sichert.

Ich hoffe, wir können den Trend zur Polarisierung, zu privilegierten und benachteiligten Stadtquartieren durch eine Politik des sozialen Ausgleichs umkehren.



Das sind Stärken, um die wir innerhalb und außerhalb Europas beneidet werden. Wir sollten weiter auf Integration im räumlichen wie im sozialen Sinne setzen. Denn eine kulturell vielfältige und offene sowie sozial integrative Stadtgesellschaft kann die vor uns liegende notwendige Strukturanpassung der Städte an veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse und Entwicklungen besser und sozial friedlicher bewältigen.

Erwartungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik? In unseren Städten muss erstens bezahlbares Wohnen für alle gesichert und der soziale Zusammenhalt der Wohnquartiere gewahrt bleiben. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann dieses Anliegen dadurch unterstützen, dass das in der Systematik der Städtebauförderung angesiedelte Programm Soziale Stadt durch flankierende Förderung aus den Ressorts Bildung, Kultur, Arbeit, Wirtschaft und Soziales auf der konkreten Quartiersebene gestärkt wird.

Zweitens verlangen die Anforderungen des wirtschaftlichen Wandels, des Klimaschutzes und der demografischen Entwicklung einen nachhaltigen Umbau unserer Städte und Wohnungsbestände, der weit über das gegenwärtige Mittelvolumen und die inhaltliche Ausrichtung der Programme Stadtumbau Ost und West hinausgeht. Eine auf nationaler Ebene abgestimmte Stadtentwicklungspolitik sollte deshalb die Förderlandschaft so gestalten, dass vor Ort die Ressourcen aus den verschiedenen Politikbereichen für die Stadt und das Quartier gebündelt werden können.

Drittens ist es aus Sicht der vom GdW vertretenen Wohnungsunternehmen notwendig, dass das Programm Stadtumbau Ost über 2009 hinaus mit ähnlichem Mitteleinsatz wie bisher in der Einheit von Rückbau und Aufwertung weitergeführt wird. Ebenso erforderlich ist die Verstetigung des Programms Stadtumbau West als eigenständiger Programmteil der Städtebauförderung mit

ausreichendem Mitteleinsatz, um den krisenhaften Entwicklungen in von Leerständen und Funktionsverlusten bedrohten Quartieren, Städten und Regionen der alten Länder zu begegnen.

Wie kann der GdW dazu beitragen? Die im GdW und seinen Regionalverbänden organisierten 3.000 Wohnungs- und Immobilienunternehmen wollen ihre Bestände nachhaltig, d.h. langfristig wirtschaftlich, effizient, sozialverträglich und ressourcenschonend bewirtschaften. Sie wollen deren Attraktivität nachhaltig verbessern und damit die Wohnqualität weiter steigern.

Bei der sozialen Stadtentwicklung sind unsere Wohnungsunternehmen deshalb seit Jahren zuverlässige Partner der Städte, wenn es um die Gestaltung lebenswerter Nachbarschaften in den Wohnquartieren geht. Sie unterstützen die Kommunen beim Quartiersmanagement, bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern bedarfsgerechte soziale Dienstleistungen und leisten ihren Beitrag, um die schwierigen Integrationsaufgaben in

Um krisenhaften Entwicklungen von Leerständen zu begegnen, ist die Fortführung des Programms Stadtumbau Ost ebenso erforderlich wie die Verstetigung des Stadtumbaus West.

benachteiligten Quartieren gemeinsam zu bewältigen.

Städtebaulich engagieren sich die von uns vertretenen Wohnungsunternehmen massiv im Stadtumbau und erschließen sich neue Geschäftsfelder mit der Übernahme stadtentwicklungspolitischer Aufgaben, z.B. beim Bau und Betreiben von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Sie verbinden innovative Investitionen zur Energieeinsparung und Klimaschonung mit der Schaffung zukunftsfähiger Wohnformen für alle – von Kindern, jungen Familien bis hin zu Senioren, und zwar eingebunden in einen stadtentwicklungspolitisch begründeten Quartiersbezug.

Wir sollten weiter auf räumliche wie soziale Integration setzen. Eine kulturell vielfältige, offene, sozial integrative Stadtgesellschaft kann notwendige Strukturanpassungen der Städte besser bewältigen.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann
em. Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität Berlin

Stadtentwicklungspolitik hat die Funktionsfähigkeit der komplexen Großstadt sicher zu stellen, die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum zu erhalten und gesunde Lebensbedingungen für die Bewohner zu schaffen. All dies kann allerdings nur gelingen, wenn auch für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt gesorgt wird. Dies bedeutet, dass die Stadtpolitik alles tun muss, was in ihrer Macht steht, damit sich die sozialen Verhältnisse und die Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilen einer Stadt nicht allzu weit auseinander entwickeln.

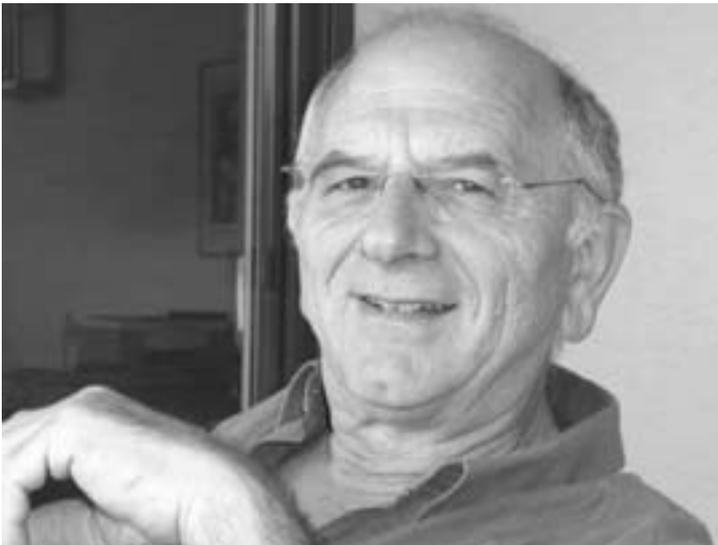
In der postindustriellen Entwicklung nimmt die Einkommensungleichheit in den Städten wieder stärker zu. Gleichzeitig vergrößert sich die kulturelle Heterogenität der Stadtbevölkerung, weil die Anteile der Bevölkerung mit

einem ‚Migrationshintergrund‘ laufend größer werden. Soziale Distanzen und kulturelle Fremdheiten schlagen sich in einer räumlichen Separierung der Bewohnergruppen nieder, die kulturell diskriminiert und materiell unterprivilegiert sind. Dadurch entstehen Gebiete mit einer besonders hohen Problemdichte, in denen sich die marginalisierte Bevölkerung konzentriert. Daraus ergibt sich für den Großteil einer Stadt so lange kein besonderes Problem, wie diese sozialräumliche Polarisierung nicht zu starken politischen Spannungen führt. Die Gefahr besteht aber, dass sie sich in gewaltförmiger Rebellion entladen, wie es in den französischen Vorstädten in gewissen Abständen geschieht. Stadtentwicklungspolitik muss dafür sorgen, dass es gar nicht erst soweit kommt – und bisher hat sie das sehr erfolgreich getan.

Der innerstädtische Frieden ist aber nur ein Aspekt. Denn durch die sozialräumliche Marginalisierung verdüstern sich die Lebenschancen von Bewohnern solcher Quartiere zusätzlich. Quartiere mit hoher Armutsquote machen ihre armen Bewohner ärmer, weil die sozialen Beziehungen zur integrierten Gesellschaft dünn geworden und damit die Chancen für soziale Teilhabe gesunken sind. Insbesondere für Kinder und Jugendliche entstehen dauerhafte Nachteile, wenn sie in einem Milieu aufwachsen, in dem sie nur noch Arbeitslosen begegnen. Damit fehlen ihnen die Vorbilder eines gelungenen Lebens. Insbesondere in den Schulen entsteht dann ein Klima der Verweigerung bzw. der Verachtung von Leistung, und damit wird das Niveau insgesamt erheblich abgesenkt.

Eine Stadtpolitik, die den Zielen der Chancengleichheit und der sozialen Fairness verpflichtet ist, darf gegenüber solchen Entwicklungen nicht tatenlos bleiben – nicht nur aus Gründen sozialer Fairness, sondern auch aus ganz nüchternem ökonomischen Interesse: in den Quartieren mit einem hohen Migrantenanteil wachsen viele Kinder auf, die

Unabhängige Forschung muss die Informationsgrundlagen für Entscheidungen in der Stadtentwicklungspolitik liefern.



unverzichtbare Potenziale für den künftigen Arbeitsmarkt darstellen.

Um entscheiden zu können, was wo in den Städten getan werden kann oder muss, sind zuerst genauere Informationen darüber notwendig, wie sich die einzelnen Quartiere entwickeln. Unabhängige Forschung muss die Informationsgrundlagen für Entscheidungen in der Stadtentwicklungspolitik liefern. Daten aus der amtlichen Statistik müssen so aufbereitet werden, dass sich die Entwicklungen ablesen lassen, auf die politisch reagiert werden soll. Denn politische Neutralität ist am ehesten gewährleistet, wenn diese Aufgabe an Wissenschaftler vergeben wird, deren Analysen jederzeit auch von Fachkollegen überprüft werden können. Das entlastet die Verwaltung und gibt dem Verfahren eine größere Legitimität.

In den 1960er Jahren gab es in deutschen Städten noch vergleichbare Ansätze für eine Stadtentwicklungsplanung, bei denen ökonomische, funktionale und soziale Aspekte des Wachstumsprozesses aufeinander abgestimmt wurden. In der Folgezeit hat sich die Entwicklung der Städte stark ausdifferenziert, viele Städten hielten eine umfassende Stadtentwicklungsplanung nicht mehr für notwendig, weil Wachstum in Schrumpfen übergegangen war bzw. weil sich die Stadtpolitik einseitig auf die Förderung von Wachstumspolen konzentrierte. Inzwischen aber sind nicht nur bei den Rückbaukonzepten, die für Städte ohne wirtschaftliches Wachstum und mit rückläufiger Bevölkerungszahl entwickelt werden, gesamtstädtische Ansätze wieder modern geworden - auch angesichts der polarisierenden Entwicklungen in wachsenden Städten werden gesamtstädtische Ansätze einer Entwicklungsplanung wieder dringender als zuvor.

Gerade wenn sich die Stadtentwicklung auf die Integration von marginalisierten Stadtteilen orientieren will, reicht es keineswegs

aus, sich nur auf die betroffenen Quartiere zu konzentrieren, weil damit die Ursachen für die Entstehung von Ausgrenzung und Segregation ganz ausgeblendet bleiben. Es macht wenig Sinn, sich mit großem Aufwand an die Bearbeitung von Symptomen einer Entwicklung zu machen, deren Ursachen außerhalb des Horizonts bleiben.

Politische Neutralität der Forschung ist am ehesten gewährleistet, wenn diese Aufgabe an Wissenschaftler vergeben wird, deren Analysen jederzeit auch von Fachkollegen überprüft werden können.

Gerade weil sich die Entwicklung der Städte angesichts von ökonomischer und demographischer Entwicklung wieder stärker ausdifferenzieren wird, ist die Entwicklung einer nationalen Stadtpolitik von herausragender Bedeutung. Denn auch im nationalen Rahmen gilt, was für die Entwicklung einzelner Teile einer Stadt im lokalen Rahmen gilt: Abstieg und Stagnation in der eigenen Region sind über Mobilität von Arbeit und Kapital mit Wachstum und Prosperität in anderen Regionen immer verbunden. Das Bemühen um eine Milderung bzw. den Ausgleich von Unterschieden und Gegensätzen setzt also immer einen übergeordneten Blick und eine strategische Orientierung voraus, die sich nicht in lokaler Beschränktheit erschöpfen.

Aufgabe einer nationalen Stadtentwicklung ist es, diese wechselseitigen Abhängigkeiten immer wieder deutlich und bewusst zu machen, und Standards einer Analyse der Entwicklung sowie einer evidenz-basierten Politikformulierung zu setzen. Gerade eine Politik des sozialen Ausgleichs ist angesichts der dafür notwendigen Kosten darauf angewiesen, dass sie ihre Fälligkeit und Effizienz immer wieder unter Beweis stellt. Das ist gewiss nicht einfach, aber Versuche dafür müssen immer

Eine nationale Stadtentwicklung bedarf der wissenschaftlichen Legitimation ebenso wie der politischen Legitimation, die sich an den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit orientiert.

wieder unternommen werden, um sich nicht dem Verdacht des wenig reflektierten Traditionalismus bzw. des schlichten Lagerdenkens auszusetzen. Eine nationale Stadtentwicklung bedarf der wissenschaftlichen Legitimation ebenso wie der politischen Legitimation, die sich an den Grundsätzen sozialer Gerechtig-

keit und Chancengleichheit orientiert. Im internationalen Vergleich sind die deutschen Städte relativ gut integriert und insgesamt infrastrukturell gut entwickelt. Die Tendenzen einer stärkeren Ausdifferenzierung, die in den letzten beiden Jahrzehnten zu beobachten waren, müssen daher Anlass sein, eine nationale Strategie der sozialräumlichen Inklusion und des sozialen Ausgleichs auf städtischer Ebene zu unterstützen. Die föderative Struktur der bundesrepublikanischen Stadtpolitik braucht ein einigendes Band, das verhindert, dass Lebensbedingungen und Lebensverhältnisse entsprechend den Marktbedingungen zu sehr auseinanderdriften.

Quartiere mit hoher Armutsquote machen ihre armen Bewohner ärmer, insbesondere für Kinder und Jugendliche entstehen dauerhafte Nachteile, wenn sie in einem Milieu aufwachsen, in dem ihnen die Vorbilder eines gelungenen Lebens fehlen.

Marlis Herterich

Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes e.V.

Wenn sich an dieser Stelle eine Vertreterin des Deutschen Kinderschutzbundes zur Stadtentwicklungspolitik äußert, ist der Fokus selbstverständlich auf die kindgerechte Stadt gerichtet. Kindgerecht - nicht nur kinderfreundlich - wünschen wir uns unsere Städte, und dazu gehören Verkehrsplanung, Wohnumfeldgestaltung, Infrastruktureinrichtungen ebenso wie Angebote im Sozialraum und aktive, umfassende Partizipation von Kindern an der Stadtplanung.

Für Kinder, für kleine ganz besonders, sind (auto-)verkehrsgerechte Straßen schier unüberwindbare Hindernisse. Wer sich als

Erwachsener einmal am Rande einer solchen Straße in die Hocke begibt, erkennt rasch, dass parkende Autos komplette Sichtbarrieren bilden und die Geschwindigkeit vorbeifahrender Autos aus dieser Perspektive beängstigend sein kann. Deshalb braucht die kindgerechte Stadt breite Gehwege und gesicherte Übergänge mit ausreichender Querungszeit. Und warum Spielstraßen leichter in Einfamilienhaussiedlungen mit großen Gärten einzurichten sind als in Wohnsiedlungen mit vielen Kindern ist nur schwer zu verstehen. Hier könnte die Nationale Stadtentwicklung mit Modellprojekten fördernd eingreifen.

Der selbständige Aktionsradius von Kindern ist je nach Alter noch eingeschränkt. Die Stadt, das ist zuerst das nähere, dann das weitere Wohnumfeld. Hier kann gute Stadt-

planung viel dazu beitragen, die Entwicklung von Kindern zu fördern. Angsträume vermeiden, ausreichend Bewegungsraum bieten und Spielmöglichkeiten nicht nur auf ausgewiesene Spielplätze beschränken, vor allem aber Kinder an den Planungen beteiligen, umfassend, nicht nur für die Spielplätze, und ihre Anregungen ernst nehmen - unsere Erfahrungen zeigen, die Stadt wird damit bunter, lebenswerter und das keineswegs nur für Kinder. Wolkenkuckucksheime entstehen eher nicht, aber manchmal überraschende Lösungen. Eine Verpflichtung zur Kinderbeteiligung, ein Projekt zur Entwicklung besonderer, kindgerechter und praxistauglicher Beteiligungsformen, eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen – wir sind überzeugt, dies wäre ein wichtiger Schritt zu besserer Stadtplanung.

Kinder suchen sich nicht aus, in welche sozialen Umstände sie geboren werden. Aber alle Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Lebensumstände, auf bestmögliche Bildung und Gesundheit. Alle Versuche, durch bauliche Mischung oder durch Belegungspolitik u.ä. die soziale Segregation in den großen Städten zu verhindern, sind nicht wirklich erfolgreich. Und die neue Entwicklung, die das Leben in der Stadt für jüngere, erfolgreiche Singles und Paare wieder attraktiver erscheinen lässt, wird eher zur Verfestigung dieser ungleichen Verteilung führen. Deshalb scheint es uns Erfolg versprechender, Kinder und ihre Familien durch entsprechende Programme in ihrem Sozialraum zu stärken, ihnen nachhaltig Angebote zu machen, die sich an ihren Ressourcen orientieren, ihre Stärken stärken und für ihre Defizite passgenaue Hilfen anbieten. Hier kann die Nationale Stadtentwicklungs-



Vor allem müssen wir die Kinder an den Planungen umfassend beteiligen und ihre Anregungen ernst nehmen - nicht nur für Spielplätze.

politik mit den schon erfahrenen Akteuren vor Ort entsprechende Angebote entwickeln.

Der Deutsche Kinderschutzbund ist seit vielen Jahren in der Stadtteilarbeit verankert. Nach unserer Erfahrung sind wenige aber passgenaue und längerfristige Hilfen für Familien geeignet, deren Situation zu stabilisieren und zu verbessern. Ein gut gestaltetes Wohnumfeld, leicht erreichbare, niedrigschwellige Angebote der sozialen Arbeit und eine Infrastruktur, die z.B. auf dem Bildungssektor gerade in den „schwierigen“ Stadtteilen besonders gut ausgebaut ist, können nach unserer Meinung helfen, aus belasteten Sozialräumen stabile Stadtquartiere zu machen.

Ein gut gestaltetes Wohnumfeld, leicht erreichbare Angebote sozialer Arbeit und ein gut ausgebauter Bildungssektor helfen, aus belasteten Sozialräumen stabile zu machen.

Frank Junker

Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Im Gegensatz zur Stadtfucht der vergangenen Jahrzehnte wird heute der Wohnwert der Innenstädte erkannt. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass der Wegzug aus den Städten ins Umland gestoppt werden konnte, sondern auch wieder ein Rückzug von außerhalb in die Städte festgestellt werden kann.

Zur Steigerung der (Wohn-)Attraktivität der Innenstädte bedurfte und bedarf es jedoch erheblicher stadtentwicklungspolitischer Anstrengungen.

Nach Angaben des Wohn- und Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen (UN-Habitat) werden ca. 80% der schädlichen Treibhausgase in Städten produziert. Neben dem Kraftfahrzeugverkehr und den von ihm produzierten Emissionen sind in erster Linie erhebliche Energieeinsparmaßnahmen zum

kommunalen Klimaschutz zu ergreifen, die weit über das hinausgehen, was bislang praktiziert wurde. Beim Wohnungsneubau kann die Antwort auf steigende Energiepreise und den Beitrag zum Klimaschutz durch CO₂-Minimierung nur die konsequente Anwendung der Passivhaustechnologie sein.

In Frankfurt am Main haben wir mit der konsequenten Ausrichtung der Neubaumaßnahmen auf Passivhaustechnologie nicht nur eine Vorreiterrolle übernommen, sondern vielmehr auch bewiesen, dass Stadtgestaltung und Architektur auch bei dieser Technologie nicht zurückstehen müssen. Die von uns und namhaften Architekten entwickelten Häuser lassen eben nicht erkennen, welche Technologie sich dahinter verbirgt. Baukultur zur Steigerung der Attraktivität und Wohnwertigkeit der Innenstädte verbunden mit kaum zu übertreffenden Energieeinsparungen und CO₂-Emissionsminderungen schaffen attraktive Wohnlagen, die das Leben in den Innenstädten lebenswert gestaltet.

Durch ausgewogene Belegung der Wohnquartiere wird nicht nur die Stadtfucht gestoppt, sondern der Rückzug aus der Region in die Städte wird attraktiver. Durch innovative Maßnahmen können Wohnungsbaugesellschaften dazu ihren Beitrag leisten.



Ebenso können und müssen energetische Optimierungen bei Altbauanierungen angewandt werden. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss hier die Städte bei ihren Anstrengungen um Klimaschutz und Umweltentlastung stärken. Auch hier haben wir in Frankfurt am Main exemplarisch dargestellt, dass energetische Optimierungen und Wirtschaftlichkeit sich nicht ausschließen, sondern vielmehr eine erhöhte Nachfrage nach Wohnraum und damit eine Wirtschaftlichkeitssteigerung begründen.

Neben der Verstärkung des Klimaschutzes durch konsequente energetische Optimierungen gilt es im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik Integration statt Segregation festzuschreiben. Den Problemen der Sozialstruktur der Bevölkerung in den Innenstädten ist durch die Entwicklung neuer Strategien zur sozialen Wohnraumversorgung

zu begegnen. In Kooperation mit der Stadtregion müssen neue Strategien zur sozialen Wohnraumversorgung entwickelt werden, um eine Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen und damit einhergehende Segregation vermeiden zu können. Die soziale Wohnraumförderung, die sich bislang durch eine starre Objektförderung auszeichnet, ist zugunsten einer Subjektförderung zu verändern. Damit können entsprechende Bevölkerungsgruppen gezielt in bestehenden Wohnquartieren in den Städten und der Region mit Wohnraum versorgt und damit integriert werden bei einer erheblich höheren Flexibilität der Fördergeber und Vermieter. Auch hierzu haben wir in Frankfurt am Main Modelle der Wohnraumversorgung zur sozialverträglichen Belegung von Quartieren entwickelt. Durch die ausgewogene Belegung der Wohnquartiere wird nicht nur die Stadtfucht gestoppt, sondern vielmehr der Rückzug aus der Region in die Städte attraktiver. Insbesondere großen Wohnungsbaugesellschaften und institutionalisierten Vermietern kommt eine

In Kooperation mit der Stadtregion müssen neue Strategien zur sozialen Wohnraumversorgung entwickelt werden, die Segregation vermeiden.

erhebliche Bedeutung bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zu. Diese müssen neben der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik einen Beitrag durch Entwicklung innovativer Maßnahmen leisten.

Die von mir vertretene Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding GmbH in Frankfurt am Main hat diese Vorreiterfunktion unabhängig von politischen Forderungen übernommen. Hierdurch werden städtische Räume geschaffen, die wirtschaftlich stabil und sozial ausgewogen sind und damit eine hohe Lebensqualität auch für die Zukunft ermöglichen.

Neben der Verstärkung des Klimaschutzes durch konsequente energetische Optimierungen gilt es, im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik Integration statt Segregation festzuschreiben.

Prof. Dr. Michael Krautzberger

Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Stadtentwicklung – ein Thema für die Menschen? Wer nimmt Stadtentwicklungspolitik wahr? Wird von der Öffentlichkeit wahrgenommen, womit sich Experten - Wissenschaft, Planerinnen und Planer, Politik - beim Thema „Stadtentwicklung“ befassen oder ist das zu technokratisch, zu weit weg, nicht „vermittelt“?

- Wer weiß eigentlich schon, was ein Bebauungsplan ist? Und trotzdem werden Bürgerinnen und Bürger an seiner Aufstellung beteiligt.
- Wer weiß gar, was ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ ist? Mehr als ein „Promille“ der Bevölkerung? Aber die Partizipation wird mit großer Geste eingefordert.

Beteiligung an der Planung heißt für Politiker Einfluss teilen und sich Zeit nehmen, um Zustimmung und Identifikation mit der Stadt zu gewinnen.



- Und der Inhalt eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts: Wen spricht der an? Muss man dafür nicht wieder „Experte“ sein?

Fazit: Ist es eine Illusion, damit die Öffentlichkeit zu erreichen? Oder: Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die gemeindlichen Planungen versteht sich in einer modernen Gesellschaft von selbst.

Wer plant eigentlich die Stadt? Auf die Gefahr hin, das unziemlich zu vereinfachen: Vor dem 2. Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren waren es nicht selten „große Persönlichkeiten“, die der Stadtentwicklung den Stempel aufdrückten. Ihre Namen werden ehrfürchtig genannt. Und heute? Sind an die Stelle der großen Stadtbaumeister die Wettbewerbe der Planer und Architekten getreten und damit die Preisgerichte? Ist es diese In-Group der Juroren, die heute die Richtung angibt? Für wen sprechen sie? Und was ja das Thema ist: Erreichen sie die Öffentlichkeit? Könnte Stadtentwicklung über Wettbewerbe zu einer elitären Veranstaltung geworden sein?

Um es gerade zu richten: Wettbewerb ist ohne Zweifel und unbestritten das unersetzliche und kreative und faire Verfahren, das Planungs- und Baukultur essentiell braucht. Aber die „Richtung“ – wer bestimmt sie und wer vermittelt sie?

Fazit: Die Menschen interessiert sicher der Prozess. Die Menschen interessiert aber eben auch und vor allem das Ergebnis.

Gibt es gute Beispiele? Wenn man sich die Struktur und die Funktion von Beteiligungsverfahren in Kleinstädten ansieht – und nicht selten auch in den Stadterneuerungsgebieten der größeren Städte, vor allem aber auch in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ - dann fällt eine vielfach sehr viel intensivere und offenere Beteiligung auf als vielfach in den Planungsfällen großer Städte.

Die Stadtplanerinnen und Stadtplaner – sie haben dabei auch die Aufgabe des „Pädagogen“ und auch die des Moderators. Sie erklären in intensiven Runden mit der Öffentlichkeit, also der Bürgerschaft, die Voraussetzungen, die Rahmenbedingungen, die Funktionsweisen, die Sachzwänge, die Folgen von Planungen. Dazu braucht es Offenheit und Geduld und Zeit. Weil wir in Deutschland das Schwergewicht der Beteiligungen bei den mitunter noch abstrakten Planungen haben, nicht aber wie im angloamerikanischen Raum am konkreten Projekt, erfordert die Beteiligung der Öffentlichkeit eben mehr. Man müsste für Beteiligungen in größeren Städten Voraussetzungen schaffen, unter denen die individuelle Beteiligung ähnlich vital ist.

Fazit: Partizipation – eine Bringschuld der Stadtplanung.

Planungskultur „von unten“? Eine Planungskultur sozusagen „von unten“? - wobei „oben“ und „unten“ hier sehr missverständlich sein können. Könnte es sein, dass wir Ressourcen ungenutzt lassen? So wie wir die Gefahr zu erkennen beginnen, durch unzureichende Bildungspolitik den großen Schatz zu vergeuden, der im „humanen Kapital“ der Kinder von gering Verdienenden und Migranten liegt? So lässt sich auch fragen, ob es nicht ebenso überzeugend gelingen könnte, die Kreativität einer emanzipierten Stadtgesellschaft für die Entwicklung des eigenen Lebensumfelds zu gewinnen und damit für die Stadtentwicklung?

Kann das funktionieren? Es gibt die guten Beispiele – darauf wurde schon hingewiesen. Es gibt aber auch weitere ermutigende

Beispiele. So nehmen in Deutschland Jahr für Jahr weit über 4 Millionen Menschen am „Tag des offenen Denkmals“ teil. Da gibt es natürlich „etwas zu sehen“, aber es geht vor allem um das Lebensumfeld und es ist nicht selten eine sehr fordernde, anspruchsvolle Veranstaltung.

So wie es gelingen sollte, die Baukultur zu einem gesellschaftlichen Anliegen zu machen, zu einer Aneignung durch eine breite Öffentlichkeit, kann man diese Bereitschaft auch bei der Stadtentwicklungs- und Stadtplanung annehmen. In anderen europäischen Ländern sind ja auch die Beispiele der Umwelttage oder der autofreien Tage bemerkenswerte Zeichen einer Gesellschaft, die sich einbringen will und kann.

Was beim Tag des offenen Denkmals vor Ort gelingt – lässt es sich aufgreifen in einer vitalen Auseinandersetzung um die lokale Stadtentwicklung? Dazu kann man sich viel an neuen Rahmenbedingungen vorstellen. Ein Beispiel: Warum haben die großen chinesischen Städte, nicht aber deutsche Städte an prominenten Stellen in der Stadt ständige Stadtentwicklungs-Ausstellungen: Pläne, Projekte, Vernetzungen? Oder: Die Stadtplanung in den Schulen – das Lernen der eigenen Stadt. Und nicht nur um die Kinder und die Jugendlichen geht es, sondern auch um die ältere Bevölkerung.

Fazit: Beteiligung an der Planung - das heißt auch Einfluss teilen und das heißt sich Zeit nehmen – um Zustimmung, Identität mit der Stadt zu gewinnen. Traut sich das die Politik und trauen sich das die Planerinnen und Planer zu?

Könnte es nicht gelingen, die Kreativität einer emanzipierten Stadtgesellschaft für die Entwicklung des eigenen Lebensumfelds und damit für die Stadtentwicklung zu gewinnen?

Prof. Dr. Mojib Latif
Leibniz-Institut für Meereswissenschaften an
der Universität Kiel

Was sind aus Ihrer Sicht als Klimaforscher die wichtigsten Fragen, die Städte in nächster Zeit zu lösen haben werden?

Eine vernünftige, in die Zukunft gerichtete Stadtentwicklungspolitik muss berücksichtigen, dass Energie immer knapper und deswegen immer kostbarer, sprich immer teurer werden wird. Stadtentwicklungspolitik muss Wege so effizient gestalten, dass möglichst wenig Energie verbraucht wird, um von einem Ort zum anderen zu gelangen. Sie muss darüberhinaus einfordern, wo bestimmte Institutionen in Bezug zu ihren Nutzern angesiedelt werden - oder Geschäfte in Bezug zu den Käufern liegen sollten. Insgesamt müssen die Wege kürzer werden, was Verkehre reduzieren, Luftreinheit und Ressourcen schonen, Energieverbrauch mindern würde. Jede Stadt sollte Strategien dafür entwickeln, dass so wenig wie möglich Energie verbraucht wird.

Wenn es wirklich gute Angebote für den öffentlichen Nahverkehr gibt, brauchen wir den massiven Individualverkehr in den Städten nicht.



Ein zweiter Aspekt ist leider weniger erfreulich: wir dürfen bei allen Anstrengungen hinsichtlich des Klimaschutzes nicht vergessen, dass wir mit weiteren Klimaänderungen rechnen müssen. Wetterextreme werden sich häufen und wir müssen zusehen, dass die Straßen nach heftigen Gewitterschauern nicht immer gleich unter Wasser stehen, das heißt, dass unsere Kanalisation stärkere Regenfälle in kürzerer Zeit auffangen kann. Wir müssen uns fragen, mit welchen Folgen wir im Zuge des Klimawandels zu rechnen haben: wir müssen die Stadtplanung darauf ausrichten, dass wir die Klimaerwärmung nicht sofort stoppen können, da das System träge ist. Um es auf einen Nenner zu bringen: Zu langfristiger Ressourcenschonung gehören Energieeinsparung und ein möglichst effizienter Energieverbrauch, gleichzeitig wird Anpassung unvermeidbar, weil wir den Klimawandel nicht mehr ganz aufhalten können.

Bei der Entsiegelung von Böden, Versickerung, Anreicherung, Grundwasser usw. haben die Städte seit vielen Jahren Fortschritte gemacht. Reichen diese Bemühungen aus angesichts des Zuwachses an Wetterlagen mit großem Aufkommen an Regenmengen?

Entsiegelung ist wichtig, aber diese eine Maßnahme reicht nicht aus. Es geht auch um eine größere Bemessung der Kanalisation und last but not least um Pflege. Wie vermeide ich, dass die Siele verstopfen und die Straßen überschwemmt werden? Wie oft sind in Hamburg die Siele mit Laub verstopft. Hält man die Siele nicht regelmäßig frei, spart man am falschen Ende.

Was gibt es bei der Energieproduktion für Konzepte, die Abwärme besser zu nutzen? Was ist der Stand der Forschung hinsichtlich des Wirkungsgrads von Kohlekraftwerken?

Insbesondere durch Nutzung der Abwärme kann man einen deutlich höheren Wirkungsgrad erzielen. Man spricht hier von Kraftwärmekopplung. Beispielsweise könnte man die Wärme konkret für den Endverbraucher nutzen, indem man bestimmte Bereiche mit Heizung und Warmwasser beliefert. Man sollte sich auch fragen, ob die zentrale Energieversorgung wirklich das Mittel der Wahl ist oder ob kleinere, standortangepasste Energieversorgungseinheiten wie Blockkraftwerke für einzelne Siedlungen nicht effizienter sind. Wir reden immer von riesigen Kohlekraftwerken, aber machen die wirklich Sinn? Letzten Endes sind sie ja auch nicht sonderlich schön. Kleine Anlagen, die nicht so auffallen, sind nicht nur effizienter, sondern auch ästhetischer.

Die Herausforderung ist, die bestehende Stadt für die neuen Anforderungen zu qualifizieren: Wie sieht es mit dem Umbau im Bestand aus?

Da der Altbaubestand enormen Anteil am Primärenergieverbrauch hat, ist energetische Gebäudesanierung das Gebot der Stunde. Es gibt viele Konzepte, bestehende Gebäude zu verbessern, aber oft kollidieren künstlerische mit Effizienz-Ansprüchen. Diesen Konflikt müssen die Architekten, die eine Fassade trotz entsprechender Mehrkosten gerne erhalten möchten, mit den Eigentümern austragen, die oft so wenig Geld wie möglich ausgeben wollen. Die notwendige Diskussion darüber findet meist nicht statt, weshalb man die Parteien an einen Tisch bringen und versuchen muss, einen gemeinsamen Weg zu finden. Man kann nicht jede Fassade mit Wärmedämmung voll kleistern, ohne das Stadtbild zu zerstören. Darüber muss geredet werden.

Mit der Frage, wie die Gründerzeitquartiere in unseren Städten - mit ihren zum Teil sehr schönen und zum Teil ja auch mühsam geretteten Fassaden - durch eine effiziente

Wärmedämmung modernisiert werden können, eröffnen Sie ein Forschungsfeld, das Herausforderungen für Architekten, Bauwirtschaft- und Industrie sowie Denkmalpflege insgesamt bedeutet: Wie kann dieser wichtige Bestand energetischen Erfordernissen gerecht umgestaltet werden?

Jede Stadt sollte versuchen, insgesamt so wenig wie möglich Energie zu verbrauchen. Im Moment entweicht ein Großteil der Energie ungenutzt in die Natur, wir müssen versuchen, die Abwärme so gut es geht zu nutzen. Die Konzepte gibt es. Sie kosten erst einmal gewisse Investitionen, aber langfristig rechnen sie sich.

Man kann das ganz pragmatisch lösen. Ich selbst stand, als ich in Hamburg eine Altbauwohnung gekauft hatte, mit der Eigentümergemeinschaft vor der Situation, dass der Verwalter uns die klassische Lösung vorschlug, alles mit Wärmedämmung zu versehen, während wir die wunderschöne Fassade nicht verderben wollten, die wiederherzustellen jedoch sehr kostspielig war. Wir haben uns dann entschieden, die hintere Fassade, die architektonisch ohnehin nichts Besonderes bot, mit Wärmedämmplatten zu versehen und nur das Mauerwerk so gut es geht auszubessern und doppelverglaste Fenster einzusetzen. Natürlich ist Forschung das Gebot der Stunde, um beispielsweise zu untersuchen, inwieweit eine Dämmung von innen machbar, baubiologisch vertretbar stilvoll und auch kostengünstig wäre.

Wenn die Städte so umgebaut werden sollen, dass sie in Zukunft energetischen Ansprüchen besser gerecht werden: Was für eine Politik des Ministeriums, das dieses

Kuratorium eingerichtet hat, würden Sie angesichts der Veränderungen im Klimabereich erwarten?

Allein, dass es dieses Kuratorium gibt, zeigt ein Problembewusstsein, das es so bisher kaum gab. Zuallererst ist es eine vornehme Aufgabe des Kuratoriums, dieses Problembewusstsein in breiteren Schichten zu schärfen, um eine Diskussion in Gang zu setzen und

Zu langfristiger Ressourcenschonung gehört ein möglichst effizienter Energieverbrauch, gleichzeitig wird Anpassung unvermeidbar, weil wir den Klimawandel nicht mehr ganz werden aufhalten können.

entsprechende Forschungen zu stimulieren. Die Schonung der Ressourcen muss bei der Fläche selbst beginnen. Wir dürfen nicht immer mehr Flächen verbauen, sondern sollten die bebauten Flächen optimal nutzen. Dazu müssen wir wieder mehr Zuzug in die Städte ermöglichen und weniger Flächen außerhalb der Städte verbrauchen, vielmehr die für die CO₂-Reduzierung wichtige Aufforstung betreiben. Das hilft zwar nicht viel im globalen Maßstab, wäre aber ein wichtiges Zeichen. Wir Deutschen können ja nur Symbol-Politik betreiben: wir müssen immer zeigen, dass wir bereit sind, auch selber umzusetzen, was wir von anderen erwarten. Deswegen würde ich versuchen, nicht mehr in die Fläche, sondern zurück in die Städte und insbesondere in die Innenstädte zu gehen. Dass dort niemand wohnt ist im Hinblick auf Energieeffizienz, kurze Wege usw. eine Schande, da müssen wir umdenken. Ich finde nicht akzeptabel, dass die Hamburger Innenstadt nach zwanzig Uhr tot ist.

Wenn es um die Schonung von Ressourcen geht, sollten wir auch nach den benutzten Materialien fragen: zum Beispiel Regenwaldholz ja oder nein? Und brauchen wir wirk-

lich den massiven Individualverkehr in den Städten? Ich glaube, wenn es wirklich gute Angebote für den öffentlichen Nahverkehr gibt, brauchen wir ihn nicht. Angebote gibt es zum Teil schon, aber sie werden nicht wahrgenommen. Dabei ist es viel bequemer und schneller, mit dem Bus zum Einkaufen in die Innenstadt zu fahren als einen Parkplatz für das eigene Auto suchen zu müssen.

Ich finde wichtig, dass Architekten nicht nur das Objekt, an dem sie gerade arbeiten, sehen, sondern das Ganze, auch die Umgebung, vielleicht sogar weitere Teile der Stadt. Sie müssen einfach einen Blick dafür entwickeln, wie sich ihr Projekt in den Stadtteil einfügt.

In Hamburg gibt es mit der Internationalen Bauausstellung 2013 in Wilhelmsburg immerhin ein großes ehrgeiziges Projekt, die Klima-Ziele einzulösen. Wie schätzen Sie als Klimaforscher ein solches Projekt ein?

Wilhelmsburg finde ich ausgesprochen gut, weil da viele Aspekte der Nachhaltigkeit zusammengeführt und tatsächlich realisiert werden. Das ist Nachhaltigkeit in dem Sinne, dass man das Ganze nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich sieht: Wie fügt sich das Projekt in die nächsten Jahrzehnte ein? Man sollte daher - wie wir in der Physik sagen - die Raum-Zeit-Struktur in Betracht ziehen: Wie fügt es sich räumlich-, aber auch wie fügt sich das zeitlich ein? Da kommen wir auf den Nachhaltigkeitsaspekt, zum Beispiel bei der Hafencity, obwohl die - als Laie darf ich das sagen - nicht wirklich das Format von Wilhelmsburg hat. Wenn Sie heute in die Hafencity gehen, werden Sie eher abgestoßen. Ich weiß ja nicht, wie sie wirkt, wenn sie mal fertig ist, aber ich persönlich sehe darin nicht gerade die Krone der Architektur.

Meinen Sie, es wird ein Quartier mit immerhin neu gebauten Wohnungen, aber ohne urbanes Leben?

Im Moment sieht es tatsächlich danach aus. Ich will mich - sagen wir mal 2020 - gerne eines Besseren belehren lassen. Bald wird beispielsweise die Hafencity-Schule eingeweiht, die nach energetischen Gesichtspunkten gestaltet worden ist. Man wird sehen, ob die Hafencity noch ein lebensfreundlicheres Antlitz bekommt.

Was wären Ihre Erwartungen an eine Förderung von Forschung für die Entwicklung der Städte unter dem Aspekt von Ressourcen und Energie?

Wissenschaftler müssen ihre Ideen selbst entwickeln, das weiß ich nur zu gut: Politik stellt die Mittel bereit, die Ideen kommen aus der Forschung. Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen müssen sich zusammenschließen und versuchen, eine bestimmte Forschungsrichtung interdisziplinär zu entwickeln. Danach stellt sich erst die Frage nach den Förderinstrumenten, zum Beispiel nach dem Einwerben eines Sonderforschungsbereichs, der gerade die Zielrichtung der interdisziplinären Zusammenarbeit hat.

Forschung muss immer wissenschaftsgetrieben sein, das ist das A und O. Das läuft nie von oben nach unten: die Wissenschaftler müssen ihr Projekt von unten an die Politik herantragen. Ist es gut, rennen sie bei der Politik offene Türen ein. Aktiv sein, gute Ideen entwickeln, zuvor einige Pilotprojekte durchführen, um zu zeigen, dass alles gut durchdacht und Erfolg versprechend ist, und dann den großen Wurf machen wie zum Beispiel in Sonderforschungsbereichen, die ein Volumen

Ist die zentrale Energieversorgung wirklich das Mittel der Wahl oder sind kleinere, standortangepasste Energieversorgungseinheiten wie Blockkraftwerke für einzelne Siedlungen nicht effizienter?

von mehreren Millionen Euro haben. Da muss man dann versuchen, auch groß zu denken.

Wie sehen Lebensverhältnisse in Städten aus, die Sie sich in zehn/zwanzig Jahren für eine nächste Generation wünschen? Wie würden Sie gern in Städten leben, die einigermassen verträglich auch mit Ressourcen umgehen? Die für die Veränderungen im Klima, in der Energieproduktion so umgestaltet sind, dass man gut darin leben kann?

Wichtig ist mir, dass sich das Leben wieder mehr in den Städten abspielt. Kurze Wege machen viel Individualverkehr überflüssig, das stärkt aber auch die Kommunikation der Menschen untereinander. Wir leiden inzwischen an einer gewissen Sprachlosigkeit. Wichtig ist die Entsiegelung, damit man wieder mehr Grünflächen, mehr Bäume haben kann. Eine Stadt muss absolut familienfreundlich sein. Warum ziehen die Familien denn raus? Draußen ist der Grund und Boden billig, sie haben Grün, die Kinder können im Dreck spielen und kommen mit Tieren in Kontakt. Nur wenn die Städte familienfreundlicher werden, dann haben sie auch eine gute Chance, wieder lebendiger zu werden. Das wäre unserer Gesellschaft insgesamt sehr gut.

Politik stellt die Mittel bereit, Ideen kommen aus der Forschung. Forscher verschiedener Fachrichtungen müssen sich zusammenschließen und versuchen, eine bestimmte Forschungsrichtung interdisziplinär zu entwickeln.

Prof. Dr. Martina Löw

Technische Universität Darmstadt, Institut für Soziologie

Erwartungen an nationale Stadtpolitik? Nationale Stadtpolitik steht vor einer doppelten Aufgabenstellung, Rahmenbedingungen für sozial und wirtschaftlich erfolgreiche Stadtentwicklung für jede einzelne Stadt zu stärken und gleichzeitig deutsche Städte unter Bedingungen internationalen Städtewettbewerbs in ihrer Gesamtheit zu stärken.

Sozial und wirtschaftlich erfolgreiche Stadtentwicklung. Nicht jeder Stadt gelingt es bislang die wichtigen Zukunftsthemen konsequent zu verfolgen. Hierzu gehört unter anderem:
- alle Generationen mit ihren je spezifischen Interessen im Blick zu halten,

Lebenschancen hängen davon ab, in welcher Stadt man seinen Alltag erlebt. Kindheit, Armut, Behinderung werden je nach Stadt anders erfahren.



- Zusammenhalt unter Bedingungen kultureller und sozialer Vielfalt zu stärken,
- gesunde Wohnbedingungen zu schaffen,
- Zugang zu Kultur- und Bildungsangeboten, Einkaufsmöglichkeiten, Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten sowie öffentlichem Personennahverkehr für alle zu ermöglichen und
- ein vielfältiges Angebot an Arbeitsmöglichkeiten zu realisieren. Folglich müssen diese Herausforderungen im Fokus nationaler Stadtentwicklungspolitik gehalten werden.

Internationaler Wettbewerb der Städte.

Aufgabe einer Stadtentwicklungspolitik auf nationaler Ebene ist es zudem auch, Performanzbedingungen von Städten zu stärken. Lebenschancen von Bürgern und Bürgerinnen hängen davon ab, in welcher Stadt sie ihren Alltag erleben. Kindheit, Armut, Behinderung werden je nach Stadt anders erfahren. Soziale Ungleichheit ist stadtspezifisch. Demografische Entwicklungen, touristische Attraktivität bzw. Sichtbarkeit sowie supranationale Städtetzwerke, Rankings und Förderpolitiken stärken manche Städte und schwächen andere. Hier ist es Aufgabe nationaler Stadtentwicklungspolitik, Ausgleich zu organisieren und fundiert zu informieren.

Lokale Potentiale stärken. Nationale Stadtentwicklungspolitik kann Hilfe zur Selbsthilfe sein. Auch in Städten schleichen sich Routinen ein, die zu doxischen Gewissheiten führen und Veränderungsoptionen verdecken. Wenn Städte sich aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen verändern müssen (oder wollen), wird oft der Blick allein auf internationale Investoren und Touristengruppen gerichtet. Nationale Stadtentwicklungspolitik kann den Aufmerksamkeitshorizont weiten und bei der Suche nach lokalen Potentialen unterstützen. In den Routinen vor Ort stecken Chancen wie Blockaden, die es zu begreifen gilt. Jede Stadt hat ihre Eigenlogik, ein komplexes, ineinander verwobenes Ensemble an Wissensbeständen und Ausdrucksformen, das auf regelgeleiteten, routinierten und über

symbolische wie auch materielle Ressourcen stabilisierten Handlungsformen basiert. So entstehen lokale Sinnprovinzen. Von Ulrich Oevermann stammt der Satz, „dass der routinemäßige Alltag eigentlich nichts anderes ist als die permanente Stillstellung von Transformationsmöglichkeiten“ (1999). Nationale Stadtentwicklungspolitik wird dann effektiv, wenn sie die unterschiedlichen Städte im Land darin unterstützt, sich selbst zu stärken.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann Hilfe zur Selbsthilfe sein, wenn sie die unterschiedlichen Städte im Land unterstützt, sich selbst zu stärken.

Von Ulrich Oevermann stammt der Satz, „dass der routinemäßige Alltag eigentlich nichts anderes ist als die permanente Stillstellung von Transformationsmöglichkeiten“.

Regula Lüscher

Senatsbaudirektorin für Stadtentwicklung,
Berlin

Wie gestaltet sich das Verhältnis von Land Berlin und Bund im Blick auf die Stadtentwicklungspolitik?

Das Alltagsgeschäft unserer engen Partnerschaft ist nicht immer harmonisch. Oft kämpft man um die gleichen Qualitäten und denkt, wir sitzen doch in einem Boot, aber dann realisiert man, dass die Interessen unterschiedlich sind. Wir setzen uns für gewisse städtebauliche Qualitäten ein und der Bund vertritt sehr selbstbewusst und durchaus hierarchisch seine – ich würde fast sagen – Bauherreninteressen. Andererseits muss ich aber auch sagen, dass wir in der gesamten

Berlin hat für mich alle Voraussetzungen, die Zukunftsqualität der europäischen Stadt vorzutragen.



Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt trotz dieses Spannungsfelds enorm viel erreicht haben: wir haben viele Gelder investiert und qualitativ umgesetzt. Das sichtbare gemeinsame Bemühen um Qualität hat dem Land Berlin viel gebracht - im Resultat also doch eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Der Bund will eine integrative Stadtentwicklungspolitik, die bürgernah formuliert werden soll. Wird Stadtentwicklung auf der Berliner Ebene im Sinn dieses Anspruchs als kooperatives Projekt begriffen, das auch raumblinde Programme mit einbinden kann?

Das konkrete Projekt *Entwicklungsmaßnahme Hauptstadt*, wo es Reibungen gibt, ist für mich nur bedingt ein Schauplatz von Stadtentwicklungspolitik. Nach dem strategischen Entscheid, den Regierungssitz nach Berlin zu bringen, ist die Umsetzung auf der Ebene des Bundes Tagesgeschäft, viel Förderpolitik. Unter diesem Förderaspekt wünschte ich mir vom Bund, dass er viel mehr Kooperation einfordert und sich dafür einsetzt. Seine Rolle könnte über das Ausschütten von Geldern und das Priorisieren hinaus sein, ein möglichst hohes Maß an Kooperation durchzusetzen, als Prozessbeförderer zu funktionieren. Der Senat soll zum Beispiel die Zusammenarbeit seiner unterschiedlichen Sparten qualitativ wie quantitativ nachweisen. Beim Bund erlebe ich das nicht immer so. Aber in Zukunft wird das eine große Rolle spielen müssen, weil die Fördertöpfe nicht größer werden, die Ansprüche aber bleiben. Der Bund will ja theoretisch in seinen Stadtentwicklungszielen neben der Klimapolitik die durchmischte Stadt fördern und sagt auch, es gehe um Kooperation, auch um ungewöhnliche Kooperationen. Da sehe ich aber noch keine wirkliche Struktur, noch keinen expliziten Ansatz, wie er das umsetzen, wie er das einfordern will.

Was würden Sie tun, um Förderung und Qualitätsanspruch zu verbinden?

Ich komme aus einer anderen Kultur, aus einem Land, das bei weitem nicht solche Förderprogramme hat. Ich glaube, für eine Subvention (in der Schweiz heißt das Subvention) müsste Voraussetzung des Förderprogramms sein, dass sie Kooperation und Eigeninitiative einfordert. Förderprogramme sollten stärker davon abhängig gemacht werden, dass man gleichzeitig auch das bürgerschaftliche Engagement mit dazu nimmt, weil es ohne das sowieso nicht geht. Auf der Ebene der Akteure, der Projektleiter und Projektleiterinnen in den Verwaltungen ließe sich unternehmerisches Denken befördern, indem Fördergelder möglichst klug zusammengebracht werden, der Zuschlag aber von weiterem Engagement abhängig gemacht wird, sodass via Fördergelder privates bürgerschaftliches Engagement unterstützt wird. Das wäre ein Anfang.

Wie beurteilen Sie die Einbindung der Wirtschaft in die Berliner Stadtentwicklungspolitik?

Vielleicht könnte man noch eine stärkere Verbindung schaffen zwischen privaten Engagements und öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur: es könnte durchaus Teil eines Förderprogramms sein, dass die öffentliche Hand etwas dazugibt. Wir haben oft die Problematik, dass wir mit unseren städtebaulichen Verträgen die Infrastruktur mitfinanzieren. Wir bieten mehr Ausnutzung, bessere Konditionen, wollen dann aber auch so und so viel für Straßen, Plätze, soziale Infrastruktur. Am Ende kommt man trotzdem in den Finanzierungsnotstand, weil auf der öffentlichen Seite Haushaltsgelder nicht eingestellt sind oder man Probleme mit der Zeitkoordination hat. Der Investor will investieren, aber die Infrastruktur soll natürlich gleichzeitig mit seinem Investment da sein. Die Zeitkoordination von Investments ist enorm schwierig und die öffentliche Hand hat oft das Problem,

ihren Teil zeitgleich zu finanzieren. Es bräuhete ein verstärktes Augenmerk darauf, wie sich solche Prozesse besser abstimmen lassen. Da braucht es vielleicht neue Wege.

Wie erreichen Sie, dass Stadtentwicklungspolitik auch in der Stadt zum Thema wird?

Ich bin eigentlich erstaunt, wie stark zumindest städtebauliche und architektonische Fragen von den Medien aufgenommen werden und an die Bürger kommen - oder umgekehrt, die Medien dann auch wieder als Verlängerung der Bürgerstimme wirken. Ich habe das Gefühl, in Berlin ist Stadtentwicklung ein ziemlich öffentliches Thema.

Förderprogramme sollten stärker davon abhängig gemacht werden, dass sie mit bürgerschaftlichem Engagement einhergehen. Die Rolle des Bundes könnte es sein, als Prozessbeförderer viel mehr Kooperation einzufordern - weil es ohne die sowieso nicht geht.

Das Stadtforum nach der Wende war etwas sehr Lebendiges, wo alle Akteure sich versammelten und aktiv am Diskurs teilnahmen. Wie sehen Sie den Diskurs heute?

Die Wende war ein Ausnahmezustand. Keine andere europäische Stadt hat in der Nachkriegszeit so einen Umbruch erlebt; einen Umbruch, der auch räumlich ist. Hier geht es um das Physische, das physische Weiterbauen der Stadt. Wie soll sich die Stadtgesellschaft physisch darstellen? Das Physische ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Zustands. Man muss sich mal klarmachen, was für unterschiedliche gesellschaftliche Zustände da plötzlich aufeinander getroffen sind.

Daher kam das Bedürfnis nach Diskussion, das ich heute nicht mehr ganz so stark wahrnehme. Nichtsdestotrotz gibt es immer noch Kristallisations-Orte wie den Schlossplatz und andere Orte, an denen sich die Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung manifestiert. Beim Spreerraum geht es um einen normalen Transformationsprozess: die Inanspruchnahme des Raums durch Raumpioniere. Sobald die erwachsen werden, unternehmerisch, wirtschaftlich stark, beginnt ein Verdrängungsprozess (oder zumindest das Gefühl, verdrängt zu werden). Das ist nicht Berlin-spezifisch, das passiert in jedem Transformationsgebiet, manchmal wird nur unterschätzt, dass solche Prozesse Moderation brauchen.

Künftig müssen kompakte, hoch verdichtete, durchmischte Städte immer zusammen gelesen werden mit urbanen Landschaftsräumen.

Dagegen ist die am Schlossplatz festgemachte Frage nach einer nationalen Identität natürlich ein sehr Berlin-spezifisches Thema, mit dem nach wie vor auch sehr emotional umgegangen wird. Da ist nach wie vor das Thema Wiederaufbau /Rekonstruktion mit von der Partie. Das ist ein der speziellen historischen Situation Berlins und Deutschlands geschuldetes und auch ein sehr ideologielastiges Thema, und ich bin gespannt, ob die Wettbewerbsergebnisse erlauben, dass die ideologische Diskussion vielleicht doch noch in eine Qualitätsdiskussion mündet.

Welche Chancen liegen für Berlin und den Bund in einem Projekt wie dem Tempelhofer Feld?

Das Tempelhofer Feld ist für mich ein herausragendes, ja strategisches Projekt für Berlin, wenn es darum geht, das Bild und die Qualitäten der Europäischen Stadt weiter zu entwi-

ckeln. Für mich ist ein ganz wichtiger Aspekt für die Zukunft der europäischen Städte, dass wir kompakte, hoch verdichtete, durchmischte Stadt immer zusammenlesen mit einem urbanen Landschaftsraum, und zwar mit dem urbanen Landschaftsraum auch einer neuen Generation. Berlin mit seinen großen Brachflächen hat viel Raum und unendlich viel Grün und darum kann Berlin zu einer Zukunftsstadt werden, die vorträgt, wie eine kompakte europäische Stadt durchwirkt mit großen, ausgedehnten urbanen Landschaftsräumen größte Attraktion erlangt. Das ist für mich die absolute Zukunftsqualität der europäischen Stadt.

Die Menschen kommen in die Städte und in der europäischen Stadt geht es um die Pflege der Qualität. Ein Teil des Qualitätsanspruchs ist, dass man - ganz lapidar - eine gesunde Stadt will: eine Stadt, die gute Luft hat, die nicht giftig ist, in der man sich bewegen kann, in der man sich erholen kann. Wir müssen mit dem großen Thema Mobilität anders umgehen, das wissen wir alle. Aber wenn es keinen Druck gibt, werden wir es nicht tun. Und wenn wir nicht die Voraussetzungen haben, anders mit Mobilität umzugehen und Erholungsräume in unmittelbarer Nachbarschaft schaffen, wird es uns auch nicht gelingen, dem Anspruch auf Erholung, auf Bewegung gerecht zu werden und dem Anspruch, dass öffentlicher Raum Integrationsprozesse fördert.

Tempelhofer ist für mich ein so wichtiges Thema, weil wir dort Gelegenheit haben, an den Themen Klimaschutz und ökologische Stadt weiter zu arbeiten. Wir können dort eine zukunftsweisende Parklandschaft entwickeln. Was bedeutet es heutzutage wenig Geld, sehr wenige Ressourcen, wenig Geld auch für den Unterhalt zu haben? Wie können wir noch Parklandschaften in die Städte bringen, ohne mit dem Unterhalt unendlich belastet zu sein?

Wir müssen neue Bilder produzieren. Wir müssen die Bevölkerung, die Zivilgesellschaft in die Herstellung, den Unterhalt dieser Räume mit einbeziehen. Gleichzeitig beschäftigt mich, wie Teilgesellschaften in diesen Räumen Platz finden können, ohne dass wir Ghettos, Teilinseln schaffen: wie kann es ein gemeinsamer öffentlicher Raum werden? Wir müssen andere Raumkategorien finden; neue Raumkategorien, verbunden mit der Aufgabe, das Tempelhofer Feld zu vernetzen.

Neben der City West und der Neuen Mitte werden wir eine weitere Adresse im Südostraum entwickeln. Das ist für mich eine schwierige Aufgabe, aber sie kann auch neue Stadtbilder produzieren. Deshalb ist das Tempelhofer Feld nicht irgendeine Entwicklungsaufgabe: es hat für mich eine ganz andere Bedeutung als zum Beispiel die Entwicklung der Heidestrasse. Dieses große Entwicklungsgebiet ist mit seiner Lage zwischen Bayer-Schering und dem Hauptbahnhof ganz anders eingebunden. Es hat einen Flussraum und alle Voraussetzungen, sich direkt am Hauptbahnhof zu entwickeln. Beim Tempelhofer Feld hingegen müssen wir Infrastruktur produzieren, im Grunde genommen ohne Mittel. Das sind die Stadtentwicklungsaufgaben von heute, aber auch von morgen. Wir können nicht damit rechnen, dass unsere Städte wohlhabender werden, ganz im Gegenteil. Darum ist Tempelhof für mich ein zentrales Projekt.

Wie gehen Sie in Tempelhof mit dem Spannungsfeld zwischen den Freiflächen und den großen Räumen des vorhandenen Empfangsgebäudes um?

Natürlich muss sich die Nutzungsfrage im Sinne von Identitätsstiftung an den vorhandenen Gebäuden festmachen. Im Bestandsgebäude liegt der Schlüssel für die Nutzung. Das eine ist die Parklandschaft und das andere ist das Gebäude, aber es gibt noch einen dritten Aspekt: die Ränder dieses Felds

mit den Stadtquartieren zu vernetzen bedeutet eine große Herausforderung. Die Vernetzung ist sehr schwierig, weil das Tempelhofer Feld sowohl auf seiner Südseite als auch auf der Nordseite im Grunde genommen abgeschnitten ist und eigentlich nur Zugänge nach Neukölln hat. Im östlichen Teil würde sich ein Anschluss anbieten, aber im westlichen Teil ist es eher schwierig. Die Entwicklung der Baufelder auf diesem Areal muss daher in einer sinnvollen Ergänzung zur Nutzung des Flughafengebäudes stehen.

Mir ist völlig klar, dass diese 300.000 Quadratmeter Gebäude auf dem Tempelhofer Feld nicht flächendeckend wirtschaftlich umgenutzt werden können. Für Bereiche, in denen man unbedingt bestimmte Nutzungen haben will, bedarf es einer Art Gegenfinanzierung. Ein Thema ist die Luftfahrt. Luftfahrtsmuseum wäre eine wunderbare Idee, die an diesem Ort sicher funktioniert, denn man hat ja die entsprechenden Räume. Die Luftfahrtsmuseums-idee erscheint auf den ersten Blick rückwärts gewandt, aber Luftfahrt hatte immer schon mit Pionieren zu tun, die neue

Wir müssen neue Bilder produzieren, die Zivilgesellschaft in den Unterhalt der Räume miteinbeziehen. Wie können Teilgesellschaften in diesen Räumen Platz finden, ohne dass wir Ghettos schaffen? Wie kann es ein gemeinsamer öffentlicher Raum werden?

technologische Entwicklungen vorangetrieben haben. Das Luftfahrtsmuseum als Ort für die Thematisierung neuer Technologien und Wissenschaft im Bezug auf Mobilität könnte auch ein Thema sein. Das würde sich allerdings auf die Nachbarfelder auswirken, weil sich solche Themen nicht zwingend in einem Bestandsgebäude umsetzen lassen.

Ein Museum kann man vielleicht im Bestand ansiedeln, aber Technologiefirmen wollen eher selten in den Bestand. Wenn wir den Interessenaufwurf für die Nutzung des Flughafengebäudes machen, werden Interessenten sicherlich Konzepte eingeben, die sich auch mit den übrigen Baufeldern beschäftigen. Ich bin mir aber sicher, dass viele Interessen aus der Kreativwirtschaft, aus der Kultur, aus den Medien kommen, aber auch vieles zum Thema Sport und Freizeit und Bildung. Dies würde gut in unsere jetzigen Vorstellungen passen. Das hängt ja alles unmittelbar zusammen.

Ließe sich auf dem Tempelhofer Feld ein exemplarisches Projekt mit dem Anspruch „Zero-Carbon“ entwickeln?

Ja, gekoppelt mit den Themen Luft und Zukunftstechnologien sind Luftfahrt und Klimaschutz plötzlich kein Widerspruch mehr. Oder Luftfahrt und Parklandschaft. Das muss man eben zusammenbringen. Das wäre ein wunderbares Thema.

Wie sehen Sie neben den großen Projekten die Zukunft von Quartiersmanagement und Sozialer Stadt?

Die soziale Stadt ist nach wie vor ein Schwerpunktthema dieses Hauses. Berlin hat da ganz viel erreicht und ich finde wichtig, dass dieses Engagement bleibt. Natürlich ist das

etwas anderes als die Entwicklung des Tempelhofer Feldes, aber man sollte nicht vergessen, dass Tempelhofer Feld liegt immerhin in Nachbarschaft zu Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof und Schöneberg. Die Entwicklung dieses Areals hat natürlich Ausstrahlung auf die Bezirke und umgekehrt. So gesehen liegen die Themen dieses Hauses sogar räumlich ganz nah beieinander.

„Stadt und Region“ ist einer der Schwerpunkte der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wie steht es mit der Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg?

Es gibt immer wieder Erfolgs-Projekte, aber auch eine gewisse Konkurrenz. Das ist nicht Berlin-Brandenburg-spezifisch: dass es eine große Konkurrenz der Kernstädte mit dem Umland gibt, das ist überall so. Einerseits haben die Kernstädte das Problem der Lasten; sie wollen, dass sich das Umland an diesen Lasten beteiligt. Umgekehrt meint das Umland zu spüren, wie die Kernstadt ihm Energie abzieht und alles bündelt. Die Konkurrenz bleibt bei aller Kooperation, die erreicht wurde. Hinzu kommen die politischen Konkurrenzen, die eine ganz schwierige Herausforderung sind. Da hätte der Bund meiner Meinung nach die große Aufgabe, stärker auf die Kooperationswilligkeit einzuwirken, manchmal auch mit Druck. Wo der Leidensdruck nicht groß genug ist, sollte der Bund mehr Zusammenarbeit einfordern.

Was würden Sie vom Bund für die Stadt erwarten?

Der Bund soll auch bei Schwerpunktförderungen explizit Stellung nehmen. Das Gießkannenprinzip ist politisch immer das einfachere, aber hinsichtlich der Zukunft eines Landes durchaus kein effizientes Prinzip. Das Gießkannenprinzip ist eher konsensual, das andere eher strategisch. Das ist einfach so.

Die aktuelle Finanzkrise wird die Landkarte neu ordnen. Die Luftblase, die da geplatzt ist, öffnet den Blick wieder für reale Werte. Mit seinen weichen Faktoren, die eigentlich ganz harte Faktoren sind, ist Berlin auf einem guten Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Angesichts ‚Urban Age‘ und Metropolenentwicklung: Wo siedeln Sie Berlin in Zukunft an?

Berlin sieht sich gern im Kreis von London, Paris, New York, aus der Nähe betrachtet, stimmt das aber nicht so ganz. Berlin ist für mich anders. Denke ich in Zeitabschnitten von fünfzig Jahren, könnte ich mir vorstellen, dass die europäischen Metropolen sich in Zukunft etwas näher kommen. Die einen müssen bescheidener werden und die anderen haben vielleicht noch Entwicklungspotential. Hätten Sie mich das vor einem halben Jahr gefragt, hätte ich wahrscheinlich eine andere Antwort gegeben. Ich denke, dass die aktuelle Finanzkrise die Landkarte umorganisieren und neu ordnen wird. Die Luftblase, die da geplatzt ist, öffnet den Blick wieder für reale Werte, die gemeinhin oft als weiche Faktoren benannt sind. Mit seinen weichen Faktoren, die eigentlich ganz harte Faktoren sind, ist Berlin, glaube ich, auf einem guten Weg. Die Zukunft, die Berlin vor sich hat, birgt die Chance, eine „kluge“, nachhaltige Stadtentwicklung zu betreiben, da Berlin noch so viel Raum und Reserven hat, nachhaltigen Städtebau und Landschaftsentwicklung umzusetzen. Ein ganz großer Vorteil dabei ist,

Das Gießkannenprinzip ist politisch immer das einfachere, aber hinsichtlich der Zukunft eines Landes durchaus kein effizientes Prinzip. Der Bund sollte auch bei Schwerpunktförderungen explizit Stellung nehmen.

dass hier alles nicht so schnell geht. Wenn Stadtentwicklung nicht so schnell vonstatten geht, kann man die Seelen mitnehmen.

Haben Sie eine Botschaft an den Bund?

Von Außen gekommen, verstehe ich nicht ganz, warum man Berlin behandelt wie jede andere Stadt in Deutschland. Das wundert mich. Ich verstehe natürlich, dass man sagt, Berlin muss sich selber regenerieren. Berlin hat jahrelang von Subventionen gelebt und Berlin muss lernen, sich aus eigener Kraft zu strukturieren. Aber die Last, die Berlin trägt, ist ja nicht abzutragen, und wenn sie ständig - auch mental - auf dieser Stadt lastet, kann Berlin längerfristig nicht die Rolle der Hauptstadt spielen.

Berlin kann zu einer Zukunftsstadt werden, die vorträgt, wie eine kompakte europäische Stadt durchwirkt mit großen, ausgedehnten urbanen Landschaftsräumen größte Attraktion erlangt. Das ist für mich die absolute Zukunftsqualität der europäischen Stadt.

Ralf Meister

Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg Schlesische Oberlausitz

Die Stadt lebt aus dem Miteinander des Verschiedenen und Fremden. Sie ist der Ort von Gegensätzen. Ambivalenzen gehören zu ihrem Charakter. Das Versprechen von Freiheit und Glück trägt auf seiner Rückseite Zumutungen wie sozialräumliche Enge, Begegnung mit dem Fremden und öffentliche Konflikte.

Diese Spannungen gilt es so auszugleichen, dass Stadtleben eine attraktive, freie Lebensform nicht nur für den einzelnen Stadtbürger bleibt, sondern das soziale Band der gesamten Stadtgesellschaft zugleich gestärkt wird. Zur Stadt gehört von Anfang an die Begeg-

Integration des Fremden ist die Utopie der Stadt. Hierin liegt eine der größten Herausforderungen der aktuellen Stadtentwicklung.



nung mit dem Fremden. Die Stadtkultur ist geprägt von den Lebenszusammenhängen eines geregelten Nebeneinanders von Fremden, die einander zumeist fremd bleiben. Städte sind Lebensorte einer Gemeinschaft, die unterschiedliche Herkünfte und verschiedene Denkweisen in sich vereinigen und so ausgleichen, dass die Interessen miteinander vereinbar werden. Die Integration des Fremden ist die Utopie der Stadt. Hierin liegt eine der größten Herausforderungen in der aktuellen Stadtentwicklung der kommenden Jahre.

Die Gemeinschaft der Städter ist verbunden in dem Bewusstsein, dass die in Herkunft und Denkweise Fremden Einwohner der gemeinsamen Stadt sind. Das ursprüngliche Stadtempfinden ist elementar das Empfinden, Teil eines Gemeinwesens zu sein, das die Unterschiede zwischen den Verschiedenen nicht sozial segregiert, sondern in gewisser Weise transzendiert.

Die Kirche hält in der Tradition der biblischen Überlieferungen an der Vision fest, dass eine städtische Gestalt möglich ist, in der Frieden und Gerechtigkeit für alle gelten. Eine solche Vision kann heute nicht nur auf stadtpolitische Akteure setzen, sondern muss mehr denn je auf einen mündigen Stadtbürger vertrauen, der die Herausforderung annimmt, seine Freiheit in Verantwortung für die ganze Stadt zu leben. Dabei werden die unmittelbaren Wohn- und Lebensbereiche der Stadtbewohner zunehmend Bedeutung erlangen.

Die religiösen Gemeinschaften in Deutschland sind die größten Körperschaften in unserem Land, die christlichen Kirchen zudem die kulturell prägendsten und ältesten Gemeinschaften. Ihnen kommt – auch durch ihre starke Vorort-Präsenz in vielen Quartieren – eine besondere Verantwortung in der Integration von verschiedenen kulturellen und religiösen Traditionen innerhalb der Stadtgesellschaften zu. Die Frage lautet: Wie gelingt es, aus dem Nebeneinander von religiösen

und kulturellen Überzeugungen eine Dynamik gemeinsamer Verantwortung für die Stadtgesellschaft zu entwerfen? Die religiösen Gruppen mit ihren Werttraditionen müssen dazu stärker mit ihrer sozialpolitischen Verantwortung und in ihrer gemeinschaftsstiftenden Funktion als Akteure in Stadtentwicklungsprozesse involviert werden.

Eine nationale Stadtentwicklungspolitik könnte die Agenda städtischer Entwicklungen in den kommenden Jahren nicht nur kritisch begleiten, sondern zugleich einen Diskurs führen, der perspektivisch und beispielhaft Lösungsansätze für „der Stadt Bestes“ sucht.

Wie gelingt es, aus dem Nebeneinander von religiösen und kulturellen Überzeugungen eine Dynamik gemeinsamer Verantwortung für die Stadtgesellschaft zu entwerfen?

Prof. Dr. (I) Dipl.-Ing. Elisabeth Merk
Stadtbaurätin der Landeshauptstadt
München

Es gibt Leute, die angesichts der Nationalen Stadtentwicklungspolitik fragen: Wieso mischt sich der Bund in Dinge, die ihn nichts angehen?

Ich finde es äußerst positiv, dass der Bund mit der Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik eine Plattform bietet, brennende Themenfelder und Probleme in der nationalen Gesamtschau zu diskutieren. Das ist für mich die Qualität. Als Münchner Stadtbaurätin wünsche ich mir natürlich nicht, vom Bund reglementiert zu werden in Fragen, die unsere Planungshoheit betreffen. Ich glaube, so darf man das aber auch schlichtweg nicht verstehen: ob es sich um Themen der Sozialen Stadt handelt, um Schrumpfen oder Wachsen, um all die Themen, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, oder in noch viel größerem Maße um Klimawandel und energiepolitische Fragen - ich glaube, das alles kann keiner mehr alleine kraft eigener Planungshoheit lösen.

Ich ärgere mich immer wieder, wenn ich in Venedig auf der Biennale bin oder auf der Immobilienmesse in Cannes, dass man auf nationaler Ebene nicht in der Lage ist, ein Bild der Zukunft für die Städte zu zeichnen.



Wir müssen erst einmal gemeinsame strategische Ziele erarbeiten.

Speziell bei Klimawandel und Energiepolitik sehe ich eine echte Herausforderung für die Städtebauförderung, die meiner Meinung nach noch gar nicht erkannt ist. Es gibt eine ganze Menge Förderprogramme bzw. thematische Programme, die in der Umweltpolitik über die Umweltministerien oder zum Teil Wirtschaftsministerien heruntergebrochen werden, die aber den räumlichen Bezug verweigern. Es ist zwar wichtig, neue Modellsiedlungen mit Passivhäusern zu bauen. Was die Materialforschung anlangt, ist hier noch viel zu tun, aber das eigentliche Thema ist und bleibt doch die Sanierung im Bestand. Selbst in München, wo schon relativ viel neu gebaut wird, haben wir jährlich weniger als 1% Neubauten. Wenn wir effizient und in relativ kurzer Zeit wirksam werden wollen, brauchen wir ein Programm „Stadtumbau Energie“ (Arbeitstitel). Dafür haben wir die Instrumente. Es geht nicht darum, Instrumente auf nationaler Ebene neu zu erfinden. Es geht vielmehr um einen Konsens, wie man die Instrumente richtig anwendet, die zur Verfügung stehen. Dazu ist Austausch nötig. Das Modell vom Sanierungsgebiet, das seit den 1970er Jahren entwickelt wurde, ist ein hervorragendes Instrument auch für dieses Thema: die Städte können quartiersbezogen, vielleicht über Energieleitplanung, das Grundgerüst erstellen, und jeder saniert dann einzeln seine Gebäude. So könnte das

Ob es um die Soziale Stadt geht, Demographie oder Klimawandel, energiepolitische Fragen - all das kann keiner mehr alleine lösen. Wir müssen gemeinsame strategische Ziele erarbeiten.

konzentriert vor sich gehen. Der Vorteil von Städtebauförderung, insbesondere einer Themendiskussion im Rahmen nationaler Stadtentwicklung ist dieser Raumbezug. Darin

sehe ich die Qualität, denn ich bin der festen Überzeugung, die Themen schlagen sich im Raum nieder. Jede Stadt muss sie in ihrem Stadtraum lösen und dazu bedarf es der Verständigung.

Die Raumbindheit der Programme soll kooperativ überwunden werden, also abgestimmt mit anderen Fachbereichen?

Ja, die Leipzig Charta hat das ja thematisiert. Ich sehe nur nicht, wie wir zu einer europäischen Stadtentwicklungspolitik kommen wollen, wenn wir sie nicht einmal auf nationaler Ebene verhandeln können. Das ist eine Erfahrung, die ich durch meine beruflichen Stationen habe: wie unterschiedlich man das in den neuen Bundesländern erlebt und abarbeiten muss und wie wenig Kollegen in den alten Bundesländern trotz Fachforen eine Vorstellung davon haben, was das bedeutet. Auf den Karten des BBR zeigen sich unglaubliche Verlagerungsprozesse. Sie machen anschaulich, dass es einer echten gemeinsamen Diskussion bedarf und nicht nur dieser jährlichen Verwaltungsvereinbarung, die dann alle Bundesländer unterzeichnen – und selbst das ist schon mühsam genug. Das gibt es in anderen europäischen Ländern nicht in diesem Maße und wenn die Bundesrepublik auf der europäischen Ebene unsere Ideen einbringen will, brauchen wir einen Konsens über unsere strategischen Ziele und Forderungen.

Woran denken Sie konkret?

In Halle sahen Stadtentwicklungsplan und Stadtumbaukonzept beispielsweise vor, dass 8000 Wohnungen jährlich abgerissen werden sollten, mit Masterplänen, mit Infrastrukturplänen, mit entsprechender Untersetzung über Stadtumbau Ost, Förderung etc. Gleichzeitig hatten wir auch die Aufgabe, die alte historische Stadt mit einem klassischen Sanierungsprogramm zu sanieren. Wir haben also zur gleichen Zeit mit dem klassischen Programm der Sozialen Stadt gearbeitet und dem Instrument der Erhaltungssatzungen für

die Siedlungsstrukturen der zwanziger/dreißiger Jahre. In München haben wir über das integrierte Stadtentwicklungskonzept und engagierte Beschlüsse des Stadtrates ein Wohnungsprogramm für den geförderten Wohnungsbau – München-Modell, Miete, Eigentum – die Vorgabe, dass wir 7000 Wohneinheiten jährlich schaffen sollen. Wir müssen zumindest das Baurecht schaffen und je nach Entwicklungsstand der einzelnen Maßnahmen dann umsetzen und bauen. Dafür stehen uns fast die gleichen Instrumente zur Verfügung. Wir haben in München ein Gebiet der Sozialen Stadt, wo wir sogar nachverdichten, wohingegen man mit dem gleichen Programm in Halle rückgebaut hat. Wir haben Sanierungsgebiete, wir haben Erhaltungssatzungen – die Instrumente sind immer die gleichen. Einerseits finde ich es toll, dass sich ein- und dasselbe Instrument in so unterschiedlichen Kontexten gut anwenden lässt, andererseits frage ich mich: was kann der Westen vom Osten lernen und umgekehrt? Wo sind aufgrund ähnlicher Problemstellungen bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen vielleicht doch auch ähnliche strategische Lösungsansätze zu suchen?

Kann die Kommunikation mit dem Bund dabei helfen?

Ich denke schon. Dass man in Halle eine Erhaltungssatzung anwendet, um Gebäude zu sanieren, aufzuwerten, und in München dasselbe Instrument der Erhaltungssatzung benutzt, um dem Veränderungsdruck Einhalt zu gebieten und gerade nicht zu sanieren, das ist doch interessant! Aus diesem Dialog von Best Practice-Beispielen kann man eine Menge lernen. Natürlich gibt es zwischen den einzelnen Bundesländern schon immer Erfahrungsaustausch. Ich glaube aber, dass sich bestimmte Forderungen – zum Beispiel der Stadtumbau Energie – auf nationaler Ebene besser und stärker artikulieren lassen. Wir brauchen den Bund als Unterstützer im Dialog mit den jeweiligen Landesministerien, die das Gespräch ja manchmal für überflüssig

halten. Ich glaube sogar, dass der Austausch auf kommunaler Ebene oft stärker ist als auf dieser Zwischenebene. In Richtung Europa brauchen wir den Bund sowieso: wenn wir mit den entsprechenden Schaltstellen der EU-Politik kommunizieren wollen, ist ein gutes nationales Sprachrohr unverzichtbar.

Eine wichtige, dringende und sehr schöne Aufgabe von nationaler Stadtentwicklungspolitik wäre, ein Bild der Zukunft für die Städte zu zeichnen.

Und klare Positionen?

Auch in der EU wird der Raumbezug immer stärker wahrgenommen. Sieht man sich die Entwicklung der Förderprogramme der EU an, so haben sie sich in den letzten zehn – fünfzehn Jahren von einer sehr schematischen Förderung wegbewegt und sind auf die Regionen Europas, die Städte Europas, Städtebündnisse und Themenfelder ausgerichtet, die sich in diesen Räumen auf tun. So sind die Förderprogramme jetzt gestrickt. Wenn wir auf europäischer Ebene mithalten wollen, müssen wir uns gut darauf vorbereiten. Es bleibt ja nicht so, wie es von 1960 bis 1990 war, da hat sich schon jetzt viel verändert. Wir konkurrieren mit ganz anderen Ländern um Fördermittel, ob das die EFRE-Fonds sind oder Sozialfonds oder Infrastrukturfonds. Man erhält nicht mehr automatisch Förderkulisse eins, zwei oder drei und wird entsprechend versorgt, sondern muss klare thematische Schwerpunkte setzen und sie auch im Raum festmachen. Die Metropoldiskussion kommt ja da her. Warum wollen jetzt plötzlich alle Städte in Deutschland Metropolregion sein, selbst die, bei denen man auch mit der Lupe nicht erkennen kann, wo die Metropole nun liegen soll? Die funktionalen Zusammenhänge gewinnen an Bedeutung. Wie kann ich die Herausforderungen - Verkehr, Feinstaub, Lärm, Energie usw. - über funktionale Zusammenhänge besser bewältigen? Ich sehe darin

eine zusätzliche Chance für die Städte, ihre Themen auch in der Politik zu platzieren.

Schätzen Sie eine Kooperation von Stadt und Wirtschaft auch als ein Anliegen nationaler Entwicklungspolitik ein?

Wer weniger Ressourcen zur Verfügung hat, muss genauer überlegen, wofür er sie einsetzt. Das kann man in schrumpfenden Städten lernen. Viele, denen es noch gut geht, können sich nicht vorstellen, was das heißt. Warum prosperiert eine Stadt? Günstige Rahmenbedingungen haben nach wie vor mit guter Infrastruktur zu tun. Für die Wirtschaftsentwicklung werden die Wirtschaftsverkehre wichtig, zum Beispiel die Infrastrukturpolitik der Bahn, das Netz auszubauen, die großen Verknüpfungsachsen besser zu koppeln. Davon ist München in seiner wirtschaftlichen Entwicklung ebenso betroffen wie irgendein mittelgroßer Ort in Sachsen-Anhalt. Auch das sollte man anhand einer Art nationalen Masterplans diskutieren können. Bisher habe ich das noch nicht erlebt, weil dies nämlich ganz woanders, fern von jeder Stadtentwicklungsdiskussion passiert. Da fehlen uns entscheidende Infrastruktur-Verknüpfungselemente, die logischerweise in diesen Verhandlungsverfahren immer schon auf der nationalen politischen Ebene entschieden werden. Es wäre schon schön, wenn man diese Karten im BBR-Atlas nicht nur studieren, sondern darüber auch auf nationaler Ebene diskutieren könnte.

Oder das Thema City-Logistik-Zentren: hier geht es doch letzten Endes auch um raumordnerische Fragen. Die City-Logistik-Zentren haben sich dort angesiedelt, wo es in den neunziger Jahren sinnvoll erschien. Heute

liegen sie oft genau an der falschen Stelle. Durch ihre falschen Standorte wiederum haben sie Fehlentwicklungen im Raum ausgelöst, ob sie sich in schrumpfenden oder prosperierenden Landschaften befinden. Oder die unpopuläre City-Maut. Das sind Themen, die man gemeinsam und übergreifend diskutieren sollte, bevor man sich als Stadt entschließt, derartiges tatsächlich in Angriff zu nehmen. Ich sehe Nationale Stadtentwicklungspolitik als Plattform an, auf der man vielleicht auch überlegen kann, welches Profil die einzelnen Städte haben. Hier ist zu erörtern, wie man mit einer Politik, die in Zukunft nicht mehr flächendeckend alles gleichermaßen wird befriedigen können, diesen Bedürfnissen trotzdem gerecht werden kann. Die flächendeckende Versorgung ist in Deutschland geradezu eine Religion, in Bayern und Baden-Württemberg besonders ausgeprägt. In den ostdeutschen Bundesländern ist es zum Teil schon bittere Realität, dass die flächendeckende, gleichberechtigte Versorgung nicht mehr zu leisten ist. Hier kann der Westen vom Osten lernen, weil man sich dort im Umgang mit diesen Problemen vielerorts schon intelligente, dezentrale Systeme ausgedacht hat. Ich sehe darin auch die Chance eines starken Know-How-Transfers, einmal innerhalb unserer Republik, dann aber auch mit anderen Ländern Europas oder überall dort, wo man sich in Europa mit diesen Fragen auseinandersetzt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben Unternehmen der lokalen Wirtschaft Verantwortung für die Stadt übernommen, aber ihr Engagement, zum Beispiel für den Wohnungsbau, hat sich in letzter Zeit verflüchtigt - auch in München?

München hat das Glück, eine sehr breite Mischung an Unternehmen aufzuweisen. Wir haben Global Players ebenso wie alteingesessene Unternehmen (die noch richtig mit einem Firmenchef, also mit einem echten Gesicht am Tisch sitzen und sich konkret für die Projekte engagieren) sowie eine breite

Ich sehe nicht, wie wir zu einer europäischen Stadtentwicklungspolitik kommen wollen, wenn wir sie nicht einmal auf nationaler Ebene verhandeln können.

Differenzierung zwischen beiden Extremen. Das tut der Stadt und ihrer Wirtschaftspolitik gut, weil die Global Players einerseits Dynamik mitbringen, wir andererseits aber auch starke eigenständige Statements haben im Sinne des Engagements von Firmen, die ihre Produktion bewusst in der Stadt halten. München hat noch rund 20% produzierendes Gewerbe, was ein relativ hoher Anteil ist. Stadtentwicklungskonzept und Gewerbeflächenentwicklungsprogramm engagieren sich sehr stark dafür, dass wir Bereiche für das Gewerbe halten, auch für klassisches mittelständisches Gewerbe.

Ich fand es faszinierend, zu erfahren, dass die Stadt der kurzen Wege sich nicht nur aus der fußläufigen Nähe von Wohnort und Arbeitsplatz definiert, sondern dass viele Unternehmen einen zentralen innerstädtischen Standort oder Stützpunkt suchen, um von dort aus die innere Logistik der Stadt zu betreiben. Dabei handelt es sich um die Betriebe, die andere Betriebe mit Lebensmitteln oder anderen Gütern versorgen, die man für die Prozesse braucht, die die Stadt innerhalb ihrer Grenzen abwickelt. Und da ist es eben nicht so günstig, wenn das City-Logistik-Zentrum zu weit draußen liegt. Es wäre klug gewesen, schon eher in der Metropolregion oder auf noch größerer Ebene zu vereinbaren, wo solche Stützpunkte sinnvollerweise angesiedelt werden.

Wir haben in München auch Umstrukturierungsprozesse, wenn Agfa oder Metro beispielsweise einen zentralen Standort aufgeben, an dem jetzt Wohnungen angesiedelt werden können. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass Gewerbestützpunkte in der Stadt für eine gut organisierte Stadtentwicklungspolitik genauso gebraucht werden, wollen wir nicht an Lärm, Feinstaub usw. scheitern. Gerade die Lärm-Feinstaub-Problematik verknüpft mit dem Thema Energie ist von der Kommune allein nicht mehr zu lösen. Man kann ja nicht an der Stadtgrenze Schilder aufstellen: „Fahren Sie gefälligst woanders

hin, wir brauchen Sie nicht!“ Wo sich die übergeordnete Wirtschaftspolitik abspielt, funktioniert das nicht mehr. Dennoch gibt es viele Firmen, die offensichtlich umdenken und langfristig sichere Standorte für ihre Produktionsprozesse suchen. Ich will das nicht überbewerten. Wir wissen aus der Evaluierung der Perspektive München und aus den Prognosen, dass wir 44 % der Arbeitsplätze im Bereich der Wissensökonomie haben, mit aufsteigender Tendenz. Die Frage wird sein: was für eine Logistik brauchen diese Arbeitsplätze? Ich denke, die Wirtschaftsverkehre sowohl zur Stadt hin als auch innerhalb der Stadt spielen bei diesem Thema eine große Rolle.

Wenn wir auf europäischer Ebene mithalten wollen, müssen wir uns gut darauf vorbereiten. Wir konkurrieren mit anderen Ländern um Fördermittel und müssen klare thematische Schwerpunkte setzen und sie auch im Raum festmachen.

Es gibt aber auch andere Themen, die für die nationale Diskussionsebene interessant wären wie beispielsweise die Frage, wie man mit Landschaft und Natur umgeht. Da ist die Republik sehr unterschiedlich aufgestellt. Wir haben gigantische Flächen im Osten mit wenig Nachfrage und hier in München müssen wir jedes Handtuch Grün dreimal umdrehen und bewerten.

Ein besonderes Münchner Profil sind die städtischen Unternehmen, Stadtwerke, Wohnungswirtschaft etc. Werden sie in der Hand der Stadt bleiben?

Ich hoffe, dass es so bleibt und bin insofern optimistisch, als dies ein weitgehender Konsens quer über die Parteienlandschaft hinweg ist. Das Bekenntnis zum Wohnungsbauförderprogramm und kommunalen Wohnungsgesellschaften ist von einer absoluten Mehrheit

sämtlicher Parteien getragen. Sonst wäre es auch nicht möglich, so ein Wohnungsbauförderprogramm mit 650 Millionen Euro (rein städtische Eigenmittel) für den Zeitraum von sechs Jahren überhaupt zu beschließen. Das gleiche gilt in vielleicht etwas eingeschränktem Maße für die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken. Die wirtschaftliche Verschärfung durch die finanzpolitische Situation führt dazu, dass man erkennt, dass es richtig war, diese Dinge nicht aus der Hand zu geben und steuern zu können. Ich bin optimistisch, dass München diese Politik beibehalten wird, und der Erfolg, den die Stadt damit hat, gibt uns Recht. Es geht gerade bei den klimatischen Handlungsfeldern der Perspektive München - ökologische Stabilität und Ressourceneffizienz, soziale und kulturelle Integration, Bildungsgerechtigkeit und energetische Stadtsanierung - ganz stark darum, sich strategisch aufzustellen. Dazu brauche ich Partner, mit denen ich über einen längeren Zeitraum kontinuierlich zusammenarbeite. Ich habe den Eindruck, die Münchner Stadtgesellschaft hat dies erkannt und wird es auch nicht ohne Not aufgeben. Wenn die EU, die uns mit ihren Vergaberichtlinien alle Jahre wieder beglückt, uns nicht zu anderen Vorgehensweisen zwingt. Dieses Vergaberechts-thema, und die Frage, wie wir dem OLG

Die flächendeckende Versorgung ist in Deutschland geradezu eine Religion, im Osten, wo sie nicht mehr zu leisten ist, hat man sich vielerorts schon intelligente, dezentrale Systeme ausgedacht. Hier kann der Westen vom Osten lernen.

Düsseldorf – Urteil vom vergangenen Jahr entsprechend mit städtischen Grundstücken umzugehen und wie wir sie auszuschreiben haben, ist so ein konkreter Punkt, wo wir auf der Ebene der nationalen Stadtentwicklungspolitik mal den Finger heben und sagen könnten, „Hört mal, was ihr euch da in der EU

ausdenkt, kann man nicht einfach so runter brechen, das muss man etwas offener lassen, damit die Länder das anpassen können“. Das sind Forderungen, die von der Stadt an eine nationale Stadtentwicklungspolitik zu stellen wären und ich würde mir wünschen, dass man politische Initiativen für solche Themen ergreift.

Münchens Soziale Bodenordnung ist beispielhaft: das Prinzip der Nutzungsmischungen und der Mischung unterschiedlicher Formen dieser Nutzung – Manufaktur und Dienstleistungen, öffentlicher und privater Wohnungsbau. Glauben Sie, das unter den sich verschärfenden Bedingungen weiter machen zu können?

Wir wollen die Sozialgerechte Bodennutzung weiter durchsetzen, denn es wird ja weder für uns einfacher, solche Gebiete zu realisieren, noch für die Investoren, solche Projekte umzusetzen. Wenn es uns allerdings nicht gelingt, eine entsprechende Infrastruktur beizubringen, dann können wir die Flächen nicht entwickeln. Da sehe ich eine direkte Abhängigkeit. Unter den verschärften Bedingungen ist ja noch weniger zu erwarten, dass dies komplett durch die öffentliche Hand finanziert werden kann. Wir sind auf gute Zusammenarbeit mit den Investoren angewiesen, vom Mehrwert profitieren dann alle.

Eines unserer großen Projekte ist die langfristige Siedlungsentwicklung für München. Wir haben im Prinzip nur drei Möglichkeiten:

- noch originär neue Flächen zu entwickeln, die sehr begrenzt sind und immer weniger werden,
- vielleicht 55 000 Wohneinheiten, die im Rahmen des bestehenden Flächennutzungsplans im Horizont bis 2018/20 zu entwickeln sind und
- zunehmende Umstrukturierungen aus dem Bestand wie das Agfa-Gelände.

Die großen Kasernenflächen haben wir alle mehr oder weniger schon in Arbeit. Aufgrund

der integrierten Lage der Standorte wie auch der Nachnutzungen sind die Probleme sehr viel komplexer. Es ist nicht unbedingt günstiger, dort zu entwickeln, es kostet die Kommune auch ein mehr an Zeit und Ressourcen. Es ist nicht einfach, in diesem komplexen Verfahren alles richtig zu machen, vom Biotop über die Umweltprüfung bis zu den Nachbarschaftsbelangen plus Lärm, Feinstaub und so fort. Dann hat man noch mit den Prinzipien der Nachverdichtung zu tun, bei denen es stärker in das Gestalterische geht: Kann ich da vielleicht aufstocken? Finde ich dafür stadtgestalterisch und baurechtlich Prinzipien, mit denen es sich arbeiten lässt? Für all das suchen wir Partner. Ich denke, wir werden das als Stadtplanung weiter fachlich gut untersetzen und einfordern und hoffen, dass die Politik es nach wie vor mit trägt. Ich sehe durchaus einen großen Konsens, weil man erkannt hat, dass nur so zügig lebensfähige Stadtquartiere entwickelt werden können.

Ansonsten stehen wir wiederum vor dem im Osten schon zu beobachtenden Problem, dass die Filetgrundstücke bebaut und veräußert werden und der Rest fehlt. Das können wir uns mit unseren wenigen wertvollen Flächen nicht leisten. Ich glaube aber, es ist auch für diejenigen mehr wert, die diese Flächen entwickeln, weil sie sofort etwas davon haben. Das ist selbst in Gewerbegebieten zu beobachten: wo eine hohe Qualität des öffentlichen Raums angelegt ist, präsentieren sich auch die Unternehmen anders. Interessanterweise siedeln sich in den neuen Gewerbegebieten oftmals gar nicht Firmen von woanders her ganz neu an, es sind vielmehr mittelständische Betriebe, die von ihren zu beengten Standorten weg wollen und das neue Angebot wahrnehmen, um sich dort besser zu präsentieren. Es ist interessant wie das ineinander greift. Das kann man in Freiam Süd beobachten und in den Gewerbegebieten in Riem, die sehr differenziert sind, von großflächigem bis hin sehr kleinteilig strukturiertem Gewerbe. Die Parzellenstruktur wurde bewusst so angelegt, dass auch klei-

ne Betriebe es sich leisten können, sich um ein Grundstück zu bewerben.

Wenn Städte in der Bundesrepublik große Projekte betreiben, engagieren sie sich vor Ort gleichzeitig für die Soziale Stadt. Wie hält München die Balance?

In einer reichen Stadt ist arm sein schlimmer als in einer weniger reichen. Soziale und kulturelle Integration und alle Maßnahmen, die München betreibt - ob das die Sozialgerechte Bodennutzung ist oder die integrative Quartierspolitik - alles geht in die Richtung, Möglichkeiten zu finden, damit eine breite Mitte der Bevölkerung in der Stadt leben kann.

Arm zu sein in einer reichen Stadt ist schlimmer als in einer weniger reichen. Wir sind froh, dass wir Programme wie die Soziale Stadt auch in München haben.

Redet man von gefördertem Wohnungsbau, so betrifft dies in München nicht den klassischen Geschosswohnungsbau der 60er Jahre, sondern den Versuch, für die breite Mitte der Bevölkerung, die Arbeit hat und Familie, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Mehr als 50% der Münchner Bürgerinnen und Bürger fällt in der einen oder anderen Form unter Förderkriterien: nicht im Sinne von Sozialhilfeempfängern, aber die Lebenskosten (und insbesondere das Wohnen) sind in München so hoch, dass es für Normalverdiener mit Familie, wenn nur einer verdient, schwierig ist, eine Ökonomie für sich zu entwickeln. Deswegen halte ich es für äußerst wichtig, die Ziele der Sozialen Stadt weiter zu betreiben. Dazu dienen all die Siedlungsentwicklungen, dazu dienen die Mischungen von Familienwohnen, kleinteiligerem Wohnen, Wohngruppen und Baugruppen - Modelle, die wir zunehmend haben und die teilweise mit Preisen ausgezeichnet wurden.

Mich beschäftigt die Frage, wie der

demografische Wandel München trifft: eher qualitativ, weniger quantitativ? Wir werden nicht schrumpfen, aber wir werden eine deutlich andere Zusammensetzung unserer Bevölkerung haben. Auf jeden Fall wird sie älter. Wir werden nach wie vor viele Jüngere haben, besonders bei den Migrantinnen und Migranten. Wir haben einen Anteil von über 25% in München, was man im Außenbild der Stadt vielleicht gar nicht so wahrnimmt, was sich aber auf dem Bildungssektor auswirkt und auf die Organisation der Sozialpolitik im einzelnen Quartier. Wir sind froh, dass wir Programme wie die Soziale Stadt auch in München haben, um das richtig gestalten zu können.

Die Zahl älterer Menschen mit weniger Geld wird zunehmen. Die momentan lebenden Generationen sind ganz gut ausgestattet. Aber das wird sich in zehn - zwanzig Jahren deutlich ändern. An meiner Generation ist das schon zu sehen: selbst bei erfolgreichen Biografien handelt es sich nicht um regelmäßige Renteneinzahler. Hinzu kommt dann noch die Rentenreform. Wir müssen davon ausgehen, dass die älter werdenden Menschen wesentlich weniger Ressourcen in einer nach wie vor sehr teuren Stadt zur Verfügung haben werden. Trotzdem macht es Sinn, sie in der Stadt zu halten, weil in diesem Netz Dienstleistungen und soziale Infrastruktur viel günstiger zu gestalten sind als irgendwo draußen auf dem Land, wo die Wohnung per se vielleicht etwas billiger wäre.

Das dritte, noch ungelöste Problem, mit dem wir uns auf der Ebene der Stadtplanung stärker auseinandersetzen müssen, ist, dass über 50% der Einwohner Münchens Singles sind. Wir sprechen viel über Familienpolitik, Wohnen für Familien, aber von ca. 750 000 Münchner Haushalten bestehen nur 125 000 überhaupt aus Familien. Für diese verhältnismäßig geringe Anzahl von Familien große günstige Wohnungen im Stadtgebiet zu liefern, fällt uns schwer. Ebenso problematisch ist es aber für die vielen Singles, die weder

reich noch jung sind, die richtigen Modelle zu finden. Das müssen wir bei der Entwicklung von neuen Stadtquartieren in Zukunft stärker berücksichtigen. Wie gestaltet man Nachbarschaften, wenn einfach alle allein leben? Und wenn sie vielleicht nicht mehr so fit sind? Mittlerweile gibt es ein paar ganz schöne Modellprojekte zum Generationenwohnen, für die kommunale Wohnungsgesellschaften sich engagieren, zum Beispiel das Bielefelder Modell, die GEWOFAG, die GWG. Ich möchte Wohngruppen und Baugenossenschaften, die im kleineren Stil agieren, (Frauenwohn-Projekt und Generationen-Wohnprojekte) stärker unterstützen können, nicht nur in der Planung, sondern gerade auch in der Umsetzung. Hier sind wir dann wieder bei rechtlichen Rahmenbedingungen und strategischen Überlegungen. Wie kann ich dieses vergaberechtliche Thema mit Kriterien so untersetzen, dass ich Wohnungsgenossenschaften und Baugruppen am Markt eine Chance einräume mit ihren kooperativen Verfahren, die mehr Zeit brauchen, um nicht nur die großen Bauträger zu beteiligen? Welche Parzellenzuschnitte sind sinnvoll? Das geht vom großen rechtlichen Rahmen bis in die kleine Struktur hinein. Gleichzeitig stellt sich umgekehrt die Frage: wie kann ich Anreize schaffen, dass Bauträger und Großinvestoren dieses Thema zur Kenntnis nehmen und sich seiner annehmen? Eine Frage, die wir auf nationaler Ebene diskutieren sollten.

Ein anderes Beispiel sind die Altenheime. Vor zehn Jahren wurde bundesrepublikweit ein Altenheim nach dem anderen gebaut, weil es dafür eine Förderung gab. Aber ob es die richtige Förderung ist, muss diskutiert werden. Es kann nicht nur politisch gefragt werden: Was kann ich da befrieden? Hier muss auch gefragt werden, wie sich das im Raum artikuliert. Ich komme immer wieder darauf zurück: die Qualität der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik liegt in ihrem Bezug zum Raum und das haben die anderen politischen Akteure oder Initiativen nicht gleichermaßen. Darin sehe ich eine ganz große

Qualität für Stadtentwicklungspolitik, auch von unten aus der Sicht der Stadt.

Sehen Sie irgendein Risiko in Bezug auf den Einfluss des Bundes?

Nein, wir haben vom Grundsatz her sehr gut verabredete Prinzipien. Wie die Fördermittel über Bund, Länder und so weiter zu den Städten kommen, da gibt es vieles, worüber sich diskutieren ließe. Die Städte wollen keine fünfzig verschiedenen Förderprogramme, sondern drei gute. Sie wünschen sich Bündelung. Insofern finde ich es riskant, wenn ständig etwas Neues erfunden wird, was lediglich ein politisches Bekenntnis ist, dann ohne Wirkung bleibt. Andererseits gibt es Themen, die sich auf den üblichen Wegen nicht mehr befriedigend erarbeiten lassen. Für die Frage der Metropolregionen - Wie stellen sie sich auf? Wie bekommen sie Unterstützung? - gibt es bisher weder Instrumente noch Förderungen. Aber sie werden zunehmend wichtiger für die europäische Stadtentwicklungspolitik. Da klafft eine Lücke und ich erwarte, dass die nationale Stadtentwicklungspolitik sich damit auseinandersetzt. Ich würde mich ärgern, wenn uns das fünfte Kleinklein-Programm zu irgendeinem Thema beschert wird, über das wir schon seit dreißig Jahren philosophieren. So habe ich die Ziele, die auf dem Kongress und über das Memorandum kommuniziert worden sind, nicht verstanden. Ich habe vielmehr verstanden, dass man sich ein Forum geben will, um über diese Themen quer zu diskutieren, frei von den üblichen hierarchischen Schritten, und über Projekte etwas bewirken will.

Die einzelnen Projekte des Projektaufrufs werden unsere Probleme nicht lösen. Man könnte sagen, schon wieder ein neuer Projektaufruf, schon wieder muss man sich umständlich bewerben. Wir haben uns beworben, beide Male. Einmal waren wir schon erfolgreich mit einem kleineren Projekt, das den Diskurs der Stadt betrifft; wir wollen ein größeres Dialogforum in der Stadt anregen

mit jungen Architekten und Planern, um im Rahmen der Perspektive München stärker in den Austausch mit den Generationen zu treten, die unsere Zukunftsprobleme in den nächsten zwanzig - dreißig Jahren werden abarbeiten müssen. Dafür kriegen wir jetzt Unterstützung. Es geht dabei gar nicht so sehr um die einzelne finanzielle Zuwendung, über die man sich natürlich immer freut. Es geht uns vielmehr darum, bestimmte Themen mit dem Hintergrund der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik besser kommunizieren zu können, eine andere Aufmerksamkeit dafür zu erfahren. Die sollte man positiv nutzen. Ob es dann eine Chance oder ein Risiko ist, liegt wahrscheinlich daran, wie es öffentlich wahrgenommen wird. Das weiß man ja vorher nie.

Beim zweiten Projektaufruf, der noch nicht abgearbeitet ist, haben wir uns mit dem wesentlich größeren Thema „Energiegerechte Stadt“ beworben. Vor dem Hintergrund, dass es nicht nur darum gehen kann, neue Stadtteile energiegerecht auszurüsten, sondern den Bestand zu sanieren. Sonst hätten wir am Ende – und da kommen wir von der

Es kann nicht nur politisch gefragt werden: Was kann ich da befrieden? Es muss auch gefragt werden: Wie artikuliert sich das im Raum? Die besondere Qualität der Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik liegt in ihrem Bezug zum Raum.

Energiepolitik wieder zur sozialen Balance – Stadtteile, die wunderbar aufgestellt sind, mit Leuten, die durch Zufall oder weil sie es sich leisten können, in diesen Up-to-date - Immobilien residieren. Sie haben praktisch keine Heizkosten mehr, weil die Gebäude so gut gebaut sind. Wir hätten dann gleichzeitig ganze Stadtteile - und zwar die problematischeren Stadtteile -, wo man in einer Immobilie sitzt, die vielleicht weniger Miete kostet,

dafür aber horrende Heizkosten anfallen.

Was ist eigentlich energiegerechte Stadtentwicklungspolitik? So ein Thema muss auf nationaler Ebene diskutiert werden, daran führt kein Weg vorbei. Ich erwarte, dass es mit diesem Forum schneller geht als mit unseren gewohnten Mühlen.

Eine wichtige Aufgabe von nationaler Stadtentwicklungspolitik ist es, gemeinsame Bilder für die Zukunft der europäischen Stadt zu entwickeln.

Das größte Risiko wird ja von der EU gesetzt, denn 80% unserer Gesetze kommen von der EU und werden über den Bund angepasst. Mit den Fördermitteln und dem Geld ist es nicht viel anders. Je mehr der europäischen Stadtentwicklung im Vergleich zur weltweiten Profilierung von Ländern an Bedeutung zukommt, brauchen wir eine gute und schnelle Schnittstelle, wo wir unsere Themen platzieren können. Ich sehe darin keine Entmachtung der Städte, sondern im Gegenteil die Möglichkeit einer gewissen Beschleunigung: wir können schneller sein, wenn wir es richtig machen.

Was wäre Ihre Botschaft an den Bund?

Ich habe mehrere. Als erstes wünsche ich mir, dass die Themenfelder, über die wir gesprochen haben, wirklich kritisch diskutiert werden und dass der Bund zu bestimmten Dingen deutlich Position bezieht. Also nicht nur Moderation, sondern auch eine Positionsbestimmung, an der man sich dann reiben mag.

Auf fachlicher Ebene wünsche ich mir zwei Dinge konkret. Wir brauchen ein Programm zum energetischen Stadtumbau. Wie das genau aussieht, wie man das gestaltet, lässt sich in den bewährten Strukturen verhandeln. Hier ist die Stadtentwicklung wirklich in ihrem Raumbezug gefordert, das kann man nicht umweltpolitischen Deklarationen allein überlassen.

Meinen dritten Wunsch haben wir noch gar nicht tangiert, aber er ist mir schon lange ein Anliegen. Wir haben parallel die Initiative Baukultur. Ich sehe Baukultur im Dialog mit allen Akteuren als einen starken Öffentlichkeitsarbeits- und Kommunikationsprozess und zwar nicht nur objektbezogen. Für mich ist das sehr viel mehr eine Frage von Stadtbaukultur. Und weil man für alles Geld braucht, was gut gelingen, schön sein und funktionieren soll, bin ich der Meinung, dass wir nicht noch ein weiteres Förderprogramm brauchen: ich würde mir vielmehr eine „Nationale Stadtgestaltungsaktie“ wünschen (das ist mein Arbeitstitel, ich habe noch kein besseres Wort dafür gefunden). Eine Nationale Stadtgestaltungsaktie mag jetzt vor dem Hintergrund des Börsenkrachs etwas hoch gegriffen erscheinen, aber ich denke, wir haben ja auf fast allem irgendeine Besteuerung oder eine irgendwie geartete Quote. Wenn wir Zahnpasta kaufen, muss die Schachtel vom Hersteller zurückgenommen werden. Wir haben tausend Bedingungen mit dem grünen, gelben oder sonstigen Punkt. Nur bei unseren Bebauungsplanverfahren haben wir so etwas nicht. Da tun wir noch immer so, als würde alles für die Ewigkeit halten. Egal, ob wir in einer wachsenden oder einer schrumpfenden Stadt leben, haben wir durch Finanzierungsmittel die bessere Qualität bekommen. Das nenne ich jetzt einfach mal Stadtgestaltungsaktie. Ich glaube, wenn wir jeden, der in dieser Stadt etwas baut oder ein Projekt macht, für so eine Stadtgestaltungsaktie begeistern könnten - das kann ein ganz kleiner Betrag sein - dann hätten wir eine gute Basis, es besser zu machen.

Sollte der Bund sich daran beteiligen?

Wir haben ein Forum nach dem andern, wo gerade über Baukultur geredet wird. Reden ist schon wichtig, aber reden allein hilft nicht: Wir brauchen konkret Geld, um den öffentlichen Raum besser zu gestalten. Wir brauchen Geld, um anstelle des dicken Wärmedämmkeks vielleicht doch eine Klinkerfassade hinzubekommen. Das eine betrifft den privaten Bau-

herrn, das andere betrifft die öffentliche Hand als übergeordneten Bauherrn. Der braucht dafür auch Mittel. Aber alle, die in der Stadt ihre wirtschaftlichen Dinge positiv zum Tragen bringen wollen, profitieren am Ende davon. Warum sollte die Finanzierung dann nicht auf mehr Schultern verteilt werden? Wenn es uns gelingt, die anstehenden Themen von Energie, Verkehr und Klima zu städtebaulichen Themen zu machen, könnten wir erfolgreich sein.

Das ist eine wunderbare Idee. Haben Sie die schon mal an die Stiftung Baukultur herangetragen?

Ich habe das auf dem Kongress zur Nationalen Stadtentwicklung in München gesagt, hatte aber den Eindruck, keiner hat es verstanden. Wir benötigen ein Finanzierungskonzept, das es uns ermöglicht, Projekte hinsichtlich ihrer Gestaltung zu unterstützen. Da komme ich zum Wirtschaftsgesichtspunkt zurück. Warum prosperiert die Wirtschaft in München? Natürlich hat das mit den stabilen Rahmenbedingungen zu tun und mit der Infrastruktur, aber ein Grund ist letzten Endes auch, dass wir eine sehr hohe Qualität für die Stadt insgesamt erreicht haben: Wohnumfeld, Arbeitsumfeld, Mobilität, Ausgestaltung der öffentlichen Räume. Davon profitiert der Rest und deshalb bin ich überzeugt, dass man die üblichen Verteilungssysteme, die wir haben, durchaus durch eine Stadtgestaltungsaktie bereichern könnte.

Sind Sie zufrieden damit, wie Stadtentwicklung sich heute den Bürgern vermittelt? Wo werden Sie fündig, wenn es um Bilder geht, die Befindlichkeiten in deutschen Städten spiegeln oder Visionen möglicher Zukünfte entwerfen?

Ich ärgere mich immer wieder, wenn ich in Venedig auf der Biennale bin oder neuerdings auf der Immobilienmesse in Cannes, dass man auf nationaler Ebene nicht in der Lage ist, ein Bild der Zukunft für die Städte zu zeichnen. Das heißt nicht, dass einzelne Projekte es nicht immer wieder ganz gut träfen. Aber einzelne Projekte sind zu wenig, wir brauchen den größeren Bezug. Darin würde ich eine wichtige, dringende und sehr schöne Aufgabe von nationaler Stadtentwicklungspolitik sehen.

Wenn wir das auf nationaler Ebene schon nicht schaffen, wie wollen wir es dann in einen europäischen Diskurs geben? Das ist notwendig, womit ich nicht meine, dass wir uns von den tradierten Bildern verabschieden sollen. Wir sollten sie nur unter den Gesichtspunkten der Zukunftsherausforderungen weiter entwickeln. Wie schaut die energetisch funktionierende Stadt im 21. Jahrhundert aus, wenn sie sich herausentwickeln muss aus München, das 850 Jahre alt ist, aus Barcelona, aus Rom? Wie bewältigen wir das und welche Bilder finden wir dafür?

Wenn wir sehen, welche Bilder Länder wie China, Russland oder Dubai für ihre Zukunftsperspektiven vorstellen, wird ganz deutlich, dass uns authentische Bilder für unsere Zukunft fehlen, und dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen. Ich glaube, dass es eine wichtige Aufgabe von nationaler Stadtentwicklungspolitik sein könnte, anzuregen, gemeinsame Bilder für die Zukunft der europäischen Stadt zu entwickeln.

Ich sehe Baukultur im Dialog mit allen Akteuren als wichtige Öffentlichkeitsarbeit an - und weil man für alles Geld braucht, was gut gelingen, schön sein und funktionieren soll, wünsche ich mir eine „Nationale Stadtgestaltungsaktie“.

**Dr. August Ortmeier,
Ass. jur. Tine Fuchs**

Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Die städtische Ordnung – wie sieht sie zukünftig aus? Wirtschaft ist ein Impulsgeber für die Städte. Wir erleben, dass die Globalisierung in die Städte einzieht. Die internationalen Filialen von Dienstleistungen, Handel und Gastronomie drängen weiter auf den Marktplatz Stadt und treten in Konkurrenz zu örtlichen Anbietern.

Außerdem sind unsere Bedürfnisse vielfältiger geworden. Beim Brot wird nicht mehr nur unterschieden zwischen Weiß-, Grau- oder Schwarzbrot, sondern das Vitalbrot oder die Biovariante werden nachgefragt. Neben größeren Verkaufsflächen für die nachgefragte Angebotsvielfalt der Lebensmittelvollsortimenter und Discountmärkte gibt es auch ein breiteres Spektrum an Lebensmittelmärkten auf kleinen Flächen, z.B. Biomärkte, Lebensmittelmärkte von süd-ostasiatischen oder

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag versteht sich als Netzwerkinitiator für möglichst reibungslose Kommunikation zwischen Wirtschaft, Stadt und Bürgern.



russischen Mitbürgern, neben türkischen Obst- und Gemüseläden.

Auch die „Stadtgesellschaft“ ist im Wandel. Die demographischen Veränderungen führen zu einer alternden und bunteren Gesellschaft. Die Wohnbevölkerung bevorzugt wieder vermehrt innerstädtische Lagen. Die Stadt der kurzen Wege ist nicht nur für Ältere von Vorteil. Auch Familien profitieren von einer funktionierenden sozialen und technischen Infrastruktur, wie Schulen, einem funktionsfähigen ÖPNV und Nahversorgungsangeboten. Die Wirtschaft in der Stadt reagiert auf veränderte Konsumgewohnheiten der Verbraucher und richtet ihre Angebote darauf aus.

Wir erwarten, dass die Ausdifferenzierung der Angebotsformen weiter zunimmt. Ein anhaltendes Flächenwachstum von großflächigen Einzelhandelsvorhaben, z.B. sogenannten Shopping Malls und Factory Outlet Centern, aber auch Elektro- und Baumärkten, geht ferner einher mit der Zunahme von Einzelhandels- und Dienstleistungsangeboten auf kleinen Flächen, von 100 – 150 qm Verkaufsfläche. Nicht nur im Lebensmitteleinzelhandel sind Kleinflächenkonzepte gefragt, sondern auch in Oberbekleidungs- oder Schuhgeschäften, Cafés, Bäcker- und Konditoreien und innenstadtaffinen Dienstleistungen.

Kleine innerstädtische Ladenlokale weisen zunehmend Angebotsmischungen unterschiedlicher Produktgruppen oder Waren mit Dienstleistungen auf, z.B. Schuhe und Schokolade „choco and shoes“, Kaffee mit Gebrauchsartikeln oder Café und Blumen „Anna Blume“ in Berlin. Diese Vielfalt nimmt nicht nur in Großstädten zu, sondern auch in Cottbus oder Wuppertal.

Die Rolle des Bundes bei der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – Ansichten aus der Wirtschaft. Die Ansiedlungs-, Produktions- und Erweiterungsbedingungen in Städten und der Verkehr werden immer stärker

durch Umweltzonen, Flächenengpässe oder Nutzungskonflikte beschränkt. Eine nationale Stadtentwicklungspolitik muss Lösungen dafür finden, die ökonomische Basis zu sichern, denn nur dadurch sind Vielfalt, Vitalität und Wohlstand zu gewährleisten. Darüber muss der öffentliche Diskurs gesucht werden. Die Städte bestechen aber nicht nur als Wohnorte, sondern auch als Einzelhandels-, Dienstleistungs- und nicht zuletzt als Produktionsstandorte.

IHK-Initiativen für eine zukunftsweisende Stadtentwicklungspolitik. Die IHK-Organisation will dazu einen Beitrag leisten und die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Wirtschaftsstandort Stadt stärken. Wir wollen die „harten“ Standortbedingungen wie Flächen und deren Erschließung, und die „weichen“ Standortfaktoren wie „Bildung“ und „Qualifizierung“ von Mitarbeitern als Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik herausarbeiten. Rechtliche Standortvoraussetzungen sind zu beleuchten und gegebenenfalls zu korrigieren.

Die IHK-Organisation versteht sich dabei als Netzwerkinitiator für eine möglichst reibungslose Kommunikation zwischen Wirtschaft, Stadt und Bürgern. Derzeit bilden wir Netzwerke, z.B. für Quartiersinitiativen wie die Business Improvement Districts, kurz BIDs, oder starten die IHK-Gründungsinitiative für Innenstädte. Bei den BIDs handelt es sich um ein nordamerikanisches Stadtentwicklungsmodell zur Revitalisierung von Zentren, das auf der Eigeninitiative der lokalen Wirtschaft

Wirtschaft ist ein Impulsgeber. Städte sind nicht nur Wohnorte, sondern auch Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Produktionsstandorte, die ihre Angebote an sich ändernden Konsumgewohnheiten orientieren.

beruht. Gewerbetreibende und Grundstückseigentümer in einer Geschäftsstraße oder einem Stadtviertel schließen sich zusammen, um in einem örtlich klar abgegrenzten Bereich für einen begrenzten Zeitraum – üblich sind 3 bis 5 Jahre – Revitalisierungsmaßnahmen für den Standort zu ergreifen und diese gemeinsam zu finanzieren.

Mit der IHK-Gründungsinitiative für Innenstädte wollen wir Existenzgründern die Möglichkeit bieten, ein Ladenlokal an einem zentralen Standort zu eröffnen, um so zur weiteren Angebotsvielfalt innerstädtischer Standorte beizutragen. Die Eigentümer stellen findigen Existenzgründern ihre Flächen in attraktiven Lagen zu günstigen Konditionen zur Verfügung. Ihr Vorteil: Sie erhalten langfristig solvente Mieter. Die Basis bildet ein sogenanntes Revitalisierungsnetzwerk, das alle Akteure als Projektpartner und Betreuer einbindet, neben den Existenzgründern und Grundstückseigentümern, zum Beispiel städtische Ämter, Fachverbände, Wirtschaftsförderer, Werbegemeinschaften, Kreditinstitute und „Business Angels“.

Wir wollen die „harten“ Standortbedingungen - Erschließung von Flächen - und die „weichen“ Standortfaktoren - Bildung und Qualifizierung - als Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik herausarbeiten.

Prof. Elke Pahl-Weber

Technische Universität Berlin, Fachgebiet Bestandsentwicklung und Erneuerung von Siedlungseinheiten

Nationale Stadtentwicklungspolitik – Kurs halten. Städte sind das räumliche Abbild einer Geschichte von Wechselfällen und Umbrüchen, einer auf Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen konzentrierten Gesellschaft. Das Nebeneinander, die Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit von Zuständen macht die Spannung aus, die Stadtleben kennzeichnet. Es gibt Zeiten, in denen dieser Spannungsbogen städtischer Entwicklung bricht, im Krieg, in Naturkatastrophen. Wir erwarten zur Zeit starke Umbrüche in der Bevölkerungsentwicklung und wissen noch nicht, welche Zuwanderungen aufgrund globaler wirtschaftlicher Umbrüche und Naturkatastrophen auf uns zukommen. Starke Umbrüche wird der Klimawandel bewirken, wir wissen noch nicht, welche Beschleunigung die vorhergesagten Ereignisse erfahren. Der Zusammenbruch der internationalen Finanzwirtschaft, die durch-

schlagenden Wirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze lassen starke Einbrüche im wirtschaftlichen Wohlstand erwarten. Insgesamt ist es denkbar, dass diese Dimensionen nicht zu den Wechselfällen der Stadtentwicklung gehören, sondern eher zu den die Stadtentwicklung in ihrem Spannungsbogen zerstörenden Ereignissen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat Themenfelder eröffnet, Projekte initiiert und einen Weg beschritten, den ich als „mainstreaming urban affairs“ bezeichnen möchte. Und dies ist der richtige Ansatz: in allen Handlungsfeldern der Raumordnung die städtische Dimension zu suchen und sich zu fragen, wie kann sie gestärkt werden, nicht etwa auf Kosten der nicht städtischen Räume, sondern im Verbund mit deutlicher Benennung. Kurs halten – ich wähle den Begriff aus der Seglersprache, weil ich weiß, dass das bei Gegenwind und hohen Wellen gar nicht so leicht ist – heißt für mich übersetzt in die Nationale Stadtentwicklungspolitik vor allem, die bestehende Stadt anzusteuern und dies auch über eine schwierige und lange Strecke.

Für den Kurs der nationalen Stadtentwicklungspolitik rege ich an, Bestandsentwicklung, die eine politische und visionäre Neubestimmung braucht, stärker ins Blickfeld zu rücken und den fachlichen Nachwuchs einzubinden.



Bestandsentwicklung braucht eine politische und visionäre Neubestimmung. Die Stadt kann in den bevorstehenden Stürmen nur bestehen, wenn ihre Quartiere lebenswerte Orte bleiben. Die Entwicklung des Bestandes ist nicht in erster Linie eine Angelegenheit der Erneuerung von Einzelgebäuden, sie muss auf die Entwicklung nachhaltiger Quartiere ausgerichtet sein. Die Instrumente der Stadterneuerung sind dazu nur begrenzt geeignet, denn es geht nicht darum, aktuell erkannte funktionale und bauliche Mängel zu beseitigen. Die Aufgabe besteht in der planerischen Vorsorge. Die Kooperation zwischen EigentümerInnen und BewohnerInnen, mit ansässigen Wirtschaftsbetrieben und Initiativen unterschiedlichster Art ist unverzichtbar. Die Attraktivität, in den Städten zu handeln, gerade in den inneren Städten, muss für die bestehenden und vor allem für die

nachrückenden EigentümerInnen viel deutlicher sichtbar werden. Dass die Umbau- und Ergänzungsbauten das Quartier stabilisieren, ist den Nachbarn häufig nicht einleuchtend, und wenn dann noch Politik restriktiv auf die Bürgermeinung einwirkt, sind die Chancen der Bestandsentwicklung oftmals aufs Spiel gesetzt. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten reichen mitunter nicht aus und die gezielte Unterstützung und Förderung durch exemplarisch umgesetzte Themen in Pilotprojekten bis hin zu einem Modellvorhaben vorsorgender Bestandsentwicklung in den Quartieren der Stadt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wäre hilfreich.

Meine eigene Erfahrung in dem laufenden Projekt „Stadtquartiere der Zukunft“ mit Studierenden, Kolleginnen und Kollegen aus acht Universitäten in Deutschland zeigt mir, dass auch für die Bestandsentwicklung wertvolle Anregungen vom fachlichen Nachwuchs gewonnen werden können, der noch nicht in eingefahrenen Bahnen denkt.

Im Sinne von Kurs halten in der nationalen Stadtentwicklungspolitik rege ich an, zu prüfen, wie und ob Bestandsentwicklung stärker ins Blickfeld rücken und dabei der fachliche Nachwuchs stärker eingebunden werden können.

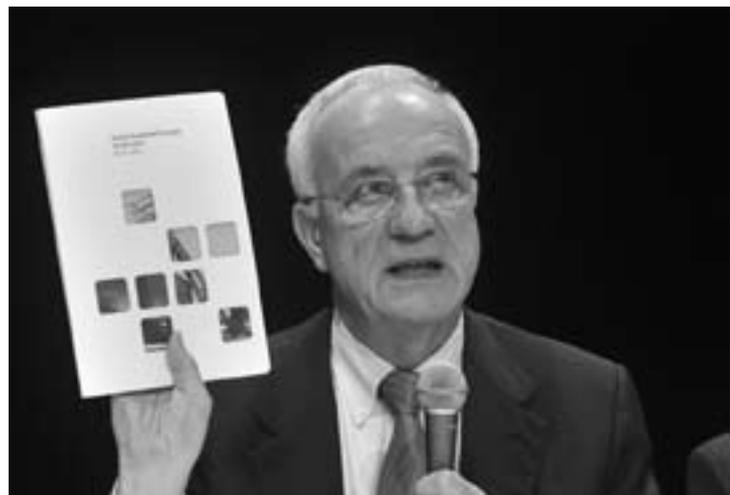
Kurs halten heißt für mich übersetzt in Nationale Stadtentwicklungspolitik vor allem, die bestehende Stadt anzusteuern, auch über eine schwierige und lange Strecke.

Dr. h.c. Fritz Pleitgen

Vorsitzender der Geschäftsführung der RUHR.2010 GmbH.

Jugend, Integration und regionale Attraktivität – Zukunftschancen für das Modell Stadt. Stadtentwicklung bezieht sich nicht nur auf baulich-räumliche Entwicklung, auf die glänzende Verpackung einer Stadt. Sie muss auf die Gesamtentwicklung einer Stadt einwirken und dabei auch andere Parameter im Blick haben als wirtschaftlich-ökologische Trends, nämlich die Fortentwicklung menschlichen Lebensraums und damit die Menschen selbst. Stadtentwicklung muss die gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen berücksichtigen – und noch besser: steuern. Das verlangt ein interdisziplinäres Herangehen, das Auswirkungen des demographischen

Bildung stiftet Toleranz und ist der beste Schutz vor Fundamentalismus und Rassismus.



Wandels und der Globalisierung einschließt und Sorge trägt für die Integration aller Bevölkerungsgruppen. Interventionen müssen auf lokal-regionaler Ebene durch neue bürgerschaftliche Beteiligungskulturen und interstädtische Kooperationen nachhaltig verankert werden. Eine solche integrative Stadtentwicklung kann Möglichkeiten bieten, aktiv an allen Aspekten urbanen Lebens mit-zuwirken.

Stadt ist ein Prozess ständigen Lernens, An- und Ausgleichens. Stadtentwicklung muss die gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen berücksichtigen – und noch besser: steuern.

Stadtentwicklung muss dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu erhalten oder zu schaffen. Den Standortfaktoren Wissen, Innovationsfähigkeit, kulturelle Attraktivität und kreatives Potential kommt dabei enorme Bedeutung zu. Eine zentrale Aufgabe der Stadt- und Quartiersentwicklung liegt darum in der Förderung des urbanen Talent-Pools. Einen wesentlichen Beitrag leistet hierbei schulische und kulturelle Bildung, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern über den eigentlichen Bildungsauftrag hinaus Identität stiftet und soziales Leben sich entfalten lässt. In den Schulen können kulturelle Kompetenzen für den beruflichen Lebensweg und das interkulturelle Miteinander von Kindheit an erworben werden. Nicht zuletzt ist Bildung eine Grundfeste für Toleranzstiftung und der beste Schutz vor Fundamentalismus und Rassismus.

Auf die Vermittlungskonzepte, die Qualität der Stunden- und Lehrpläne kommt es an. Sie müssen sich an der veränderten demographischen Entwicklung und dem zunehmenden Migrantenanteil orientieren. Jeder

junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Bildung ist nicht nur Schlüssel zur gesellschaftlich Chancengleichheit, sondern auch Schlüssel für die Chancengleichheit von Stadtteilen. Die Vitalität einer Stadtgesellschaft hängt wesentlich davon ab, wie qualifiziert und integrativ ihre schulischen Angebote sind. Eine allumfassende Bildung im kulturellen Sinne ist jedoch vom Schulsektor alleine nicht zu leisten, sondern muss über außerschulische Angebote und mit freien Bildungsträgern abgedeckt werden.

Der Titelgewinn Kulturhauptstadt Europas 2010 hat in der Metropole Ruhr Aufbruchstimmung entfacht und kulturelle Kräfte entfesselt. RUHR.2010 begleitet die Akteure und unterstützt sie konkret auf ihren jeweiligen Handlungsfeldern. Dafür braucht die Metropole Ruhr Visionen, Vernetzungen und Anziehungskräfte, innen und außen. Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf. Sie muss in der Region weitergedacht werden. Das ist der Kern des Vernetzungsprinzips von RUHR.2010 als Stadtentwicklungskonzept: Die Revierstädte sollen zu einer Metropole Ruhr zusammenwachsen unter Berücksichtigung und Beibehaltung ihrer Besonderheiten und Profile. Es geht um die Stärkung der Kreativzentren, die das kulturelle Angebot der Städte erweitern.

Die Kulturhauptstadt-Projekte besitzen europäischen Modellcharakter. So tragen sie dazu bei, die Stadtentwicklung nach regionalen Bedürfnissen in die Richtung internationaler Standards zu lenken. Damit unterstützt RUHR.2010 eine neue Balance zwischen ökonomischem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung, zwischen baulicher Expansion und Bewahrung des historischen Erbes, zwischen räumlicher Mobilität und funktionsfähigem sozial-ethnischem Integrationsmodell. Und nicht zuletzt sind die Kulturhauptstadt-

Projekte nachhaltig angelegt. Im besten Fall werden sie die Metropole Ruhr auf ihrem Weg zu einer Metropole neuen Typs langfristig bestimmen.

Stadt ist ein Prozess ständigen Lernens, An- und Ausgleichens. Die Kulturhauptstadt will ein starker Wegbegleiter für die kulturelle Zukunftsfähigkeit der Städte an der Ruhr sein.

Eine zentrale Aufgabe der Stadt- und Quartiersentwicklung liegt in der Förderung des urbanen Talent-Pools. Die Vitalität einer Stadtgesellschaft hängt wesentlich davon ab, wie qualifiziert und integrativ ihre schulischen Angebote sind.

Walter Rasch

Senator a.D., Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

Innovative Stadtentwicklungsprojekte erfordern intelligente Wohnkonzepte. Der vieldiskutierte Trend zum Wohnen in der Stadt ist kein Selbstläufer. In einer sich wandelnden und deutlich vielfältigeren Gesellschaft bilden die soziale und kulturelle Vielseitigkeit der Stadt sowie die Qualität der Baustruktur die zentralen Grundlagen für das urbane Wohnen. Antwort darauf müssen Angebote sein, die der Vielzahl der individuellen Lebensstile – vom Familien- über den Single- bis hin zum Seniorenhaushalt – Rechnung tragen.

Stadtumbau West – Bestand an alternde Bevölkerung anpassen. Der BFW begrüßt die Ankündigung, das Programm zum „Stadtumbau West“ aufzustocken. Auch in den alten Bundesländern macht sich der wirtschaftliche Strukturwandel regional unterschiedlich stark bemerkbar. Vor allem in Konversionsstandorten und monostrukturierten, altindustriellen Gebieten führt Arbeitslosigkeit zu Abwanderungen, rückläufigen Bevölkerungszahlen und Leerständen in Wohnungen, Handels- und Gewerbeimmobilien.

Von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Leerstandes ist künftig die Anpassung und bauliche Aufwertung des Wohnungsbestandes an eine zunehmend ältere deutsche Bevölkerung.

Die Politik muss einen zielgruppengenaue Investitionsrahmen für die Branchen schaffen. Was für städtische Unternehmen Sinn macht, hilft Privaten nicht unbedingt – und umgekehrt.



Um dies zu erreichen, ist es wirtschaftlich sinnvoll, Teile des Bestandes barrierearm umzubauen. Aber auch der Abriss von Wohnungen, zum Beispiel nicht wirtschaftlich zu sanierender Fünfziger-Jahre-Siedlungen und die Schaffung von Ersatzneubau, darf in den alten Ländern nicht weiterhin ein Tabu sein.

Stadtumbau Ost – Innenstädte aufwerten und kulturelles Erbe bewahren. Das Programm Stadtumbau Ost hat sich in der Vergangenheit leider eher als ein Altschuldenabbauprogramm kommunaler Wohnungsunternehmen und -genossenschaften erwiesen, anstatt den Stadtumbau in den historisch bedeutsamen Zentren zu fördern und zu forcieren. Der Leerstand in den historischen Stadtquartieren bedroht die Identität der gesamten Stadt und nimmt auch der Wirtschaft wichtige Impulse. Insofern ist es zu begrüßen, dass künftig der Abriss von Stadtbild prägenden Altbauten und Baudenkmalen nicht mehr gefördert wird. Der BFW appelliert in diesem Zusammenhang an den Gesetzgeber, die Denkmal-AfA zu erhalten und nicht noch weiter zu begrenzen.

Kreative Maßnahmen im Stadtumbau fördern. Da die bisherige Förderpolitik im Stadtumbau bei der Steigerung der Attraktivität der Innenstädte weniger erfolgreich war, favorisiert es der BFW, neue Methoden zu erproben. Aus vorhandenen Fördermitteln könnten Stadtumbaufonds eingerichtet werden, deren Ziel es sein soll, den historischen Gebäudebestand in den Innenstädten zu sichern und aufzuwerten. Auch sollten kreative Maßnahmen im Stadtumbau durch diese Fonds unbürokratisch gefördert werden. Beispiele dafür wären Werbemaßnahmen für das

Wohnen in der Stadt oder in Baudenkmalen, die Stärkung des Beratungsangebotes für Eigentümer von innerstädtischen Immobilien, Eigenkapitaldarlehen als Risikokapital für Baudenkmale und historische Stadthäuser oder die Prämierung von guten Ideen im Stadtumbau mit Realisierungsoption. Träger des Stadtumbaufonds können zum Beispiel Immobilienunternehmen in öffentlich-privater Partnerschaft mit der Kommune sein.

Mehr Wohnraum in Wachstumsregionen. Deutschland hat 2008 einen historischen Tiefstand an Baufertigstellungen seit Ende des Krieges erreicht. Damit drohen vor allem Wachstums- und Zuzugsregionen in Deutschland Versorgungslücken bei Mietwohnungen. Betroffen sind insbesondere Zukunftsregionen wie Hamburg, Frankfurt am Main, die Rheinschiene, Stuttgart und München. Ein qualitativvolles Angebot an Wohnungen im Neubau wird damit zur Mangelware.

Zielgruppengenaue Förderpolitik. Die Politik muss einen zielgruppengenaue Investitionsrahmen für die Branche schaffen. Was für städtische Unternehmen Sinn macht, hilft Privaten nicht unbedingt – und umgekehrt. So profitieren Städtische Immobilienunternehmen mehr von KfW-Krediten, während die unternehmerische Immobilienwirtschaft beispielsweise auch Abschreibungen interessant sind. Zudem gibt es bislang in der Förderpolitik eine zu einseitige Betrachtung des Bestandes. Wenn nach einem Abriss problematischer Wohnungsbestände in Großwohnanlagen attraktive, demografiefeste Wohnungen mit energetisch guten Verbrauchswerten entstehen können, sollte dies allemal auch gefördert werden.

Leerstand in historischen Stadtquartieren bedroht die Identität der gesamten Stadt und nimmt auch der Wirtschaft wichtige Impulse. Im Stadtumbau sollten kreative Maßnahmen unbürokratisch gefördert werden.

Dr. Franz-Georg Rips

Präsident Deutscher Mieterbund (DMB) e.V.

Die deutschen Städte sind traditionell Mieterstädte. In der Regel leben mehr als drei Viertel der Menschen in den Städten in der Rechtsform der Miete. Dies ist schon ein ausreichender Grund, dass der Mieterbund der Entwicklung der Städte besondere Aufmerksamkeit widmet. Und sich aktiv in diesen Prozess einbringt.

Gründe für das Leben in der Stadt: Es gibt viele gute Gründe, sein Leben in der Stadt zu organisieren:

- Die Ökologie: Wer in der Stadt lebt, vermeidet die unnötige Verschwendung von Ressourcen und dient damit der Umwelt.
- Der soziale Gesichtspunkt: Das Wohnen in der Stadt entlastet in der Regel private Haushalte von Energie- und Mobilitätskosten, und dies in einer Zeit, in der die Energie immer teurer wird.
- Von besonderer Bedeutung ist auch die bessere Erreichbarkeit einer leistungsfähigen Nahversorgung für alte Menschen, also der fußläufige und barrierearme Zugang zu den Geschäften der Grundversorgung, zu Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern.
- Die Zukunft der Arbeitswelt ist weitgehend auf Wissen und Bildung aufgebaut, beides ist in den Städten verortet.
- Die Stadt schafft bessere Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vor allem durch den Zugang zu Betreuungseinrichtungen. Frauen ebenso wie Männer können so Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren.
- Die Stadt ist bekanntlich eine „Integrationsmaschine“, sie verarbeitet in einem guten Sinne den multikulturellen Zuwanderungsstrom.



Die Sicherheit des Wohnens als Anker menschlichen Lebens muss in gleicher Weise für Mieter und Eigentümer gelten.

- Die Stadt eignet sich in besonderer Weise zur Aktivierung zivilgesellschaftlichen Denkens und Handelns, sie ermöglicht eine neue Kultur der Partizipation.

Das Leitbild der europäischen Stadt. Von den vielen integrierten Ansätzen, die für eine erfolgreiche nationale Stadtentwicklungspolitik notwendig sind, konzentriert sich der Deutsche Mieterbund auf den Gesichtspunkt der sozialen Fragen und der Energie.

Die europäische Stadt zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie allen Menschen, ob jung oder alt, ob reich oder arm, ob gesund oder behindert, ob „deutsch“ oder mit Migrationshintergrund, Wohn- und Lebenschancen eröffnet. Wir wollen keine

Städte, in denen auf den ersten Blick erkennbar wird, wo die Reichen und wo die Armen wohnen. Deshalb ist es erforderlich, die soziale Wohnraumförderung fortzusetzen, Sozialwohnungen in gemischten Wohnlagen dauerhaft zu erhalten, die Bezahlbarkeit des Wohnens für alle Nachfragegruppen zu sichern.

Bezahlbare Energie ist künftig eine unabdingbare Voraussetzung für ein gutes und erschwingliches Wohnen. Die Energiepolitik ist insoweit längst auch zur Sozialpolitik geworden.

Vor allem gilt unser engagierter Kampf dem Ausverkauf von Wohnen im öffentlichen Eigentum. Kommunale Wohnungsunternehmen sind für eine gesunde, langfristige und auf Nachhaltigkeit setzende Stadtentwicklung unverzichtbar. Sie ermöglichen Sozial- und Stadtrenditen, die von privaten Eigentümern und Investoren nicht erwartet werden dürfen. Angemessener Wohnraum für alle bedeutet aber auch, dass es ein dauerhaft entlastendes und der Kostenentwicklung angepasstes Wohngeld gibt und dass die Regelungen zu Unterkunftskosten für erwerbsfähige Arbeitslose (§ 22 SGB II) erhalten bleiben.

Wir beobachten mit großem Misstrauen einen Prozess, den Soziologen als Gentrifikation bezeichnen, also die Veredelung von Stadtteilen und die Errichtung von Leuchttürmen wie Lofts und Town Houses. Wir müssen Bedingungen in unseren Städten schaffen bzw. erhalten, die das Wohnen für alle Schichten bezahlbar gestalten. Dies ist eine ständige Aufgabe, vor allem in einer Gesellschaft, in der etwa 15 % aller Menschen beim Wohnen auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Das Thema der Energie. Wo Menschen verdichtet zusammenleben, wo eine leis-

tungsfähige Infrastruktur aufgebaut worden ist, wo funktionierende Leitungen in der Erde liegen, da lassen sich effektive Instrumente zur energetischen Verbesserung leichter einsetzen. Bezahlbare Energie ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein gutes und erschwingliches Wohnen in der Zukunft. Die Energiepolitik ist insoweit längst auch zur Sozialpolitik geworden.

Eine verantwortungsvolle nationale Stadtentwicklungspolitik schafft die Voraussetzungen für eine umweltfreundliche Energieversorgung ganzer Stadtteile und Quartiere. Dies ist ökologisch richtig, dies ist sozial hilfreich. Dies verringert gleichzeitig die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und von den sie exportierenden Ländern und natürlich auch von den Energiekonzernen, die den deutschen Markt unter sich aufgeteilt haben und die Wirkungen eines funktionierenden Wettbewerbs ausschließen. Um die angestrebte Unabhängigkeit zu erreichen, ist es auch unverzichtbar, verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen. Die „Erneuerbaren“ sind auf lange Sicht die wichtigsten Faktoren zur spürbaren Reduktion der Energiekosten: Sonne, Wind und Erdwärme gehören allen und kosten nichts.

Beitrag des DMB. Der Deutsche Mieterbund setzt sich auf allen politischen Ebenen – Kommunen, Länder und Bund – für die genannten Ziele ein. Er ist als eine große gesellschaftliche Organisation ein wichtiger Akteur, der in seiner Lobby-Arbeit eindeutig gemeinwohlorientiert ist. Er ist in diesem Sinne Partner der Politik, die sich am Gedanken der Nachhaltigkeit orientiert, also des ausgewogenen Dreiklangs von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.

Der Deutsche Mieterbund tritt für ein Mietrecht ein, das den Anforderungen des Sozialrechtsstaats gerecht wird. Die Sicherheit des Wohnens als des Ankers

menschlichen Lebens muss in gleicher Weise für Mieter und für Eigentümer gelten. Die soziale Wohnraumförderung und die Erhaltung kommunaler Wohnungsbestände sind ein ständiges Anliegen des DMB. Wir werben für den vorurteilsfreien Umgang der Menschen miteinander in Nachbarschaften und in den Städten insgesamt. Wir informieren und klären auf über den verantwortlichen Umgang mit Energie. Wir beteiligen uns an der Erarbeitung gerechter Kostenverteilungen bei der

Verbesserung der Energieeffizienz. Wir helfen den Mietern bei Konflikten im Wohnbereich, vor allem durch rechtliche Beratung.

Wir wissen dabei: Es geht bei der Stadtentwicklung um die Fragen des Zusammenhaltes der Gesellschaft. Es geht um die Zukunft unseres Landes. Nationale Stadtentwicklungspolitik berührt in diesem umfassenden Sinne immer alle Bürger, auch und gerade die Mieter.

Kommunale Wohnungsunternehmen sind für eine gesunde, langfristige und auf Nachhaltigkeit setzende Stadtentwicklung unverzichtbar. Sie ermöglichen Sozial- und Stadtreiditen. Wir wissen: es geht bei der Stadtentwicklung um den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH)

Nationale Stadtentwicklungspolitik und Handwerk

Erwartung an Städte. Die deutschen Städte sind vielgestaltige Räume zum Leben und Arbeiten und wichtige Standorte für Bildung, Verkehr, Kultur und Freizeit. Zahlreiche Nutzungsansprüche ergänzen sich hier auf engem Raum, natürlich auch mit Konflikten. Diese Ansprüche verträglich zu koordinieren, ist die schwierige Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik.

Ohne die produktive Mischung unterschiedlicher Nutzungen können die Städte die künftigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen nicht meistern. Die Sicherung der nachhaltigen europäischen Stadt, die Stärkung der Stadtzentren und die Förderung der Innenentwicklung sind deshalb

Kleine und mittlere Handwerksbetriebe sind ein großes Potenzial für nachhaltige Stadtentwicklungspolitik und sollten in die lokalen Initiativen einbezogen werden.



Ziele der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die auch im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe liegen.

Anforderung an die Politik. Die Innenstädte sind heute ein wichtiger Standort für Betriebe aus den verschiedensten Gewerken, die vor Ort produzieren, reparieren und Dienste für die Bewohner erbringen. Die Handwerker,

einer älter werdenden Bevölkerung immer wichtiger werden.

Stadtentwicklungspolitik muss die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Sicherung der gemischten Standorte für Wohnen und Arbeiten schaffen und zur Aktivierung der lokalen Wirtschaft in den Stadtteilen beitragen. Eine zentrale Rolle für die soziale und wirtschaftliche Stabilität spielt auch die Bildungspolitik, insbesondere die Qualifizierung der Schulstandorte in den Stadtvierteln. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann eine Plattform bieten, um über Städte- und Ländergrenzen hinweg die notwendigen Maßnahmen zwischen Partnern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen diskutieren zu können.

Ohne die produktive Mischung unterschiedlicher Nutzungen können die Städte die künftigen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen nicht meistern.

die hier leben und arbeiten, sind auf stabile städtische Strukturen angewiesen – sie leisten dazu einen wichtigen Beitrag durch ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Engagement. Die Betriebe bieten auch in benachteiligten Stadtvierteln Arbeits- und Ausbildungsplätze. Vor Ort sind sie ein wichtiger Dienstleister für Umweltschutz und Energieeffizienz.

Vielfach sind diese nachhaltigen Strukturen durch Verdrängung und wachsende administrative Auflagen bedroht. Die „Stadt der kurzen Wege“ ist jedoch kein Modell der Vergangenheit, sondern Schlüssel zur Lösung zukünftiger Herausforderungen: Gemischte Strukturen vermeiden unnötige Fahrten und schonen das Klima. Die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen wird zudem bei

Beitrag des Handwerks. Der ZDH wird sich durch Vorschläge zur Weiterentwicklung der Stadtentwicklungsprogramme und des Städtebaurechts weiterhin in die Diskussionen einbringen. Wichtig ist die intensive Einbindung der jeweiligen Handwerkskammern, Innungen und Betriebe in die lokalen Initiativen des Stadtumbaus oder der sozialen Stadt.

Ob eine Renaissance der Städte zu erwarten ist oder eher problematische Entwicklungen in den Innenstädten drohen – das Handwerk wird in jedem Fall ein Betroffener und Beteiligter sein. Das Handwerk stellt sich diesen Herausforderungen. Die kleinen und mittleren Betriebe sind von den Städten als großes Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik zu begreifen und entsprechend einzubeziehen.

Die „Stadt der kurzen Wege“ ist kein Modell der Vergangenheit, sondern Schlüssel zur Lösung künftiger Herausforderungen: Gemischte Strukturen vermeiden unnötige Fahrten und schonen das Klima.

Prof. Arno Sighart Schmid

Präsident der Bundesarchitektenkammer

Die Ansprüche an ein Gesamtkonzept für eine nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung sind vielfältiger und umfassender Natur: Neben der Anpassung an die demographische Entwicklung, dem Entgegenwirken von Zersiedelung und dem damit einhergehenden Flächenverbrauch sowie der Reduzierung des Energieverbrauchs gilt es, eine lebenswerte Umwelt für Menschen zu schaffen und die besondere Qualität unserer Städte erlebbar zu machen.

Die demographische Entwicklung kehrt die Alterspyramide um. Weniger Kinder werden geboren, dafür leben die Menschen immer länger und der Bedarf an Wohnungen und deren Qualität unterliegt einem starken Wandel. Dieser muss sorgfältig geplant werden, wenn die Lebensqualität erhalten oder verbessert werden soll. So sind von den 39 Mio. Wohnungen in der Bundesrepublik lediglich etwa 250.000 mit einem altersgerechten Standard ausgestattet. Aufgrund der dramatischen Überalterung unserer Gesellschaft benötigen wir mittelfristig 12 bis 13 Mio. altersgerechte Wohnungen im Neubau und Bestand. Eine deutliche Ausweitung dieses Marktsegments ist wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung des Wunsches nach selbstbestimmtem Wohnen im Alter. Die Stärkung des selbständigen Wohnens mit niederschwelligem Betreuungsangebot bietet im Verhältnis zu anderen Betreuungsformen erhebliche Vorteile bei der Wohn- und Lebensqualität und entlastet Pflegekassen und Sozialhaushalte. Da ein Umrüsten auf barrierearmes Wohnen oft aus technischen sowie finanziellen Gründen nicht möglich ist, sollten veränderte, marktorientierte Förderprogramme den Ersatz durch Neubau dort unterstützen, wo eine Ertüchtigung nicht zumutbar ist. Aus städtebaulicher Sicht wirken sich diese Maßnahmen besonders positiv aus. Zu nennen sind hier insbesondere die Eindämmung der Stadt-Umlandwanderung und der Erhalt der Kaufkraft in der Stadt.



Der Trend zur Zersiedelung kann nur umgekehrt werden, wenn Planungs- und Steuergesetzgebung zur Mobilisierung innerstädtischer Potenziale beitragen und attraktive Wohnangebote geschaffen werden.

Die Zersiedelung in Deutschland hält unvermindert an. Viele Menschen, die zwar das städtische Wohnen schätzen, denen aber Grün und Ruhe fehlen, ziehen nach wie vor auf das Land. Dieser Trend kann nur umgekehrt werden, wenn in städtischen Wohnanlagen attraktive Angebote geschaffen werden, die diesen Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen. Ein Ansatzpunkt sind die vielen ungenutzten städtischen Brachen, die reaktiviert werden könnten. Planungs- und Steuergesetzgebung sollten sowohl die inneren Flächenreserven mobilisieren, als auch die Inanspruchnahme neuer Bauflächen im Außenbereich an den regionalen Erfordernissen ausrichten.

Mit einer Stärkung der Innenstädte kommt auch dem Bauen im Bestand sowie der Umnutzung und dem Umbau eine wichtige Rolle zu. Damit einhergehend müssen Lösungen für eine sinnvolle Umnutzung und Revitalisierung von Gebäuden und von Stadtstrukturen gefunden werden. Um dies umzusetzen, ist eine Verbesserung der Koordination der kommunalen Planungen mit dem Ziel eines

reduzierten Flächenverbrauchs und einer Mobilisierung der innerstädtischen Potenziale notwendig. Nicht zuletzt hängt die zukünftige Gestalt der Städte von der Planungsqualität ab, die Architekten, Stadtplaner und Landschaftsarchitekten erbringen. Dazu

braucht es gut ausgebildete und angemessen bezahlte Fachkräfte. Für Architekten und Stadtplaner ist damit ein fünfjähriges Studium entsprechend UNESCO/ UIA Charter for Architectural Education, mindestens jedoch eine vierjährige Studiendauer erforderlich.

Die künftige Gestalt unserer Städte hängt von der Planungsqualität ab, die gut ausgebildete und bezahlte Fachkräfte - Architekten, Stadtplaner und Landschaftsarchitekten - erbringen.

Oberbürgermeister Christian Schramm

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Städte und Gemeinden stärken. Die Globalisierung, die aktuelle Finanzkrise und die zunehmende Technologisierung machen angesichts der hiermit verbundenen Verunsicherungen eines deutlich: Die kleinen und bürgernächsten Einheiten (Familien, Städte und Gemeinden)

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund versteht sich mit den von ihm vertretenen 12 500 Städten und Gemeinden als maßgeblicher Partner einer integrierten Nationalen Stadtentwicklungspolitik.



werden in der Zukunft als Anker für Stabilität, Geborgenheit und Identitätsfindung an Bedeutung zunehmen. Umso mehr gewinnt der Schlussappell der Leipzig Charta an Gewicht, der in den Worten „Europa braucht starke Städte“ mündet und der seine Ausprägung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik findet.

Herausforderungen annehmen und gestalten. Eine nationale Stadtentwicklungspolitik ist umso erfolgreicher, je mehr es speziell den Kommunen gelingt, die folgenden zentralen Herausforderungen anzunehmen und zu gestalten.

Die soziale Kommune: Gemeinsam leben statt Segregation. Die sozialen Herausforderungen und Probleme werden unmittelbar in den Kommunen sichtbar. Segrationserscheinungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen muss daher entgegengewirkt und die Bildung von Parallelgesellschaften vermieden werden. Das Postulat „Fördern und Fordern“, das insbesondere eine ausreichende Sprach- und Bildungskompetenz voraussetzt, muss zur Vermeidung sozialer Ausgrenzungen dauerhaft mit Leben erfüllt werden.

Innovations- und Bildungspolitik: Ausbau der Infrastruktur erforderlich. Beim Wirtschaft-, Bildungs- und Arbeitsmarktwachstum kommt der kreativen Entwicklung eine immer größere Bedeutung zu. Die „Kreative

Kommune“, die auf den vom Zukunftsforscher Richard Florida entwickelten drei T's „Technologie, Talente und Toleranz“ gründet, bietet dazu - auch für die Städte und Gemeinden - die besten Voraussetzungen.

Neue Verantwortungskultur erforderlich: Die Gemeinde, das sind wir alle. Die komplexen Herausforderungen an die Stadtentwicklungspolitik lassen sich nur durch eine Kultur aller für die Städte und Gemeinden verantwortlichen Akteure lösen. Der Grundsatz „Die Stadt/Gemeinde, das sind wir alle“ bedingt, dass Kommunen, Wirtschaft, Bürger, Eigentümer, Bildungsträger, Sozialeinrichtungen etc. im Rahmen einer Win-win-Situation gemeinsame Konzepte erarbeiten und umsetzen.

Baukultur fördern: Das Auge genießt mit. Der lange Zeit in unseren Städten und Gemeinden vernachlässigte und nicht ausreichend wahrgenommene Standortfaktor einer qualitativ hochwertigen Baukultur hat erheblich an Stellenwert gewonnen. Entscheidend ist insoweit, dass Städte und Gemeinden ihr eigenes baukulturelles Profil auf der Grundlage des *genius loci* erkennen und, gefördert durch Bundes- und Landesprogramme zur Stadterneuerung und zum Denkmalschutz, stärken.

Klimaschutz: Global denken, lokal handeln. Ohne die Kommune sind die Klimaschutzziele der EU und der Bundesregierung nicht erreichbar. Die Städte und Gemeinden sind Träger der Planungshoheit und daher etwa bei der Aufstellung von Anlagen für erneuerbare Energien (Windenergie, Biomasse etc.) maßgebliche Akteure. Sie sind aber auch Vorbild, Verbraucher und insbesondere Berater von Bürgern und Wirtschaft bei der

Aufstellung örtlicher Klimaschutzkonzepte. Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik muss daher insbesondere das kommunale Engagement für den Klimaschutz unterstützen und finanziell fördern.

Metropolen und ländlicher Raum: Partnerschaft auf Augenhöhe. Die dezentrale Struktur Deutschlands mit vielen starken Großstädten und einem starken ländlichen Raum ist ein maßgeblicher Grund für die wirtschaftliche und soziale Erfolgsgeschichte Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Erforderlich ist daher eine gleichwertige Förderung und Entwicklung von Stadt und Land auf Augenhöhe. Hierzu gehört eine starke Vernetzung der Wirtschafts- und Lebensräume von Ballungszentren und ländlichem Raum sowie eine besondere Förderung strukturschwacher Räume.

Maßgeblicher Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund versteht sich mit den von ihm vertretenen 12 500 Städten und Gemeinden in Deutschland als maßgeblicher Partner einer integrierten Nationalen Stadtentwicklungspolitik. 70 % der Bevölkerung Deutschlands leben außerhalb der Großstädte in kreisangehörigen Regionen und damit häufig auch im ländlichen Raum. Daher kommt der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung dieser Regionen eine besondere Bedeutung zu. Wenn eine Stärkung der kommunalen Ebene aktiv erfolgt, wird das 21. Jahrhundert sowohl im internationalen als auch im nationalen Kontext das Jahrhundert der Städte und Gemeinden werden. Hierzu kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik einen maßgeblichen Beitrag leisten.

Familien, Städte und Gemeinden werden in Zukunft als Anker für Stabilität, Geborgenheit und Identitätsfindung an Bedeutung gewinnen. Städte und Gemeinden sollen ihr eigenes baukulturelles Profil auf der Grundlage des *genius loci* erkennen und stärken.

Dr.-Ing. Karl H. Schwinn

Bundesingenieurkammer

Die Antworten auf die Frage nach den Anforderungen an die Lebensverhältnisse in unseren Städten werden sicherlich unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob die Befragten in einer Großstadt, Mittel- oder Kleinstadt leben. Als Bürger einer Großstadt – ich lebe seit 38 Jahren in Hamburg – wird für mich seit einigen Jahren ein Trend erkennbar, den man mit „Zurück in die Stadt“ beschreiben kann. Während bis in die 80er Jahre der Wunsch nach dem eigenen Heim im Grünen, im „Speckgürtel“ der Großstadt, realisiert wurde, ist es heute wieder „in“, in der Stadt zu leben.

Hier spiegelt sich im Verhalten der Menschen ganz deutlich der Wandel von der produzierenden Wirtschaft zur Dienstleistungswirtschaft wider. Die Jüngeren, die in der großen Mehrheit auf dem Dienstleistungssektor tätig sind, wollen unmittelbar in der Nähe ihres Arbeitsplatzes leben. Nur so können sie die Möglichkeiten, die ihnen ihr Beruf und das

städtische Umfeld bieten, voll nutzen. Dieser Wunsch, „mitten“ in der Stadt zu leben, beschränkt sich dabei nicht auf Singles und kinderlose Paare, sondern gerade junge Familien mit Kindern und Alleinerziehende erkennen die Chancen, die ihnen die Stadt gegenüber der ländlichen Idylle bietet. Sie nutzen sie, sei es für die Berufstätigkeit der Ehefrauen bzw. Mütter oder die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder.

Weiter zeigt sich aber auch, dass in den letzten Jahren ein großer Teil der älteren Mitbürger, die bisher in ihren Einfamilienhäusern vor den Toren der Stadt lebten, den Wunsch haben, in die Stadt zurückzukehren. Auch hier sind die Gründe mannigfaltig und reichen von der Angst vor der Einsamkeit bis zu den Schwierigkeiten bei den Bedürfnissen des Alltags (Einkauf, Arztbesuch etc.).

Da diese Entwicklung nicht auf Hamburg beschränkt ist, sondern auf alle wirtschaftlich prosperierenden Städte unseres Landes zutrifft, ist hier die Stadtplanung gefordert. Es darf durch diese Trends nicht zu „Verdrängungswettbewerben“ (Umwandlung von preiswerten Mietwohnungen in Eigentumswohnungen) kommen. Auch der „Normalverdiener“ – und das ist nach wie vor die Mehrheit der Bürger – muss weiterhin in der Stadt leben und wohnen können. Hierzu müssen von der Stadtplanung und den politisch Verantwortlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dies ermöglichen. Als Beispiel sei hier auf die vorbildlichen Lösungen dieser Fragen beim Bau der neuen Hafen City in Hamburg verwiesen.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hat in seinen Arbeiten versucht, die Ursachen zu ergründen, die in einigen Regionen zu Konzentrationen der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit zur Zuwanderung in diese Gebiete führen. Da bei uns Ergebnisse solcher wissenschaftliche Untersuchungen nicht vorliegen, sollten im Interesse der Stadtent-

Es darf durch den Trend „Zurück in die Stadt“ nicht zu Verdrängungswettbewerben kommen. Auch „Normalverdiener“ müssen urban wohnen können.



wicklungspolitik solche Untersuchungen umgehend in Auftrag gegeben werden.

Mittel- und Kleinstädte sind von der oben beschriebenen Problematik nicht oder nur in geringem Maße betroffen. Die Bewohner sind sesshafter und die Nähe zum Arbeitsplatz ist in der Regel auch gegeben. Diese Kommunen sind vielmehr von der Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung betroffen, wenn nicht ausreichend Arbeitsplätze angeboten werden können.

Viel stärker betroffen von den Abwanderungen ist aber seit Jahren der ländliche Raum. Leerstehende Dörfer mit dem Verfall preisgegebenen Häusern und Höfen finden sich inzwischen auch in der Bundesrepublik (und nicht nur in Nordspanien und Süditalien). Je weiter die Metropolen entfernt und je dünner das Land schon früher besiedelt war, desto größer ist diese Gefahr. Hier sind die Länder und der Bund gefordert, durch staatliche Hilfsmaßnahmen dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die Jüngeren, die mehrheitlich im Dienstleistungssektor Tätigen, wollen in der Nähe ihres Arbeitsplatzes leben, um die Möglichkeiten, die ihnen Beruf und städtisches Umfeld bieten, voll zu nutzen.

Prof. Albert Speer

Albert Speer&Partner GmbH

Ausgestaltung und Profilbildung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Die Zukunft der Städte. Die Gewinner- und Verliererstandorte im nationalen und internationalen Wettstreit der Städte und Regionen werden im kommenden Jahrzehnt in Deutschland immer deutlicher hervortreten. Die prosperierenden Städte und Stadtregionen werden bis ins Jahr 2020 weniger durch quantitative als durch qualitative Veränderungen und Wachstumsprozesse geprägt sein. Die Spitzengruppe deutscher Städte wird vermöge ihrer wirtschaftlichen Attraktivität relativ bevölkerungsstabil bleiben. Dabei werden die erfolgreichen Städte ihre Konkurrenz um Arbeitskräfte, Unternehmensansiedlungen und Touristen verstärkt über die weichen Standortfaktoren, über die Lebensqualität und das Stadtimage austragen. Bei den schrumpfenden Städten bilden wirtschaftliche Probleme,

Abwanderung der Erwerbsbevölkerung und die Erosion urbaner Infrastrukturen eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale, die es zu beherrschen gilt.

Die Profession der Planer sollte neue Modelle der Stadt- und Regionalentwicklung im Zusammenspiel von privaten und öffentlichen Akteuren entwickeln.



Anforderungen. Die nationale Stadtentwicklungspolitik sollte sich mit einer großen Bearbeitungstiefe auf nur wenige Schwerpunkte konzentrieren, um die Verwirklichung zukunftsweisender Projekte mit Modellcharakter zu ermöglichen. Besondere Bedeutung kommt dem Schwerpunktthema „Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung“ zu. Effiziente Energienutzung und effiziente Mobilität in den Städten beginnen mit einer nachhaltigen urbanen Nutzungskultur. Umweltgerechte Städte sind wirtschaftliche Innovationsmodelle, in denen die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien Wohlstand und Lebensqualität garantieren. Der Schwerpunkt „Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung“ verdient verstärkte Beachtung, denn Raum und Ökonomie müssen in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft zwingend zusammen gedacht werden. Um urbane Innovationssysteme im Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft entwickeln zu können, muss planerisches Denken und Handeln viel mehr interdisziplinär werden. Neben

ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit sollte auch der Aspekt „Soziale Stadt“ prioritär vertieft werden. Eine Grundbedingung für wirtschaftlich erfolgreiche und sozial stabile Städte wird ein kohärentes und integrierendes Bildungssystem für alle Teile der Stadtgesellschaft sein.

Beitrag der Planer und Architekten. Die Profession der Planer ist im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefordert, neue Modelle der Stadt- und Regionalentwicklung im Zusammenspiel von privaten und öffentlichen Akteuren zu entwickeln. Hier sind es vor allem Beteiligungsmodelle, welche die lokale Wirtschaft als eine treibende Kraft der Stadtentwicklung einbeziehen. Ein erfolgreiches Modell unseres Büros ist der Masterplan für die Kölner Innenstadt, der von einem Unternehmensverein finanziert wird. Die Ziele und Inhalte des Masterplans wurden in einem komplexen Beteiligungs- und Moderationsprozess mit der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit diskutiert und verfügen über einen großen Rückhalt in der Stadtgesellschaft.

Die nationale Stadtentwicklungspolitik sollte sich mit einer großen Bearbeitungstiefe auf nur wenige Schwerpunkte konzentrieren, um die Verwirklichung zukunftsweisender Projekte mit Modellcharakter zu ermöglichen. Um urbane Innovationssysteme entwickeln zu können, muss planerisches Denken und Handeln viel interdisziplinärer werden.

Michael Stein

Vorsitzender der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V.

Was erwarten Sie von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Im Zuge der Föderalismusreform hat der Bund für eine Reihe von Förderprogrammen zur Stadtentwicklung die zugehörige Steuerungskompetenz an die Länder abgegeben. Von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erwarte ich daher, dass sie Initiativen anstößt, gute Beispiele vorlegt und wirksame Strategien formuliert, die Stadtentwicklung in Deutschland nachdrücklich befördern und qualifizieren helfen.

Die funktionale Struktur der europäischen Stadt ist ein maßgeblicher Wettbewerbsvorteil im globalen Verteilungskampf um Ressourcen und wirtschaftliche Potenziale. Ein Großteil der Städte hat jedoch in diesem Konkurrenzkampf erhebliche Anpassungsprobleme und läuft Gefahr, wirtschaftlich marginalisiert zu werden. Angesichts der Polarisierung von Vermögen und Einkommen wird die Stadt gleichermaßen zur räumlich wahrnehmbaren Agglomeration gesellschaftlicher Disparität. Dies vermindert die Chancen, durch eine breite Ausschöpfung des „human capital“ Konkurrenzvorteile der europäischen Wirtschaftsverfassung zu aktivieren. In Deutschland hat eine falsch pointierte Integrationspolitik die Entwicklungspotenziale der von Migration geprägten Stadtteile vernachlässigt. Im Rahmen einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik muss auch diese Fragestellung thematisiert und ein leistungsfähiges „diversity-management“ in Politik umgesetzt werden.

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik ist angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen, die die Globalisierung des wirtschaftlichen Austausches mit sich bringt, die unbedingte Antwort auf föderalen Partikularismus und provinzielle kommunale Exklusion. Je erfolgreicher sich Nationale Stadtentwick-



Die Mitglieder der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. haben die heute gültige Agenda einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit entwickelt und ausformuliert.

lungspolitik als Movers der infrastrukturellen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Anpassung an international konkurrenzfähige Stadtstrukturen einbringen kann, desto breiter kann der gesellschaftliche Diskurs über die Zukunft der europäischen Stadt angelegt und im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert werden.

Was macht SRL in diesem Zusammenhang?

Die SRL ist eine Berufsvereinigung, die seit ihrer Gründung ihre Mitglieder darin unterstützt, sich in der beruflichen Praxis der gesellschaftlichen Verantwortung der Planung zu stellen.

Die Mitglieder der SRL haben auf vielfältige Weise die heute gültige Agenda einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit entwickelt und ausformuliert. In ihren Tagungen thematisiert die SRL aktuelle und grundsätzliche Fragestellungen der Planung und leistet einen aktiven Beitrag zur Weiterentwicklung der Planungskultur in Deutschland.

Durch das berufspolitische Engagement im Kontakt mit den Planerverbänden im europäischen Ausland und durch die Mitarbeit an der Ausrichtung der Europäischen Planerbiennalen trägt die SRL dazu bei, den Geist einer europäisch orientierten Stadt-, Regional- und Landesplanung in der beruflichen Praxis und in den strategischen Leitlinien der Raumentwicklung in Deutschland zu verankern. Die SRL hat frühzeitig auf den dringenden Handlungsbedarf verwiesen, durch die Reanimation der städtischen Zentren, durch

eine aktive lokale Politik des Disparitätenausgleichs in den zurückbleibenden Stadtteilen und durch die Bildung strategischer und planungspraktischer Allianzen auf kommunaler und regionaler Ebene den angesprochenen Anpassungsprozess zu effektivieren. Mit der „Planerin“ verfügt die SRL über eine Kommunikationsplattform, auf der die Beiträge zu den Themenschwerpunkten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik breiten Raum einnehmen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik ist angesichts der gesellschaftlichen Verwerfungen durch die Globalisierung des wirtschaftlichen Austauschs die Antwort auf föderalen Partikularismus und provinzielle kommunale Exklusion.

Rupert-Ralf Graf Strachwitz

Direktor des Maecenata Instituts für Philantropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität Berlin

Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement und Stadtentwicklungspolitik.

Die Stadtentwicklungspolitik kann sich der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung nicht entziehen. Die Akteure der hoheitlichen Gewalt sind heute darauf angewiesen, mit anderen gesellschaftlichen Akteuren partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Alle müssen sich daran gewöhnen, auf Augenhöhe miteinander zu verkehren und einander in ihren unterschiedlichen Handlungslogiken zu respektieren.

Der Zivilgesellschaft wird eine besondere Verantwortung zugemessen, allerdings oft unter falschen Voraussetzungen oder aus falschen Gründen. So vermutet man dort bzw. in den in ihr wirkenden Organisationen, namentlich den Stiftungen, eine hohe und unausgeschöpfte Finanzkraft, die in Wirklichkeit

Die Herausforderung besteht darin, selbst organisiertes Handeln und planerische Prozesse auf einander abzustimmen.



gar nicht vorhanden ist. Die Ressourcen, auf die die Zivilgesellschaft zurückgreifen kann, sind vielmehr wesentlich die Zeit, Kreativität und Empathie ihrer Akteure. Hier manifestieren sich 80% des bürgerschaftlichen Engagements von 23 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Viele Erwartungen berücksichtigen weder die andersartige Handlungslogik der Zivilgesellschaft noch ihre Prioritäten. Infolge des dort so bestimmenden freiwilligen Engagements begreift sie sich prinzipiell als unorganisierten Prozess, der sich permanent mittels neuer Akteure erneuert. Dies trifft insbesondere auf den assoziativen Teil der Zivilgesellschaft zu, der bei weitem überwiegt. Zivilgesellschaft ist demgemäß von Natur aus un- oder sogar antihierarchisch. Dennoch ist sie in einer modernen Gesellschaft unverzichtbar. Dass sie entstehungsgeschichtlich auch an das partielle Versagen von Staat und Markt anknüpft, ist offenkundig.

Zivilgesellschaft vermag insbesondere soziales Kapital zu generieren und prioritäre Ziele des gesellschaftlichen Wandels zu fördern, etwa Inklusion, Identifikation, Integration und Partizipation. Sie ist eine Schule der Demokratie, indem sie als Interaktion von Bürgern definiert wird. In den nächsten Jahren wird diese Interaktion über die Lebensverhältnisse in den Städten bestimmen.

Ressourcen der Zivilgesellschaft sind im Wesentlichen die Zeit, die Kreativität und die Empathie ihrer Akteure.

Wenn Stadt vom Bürger aus entwickelt werden soll, dann ist dies mit dem geschilderten Denkansatz der Zivilgesellschaft nicht nur kompatibel, sondern setzt ihn geradezu modellhaft in praktisches Handeln um. Damit dies geschehen kann, sind allerdings im Rahmen einer Stadtentwicklungspolitik mehrere Schritte notwendig:

- Staatliche Planung muss sich der unterschiedlichen Handlungslogik ihrer Partner bewusst werden.
- Die Zivilgesellschaft muss sich so aufstellen, dass sie selbstermächtigt gestaltend (und nicht nur dienstleistend oder interessenvertretend) an Prozessen mitwirken kann.
- Der Staat muss als hoheitliche Gewalt seine ermöglichende Funktion ausbauen („empowerment“) und seine regulierenden und organisierenden Funktionen zurücknehmen.

Die Herausforderung besteht darin, selbstorganisiertes Handeln und planerische Prozesse auf einander abzustimmen. Meine Organisation kann hierzu durch Grundlagenarbeit und beratend beitragen.

Die Zivilgesellschaft vermag soziales Kapital zu generieren und prioritäre Ziele des gesellschaftlichen Wandels zu fördern, sie ist eine Schule der Demokratie.

Prof. Christiane Thalgot

Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Ohne starke öffentliche Institutionen gibt es keine Gerechtigkeit und keine Nachhaltigkeit in unseren Städten. Die Erwartungen der Menschen an die Ausgleichsfähigkeit der öffentlichen Hände in allen Bereichen sind groß, die Enttäuschungen und Desintegration von größeren Gruppen in den Städten sind offensichtlich. Es gibt die Bereitschaft vieler, an der Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Städten mitzuarbeiten, allerdings ist die Aktivierung der Zivilgesellschaft zu fruchtbarer Arbeit z.B. zum ökonomischen oder Bildungsempowerment in benachteiligten Stadtquartieren noch ungenügend.

Viele Jugendliche und ihre Familien, besonders die mit Migrationshintergrund, sehen für sich keine lohnende Zukunft in unserer Gesellschaft. Spracherwerb, Ausbildung und

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Schönheit verfolgen und die Zivilgesellschaft aktiv einbeziehen.



Berufsarbeit fehlen und damit das Gefühl für die Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft.

Die gesetzlichen und ökologisch notwendigen Ziele für den Klimaschutz und die Luftqualität sind allein mit den vorhandenen Instrumenten und ohne regionale Zusammenarbeit nicht einzuhalten.

Meine Erwartungen? In zehn Jahren werden die Projekte im Rahmen der „Sozialen Stadt“ und Stadtsanierung so erfolgreich die Schwerpunkte auf Ganztagschulen für alle, zur Bildung von Kopf, Herz und Hand gelegt haben, dass Bildung, soziale Kompetenz und handwerkliche Ausbildung in der Schule und für alle selbstverständlich sein werden. Damit wird der gesellschaftlichen Spaltung in den Städten Einhalt geboten. Statt des nachmittäglichen Islamunterrichts gibt es Ethik für alle im normalen Unterricht oder Religion, und statt gemeinsamen Herumlerns berufliche Ausbildung in Bau- oder Metallhandwerk oder auch Gärtnerei für Lebensmittel aus dem eigenen Garten.

Das Leben in der Stadt bietet Erholung und Sportflächen sowie Gärten für zeitreiche Alte und kräftige Junge. Obst- und Gemüseanbau gehören in den Stadtgarten, die energetische Sanierung der Häuser ist auch eine Aufgabe des Schulunterrichts, wie dazumal das Mülltrennen. So kann Geld und teuer gewordene Energie für Heizen und Mobilität gespart werden. Die Zusammenarbeit in der Region ist wegen der attraktiven Schulangebote und des guten ÖV in der Kernstadt und der hohen Mobilitätskosten des Individualverkehrs im Umland verbessert.

Die vorhandenen Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Wirksamkeit und Nebenwirkungen überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden. Die DIN 18005 verhindert z.B. gemischte Nutzungen von Arbeiten, Wohnen und Freizeit in der Stadt, das Wohnungseigentumsgesetz verhindert wegen der 75% Zustimmungserfordernis energetische

Sanierungen ebenso wie die Mietgesetze, die Mieterzustimmung zu kostenintensiven Maßnahmen verlangen. Ausreichende Finanzhilfen zur energetischen Sanierung, weit über die bisherigen hinaus, gehören dazu ebenso wie eine Standardüberprüfung. In ausgesuchten Projekten könnten die geltenden Regeln außer Kraft gesetzt werden, um beispielhafte Innovationen zu erreichen und dann vielleicht auf Dauer Regeln zu ändern. Das wäre dann wirklich experimenteller Städtebau und Nationale Stadtentwicklungspolitik. Ein gezielter Aufruf nach entsprechenden Projekten würde bestimmt eine größere Anzahl verfolgungswerter

Vorschläge bringen.

Die nationale Stadtentwicklungspolitik muss ihre großen Ziele Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, ohne Schönheit zu vergessen, bei allen Handlungsfeldern der Stadtsanierung und des Stadtumbaus verfolgen und darf dabei die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft nicht aus dem Auge verlieren. Das sollte nach dem Börsencrash vielleicht fast besser gelingen.

Die DASL kann Mitglieder und deren Institutionen für die Themen aktivieren und tut dies in Jahrestagungen und Kolloquien.

Die vorhandenen Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Wirksamkeit und Nebenwirkungen überprüft und gegebenenfalls überarbeitet werden.

Christian Ude

Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden

Die kommenden Jahre sind für die Stadtentwicklungspolitik von großer Bedeutung. Viele Städte müssen sich unter Rahmenbedingungen bewähren, die nach wie vor von geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit, öffentlicher Finanznot sowie demografischem und sozialem Wandel geprägt sein werden.

In dieser Situation müssen die Kräfte der Städte für die Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben mobilisiert werden. Die lokale Ebene bestimmt zwar nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung. Städte können

Es muss uns gelingen, die Beziehungen zwischen verschiedenen Politikfeldern herauszuarbeiten, um zu einer besseren Gesamtschau zu kommen.



jedoch klug oder weniger klug ihren Handlungsspielraum nutzen. Eine verantwortliche Stadtentwicklungspolitik muss sich dementsprechend rechtzeitig auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen einstellen und Konzepte für das künftige Handeln entwickeln.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Städten in dieser Situation jedenfalls eher

Das Leitbild der baulich kompakten und sozial integrierenden „gemischten“ Stadt sollte endlich ernst genommen werden.

mehr als weniger Leistungen. Deshalb muss die kommunale Selbstverwaltung ebenso wie die kommunale Daseinsvorsorge gestärkt werden, auch um Eigeninitiativen der Städte zu fördern. Hierzu sind die Städte auf die Unterstützung und flankierende Hilfestellungen des Bundes und der Länder angewiesen.

Mit der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, die am 24. Mai 2007 vom EU-Ministerrat angenommen wurde, wird die Notwendigkeit unterstrichen, sich stärker mit der Entwicklung der Städte sowohl auf der nationalen Ebene als auch in Europa zu befassen. Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Bauministerkonferenz der Länder und die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam die Initiative zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik gestartet, die zu Recht die Komplexität von Stadtentwicklungsprozessen aufgreift und damit die dringend erforderlichen Kooperationen sowohl auf der räumlichen Ebene als auch bei den beteiligten Akteuren thematisiert.

Was wir vor dem Hintergrund der schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der Städte im Rahmen der Initiative brauchen, ist eine gemeinsam erarbeitete

inhaltliche Fachposition und eine Bündelung aller Kräfte, kurz: Eine fachlich und räumlich integrierte Stadtentwicklungspolitik als integrierender Kommunikationsprozess. Es muss uns – stärker und besser als bisher – gelingen, die Beziehungen zwischen verschiedenen, oft widersprüchlichen Zielen der einzelnen Politikfelder – von Bildung, Sozialarbeit über Umwelt bis zur technischen Infrastruktur – herauszuarbeiten und darzustellen, um zu einer stärkeren Gesamtschau und zu Lösungen der bislang vielfach nur lokal und sektoral wahrgenommenen Probleme zu kommen.

Hinsichtlich der Anforderungen an eine Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte – gerade vor dem Hintergrund der erkennbaren demographischen und sozialen Veränderungen in den Städten, sowie der regional sehr unterschiedlich sich gestaltenden Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung – das Leitbild der baulich kompakten und sozial integrierenden „gemischten“ Stadt endlich ernst genommen werden. Nur bei einer Stärkung der Städte als Wohnstandorte und Wirtschaftsstandorte und der Bildung von Netzwerken zwischen den Städten wird das gewünschte Angebot kommunaler Daseinsvorsorge in Zukunft gesichert werden können.

Für eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung sind sechs Handlungsfelder von besonderer Bedeutung:

- Städtebau und Klimaschutz (Maßnahmen zur Energieeinsparung im Bestand),
- Städtebau und Verkehr,
- verkehrsplanerische und organisatorische Bewältigung der zunehmenden Verkehrsemissionen (Lärm und Abgase),
- Ausbau, Organisation und Finanzierung des ÖPNV,
- Stadtentwicklung und Integration vor dem Hintergrund des demographischen Wandels (Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung problematischer Quartiere und zur sozialräumlichen Integration),
- Stadtentwicklung in gewachsenen Städ-

teregionen (Ausbau und Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit).

Dabei muss auch das Verhältnis zwischen den elf großen Metropolregionen und den übrigen Städten und Stadtregionen sowie die Frage nach der Bedeutung der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ im Bundesgebiet thematisiert werden.

Über die aktuellen Entwicklungen und Probleme befinden sich die Städte im DST in einem ständigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Stadtentwicklungspolitik macht jede

Stadt selbst. Vom Bund (insbesondere vom BMVBS) und den Ländern erwarten die Städte, dass sie diesen die notwendigen finanziellen und rechtlichen Grundlagen schaffen und sichern, um ihre Aufgaben bewältigen zu können. Mit dieser Maßgabe werden sich der DST und seine Mitgliedstädte an einem Dialog über bessere Wege einer nachhaltigen und urbanen Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam getragenen Initiative weiterhin gerne und engagiert beteiligen.

Die Städte erwarten vom Bund und den Ländern, dass sie die notwendigen finanziellen und rechtlichen Grundlagen schaffen, um ihre Aufgaben bewältigen zu können.

Dr. Michael Vesper

Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sport Bundes

1. Stadtentwicklung der Zukunft muss zivilgesellschaftliche Ansätze stärker berücksichtigen. Die ökonomischen, soziodemographischen und sozialräumlichen Entwicklungen verstärken zukünftig räumliche Ausdifferenzierung und Segregation sowie soziale Polarisierung. Die Bedeutung der Metropolen bzw. Metropolregionen als „Innovationsquellen“ wird zunehmen, „Schrumpfende Städte“ erfordern kreative Reaktionsstrategien und dynamische Umlandentwicklungen sind zu beobachten. Diese Szenarien erfordern umfassende Veränderungen der Stadtentwicklungspolitik. Leitbild muss sein, die Qualität der Städte zu sichern – Städte müssen lebenswerte Orte bleiben oder werden. Die „klassischen“ Formen der politischen Steuerung zur Umsetzung dieses Leitbildes werden nicht mehr ausreichen.

Eine sportfreundliche Stadt ist stets auch eine lebenswerte Stadt.



Angesichts eines zunehmenden Staats- und Marktversagens werden die Akteure und Themen des sogenannten „Dritten Sektors“ eine zunehmende Rolle bei der Gestaltung gesellschaftspolitischer Herausforderungen vor Ort spielen. Der gemeinwohlorientierte Sport mit seinen über 91.000 Vereinen unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbundes ist der größte Akteur im Non Profit Bereich und verfügt über vielfältige Innovationspotenziale.

2. Stadtentwicklung der Zukunft kann auf die Gemeinwohlfunktionen des Sports nicht verzichten: Starker Sport – Starke Städte!
Sport ist ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft, dem eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl und eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion zukommt. Der organisierte Vereinssport mit vielfältigen Integrationspotenzialen weist im Bereich der Gesundheitsvorsorge, generationenübergreifender Ansätze und hinsichtlich weiterer Sportmotive und Zielgruppen ein umfassendes und zeitgemäßes Angebots- und Leistungsspektrum auf. Von hoher Bedeutung ist die Gesundheitsfunktion des Sports, insbesondere angesichts eines veränderten Krankheitsspektrums und der Zunahme lebensstilbedingter (Zivilisations-) Krankheiten. Der organisierte Sport ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Sport ist ein Sinn gebender Bestandteil der Kommunalpolitik. Der Trend, Sport in Verbindung mit anderen Politikfeldern zu gestalten, nimmt zu.

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik muss die Innovationspotenziale des Politikfeldes Sport sowie die Sportvereine und –verbände umfassender in ihre Strategien einbeziehen. Eine sportfreundliche Stadt ist stets auch eine lebenswerte Stadt. Neben zeitgemäßen Freizeit- und Sportmöglichkeiten wird die Qualität der Frei- und öffentlichen Räume sowie der

Sportinfrastruktur an Bedeutung gewinnen. Es besteht erheblicher Bedarf, den Sanierungs- und Modernisierungsstau im Bereich der Sportstättenversorgung aufzulösen.

3. Stadtentwicklung gestalten, Sportvereine und –verbände aktivieren. Die Qualität der Städte zu sichern und die Städte als lebenswerte Orte zu gestalten, erfordert eine deutliche Erweiterung der herkömmlichen kommunalen bzw. staatlichen Handlungsformen: Integration verschiedener Ressortpolitiken, verbindlich ausgestaltete und aktive Berücksichtigung der Akteure des 3. Sektors (insbesondere der Sportvereine), kooperativeres Handlungs- und netzwerkorientiertes Politikverständnis, zum Beispiel bei der Aufstellung von integrierten Sportentwicklungsplänen, müssen an Bedeutung gewinnen.

Die Perspektiven und Innovationspotenziale des Sports sind stärker als bisher

- auf strategisch-konzeptioneller Ebene,
- auf der Ebene der Projektinitiierung und Projektumsetzung,
- auf der Ebene der Leistungserbringung in die Stadtentwicklungspolitik einzubinden.

Der Deutsche Olympische Sportbund, seine 96 Mitgliedsverbände, deren Untergliederungen und Vereine stehen hierbei als Kooperationspartner zur Verfügung. Der Aktivierung der Sportorganisationen für eine umfassendere Integration in die Stadtentwicklung stehen häufig überkomplexe bürokratische Auflagen und föderalismuspolitische Einwände entgegen. Diese Engpässe sind zugunsten einer „neuen Verantwortungsteilung“ zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aufzulösen, welche das gemeinwohlorientierte Leistungsspektrum und die Innovationspotenziale des Sports deutlich stärker in das Zentrum von Stadtentwicklung rückt.

Dem Innovationspotential des Sports kommt eine zentrale Bedeutung für das Gemeinwohl und die gesellschaftliche Integration in der Stadt zu.

Prof. Julian Wékel

Technische Hochschule Darmstadt, Fachgebiet Entwerfen und Regionalentwicklung

Stadtregion – Fokus nachhaltiger Entwicklung. Die Zukunft der Stadt ist die Region – eine kühne, wenn auch fachlich in der Stadt- und Raumplanung wenig umstrittene Aussage. Kühn und mutig deshalb, weil bereits seit mehr als einer Generation unser Berufsstand damit hat umgehen müssen, dass die Stadt-Region zwar ständig sich verdichtend die Folie funktionaler wie siedlungsstruktureller Verflechtung darstellt. Dass aber die Gestaltung ihrer Zukunft bis vor kurzem nur im Ausnahmefall und in der Regel nur dort, wo alle gemeinsam schon auf den ersten Blick davon profitieren konnten, zum Gegenstand entsprechend übergreifender, regionaler und zwischengemeindlicher Kooperation wurde. Das sollte sich nun absehbar grundlegend ändern.

Seit einigen Jahren ist auch schon so manches im uralten Spannungsverhältnis von kommunaler Autonomie – sprich leider oft auch Kirchturms- und Besitzstandspolitik – und regionaler Verantwortung in Bewegung gekommen. Dies bestärkt die Hoffnung, binnen Zehnjahresfrist könnten auch, bis in den Lebensalltag spürbar, die Möglichkeiten, die der stadtreionale Bezugsrahmen für die Menschen, für die Wirtschaft und die Kultur bietet, intensiver ausgeschöpft werden.

Seit der Erkenntnis, dass im längst europäisch bis global ausgetragenen Wettbewerb ökonomisch und kulturell und damit ebenso sozial wie ökologisch nur bestehen kann, wer sich in regionaler Dimension und Vielfalt aufstellt, sind bei zentralen Akteuren neue Einsichten gewachsen und haben sich veränderte Entwicklungsziele zu neuen Leitbildern verdichtet.

Dabei hat sich das Verständnis vom regionalen Zusammenhang extrem gewandelt. Nicht

mehr ausschließlich die konsistent abgrenzbare Flächenkulisse und einzelne Merkmale wie Pendlerbezüge, sondern ein vielschichtiges und in seinen räumlichen Abgrenzungen höchst indifferentes Gefüge von Vernetzungen wird als prägend angesehen. Außerdem umgreifen die Handlungsfelder regional nachhaltiger Entwicklung endlich auch Politikbereiche von Kultur bis Wissenschaft, weit über den Auftrag bisheriger regionaler Raumordnung und Wirtschaftsförderung hinaus.

Die Bürger zeigen zunehmend – schon mit ihrer Gemeindegrenzen überspringenden alltäglichen Lebenspraxis – die Notwendigkeit neuer Horizonte politisch planerischer Koordination und gesamträumlicher Gestaltungsansätze. Sie wollen Qualitäten europäischer Stadtkultur ebenso wenig missen, wie Landschaftsbezug und einen kulturhistorisch oft weit großräumiger gesehenen Zusammenhalt,

Die Zukunft der Stadt ist die Region, und das Verständnis vom regionalen Zusammenhang hat sich extrem gewandelt.



all dies Ausgangspunkte einer neuen regionalen Identität.

Stadtregionen und vor allem die in ihrer höchsten Stufe mit dem Titel „Europäische Metropolregion“ versehenen Agglomerationen sind die Motoren nicht nur zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung, sondern – wenn sie sich im Sinne politisch akzeptierter Ver-

Das innovative Aufgreifen der neu gesehenen Chancen ist darüber hinaus wohl wesentlich der Initiative ziviler Akteure vorbehalten, die im partnerschaftlichen Zusammenspiel mit etablierten Kräften der Politik und Wirtschaft regionale Qualitäten zur Geltung bringen wollen.

So schließt sich der Kreis zu den Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Sie hat strategisch richtig reagiert, indem sie Förderung zunehmender regionaler Kooperation zu einem ihrer zentralen Themen bestimmt hat.

Die Unterstützung der stadregionalen Debatte und Aktion wird in den nächsten Jahren im Interesse ausgewogener gesamtstaatlicher Entwicklung ein bedeutsamer Fokus für das Bemühen um Nachhaltigkeit und Baukultur werden müssen.

Auch die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung hat dieses Thema aufgegriffen und in ihrer Nürnberger Erklärung 2007 einige hierbei zu beachtende Maßstäbe formuliert sowie Angebote fachlichen Rates für die regionalen Akteure gemacht. Sie hat sich vorgenommen, ihre Arbeit im Jahr 2010 anlässlich der Beschäftigung mit der Kulturhauptstadt Essen anhand von Fragen zur Verfasstheit des Ruhrgebietes zu vertiefen.

antwortungsgemeinschaften entfalten können – allgemeiner gesellschaftlicher Innovation und Balance zugleich.

Aber Achtung: Die Forderung zunehmenden metropolitanen Zusammenwirkens oder auch nur engerer zwischengemeindlicher Kooperation scheint nur teilweise durch die Kommunen und im Einzelfall existierende regionale Institutionen leistbar – diese sollten sie allerdings nach Kräften unterstützen und sich über längst nicht mehr angemessene Konkurrenzverhältnisse hinwegsetzen.

Die Unterstützung stadregionaler Debatten und Aktionen wird im Interesse ausgewogener gesamtstaatlicher Entwicklung künftig ein Fokus für das Bemühen um Nachhaltigkeit und Baukultur werden müssen.

Die Handlungsfelder regional nachhaltiger Entwicklung umgreifen endlich auch Politikbereiche von Kultur und Wissenschaft, weit über den Auftrag bisheriger regionaler Raumordnung und Wirtschaftsförderung hinaus.

Oliver Wittke MdL

Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Land und Bund? Empfinden Sie den Bund als übergriffig, wenn er in Landeskompetenzen hineinregiert?

Der Bund regiert ja vor allem mit Geld, weniger mit gesetzlichen Vorgaben. Das wäre auch nicht wünschenswert, denn eine gute Stadtentwicklungspolitik ist immer differenziert. Deshalb machen wir in Nordrhein-Westfalen eine Stadtentwicklungspolitik, die beispielsweise boomende Regionen von schrumpfenden unterscheidet. Wir unterscheiden Megacities wie den Ballungsraum an Rhein und Ruhr von dem, was solitäre Großstädte wie Bielefeld, Münster oder Aachen an Chancen bieten. Auf den Bund bezogen ist das noch schwieriger, denn die Städtelandschaft in Deutschland hat unzählige Facetten. Wie man München nicht mit Hamburg vergleichen kann, ist Görlitz anders als Aachen. Darum versucht der Bund zwar, Impulse zu geben, muss sich dabei aber auf wesentliche Trends beschränken.

Ein solcher Trend ist ganz ohne Frage der demografische Wandel – nicht erst, seitdem er öffentlich debattiert wird. Dieser Wandel findet schon seit dreißig Jahren im Westen der Republik statt, ist aber leider erst seit kurzem von der Politik entdeckt worden.

Als ich Oberbürgermeister in Gelsenkirchen war, haben wir versucht, dieses Thema offensiv anzugehen. Mir gefiel damals die Überschrift eines Presseberichtes besonders gut, die da hieß: „Eine neue Avantgarde“. Gelsenkirchen als Avantgarde zu bezeichnen war eher ungewöhnlich. Aber wir mussten uns dieser Herausforderung stellen. Der demografische Wandel wird auch die Städte erreichen (oder hat sie schon erreicht), die glauben, davon verschont zu bleiben. Zwar



Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, dass junge Menschen nach dem Studium gen Süddeutschland abwandern, weil die Berufsaussichten dort besser sind.

ist das Schrumpfen noch nicht überall spürbar, das Älterwerden ist es und bunter wird es auch überall.

Ein zweiter Punkt ist die Qualitätsdebatte, die wir führen müssen. Wie entwickeln wir Städte qualitativ weiter? In der Vergangenheit wurden viele Fehler gemacht, es gab viel falsch verstandene Liberalität und Freiheit. Sie mögen überrascht sein, dass ein Bürgerlicher ein Plädoyer für Leitplanken und eine Ordnungspolitik vorgibt, die einen gewissen Rahmen verlangen. Aber sie sind dringend notwendig, wenn wir Qualitäten verwirklichen wollen. Das heißt beispielsweise, der Innenentwicklung auf jeden Fall Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen deshalb einen neuen Einzelhandelserlass auf den Weg gebracht. Bei der Landesplanung, beim Landesentwicklungsprogramm achten wir darauf, dass der Handel nicht mehr draußen, sondern nur noch innen stattfindet. Um es klar und deutlich zu sagen: ein Centro II wird es mit dieser Landesregierung nicht geben. Mit Qualität meine ich auch kleinteilige Qualitäten.

In Nordrhein-Westfalen hat Baukultur immer schon eine große Rolle gespielt. Wir haben versucht, nicht nur durch den öffentlichen Bau, sondern auch durch Bauleitplanungen Qualitäten zu verwirklichen. Das ist wichtig! Um es mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zu sagen: ‚Wir brauchen schöne Städte, in denen sich die Menschen wohl fühlen‘.

Ich hoffe, der Bund begeht nicht den Fehler, zu viel im Detail regeln zu wollen – manchmal sind solche Tendenzen zu erkennen.

Drittens stellt sich die zentrale Frage, ob wir die funktionale Teilung der Stadt, wie sie in der Charta von Athen niedergeschrieben ist, tatsächlich noch aufrecht erhalten können. Ich fürchte, dafür gibt es weniger Ideen vom Bund. Auf nordrhein-westfälischer Ebene versuchen wir, das ein wenig voranzubringen. Die Welt, vor allem die Arbeitswelt hat sich gewandelt. Früher, als Arbeit mit extremen Belastungen verbunden war, mit Emissionen, Schmutz, Lärm, mag es sinnvoll gewesen sein, Arbeiten, Wohnen und Erholen von einander zu trennen. Heute ist das nicht mehr überall notwendig. Wenn man sich qualitätsvolle Quartiere anschaut, in denen viele Arbeitsplätze entstanden sind, staunt man, was sich da entwickelt hat. Es gibt nur ein großes Manko: ab 19 Uhr sind die Quartiere tot. Heute schlagen viele Stadtplaner einen anderen Weg ein. Nehmen Sie den Medienhafen in Düsseldorf, der ist auch in den Abendstunden voll belebt. Nehmen Sie den Innenhafen in Duisburg, den Kruppgrübel in Essen – Sie finden erste Ansätze, die Funktionstrennung der Charta von Athen aufzuheben. Es gibt allerdings noch vieles zu verbessern. Diese drei wichtigen Herausforderungen sehe ich in der Stadtentwicklungspolitik sowohl auf Ebene des Bundes als auch des Landes.

Nordrhein-Westfalen spielt schon des Längeren in vieler Hinsicht eine Vorreiterrolle. Sie haben die Baukultur erwähnt, ein Thema, das in anderen Bundesländern erst sehr viel später angekommen ist. Ich denke an einen weiteren Schwerpunkt der Politik, die jetzt mit der nationalen Stadtentwicklung eingeläutet ist: Stadt und Region, regionale Verantwortung. Sie haben die ‚Regionale‘ in Ihrem Städtebaubericht 2006 ausdrücklich zu einem Schwerpunkt erklärt. Welche Perspektive sehen Sie für eine stadregionale Politik?

Im Europa ohne Grenzen, gar in der globalisierten Welt wird eine einzelne Stadt gar nicht mehr wahrgenommen. Es sei denn, sie ist eine Megacity wie London, Paris, New York. Also werden auch große nordrhein-westfälische Städte wie Köln, Düsseldorf, Essen oder Dortmund als Stadtgebilde nicht wahrgenommen. Konsequenz kann nur sein, dass die Städte ihr Kirchturmdenken überwinden und sich gemeinsam vermarkten. Auf der Immobilienmesse Expo Real in München hat es mir gut gefallen, dass sich nicht mehr einzelne Städte, sondern Stadtregionen aus Nordrhein-Westfalen präsentieren, ein gutes Dutzend. Sie haben verstanden, dass sie allein auf dieser großen Messe chancenlos wären. Auch die Landeshauptstadt Düsseldorf, die nicht unter mangelndem Selbstbewusstsein leidet, hat sich nicht alleine präsentiert, sondern mit Partnern wie dem Rheinkreis Neuss und dem Kreis Mettmann. Gleiches gilt für die Städte des Ruhrgebietes. Mit unserem Programm der „Regionalen“ wollen wir diese Entwicklung weiter stärken, nicht nur im städtischen, sondern auch im ländlichen Raum. Denn die Interdependenz zwischen dem Ballungskern, der Ballungsrandzone und auch dem ländlichen Umland nimmt zu. Betrachten Sie beispielsweise das Münsterland: Die Stadt Münster ist ganz unbestritten Oberzentrum, aber in Borken, in Warendorf oder in Steinfurt sind ebenso wichtige Funktionen zu finden. Wir führen hier

die Politik der Vorgängerregierung fort, weil sie schlicht gut war. Fördertechnisch bedeutet solch eine Regionalisierung, die Gießkanne durch den Wasserschlauch zu ersetzen: Das Land unterstützt nur noch dann, wenn der regionale Konsens hergestellt wurde. In der Region muss beschlossen werden, dass eine bestimmte Maßnahme nicht nur der Entwicklung einer einzelnen Stadt, sondern der gesamten Region dient. Das ist nicht nur in Zeiten knapper Kassen ein ganz wichtiges Prinzip, sondern es zeichnet eine rationale Stadtentwicklungspolitik aus.

Für den größten Ballungsraum im Lande Nordrhein-Westfalen haben wir noch etwas Wichtiges durchgesetzt: Ab Oktober 2009 wird das Ruhrgebiet wieder eine eigenständige Planungskompetenz bekommen und damit an die große Zeit des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk anschließen können. Es war 1975 ein großer Fehler, dem größten nordrhein-westfälischen Ballungsraum diese Planungskompetenz zu nehmen. Folge war eine Zersplitterung, Zerfaserung und auch eine ungesunde Konkurrenz. Es ist existentiell für die Zukunft des Ruhrgebiets, dies wieder rückgängig zu machen. Deshalb beschränken wir die Regionalisierung nicht nur auf Förderinstrumente, sondern haben die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass im Ruhrgebiet auf dieser Basis weitergeplant werden kann.

Ich will ein zweites, von unten gewachsenes Beispiel nennen: die Städteregion Aachen. Mit den gesetzlichen Veränderungen, die wir auf den Weg gebracht haben, wird eine so prominente Stadt wie Aachen quasi ihre Selbständigkeit künftig aufgeben und mit den vierzehn umliegenden Städten in einer Städteregion aufgehen. Auch das ist zukunftsweisend. Was bei Aachen ganz besonders interessant ist: Es gibt auch die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg nach Belgien und in die Niederlande, in die Euregio hinein. So stelle ich eine europäische Stadtentwick-

lungspolitik vor. Wir können in der niederländischen Randstadt und an vielen anderen Stellen Europas sehen, wie das funktioniert. Jetzt gehen wir in Deutschland und gerade in Nordrhein-Westfalen mit der Städteregion Aachen und dem neuen Ruhrgebiet, der neuen „Metropole Ruhr“, einen beherzten, wichtigen Schritt nach vorn.

Zeit meines Lebens war es mein politischer Traum, die Einheitlichkeit des Ruhrgebiets wieder herzustellen. Ich muss allerdings ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Dieses Unternehmen wird nur erfolgreich sein, wenn die Städte etwas daraus machen. Denn wir lösen nicht städtische Strukturen auf, sondern stellen ein neues Instrument bereit, mit einer gemeinsamen Regionalentwicklung und Planung, die genutzt werden kann.

Früher, als Arbeit mit extremen Belastungen verbunden war, mit Emissionen, Dreck, Schmutz, Lärm, mag es sinnvoll gewesen sein, Arbeiten, Wohnen und sich Erholen von einander zu trennen. Heute ist das nicht mehr überall notwendig.

Stadtregionaler Kontrakt, gemeinsamer Masterplan, gemeinsame Flächennutzungsplanungen in zentralen Bereichen des Ruhrgebiets: die Städte sind auf einem guten Weg. Sie haben den regelmäßigen Austausch mit Bochum und Essen bis hin zu Gelsenkirchen frühzeitig aufgenommen, und dass man sich in den Planungsausschüssen besucht, ist doch eine tolle Entwicklung.

Mit Verlaub, ich war der Vater dieses Konstrukts. Damals musste man noch gegen die Landesregierung arbeiten. Wir haben das Baugesetzbuch als Krücke genommen und gesagt, wir ersetzen den regionalen Flächennutzungsplan durch die drei Gebietsentwicklungspläne für das Ruhrgebiet. Und das nicht

zufällig in dem Städtedreieck Essen, Bochum, Gelsenkirchen, denn davon waren die drei Regierungsbezirke betroffen, die bisher für das Ruhrgebiet zuständig waren.

Lange bevor die Soziale Stadt von Seiten des Bundes überhaupt erfunden war, wurde in Nordrhein-Westfalen schon die Frage gestellt: wie geht es mit den benachteiligten Quartieren weiter? Das Thema wurde mit der Sozialen Stadt aufgenommen und nun in der Leipzig Charta verankert. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in Nordrhein-Westfalen?

Nordrhein-Westfalen hat Stadtentwicklungspolitik immer als ganzheitliche Aufgabe definiert. Wir haben nie alleine darauf gesetzt, Fassaden in Ordnung zu bringen, Freiraummanagement zu betreiben oder ausschließlich im baulichen Bereich etwas zu tun. Eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik versucht, die unterschiedlichen Politikbereiche zu integrieren – das Soziale, das Kulturelle, die Bildung und nicht zuletzt auch das Bauliche, vom Wohnraum über die bauliche Infrastruktur bis hin zur Verkehrspolitik. Mein großer Traum ist es noch immer, dass wir eines Tages in diesem Ministerium, das ich leiten darf, nicht mehr nur ein Programm zur Städtebauförderung und zur Wohnungsbauförderung und zur Gemeindeverkehrsfinanzierung auf den Weg bringen, sondern ein Stadtentwicklungsprogramm, in das diese drei Bereiche integriert sind.

In einem Europa ohne Grenzen, in der globalisierten Welt wird eine einzelne Stadt gar nicht mehr wahrgenommen. Konsequenz kann nur sein, dass die Städte ihr Kirchturmdenken überwinden und sich gemeinsam vermarkten.

Wir wollen noch einen Schritt weiter gehen. Sie sprechen zu Recht von einer Vorreiterrolle. Der Bund hat einiges, was in Nordrhein-Westfalen entwickelt und erfolgreich angewandt worden ist, ein Stück weit kopiert. Mein Kollege Armin Laschet ärgert sich immer, wenn ich sage, dass ich mehr für Integration ausgeben als er im Integrationsministerium. Aber das ist auch richtig so, denn wir müssen den demographischen Wandel und die Multikulturalität in unseren Städten städtebaulich und strukturell begleiten. Gerade schwierige Stadtteile lassen sich nur dann in den Griff bekommen, wenn man sich auch um diese Belange kümmert. Das ist die horizontale Integration. Wir brauchen aber auch noch eine vertikale Integration. Denn es wird in Zukunft nicht ausreichen, dass die öffentliche Hand investiv tätig ist und Stadtentwicklungspolitik als ihre Aufgabe ansieht. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Städte nur dann in eine gute Zukunft führen, wenn auch die Privaten sich beteiligen. Das heißt, man sollte die Bürgerinnen und Bürger mit einbinden, die Immobilienbesitzer, den Handel und all die übrigen Institutionen und Organisationen, von kulturellen bis hin zu Bildungseinrichtungen. Das fand in der Vergangenheit nur unzureichend statt. Mit dem Gesetz für Immobilien- und Standortgemeinschaften haben wir einen ersten Anlauf genommen. Es bringt mehr Verbindlichkeit bei der Zusammenarbeit von Immobilienwirtschaft und öffentlicher Hand, insbesondere bei der Entwicklung von Einzelhandelsquartieren. Zurzeit übertragen wir das auf Wohnquartiere, sammeln erste Erfahrungen dabei, ‚Housing Improvement Districts‘ auf freiwilliger Basis auszuprobieren. Das wird etwas komplizierter werden, weil die Anzahl der Beteiligten um ein Vielfaches höher sein wird als bei den ‚Business Improvement Districts‘. Doch wir wollen eine Vorreiterrolle übernehmen und zeigen: Stadtentwicklungspolitik ist nicht nur eine öffentliche Aufgabe, sondern sie geht alle an, die in einem Quartier leben.

Wie kann man große Unternehmen der Stadt in kooperative und integrative Politik und in die Verantwortung für die Stadt einbinden?

Unternehmen müssen einsehen, dass Standortpolitik auch ihre eigene Aufgabe ist. Auf den Einzelhandel bezogen weiß jeder Immobilienbesitzer, dass der Wert seiner Immobilie nicht nur von ihrem Zustand abhängt, sondern auch vom Umfeld. Habe ich rechts und links Leerstände? Funktioniert die Fußgängerzone, bietet sie Verweilqualitäten? Machen die Strukturen das Wirtschaften überhaupt möglich? Deshalb müssen sich Private mit einbringen, und das nicht nur finanziell, sondern vor allem konzeptionell. Die Entscheidung, wie eine Innenstadt gestaltet wird, darf nicht alleine im zuständigen Bauausschuss oder im Stadtrat getroffen werden. Vielmehr sollten auch diejenigen beteiligt werden, die es angeht. Das lässt sich viel schwieriger organisieren als eine finanzielle Beteiligung. Natürlich gibt es beim Geld auch Streit, weil niemand etwas geben will und alle sagen: Steuern und Abgaben zahlen wir genug, dafür erwarten wir eine Gegenleistung. Doch die Partizipation von anderen Akteuren bei Konzepten von Masterplänen beispielsweise, bedeutet ja, dass die Politik Macht abgeben muss. Es wird nicht einfacher, wenn plötzlich nicht mehr nur der Rat darüber bestimmt, wie der Verkehr geregelt wird oder die Straßen in einem Quartier geführt werden, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger und andere Nutzer des Quartiers mitentscheiden. Doch auch hier sind wir auf gutem Weg: Wir entwickeln Modelle und probieren Dinge aus, anstatt per Erlass zu bestimmen, wie es laufen soll. Dabei muss man differenziert vorgehen: was in Essen-Katernberg richtig ist, passt für Essen-Kettwig noch lange nicht, und was in Aachen gut läuft, muss in Herford noch lange nicht funktionieren.

Was sind Ihre Erwartungen an den Beitrag der Universitäten? Wo liegt ihr Beitrag für die Entwicklung der Region, des Landes?

Universitäten müssen sich in zweifacher Hinsicht einbringen. Sie müssen sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse und Prognosen erarbeiten als auch versuchen, sie umsetzbar zu machen. Es reicht nicht, wissenschaftliche Studien zu veröffentlichen, um sie dann in der Bibliothek abzustellen, und nach zwanzig

Fördertechnisch bedeutet Regionalisierung, die Gießkanne durch den Wasser-schlauch zu ersetzen: Das Land unterstützt nur noch, wenn der regionale Konsens hergestellt wurde.

Jahren zu sagen: „Wir haben ja schon vor Jahren gewusst, dass es so kommen wird.“ Die Universitäten und Fachhochschulen sind dabei auf einem sehr guten Weg. Sie sind deutlich praxisorientierter geworden, ohne die Wissenschaft zu vernachlässigen. Sie können Wissen deutlich populärer vermitteln, ohne dabei an Qualität zu verlieren. Auch das ist wichtig! Denn es ist ja nicht das Ziel, wissenschaftliche Erkenntnisse vordergründig zu popularisieren, sondern fundiert Erarbeitetes nicht nur für Universitätsseminare, sondern auch für Entscheider tatsächlich verfügbar zu machen. Hier hat sich vieles gebessert.

Eine Universität ist heute kein Fremdkörper mehr in einer Stadt, was viele Jahre so war. Dabei ist entscheidend, dass es eine Wechselbeziehung zwischen Universität und Stadt gibt. Universitäten haben mittlerweile eine breitere Akzeptanzbasis bekommen. Gerade Unternehmen sehen, dass sie auf Universitäten angewiesen sind und mischen sich deshalb auch in deren Belange ein. Das neue Hochschul-Freiheitsgesetz unterstreicht das, indem gerade die Universitäten sich öffnen. In ihren Gremien sind heute selbstverständlich die Wirtschaft und gesellschaftliche Gruppen beheimatet. Man wird wohl erst in einigen Jahren sehen, was mit dem Gesetz alles

bewegt worden ist. Ich bin sicher, es wird dafür sorgen, dass Universitäten noch besser in den Regionen und Städten verankert werden. Eine Chance für die Universitäten und ebenso für die Städte und Regionen.

Aber wir müssen noch etwas hinbekommen. Nordrhein-Westfalen hat die dichteste Hochschullandschaft aller deutschen Länder, wenn nicht Europas. Das ist ein Riesenschwund. Wir bilden erstklassig aus – aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die jungen Menschen nachher im Lande bleiben. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich sehe, dass junge Menschen nach dem Studium gen Süddeutschland abwandern, weil die Berufsaussichten dort besser sind. Dafür zu sorgen, dass das, was wir hier an Qualifikationen produzieren, nachher auch für das Land nutzbar bleibt, ist nicht nur eine Aufgabe der Universität, sondern auch der Wirtschaft. Das soll natürlich nicht heißen, keiner darf Nordrhein-Westfalen verlassen, um Gottes Willen! Ich freue mich über jeden, der in New York oder in Hongkong Karriere macht! Aber ich würde gern möglichst viel dafür tun, dass die Menschen, die hier ausgebildet wurden, dann möglichst nutzbringend auch in Nordrhein-Westfalen tätig sein können.

Ein positives Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Kampagne mit der Gründung von drei neuen Fachhochschulen und dem Ausbau von fünf weiteren. Sie hat eine Dynamik, einen Wettbewerb in Gang gesetzt, den es hier so noch nicht gegeben hat. Die Städte schließen sich in Regionen zusammen, um gemeinsame Bewerbungen auf den Weg zu bringen. Denn alle haben verstanden, dass

sie keine Chance haben, wenn sie sich alleine bewerben. Vor allem aber werden Konzepte entwickelt, die auf den Stärken der jeweiligen Region fußen. So ist das märkische Sauerland stark in der Automobil-Zuliefer-Industrie. Die regionale Wirtschaft will diesen Schwerpunkt gemeinsam nach vorne bringen. Sie finanziert Lehrstühle, weil ein Interesse daran besteht, gut ausgebildeten Nachwuchs vor Ort zu haben. Nachdem Nordrhein-Westfalen flächendeckend mit einem Netz von Hochschulen überzogen ist, ist es klug zu sagen: Wir haben jetzt ein Stadium erreicht, wo es um Klasse geht, um Wettbewerb, und nicht mehr um Regionalität nach dem Motto „Wer hat noch nichts, wer ist jetzt mal dran“? Ich verspreche mir viel von einer positiven Wechselbeziehung zwischen Studierenden, Absolventen und den jeweiligen Regionen.

Wie sieht es in Nordrhein-Westfalen mit einer Mobilitätspolitik aus, die im Zusammenhang mit Klimaschutz, CO2-Belastung zukunftsorientiert ist?

Auf den Punkt gebracht: Wir haben Naivität oder Ideologie durch Pragmatismus ersetzt. Nichts anderes geht in der Verkehrspolitik. Denn die Zuwächse werden in den nächsten Jahren so exorbitant sein, dass wir mit einfachen Konzepten nicht weiter kommen. Als ich nach Amtsantritt erklärt habe, wir werden mit einer Bahn-Vorrang-Politik Schluss machen, bin ich heftig angefeindet worden. Das hat schockiert. Warum habe ich das gesagt? Nun, in den nächsten zehn Jahren werden wir einen Zuwachs des Personenverkehrs um 30% und einen Zuwachs des Güterverkehrs um 60% erleben. Wollten wir nur die Hälfte davon auf die Schiene bringen, müssten wir die Kapazität dort verdoppeln. Das geht schlicht technisch nicht. Natürlich müssen wir die Bahn fördern! Wir brauchen den Rhein-Ruhr-Express, die Betuwelijn nach Rotterdam, wir brauchen den Eisernen Rhein nach Antwerpen. Vorrang-Politik hat man in der Vergangenheit immer so verstanden, dass

Eine gute nationale Stadtentwicklungspolitik richtet sich nicht nach Ost und West aus, sondern orientiert sich allein an den Gegebenheiten vor Ort.

andere Verkehrsträger benachteiligt werden müssen. Das hat zum Verkehrsinfarkt geführt. Ich will weder eine Straßen- noch Wasserstraßen noch Luftverkehrs-Vorrang-Politik. Wenn ich eine Vorrang-Politik will, dann eine Verkehrs-Vorrang-Politik. Denn wir brauchen alle Verkehrsträger, um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.

Langfristig müssen wir außerdem dazu kommen, dass die Kosten für den Verkehr die tatsächlichen Belastungen widerspiegeln. Auch das ist eine eher ungewöhnliche Aussage für einen bürgerlichen Politiker. Aber wir wollen Mobilität sicherstellen und der Preis dafür muss die tatsächlichen Gegebenheiten abbilden. Wenn man sich anschaut, wie viele Geländewagen durch Düsseldorf fahren oder was an anderen Stellen Unsinniges getan wird (wie die Milch, die aus Bayern ins Ruhrgebiet gekarrt wird, obwohl es im Münsterland und am Niederrhein genauso gute Milch gibt), stellt sich die Frage, ob das tatsächlich vernünftig ist. Doch das sind langfristige Perspektiven. Als Pragmatiker will ich die Probleme der nächsten zehn Jahre lösen, nicht der nächsten 50 Jahre. Gleichwohl muss man Letztere im Blickfeld haben und die Weichen entsprechend stellen.

Zur Energieeffizienz und Ihrem Hauptarbeitsfeld in NRW, dem Bestand: einerseits wird es preiswerten Wohnungsbau, andererseits exorbitant hohe Energiekosten geben. Wie wollen Sie in Nordrhein-Westfalen damit umgehen?

Preiswerter und gleichzeitig energieeffizienter Wohnraum muss kein Widerspruch sein. Den Preisvorteil darf man nicht auf einen Zeitpunkt beziehen, sondern auf einen Zeitraum. Ein Beispiel: Wer sich ein Automobil kauft, schaut nicht nur auf die Anschaffungskosten, sondern auch auf den Verbrauch. Denn jedem ist bewusst, dass der Betrieb eines Automobils kostspielig ist und sich eine Anschaffung langfristig zumindest halbwegs

rechnen muss. Beim Wohnen fehlt dieses Bewusstsein. Heute schaut jeder nur, wie hoch die Miete ist und nicht, wie teuer der Betrieb ist. Das muss sich ändern. Ich finde es nicht akzeptabel, wenn mir Wohnungsbaunternehmen oder private Immobilienbesitzer sagen, sie haben das Geld nicht, um diese oder jene Investition zu tätigen. Vielleicht

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Städte nur dann in eine gute Zukunft führen, wenn auch die Privaten sich an der Stadtentwicklungspolitik beteiligen, nicht nur finanziell, auch konzeptionell.

ist das kurzfristig gedacht nachvollziehbar, langfristig aber nicht, denn es geht immer um die Kostenbelastung insgesamt. Wenn die Nebenkosten heute höher sind als die eigentlichen Mietkosten, ist offensichtlich: so funktioniert es nicht. Wir versuchen das in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, indem unsere Wohnungsbauprogramme nicht mehr nur auf Neubau, sondern vor allem auf den Bestand zielen. Denn die meisten Wohnungen der Zukunft sind bereits gebaut. Wir hatten 2007 ein Neubauvolumen von 0,4%, in den Jahren zuvor lag der Wert bei 0,5 %. Wollten wir die energetische Erneuerung ausschließlich durch Neubau bewerkstelligen, würde das 200 Jahre dauern. Deswegen müssen wir an den Beständen arbeiten. Wir ergänzen die Förderangebote der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch eigene Programme – mit großem Erfolg, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Gleichwohl wird am Ende das Fördern allein nicht ausreichen, sondern man wird auch fordern müssen. Man muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen so ändern, dass die Wohnungen im Bestand energetisch erneuert werden. 40% des Energieverbrauchs betrifft Gebäude – das ist ein großer Anteil. Schön, dass es eine neue Energieeinsparverordnung gibt, ein Gesetz für erneuerbare Energien und vieles mehr – aber

so lange alles nur für Neubauten gilt, ist es zu kurz gesprungen, wir müssen in den Bestand. Die Bauministerkonferenz hat im Übrigen dazu unter nordrhein-westfälischem Vorsitz Anfang 2008 Pläne und Absichten formuliert, auch Best Practice-Beispiele aufgelistet.

Welche Erwartungen haben Sie an die Politik des Bundes?

Eine gute nationale Stadtentwicklungspolitik lässt sich nur gemeinsam mit den Ländern und Kommunen entwickeln. Sie sieht die Unterschiedlichkeit der Regionen und der Städte in Deutschland und richtet sich nicht nach Himmelsrichtungen, nach Ost und West aus, sondern orientiert sich allein an den Gegebenheiten vor Ort.

Welche Anforderungen stellen Sie zu Instrumentarium und Förderung an den Bund?

Ich hoffe, der Bund wird sich weiterhin finanziell engagieren. Er hat das dankenswertere in der Vergangenheit getan und damit viele Impulse in die Länder hinein gegeben. Wir werden das in Nordrhein-Westfalen aufgreifen. Wir nehmen für uns weiterhin eine Vorreiterrolle in der Stadtentwicklungspolitik in Anspruch. Ich hoffe, der Bund begeht nicht den Fehler, zu viel im Detail regeln zu wollen – manchmal sind solche Tendenzen zu erkennen. In einem großen Land wie Nordrhein-Westfalen ist es schon schwer, die Dinge auf Länderebene gemeinsam zu behandeln, dazu sind die Unterschiede viel zu prägnant.

Beispielsweise haben wir in der Wohnungsbauförderung Differenzierungen nicht nur zwischen Stadt und Land vorgenommen, sondern auch zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen. Wenn der Bund versuchen sollte, solch eine Differenzierung auch noch auf nationaler Ebene vorzunehmen, wird er sich überheben, glaube ich.

Wie sehen Städte aus, in denen Sie in zwanzig Jahren gern leben würden?

Wir erleben die Städte zurzeit im Aufschwung. Das Modell der europäischen Stadt hat sich nicht überlebt, ganz im Gegenteil. Zwar setzt sich die Zersiedlung an den Stadträndern nach wie vor fort, aber nicht mehr im ländlichen Raum. Die Menschen erkennen, dass die Stadt großartige Möglichkeiten bietet, sich zu entfalten. Das heißt nicht, dass das Umfeld, die ländlichen Räume außer Acht zu lassen sind. Aber in der Stadtentwicklungspolitik konzentrieren wir uns auf die Kerne und versuchen, sie zu stärken. Ich bin froh, dass die Amerikanisierung der Städte, die in den 1970er und frühen 80er Jahren um sich gegriffen hat, offenbar eingedämmt ist. Heute besinnt man sich wieder auf das, was die europäische Stadt immer ausgemacht hat: Kultur, Bildung, Arbeiten, Wohnen und sich Erholen kommen auf engem Raum zusammen. Die Menschen fühlen sich in der Stadt einfach wohl. Eine gute Stadtentwicklungspolitik führt dazu, dass die Menschen sagen: Hier lebe ich gern.

Wir haben Naivität oder Ideologie durch Pragmatismus ersetzt. Nichts anderes geht in der Verkehrspolitik bei den exorbitanten Zuwächsen der kommenden Jahre. Wir brauchen alle Verkehrsträger, um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.

Michael von Zitzewitz

Vorsitzender der Geschäftsführung Messe Frankfurt am Main

Was erwarten Sie von einer nationalen Stadtentwicklungspolitik?

In der Diskussion der Stadtentwicklungspolitik geht es um Themen wie „Bürger für ihre Stadt aktivieren, Zivilgesellschaft, Chancen schaffen, Zusammenhalt bewahren“ und um „die soziale Stadt, die Stadt für morgen bauen, Klimaschutz und globale Verantwortung, Städte besser gestalten - Baukultur“ und schließlich um „Regionalisierung“. Mir fehlt unter all den Themen der Stadtentwicklungspolitik das Wichtigste, nämlich eine Basisfunktion der Stadt, die ‚Stadt als Wirtschaftsstandort‘.

Was trägt eine Messe zur Stadtentwicklung bei?

Menschen fühlen sich nur dann in der Stadt wohl, wenn sie hier auch ihren Lebensunterhalt verdienen können. Welche Funktionen soll es in einer Stadt geben? In Frankfurt sind wir da schnell bei der Messe, die die Funktion eines pulsierenden Wirtschaftsmotors hat - für die aus aller Welt anreisenden Aussteller und Besucher einerseits, für die regionale Wirtschaft andererseits. Frankfurt hat rund 650.000 Einwohner und fast 600.000 Arbeitsplätze. In die Pendlerstadt Frankfurt fahren täglich mehr als 313.000 Beschäftigte aus dem Umland zum Arbeiten. Solch ein Verhältnis gibt es in keiner anderen Stadt. Die Banktürme zeugen davon. Sie stehen für viele Arbeitsplätze, die darin untergebracht sind. Sie stehen für den Dienstleistungsstandort Frankfurt. Am Wirtschaftsstandort Frankfurt gibt es Arbeit und Brot.

In der ganzen Rhein-Main-Region leben rund 5,2 Millionen Menschen. Aber im kleinen Frankfurt, das 3 % der Fläche Deutschlands hat, werden von etwa 6% der Einwohner

Deutschlands über 10 % des Bruttoinlandsprodukts produziert. In dieser Stadt geht es vor allem um das Bruttosozialprodukt. Diese Funktion steht eigentlich im Mittelpunkt, wenngleich man dazu auch umfangreiche Infrastrukturen braucht. Die Menschen ziehen zunehmend in die Städte, dorthin, wo es Arbeit gibt. Deshalb leben jetzt über 50% der Weltbevölkerung in den Städten. Das ist schon sehr spannend.

Als Wirtschaftsmotor ist die Messe für den Standort so bedeutend, weil sie Menschen nach Frankfurt bringt, die hier Geld ausgeben und Nachfrage in der Region erzeugen. Wenn ich die letzten Zahlen richtig erinnere, sorgen unsere Messen für rund 30% der Hotelbelegung in der Stadt.

Mir fehlt unter all den Themen der Stadtentwicklungspolitik das Wichtigste, nämlich die Basisfunktion der Stadt, die ‚Geld verdienen‘ heißt.



Und noch mal der gleiche Anteil an Hotelgästen verteilt sich auf das Umland. Die Hotels hier und draußen schätzen uns, weil wir Menschen herbringen, die Hotels belegen, die Restaurants besuchen, die Geld in der Stadt lassen. Das ist der bekannte sozio-ökonomische Effekt der Frankfurter Messegesellschaft, den auch die öffentliche Hand früh erkannt hat.

Menschen fühlen sich nur dann in der Stadt wohl, wenn sie hier ihren Lebensunterhalt verdienen können. Die Erwartung geht dahin, dass sie weg vom Land und in die Städte wollen, wo es Arbeit gibt und Brot.

Die Entwicklung von Wohngebieten in attraktiven Lagen ist in Frankfurt schwierig: die Stadt ist klein und wir haben nicht mehr viele Möglichkeiten. Wir haben aber alte Viertel aus der Aufbauzeit der 1950er, 60er Jahre. Hier steht eine Erneuerung an, die völlig neue Chancen bietet.

Die Lage Frankfurts im Verkehrszentrum Europas ist einzigartig und hat durch die leichte Erreichbarkeit für Aussteller und Besucher von nah und fern eine hohe Attraktivität. Andere Messestandorte haben es da viel schwieriger, weil sie nicht über so gute Infrastrukturen verfügen.

Welche Perspektiven sehen Sie für die zukünftige Entwicklung der Städte?

Stadtentwicklung ist spannend. Wir diskutieren gerade, ob wir in der Region eine internationale Bauausstellung machen sollen. Ich persönlich finde eine Kommunikationsplattform, auf der die Frage diskutiert wird, wie wir unsere Stadt entwickeln wollen, hoch interessant. So viele - auch soziologische - Fragen stehen im Raum: Wie soll Frankfurt in Zukunft aussehen? Sollen die Einkommensschichten

getrennt oder vermischt werden? Wir haben gute Gründe, den sozialen Frieden der Bundesrepublik zu wahren und keine zu große Trennung zwischen Einkommensschichten zuzulassen - dabei muss man aber mit Fingerspitzengefühl vorgehen.

Wie sieht das Verhältnis Messe und Stadtplanung aus? Wie haben sich die Kooperationen eingespielt?

Das ist ein vielschichtiges Thema. Zunächst einmal kommen Stadt und Messe ausgesprochen gut miteinander zurecht, weil unsere Gesellschafter, die Stadt Frankfurt und das Land Hessen, die Messe Frankfurt durchaus schätzen und sehr freundlich mit uns umgehen. Offen gesagt gibt es aber auch Diskussionen und manchmal unterschiedliche Auffassungen über Stadtentwicklung, Bau- oder auch Verkehrsführung rund um unseren Standort.

Ganz spannend, weil wir da wahrscheinlich einzig sind in Deutschland, war in den letzten Jahren die Situation mit dem Gütergleisareal neben dem Messegelände. Wir hatten Grundstücke dazugekauft und mussten mit den Anrainern intensive Gespräche führen, wie wir die Verkehrsführung für alle Beteiligten optimieren können, wo unsere LKWs fahren dürfen usw. Von den Anrainern hatten sich unter der Leitung eines Professors vier Gruppen zu einem moderierten Diskussionsprozess zusammengefunden.

Die anfängliche Skepsis auf Seiten der Stadt hat sich sehr schnell gelegt, weil durch den intensiven Dialog der Anrainer sehr vernünftige Lösungen zur Straßenführung erarbeitet werden konnten, obwohl die Interessenlagen sehr verschieden waren. Und die Stadt war am Ende begeistert, dass Anrainer sich mit professioneller Moderation zu einer schnellen Entscheidungsfindung bringen lassen. Alle haben an einem Tisch offen ihre Interessen vertreten und gemeinsam Lösungen gefunden.

Heute stehen zwar keine so grundsätzlichen Fragen an, aber wir stehen in ständigem und gutem Dialog mit dem Planungsamt. Das merkt man daran, dass wir all unsere Verkehrs- und logistischen Probleme lösen können und schon viele neue Konzepte zur Verkehrsminimierung realisiert haben.

Damit wären wir bei der Infrastrukturpolitik, für die in hohem Maße die Stadt, das Land und der Bund/das BMVBS zuständig sind. Was müsste konkret getan werden, um die Messe auf Dauer in der Stadt funktionsfähig zu halten?

Wir sind in einer Situation, um die uns unsere Wettbewerber beneiden. Wir haben die Eisenbahn vor dem Haus, die S-Bahn, die U-Bahn, die Straßen und vor allem den internationalen Flughafen. Unsere Erreichbarkeit für Gäste aus aller Welt ist eines unserer wichtigsten Verkaufsargumente. Von daher ist der HUB Frankfurt ein extrem wichtiger Pluspunkt für uns, denn vom Flughafen ist man in fünfzehn Minuten auf der Messe. Besser kann man es nicht haben, vor allem internationale Aussteller und Besucher nicht. Ich denke, dass es unter der neuen Landesregierung ein klares Pro für den Flughafenausbau geben wird und hoffentlich auch eine etwas schnellere Gangart. Denn fast jeder Tag, der in den letzten Jahren verstrichen ist, hat tendenziell eine weitere Fluglinie von Frankfurt nach München abgezogen und weitere bayerische Ausbaupläne begünstigt. Jetzt wird es Zeit, dass der Standort Frankfurt mit dem Ausbau des Flughafens ein klares Signal setzt. Da ist auch die Politik gefordert.

Was für Erwartungen haben Sie in Bezug auf die Entwicklung der Mobilität?

Von vielen in der Wirtschaft wird die Zukunft des Reiseverkehrs sehr kritisch gesehen. Wenngleich die Zukunft schwer einzuschätzen ist, bin ich davon überzeugt, dass auch steigendes Umweltbewusstsein und die Ver-

teuerung der Mobilität die Reiseaktivitäten der Menschen nicht maßgeblich einschränken wird.

Je mehr wir elektronische Medien nutzen, desto wichtiger wird die direkte Kommunikation, weil der Mensch nun mal ein Bedürfnis hat, wie wir hier zusammen zu sitzen und miteinander zu kommunizieren. Aber wie oft muss dieses direkte Kommunizieren stattfinden? Vielleicht lassen sich einige direkte Kontakte durch Videokonferenzen ersetzen? Bei der Messe Frankfurt haben wir jetzt die technische Einrichtung dafür und sammeln mit unseren Tochtergesellschaften hier im Hause Erfahrungen. Bedeuten Videokonferenzen, dass weniger gereist wird, weil wir bestimmte Dinge auch so klären können?

Ich persönlich habe die Vision, dass wir in den nächsten zehn-zwanzig Jahren Europa mit der Eisenbahn dramatisch ausbauen werden.

Sie feiern 100 Jahre Messe am selben Standort und mindestens 800 Jahre Messe in der Stadt – wie stellen Sie sich die Messe in zehn oder zwanzig Jahren vor? Und wie gestalten sich dann nach Ihrer persönlichen Einschätzung die Lebensverhältnisse in den Städten?

Richtig, wir haben an diesem Standort zurzeit einige Jubiläen zu begehen. 1240 wurden den anreisenden Kaufleuten durch Friedrich II die Messeprivilegien verliehen. 1908/09 hat Kaiser Wilhelm II. die Festhalle feierlich eingeweiht; unsere GmbH wurde vor über 100 Jahren gegründet und die Gesellschaft selber ist auch über hundert Jahre alt.

Mit dem Kauf der anliegenden Grundstücke in den letzten Jahren ist die Ausdehnung des Messegeländes zunächst einmal abgeschlossen. Mehr brauchen wir nicht, es wird keine

Veränderung mehr geben und wir werden garantiert die nächsten zehn - zwanzig Jahre hier bleiben. Eine komplette Änderung des Standortes wäre auch viel zu teuer.

Da wir ein schönes Innenstadtgelände haben, werden wir die Verkehrserschließung noch verbessern. Wir haben den Bahnhof in fußläufiger Entfernung, und wer nicht zu Fuß gehen will, fährt eine Station mit der S-Bahn. Ich habe persönlich die Vision, dass der Eisenbahnverkehr in den nächsten zehn-zwanzig Jahren in Europa intensiv ausgebaut wird. Wenn ich heute in den Zug nach Paris steige, bin ich in dreieinhalb Stunden am Ziel. Oder der Londoner, der bisher auf einer Insel lebte, kann um siebzehn Uhr in den Zug steigen und ist um 19 Uhr zum Dinner mitten in Paris. Diese Mobilität und diese Geschwindigkeit faszinieren mich.

Ich finde die Entwicklung der Eisenbahnen sehr positiv und glaube, dass wir zukünftig sehr viel weniger innerdeutsche Flugverbindungen brauchen werden. Das wird sich positiv auf die Luftverschmutzung auswirken. Da ist noch sehr viel mehr zu machen, und Frankfurts Lage ist dafür ideal. Was die Logistik angeht, bin ich sehr optimistisch, dass der Schienenverkehr in einer Weise vernetzt wird, die heute noch gar nicht vorstellbar ist. Auch auf diesem Weg ist das Zusammenwachsen der Regionen in vollem Gange.

Ein unzulässiger Vergleich, was die Größenordnung angeht: Leipzig hat sich ja irgendwann mal vor annähernd zwanzig Jahren entschieden, aus der Stadt hinaus zu gehen und die Messe neu zu bauen. Näher an Frankfurter Maßstäben: München hat diese Strategie erfolgreich umgesetzt. Wie schätzen Sie die Standortfrage perspektivisch für Frankfurt ein?

Da ich aus der Immobilienwirtschaft komme, hängt für mich die Frage nach dem Standort grundsätzlich immer mit dem Wert eines Grundstücks zusammen. Natürlich kann rein theoretisch der Flächennutzungsplan geändert werden für eine höherwertige Nutzung des Messegeländes. Dies ginge aber zu Lasten unserer Erreichbarkeit und damit zu Lasten unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

Ich glaube auch nicht, dass das ein realistisches Szenario ist. Ich selbst lasse mich von dem Gedanken leiten, dass sich nach einer gewissen Zeit die einfachen marktwirtschaftlichen Gegebenheiten immer durchsetzen und dazu gehört auch der sozioökonomische Effekt, den wir mit unserem Business für Stadt und Land generieren. Was uns angeht, so wollen wir jedenfalls auf absehbare Zeit in Frankfurt bleiben.

Wir diskutieren gerade, ob wir in der Region eine internationale Bauausstellung machen sollen. Ich persönlich finde eine Kommunikationsplattform, auf der die Frage diskutiert wird, wie wir unsere Stadt entwickeln wollen, hoch interessant.

Prof. Peter Zlonicky

Büro für Stadtplanung und Stadtforschung,
München

Internationale Netze stärken. Die großen Themen nationaler Stadtentwicklungspolitik sind europäische Themen. Klimawandel, knappe Ressourcen, demografische Veränderungen, Migration und Integration, Wirtschaft und Arbeit, Kultur und Bildung – all dies sind Themen, die nicht mehr allein innerhalb der engen Grenzen der Bundesrepublik gelöst werden können.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik stellt das Modell der europäischen Stadt in den Mittelpunkt. Sozial verfasst, integrativ, kompakt, vielfältig, urban und schön – das Modell der europäischen Stadt ist in der Bundesrepublik ausgeprägt und vermittelt Orientierungen auch für zukünftige Entwicklungen. Nicht nur in der Bundesrepublik – auch in Frankreich und Großbritannien, auch in den Niederlanden und Skandinavien, auch im Süden Europas gilt das Modell der europäischen Stadt als eine wesentliche Orientierung für die Planung. Auf dieses Modell haben sich die Mitgliedstaaten der EU in der Leipzig Charta 2007 und in den jüngeren Ergänzungen 2008 verständigt – nicht nur für eine Politik der Stärkung der Städte, sondern auch für einen guten Umgang mit benachteiligten Quartieren. Diese zwei Seiten einer Medaille sind auch in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik untrennbar verbunden.

Programme und Projekte, die diesem Selbstverständnis verpflichtet sind, gewinnen internationale Anerkennung. Berlin ist international angesehen nicht nur wegen der großen Projekte nach der Wiedervereinigung, sondern gerade auch wegen der „Rettung der kaputten Stadt“ in den 1980er Jahren und ihrer Fortsetzungen in den Programmen der Sozialen Stadt. Die Internationale Bauausstellung EmscherPark hat die „Kathedralen der Industriekultur“ zum Leuchten gebracht und gleich-

zeitig vergessene urbane Kulturen in den Stadtteilen neu entdeckt. Die Internationale Bauausstellung Hamburg 2013 setzt auf die Entwicklung eines der schwierigsten Hamburger Stadtteile mit neuen urbanen Qualitäten und gleichzeitig auf Bildung und Integration in den Quartieren. Alle diese Programme haben internationale Netzwerke aufgebaut, die während und auch nach Abschluss der Projekte lebendig sind.

Das Modell der Internationalen Bauausstellungen ist international anerkannt. Ihrer

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss den Blick auch auf Entwicklungen richten, die unkonventionelle Wege gehen und oft stabiler werden als kurzfristig gültige Investorenprojekte.



Genese nach sind Internationale Bauausstellungen deutsche Modelle, inzwischen aber Vorbild für grenzüberschreitende Ansätze (wie zum Beispiel in Basel). Sie finden Aufmerksamkeit in interkommunalen Programmen und Projekten in den Niederlanden, in Frankreich, in Portugal und Spanien, inzwischen auch in den USA.

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland kann als „Exportartikel“ ein qualitatives Zeichen in Europa setzen.

Stadtentwicklung ohne Planung. Die Stärke der europäischen Stadt ist ihre Fähigkeit, sich ständig zu verändern, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Die Transformation der Städte ist Alltag – in großen Projekten der Konversion von brach gefallenen Flächen ein sichtbares Zeichen der strukturellen Veränderungen.

Transformation findet jedoch nicht nur in großen Projekten statt. Das Bedürfnis, Wohnen und Arbeiten unter einem Dach zu realisieren, verändert die Struktur traditioneller Wohn-

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann in der Kooperation mit Hochschulen Substanz gewinnen. Davon profitieren die Hochschulen, Forscher und ebenso die Studierenden.

quartiere. Neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens können auch in ungewohnten Gebäuden realisiert werden. Im größeren Maßstab sind es Hafenanlagen und ehemalige Fabriken, die nun für solche Nutzungen offen sind, die in traditionellen Strukturen nur schwierig Raum finden. Toleriert als Zwischennutzungen entwickeln sich allmählich stabile Verhältnisse, die ihrerseits Motor für neue urbane Entwicklungen sind.

Das Ruhrgebiet hat inzwischen eine der dichtesten kulturellen Szenen der Republik – sie

ist in der Transformation der Region in Zwischennutzungen entstanden. Ohne sie wäre die Wahl zur Kulturhauptstadt 2010 kaum denkbar gewesen. Die Umwandlung der Leipziger Baumwollspinnerei in eine „Stadt in der Stadt“ ist Modell für viele andere Projekte – Leipzig ist insbesondere für junge Menschen eine der interessantesten Städte geworden. „Urban Pioneers“ haben Berlin aufgemischt – ungeplante Entwicklungen am Prenzlauer Berg, in Friedrichshain und am östlichen Spreeufer stabilisieren die Entwicklung der Quartiere und sind ein neues Zeichen weit über die Grenzen von Berlin hinaus.

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss ihren Blick auch auf jene Entwicklungen richten, die unkonventionelle Wege gehen und oft stabiler werden als kurzfristig gültige Investorenprojekte.

Kooperation mit Forschung und Lehre. Erst allmählich hat sich in den Universitäten ein Selbstverständnis entwickelt, das sich ihrer Stadt, ihrer Region öffnet und sich der Entwicklung des Raumes verpflichtet fühlt. Erst allmählich haben die Städte verstanden, dass die Universitäten ihrerseits Motor der Stadtentwicklung sind.

Auf der kommunalen Ebene gibt es eingespielte Kooperationen, insbesondere zwischen kommunaler Politik und Verwaltung einerseits, den raumorientierten Fakultäten andererseits. Bürgerinitiativen suchen hier den Sachverstand und die Unterstützung, die sie an anderen Orten kaum erhalten. Studierende werden früh in Projekte eingebunden und entwickeln neue Kooperationsformen.

Auch auf regionaler und auf Landesebene gibt es ausgeprägte Formen der Kooperation. Ohne die Mitwirkung der Universitäten würden Grundlagen für große Programme fehlen. Kontinuierliche Raumbesichtigung bietet die Grundlagen für eine gute Stadt- und Regionalpolitik. Mit Unterstützung der Universität

Dortmund haben die großen Städte des Ruhrgebiets gemeinsame Programme entwickelt und einen „Stadtregionalen Kontrakt“ geschlossen, der nun Grundlage für gemeinsame Entwicklungen in der Region ist. Entstanden im Wettbewerb um die „Stadt 2030“ steht dieses Beispiel für viele andere Städte und Regionen in der Republik, die mit universitären Unterstützungen arbeiten.

Auf der Ebene des Bundes war eine Kontinuität der Kooperation von Politik, Forschung

und Planung bisher nur in Ansätzen zu erkennen. Erst die Nationale Stadtentwicklungspolitik geht programmatisch auf die Hochschulen zu - der erste Hochschultag in Berlin eröffnet eine große Bandbreite gemeinsamer Interessen an der Stadtentwicklung.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann in der Kooperation mit Hochschulen Substanz gewinnen. Davon profitieren die Hochschulen, Forscher und die Studierenden. Und davon profitieren die Städte.

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland kann als „Exportartikel“ ein qualitatives Zeichen in Europa setzen.

Martin zur Nedden

Bürgermeister und Beigeordneter der Stadt Leipzig

Die Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik bietet durch die Einbindung wesentlicher, für die Stadtentwicklung relevanter Akteure die Chance, das Thema „Stadtentwicklung“ inhaltlich mit zusätzlichen Qualitäten zu versehen, seine Relevanz für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung stärker zu verdeutlichen und neue Impulse für das Handeln auf allen Ebenen zu setzen.

„Stadt“ und „Stadtregion“ sind „Träger gesellschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums“, wie es die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt zu Recht vor kurzem noch einmal bekräftigt hat. Viele Entwicklungen – auch globaler Natur – werden auf dieser Ebene in ihren Auswirkungen deutlich und müssen hier bewältigt werden. In Konsequenz dieser Erkenntnis muss „Stadtentwicklungspolitik“ noch stärker in den Fokus aller Handelnden rücken als das häufig in der jüngeren Vergangenheit

Stadtentwicklungspolitik muss stärker in den Fokus aller beteiligten Akteure rücken. Notwendig ist integriertes Handeln auf allen Ebenen.



der Fall war. Dabei geht es nicht nur um unmittelbar wirkende Handlungsfelder wie die Städtebauförderung, sondern auch und besonders um „indirekt“ wirkende Politikbereiche wie zum Beispiel Finanz-, Steuer- und Umweltgesetzgebung.

Notwendig ist also integriertes Denken und Handeln auf allen Ebenen und bei allen Akteuren, um den Herausforderungen, die Städte bewältigen müssen, erfolgreich begegnen zu können. Nur so lassen sich die Qualitäten der europäischen Stadt wie soziale Integration, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit und hochwertige bauliche Gestalt erhalten und stärken. Dabei spielt das Bemühen um die Vermeidung unvertretbarer Disparitäten in den Städten selbst sowie zwischen Städten und Regionen eine besondere Rolle.

Integriertes Denken und Handeln bedingt Kooperation. Diese wird erleichtert durch Kenntnis von Strukturen und Interessenlagen anderer für die Stadtentwicklung wichtiger Akteure und Akteursgruppen. Auch hierbei kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik unterstützend wirken, in dem sie selbst eine Vernetzungs- und Informationsebene darstellt und gleichzeitig, zum Beispiel durch die Vermittlung von „best-practice-Projekten“ Anregungen gibt. Gerade auf der kommunalen

Ebene gibt es zahlreiche und gute Ansätze, die in einen solchen Prozess eingebracht werden können.

Die Bedeutung des Themas „Stadtentwicklung“ als wichtiges Politikfeld muss sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung, das heißt insbesondere in den Medien widerspiegeln. Das war in der Vergangenheit und ist derzeit (noch) nicht der Fall. Objektive Bedeutung einerseits und Stellenwert in der öffentlichen Diskussion andererseits stehen zueinander in einem offensichtlichen Missverhältnis. Dafür gibt es viele Gründe, die an dieser Stelle nicht erörtert werden können. Ziel aller Beteiligten muss aber die Verbesserung der Situation sein.

Die Städte sind also sowohl Adressat als auch zentraler Akteur im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Auf ihrer Ebene findet die Umsetzung unmittelbar statt, deren Erfolg eine Voraussetzung für das Gelingen der Initiative ist. Sie können ihre umfassenden Erfahrungen und darauf aufbauend Ideen zur Weiterentwicklung von Strategien und Instrumenten der Stadtentwicklung in den Prozess einbringen. Dazu bedarf es ihrer frühzeitigen und umfassenden Einbindung. Die ersten Erfahrungen sind ermutigend.

Die Bedeutung der Stadtentwicklung als wichtiges Politikfeld muss sich auch in den Medien widerspiegeln. Objektive Bedeutung und Stellenwert in der öffentlichen Diskussion stehen in einem offensichtlichen Missverhältnis.





Förderung von Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Prof. Dr. Michael Krautzberger

1. Wo stehen wir?

Die städtebauliche Erneuerung gehört in den alten Ländern seit Beginn der 1970er Jahre, in den neuen Ländern seit Anfang der 1990er Jahre zu den wichtigsten kommunalen Aufgaben- und Investitionsbereichen. Ihre finanzielle Unterstützung im Rahmen der Städtebauförderung ist eine herausragende Gemeinschaftsleistung von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Städtebauförderung ist in den zurückliegenden Jahrzehnten zu einem zentralen Instrument der Wirtschafts-, Struktur-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik herangewachsen.

Nirgendwo zeigte sich in den zurückliegenden bald 20 Jahren die Notwendigkeit der Städtebauförderung deutlicher als in den neuen Ländern. Der Verfall der Städte war sichtbarer Ausdruck des Niedergangs des DDR-Systems. Gestützt auf die Erfahrungen in Westdeutschland, getragen von umfangreichen Bundesfinanzhilfen, aber ebenso von intensiver Unterstützung durch westliche Partnerländer, wurde die Städtebauförderung auch in den neuen Ländern in Kürze ein „Erfolgsmodell“. Demgegenüber trat die Städtebauförderung in den alten Ländern - von Land zu Land unterschiedlich - für eine gewisse Zeit in den Hintergrund. Hier ist politisch inzwischen eine Tendenzwende weg von der regionalen („Himmelsrichtung“), hin zur problemorientierten Bewertung festzustellen. Die Städtebauförderung war bis 1990 ein Gesamtprogramm für alle Gebiete mit einem qualifizierten stadtentwicklungspolitischen Handlungsbedarf. Die inhaltlichen Akzente wurden in Präambeln der zuletzt jährlich abzuschließenden Verwaltungsvereinbarungen gesetzt. Durch das bis Ende der 80er Jahre als „Realprogramm“ (also mit Investitionshilfen) praktizierte Programm Experimenteller Wohnungs- und Städtebau unterstützte der Bund ihm zukunftsweisend erscheinende Projekte und Konzepte mit erheblichen Summen (z.T. 50 Mio. bis 80 Mio. DM jährlich).

Erst in den neuen Ländern, später dann in allen Ländern differenzierte sich das Förderangebot des Bundes aus, zum Teil noch unterschieden nach „Ost“ und „West“: Innenstadt, städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau, Soziale Stadt.

Allen Untersuchungen und Bedarfsmeldungen zufolge wächst die Nachfrage nach Städtebauförderungsmitteln.

Mit der Verfassungsreform aus dem Jahre 2006 – „Föderalismusreform“ – ist für ein zentrales Instrument der Stadtentwicklungspolitik des Bundes, nämlich die Bereitstellung von Bundesfinanzhilfen, eine gegenüber dem Verfassungsrecht seit 1970 fortentwickelte Grundlage gegeben worden. Art. 104b Grundgesetz schafft die Grundlage, weiterhin die Bundesförderung beizubehalten, stellt aber neue Anforderungen. Die Neufassung verdeutlicht, dass Mischfinanzierungen keine Dauerförderungen sind. Da die Aufgaben der Stadtentwicklung und Stadterneuerung der Sache nach jedoch Grundaufgaben sind, sind die Förderungen auch deshalb zu überprüfen.

Für alle Teile Deutschlands gemeinsam stellt sich die Frage, wie die öffentliche Aufgabe „Städtebauliche Erneuerung“ zu finanzieren ist, wo längerfristig die inhaltlichen Schwerpunkte liegen und wie das Förderinstrumentarium auf die neuen stadtentwicklungspolitischen Aufgaben, die Verfassungslage und die europäischen Förderungskonzeptionen hin justiert werden soll.

Bei alledem ist entscheidend, dass die Förderung aus der Sachlogik und den Erfordernissen heutiger und künftiger Stadtentwicklung und Stadterneuerung abgeleitet und der verfassungsrechtliche und institutionelle Rahmen dabei ausgefüllt wird.

2. Worum geht es bei der Stadterneuerung?

Unsere Städte und Gemeinden bilden gewissermaßen den äußeren, physischen Rahmen für die Entfaltung der menschlichen Aktivitäten: Die Städte bieten den baulichen Raum für das Leben, die Arbeit, die wirtschaftlichen Tätigkeiten - Gewerbe, Handwerk, Handel -, die vielfältigen Dienstleistungen menschlicher Gesellschaften, die ärztliche und medizinische Versorgung, die Kultur- und Bildungseinrichtungen - Schulen und Hochschulen, Kirchen, Theater und Kinos, Museen und Bibliotheken -, für Sport, Erholung und Freizeit.

Deutschland gehört - gemeinsam mit der Mehrzahl der europäischen Staaten - zu den Staaten der Erde, in denen die Menschen ganz überwiegend in Städten oder verstädterten Siedlungsformen leben. An den europäischen Städten lassen sich ganz unmittelbar die Situation, die Bedürfnisse, die Entwicklung der Gesellschaft ablesen: der wirtschaftliche und kulturelle Standard ebenso wie die Problemzonen der gesellschaftlichen Entwicklung - die Situation der Armen, der gesellschaftlich ausgegrenzten Personen, die sozialen Spannungen.

Nirgendwo anders als in den Städten spiegelt sich der Umgang des Menschen mit den natürlichen Ressourcen so unmittelbar wider: Flächenverbrauch, Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen, Emissionen.

Diese nur schlagwortartige Kennzeichnung des Phänomens Stadt für den deutschen und europäischen Raum stellt unmittelbar die Brücke zum Kernbereich der Stadterneuerungsaufgaben dar: Wenn sich die Wirklichkeit und Dynamik einer Gesellschaft in Städten ausdrückt oder widerspiegelt, so bedeutet dies einen ebenso unmittelbaren Anpassungs- und Veränderungsdruck auf die städtebaulichen Strukturen. Die gebaute Umwelt soll sich neuen Nutzungsbedürfnissen anpassen. Veränderte Nutzungsbedürfnisse,

insbesondere aufgrund demografischer Veränderungen, schlagen in andere städtebauliche Strukturen um - Nutzungen von Flächen und Gebäuden verändern sich, bisherige Nutzungen (Wohnungen, Gewerbe, Dienstleistungen, Bildung, Kultur, Sport- und Freizeiteinrichtungen usw.) können in wechselseitige Konkurrenzen geraten. Gebäude, Straßenführungen, Erschließung der Infrastruktur können erforderlichen oder erwünschten Nutzungsänderungen im Wege stehen, bedürfen der Anpassung oder Veränderung. Konflikte zwischen bisherigen und künftigen Nutzungsformen und Nutzern können eintreten. Die Bewahrung bestehender baulicher oder infrastruktureller Gegebenheiten kann stadtentwicklungspolitisch wünschenswert sein, sie können aber auch einem notwendigen und angestrebten Wandel und damit der Stadtentwicklung im Wege stehen.

Hier setzt der politische Auftrag der Stadterneuerungspolitik an: Die bauliche und sonstige Nutzung der einzelnen Flächen im Stadtgebiet ist Angelegenheit der jeweiligen privaten und öffentlichen Akteure, also der Eigentümer, Pächter und Mieter, der öffentlichen und privaten Erschließungsträger und Bauherren.

- Wie sollen aber die vielfältigen und zum Teil kontroversen Interessen unter den Hut eines gemeinsamen, aufeinander abgestimmten und sozialverträglichen Vorgehens gebracht werden?
- Wie kann die Erneuerung der Infrastruktur eines Stadtgebiets, die Sicherung oder Entwicklung von Arbeitsplätzen, von Handel oder von kultureller oder sozialer Infrastruktur in Einklang gebracht werden mit privaten Bau- und Nutzungsinteressen?

Hier setzen zwei elementare Aufgaben der öffentlichen Hand - und bei der Stadtentwicklung und Stadterneuerung der Städte und Gemeinden - an:

- Die integrierte Planung der Stadtentwicklung einerseits, d.h. eine dem Gemeinwohl

verpflichtete Zusammenschau und Voraussicht, und

- der soziale Ausgleich andererseits, d.h. die sozialstaatliche Verantwortung.

Eine besondere Verantwortung der öffentlichen Seite für die Stadtentwicklung kennzeichnet das deutsche und europäische Verständnis von Stadtpolitik.

Europäische und deutsche Städte zeichnen sich seit Jahrhunderten dadurch aus, dass bestehende Standorte fortentwickelt, umgenutzt, umgebaut, zum Teil auch erheblich erweitert, aber doch in ihrer Substanz bewahrt werden.

Im amerikanischen Städtesystem ist eine andere Tendenz zu beobachten: Die Entwicklung der Siedlungsfläche wird in einem viel stärkeren Maße dem freien Spiel der Kräfte überlassen mit der Folge einer dramatischen Zersiedelung der Fläche, einem Verlust von zentralen Funktionen, der Herausbildung von - nach europäischen Maßstäben - eher amorphen Siedlungsstrukturen.

Will man dies in den wesentlich dichter besiedelten europäischen Staaten vermeiden, so bleibt nur der Weg einer planmäßigen und damit städtebaulich und strukturell geordneten Revitalisierung der vorhandenen Städte als Kernbereich einer kommunalen Stadterneuerungspolitik: Sie kann einen Rahmen schaffen für die Modernisierung der Stadtstrukturen, der Gebäude ebenso wie der Infrastruktur, der Sicherung und Entwicklung von Freiflächen, der Umwidmung von städtischen Flächen für zeitgemäße Nutzungen, der Balance zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anforderungen.

Es ist Aufgabe der Stadterneuerungspolitik, den Bedürfnissen und Veränderungen der städtischen Gesellschaft einen die unterschiedlichen Interessenlagen ausbalancierenden Gestaltungsraum zu geben.

3. Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Stadterneuerung

Ungeachtet der Erfolge der Stadterneuerungspolitik seit 1971/1990 wird es in der fachlichen und politischen Diskussion für notwendig erachtet, die Ziele der Stadterneuerungspolitik im Hinblick auf neue Aufgaben und notwendige Veränderungen von Strategien zu überdenken. Mit der Weltsiedlungskonferenz der Vereinten Nationen - HABITAT II - im Juni 1996 in Istanbul ist eine weltweite Verständigung auf Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik deutlich geworden. Mit der Leipzig Charta 2007 ist die Brücke zur europäischen Entwicklung gelungen. Es ist eine erhebliche Weiterentwicklung und Konkretisierung einer europäischen Stadtentwicklungspolitik erreicht worden, die in die nationale Stadtentwicklungspolitik umzusetzen ist.

Die wichtigsten Aufgaben:

- Es wird die Notwendigkeit gesehen, von einem Flächenverbrauch überzugehen in eine Kreislaufwirtschaft auch bei der Flächen-Inanspruchnahme. Dies ist nur möglich, wenn es eine gemeinsam finanzierte Mobilisierung von bereits besiedelten Flächen gibt.
- Die Erhaltung oder Schaffung kompakter Stadtstrukturen, die Vermeidung von Zersiedelung und disperser Siedlungsstrukturen – in diesen Aufgaben liegt ein Alleinstellungsmerkmal der Stadterneuerung in den existenziellen Fragen des Klimaschutzes und der Reduktion des Energieverbrauchs.
- Wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Existenzfähigkeit der Städte ist ihre Multifunktionalität. Dies zeigt sich nirgendwo deutlicher als in den Innenstädten und Ortsteilzentren: eine ausgewogene Mischung von attraktiven Wohnstandorten, öffentlichen Funktionen, Freizeitmöglichkeiten und ein vitaler Handel kennzeichnen die Funktionen der Stadt.
- Die demografischen Veränderungen wirken sich schleichend, aber drastisch auf städtische Strukturen aus: Flächenbedarfe und Infrastruktur. Die Anpassung der

städtischen Siedlungen ist eine gemischte privat-öffentliche Aufgabe: Die Anpassung der Bestände und Nutzungen obliegt überwiegend dem privaten Sektor – die erforderlichen städtebaulichen Planungen und die infrastrukturellen Anpassungen obliegen den Städten und Gemeinden.

- Städtebauförderung wird als zentrales Instrument für eine nachhaltige Stadtentwicklung gesehen. Die Lebensfähigkeit der Städte und Gemeinden verlangt einen integrativen Gesamtansatz, der die Einzelstrategien der Kommunal-, der Bau- und der Sozialpolitik mit Grundsätzen der Nachhaltigkeit einschließlich der Wirtschafts-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik zusammenführt.
- Stadterneuerung leistet einen zentralen Beitrag für eine langfristig angelegte örtliche Klimaschutzpolitik. Die städtebauliche Dimension des Klimaschutzes lässt sich beziehen auf: klimaschonende und -schützende Stadtstrukturen, Anpassung an topographische Gegebenheiten, Vermeidung der Zersiedelung, Schonung des Naturkreislaufes und der Landschaft, Verkehrsverminderung und damit – im Kern – auf die Bewahrung oder Wiedergewinnung kompakter Stadt- und Siedlungsstrukturen.
- Die öffentliche Aufgabe liegt in der planerischen Konzeption, der Verantwortung für den sozialgerechten Ablauf der Stadterneuerung und in der Sicherung der Gemeinwohlbelange der örtlichen Gemeinschaft.

Der Stadterneuerungspolitik kommt damit insgesamt eine Schlüsselrolle zu, Prinzipien der nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung durchzusetzen. Dem Ausufern der Städte in die Landschaft sind entgegenzustellen:

- Konzentration, Nutzungsmischung, höhere Dichten.
- Sozialer Ausgleich, Nachhaltigkeit und Stadterneuerung sind für die Siedlungspolitik weiterhin identische Ziele.

Das verlangt intelligente, vorausschauende und integrierende Planungen und bedarf des öffentlichen Diskurses. Integrierte Stadtentwicklungsplanung ist die Schlüsselfrage für die Vorbereitung und Sicherung einer nachhaltigen Stadtentwicklung und für die Wahrnehmung der sozialen Ausgleichsaufgabe.

4. Konzentration der Fördermittel

Städtebauförderung nimmt mit einem integrierten Ansatz der Förderung städtischer Quartiere eine Scharnier- und Bündelungsfunktion wahr. Neben der Städtebauförderung besteht eine Vielzahl von Programmen auf allen staatlichen Ebenen, die jeweils für die Verbesserung in baulich-wirtschaftlichen und sozialen Teilbereichen von städtischen Problemzonen geeignet sind: Dies gilt für die Bereiche der Sozial- und Schulpolitik, der lokalen und regionalen Wirtschafts-, Handels- und Gewerbepolitik ebenso wie für Bereiche wie Sicherheit oder Verkehr. Deren mit den Stadtentwicklungsplanungen integrierter Einsatz, die fachübergreifende, zugleich orts- und problemnah koordinierende Abstimmung wird von der Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik erwartet.

Die Vielfalt der öffentlichen Programme für Stadtentwicklungspolitik erschwert angesichts der dezentralen Verwaltungsstrukturen („Ressortverantwortlichkeiten“) Handlungsansätze, die auf die Lösung komplexer Probleme zugeschnitten sind. Dies führt zu Hemmnissen im Projektablauf, die bis hin zum Scheitern der Projekte führen können und verursacht hohe soziale und volkswirtschaftliche Kosten. Die sektorale, nach Fachressorts organisierte Ministerialverwaltung des Bundes und der 16 Länder mit ihren entsprechend sektoral konzipierten und administrierten Programmen machen es einer ganzheitlichen Betrachtung der Stadtentwicklung nicht leicht. In der Praxis macht dies auf allen Ebenen Schwierigkeiten. Eine

nachhaltige, effiziente Stadtentwicklung wird durch die bestehenden Verwaltungsstrukturen erschwert. Immerhin: Das Programm „Soziale Stadt“ kann hier Erfolge vorweisen, weil es von vorneherein einen integrativen Ansatz verfolgt. Freilich: Die internen „Kosten“ zur Erreichung dieses Zieles sind nicht unbeträchtlich.

Das Baugesetzbuch sieht diese Bündelung dem Grunde nach vor. Eine Instrumentierung im Sinne eines ausgestalteten Verfahrens gibt es nicht. Bereits im Städtebauförderungsgesetz von 1971 war dies erkannt und deutlicher als heute akzentuiert worden. Der Stadtentwicklungsplanung sollte die Schlüsselrolle bei der Bündelung der Mittel zukommen. Auf Bundesebene wurde dazu sogar ein „Rat für Stadtentwicklung“ eingesetzt, der unter dem Vorsitz des für den Städtebau zuständigen Bundesministers – etwa nach dem Modell des Finanzplanungsrates – die Koordination leisten sollte. Diese Ansätze wurden schon Mitte der 1970er Jahre faktisch, später auch gesetzlich aufgegeben – Streitigkeiten um die Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern einerseits und mangelnder Kooperationswille auf der Ebene der Bundesressorts andererseits ließen diesen Ansatz austrocknen. Der 1982 zwischen den Regierungschefs des Bundes und der Länder verabredete Abbau der Bundes-Städtebauförderung tat ein Übriges.

Das Defizit einer effizienten Bündelung der öffentlichen Mittel für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung kann nicht der Städtebauförderung angelastet werden; sie ist eine strukturelle Schwäche der unzureichend koordinierten Fachpolitiken. Wichtige andere stadtwirksame Mittel – namentlich auch aus der Strukturpolitik und der Infrastrukturpolitik von Bund und Ländern – werden (darauf wurde schon hingewiesen) nach eigenen Gesetzmäßigkeiten ausgereicht.

Aber: Die Städtebauförderung kann die Funktion eines „Leitinstrumentes“ für die Bündelung öffentlicher Mittel übernehmen: Soziale und wirtschaftliche Probleme schlagen sich stets auch stadträumlich nieder. Aus diesem räumlichen Bezug kann und sollte die Städtebauförderung den Anspruch ableiten, besser als andere, räumlich nicht gebundene Politikinstrumente in der Lage zu sein, die verschiedenen Fachpolitiken für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu koordinieren. Diese Eignung der Städtebauförderung als Leitinstrument muss aber in den Städten und Gemeinden auch genutzt werden können. Ein wesentliches Defizit dabei ist die Einengung der Bundesfinanzhilfen für Städtebauförderung auf Investitionen. Darüber hinaus erschweren „Windhundförderungen“ durch regional blinde mittelbare Förderinstrumente wie etwa jene der KfW-Finanzierungen eine stadträumlich orientierte Bündelung.

Vor allem die Förderinstrumente der Europäischen Union sind hier richtungweisend – was die konzeptionelle Seite, sicher nicht was ihre zuweilen exzessive bürokratische Überformung betrifft. Auf der Grundlage von planerischen Gesamtkonzepten werden städtische Programme (seit den URBAN-Programmen) als ganzheitliche Maßnahmen definiert, die – im nationalen Sinne - ressortübergreifend an den Problemen orientiert gewährt werden und daher ein Spektrum abgreifen von den infrastrukturellen Maßnahmen über Sicherheitsfragen bis zu sozialen Anliegen.

Eine stadtentwicklungspolitische Effizienz auch auf den Ebenen der verschiedenen sektoralen staatlichen Förderungen kann es nach den Erfahrungen aus fast 40 Jahren Städtebauförderung nur geben, wenn es verbindliche ressortübergreifende Verabredungen auf Bundes- und Länderebene für die Verwendung stadtrelevanter Förderungen gibt. Damit wird die integrierte Förderung in den Kommunen erleichtert oder erst ermöglicht.

5. Wer trägt für die Stadterneuerung Verantwortung?

Betrachtet man das System der Stadterneuerung in Deutschland, so drängt sich der Eindruck auf, hier gehe es um eine rein kommunale bzw. staatliche öffentliche Veranstaltung:

- Die Initiative für Stadterneuerungsmaßnahmen geht primär von der kommunalen Seite aus. Darüber wird in Räten beschlossen.
- Dafür wird relativ viel Geld aus Bundes- und Landeshaushalten bereit gestellt, oftmals ohne Kenntnis der Einzelmaßnahmen und deren städtebaulicher Einordnung.
- Dies kann durch ein äußerst tief greifendes Bodenrecht begleitet werden.

Dass der Privatsektor und die städtische Gesellschaft im Hintergrund zu bleiben scheinen: Ist das auch eine Folge der Beglückung durch ausgefeilte Verfahren und Förderungen? Ist das ein Relikt der Politik der Aufbauphase?

Die städtebauliche Erneuerung, wie sie seit 1971 gesetzlich zuerst im Städtebauförderungsgesetz (StBauFG), später dann – inhaltlich bis heute unverändert – im Baugesetzbuch (BauGB) von 1987 kodifiziert und 1990 mit dem Einigungsvertrag in Ostdeutschland übernommen wurde, ist tatsächlich als öffentliche, nämlich als gemeindliche Maßnahme ausgestaltet worden. Die städtebauliche Sanierung – unter diesem Begriff nimmt das Städtebaurecht die Stadterneuerung in das Gesetz auf – ist gekennzeichnet durch eine einheitliche Planung und Vorbereitung durch die Gemeinde und eine unter Regime der Gemeinde gesicherte Durchführung. Dem deutschen Stadterneuerungsrecht lag und liegt die Vorstellung zugrunde, die Behebung komplexer gebietsbezogener städtebaulicher Missstände bedürfe der intensiven bodenrechtlichen Steuerung und rechtfertige sie, weshalb der Gesetzgeber den Gemeinden für die städtebauliche Sanierung das – neben der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme – weitestgehende bodenrechtliche

Steuerungsinstrumentarium verliehen hat. Die Notwendigkeit der bodenrechtlichen Steuerung in Verbindung mit staatlicher Förderung überwölbte die Gesetzgebung von Anfang an.

Unbeschadet der hoheitlichen Ausprägung des städtebaulichen Sanierungs- und Erhaltungsrechts ist die Stadterneuerung in der Substanz eine primär „private“ bzw. gesellschaftliche Aufgabe. Tatsächlich ist ja auch die Praxis sehr viel mehr von Kooperation zwischen Gemeinde und Sanierungsbeteiligten – Eigentümern, Mietern, Pächtern und Investoren – geprägt als von einseitigen hoheitlichen Anordnungen.

Wesentliches Ziel des gemeindlichen Engagements für Erneuerung ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, um private Folgeinvestitionen vorzubereiten und dauerhaft zu sichern. Diese sind aber – neben einer leistungsfähigen sozialen und technischen Infrastruktur – die eigentliche „Substanz“ der Stadterneuerung.

Dass Stadterneuerung nach ihrer Ausgestaltung eine mit Interventionsinstrumentarium ausgestattete öffentliche Veranstaltung ist, lässt sich auch im Rückblick gut nachvollziehen, wurden von der Stadterneuerung doch – nach Abschluss der städtebaulichen Bewältigung der Nachkriegsfolgen – vor allem die Aufgaben der kraftvollen Modernisierung der Städte einerseits und des Wiedergewinns urbaner Qualitäten andererseits erwartet. In Ostdeutschland ging es aber tatsächlich auch darum, städtische Substanz zu retten und wieder zu gewinnen.

Die heutige Ausgangssituation hat sich in vielen Beziehungen weiterentwickelt und stellt sich differenzierter dar:

- Oft verfügen die Städte und Gemeinden nicht mehr über die personellen Ressourcen, so komplexe Vorhaben wie die Stadterneuerung aus eigener Kraft und unbeschadet der

Möglichkeit der Unterstützung durch private Beauftragte und Träger zu gestalten.

- Nicht wenige der großen aktuellen Aufgaben der Stadterneuerung – etwa in den Bereichen der Brachflächen-, Leerstands-, Konversions- und Stadtumbauproblematik – kommen aus dem gesellschaftlichen/privaten Bereich und bedürfen der Gestaltung in privater (Mit)-Verantwortung.
- Namentlich die Stadtumbauaufgaben sind Veranstaltungen zur Lösung von gesellschaftlichen Aufgaben, von demografischen Entwicklungen befördert, die in hohem Maße in den Verantwortungsbereich der privaten Akteure einzuordnen sein dürften.
- Die Europäische Union, angeregt von sehr viel stärker vom privaten Sektor geprägten Stadterneuerungsansätzen etwa Großbritanniens, unterstützt Förderungen ergänzend zu den nach wie vor dominanten Zuschüssen auch mit Darlehen und setzt also auf privat getragene Erneuerungsprozesse. Hiervon werden erhebliche Innovationen und ein gesellschaftlich getragenes Engagement erwartet.
- Es gibt auch ein bemerkenswertes Engagement des privaten Sektors für die Aufwertung des Stadtbildes ebenso wie vielerorts ein Engagement für die Bewahrung des historischen Erbes.
- Neue Instrumente der Stadterneuerung im Baugesetzbuch nehmen diese Richtung schon vorweg und zeigen den Weg zu einer stärker gesellschaftlich verantworteten Stadterneuerung: der Stadtumbau (§§ 171 a bis d BauGB), die Soziale Stadt (§ 171 e BauGB) und die Private Initiative zur Stadtentwicklung (§ 171f BauGB).

Die Verantwortung für die Stadterneuerung vom Kopf auf die Füße stellen? Nein. Aber die Verantwortung und Leistungsfähigkeit des privaten Sektors fair berücksichtigen. Und - der öffentlichen Hand in ihren politischen Kernverantwortungen mehr Raum und Kraft geben:

- Die Führungsaufgabe bei der ganzheitlichen, integrierten Stadtentwicklungsplanung,
- den Dialog mit der Zivilgesellschaft,
- die infrastrukturellen Maßnahmen,
- die Verantwortung für Ausgleiche,
- die Überwindung sozialer Konfliktlagen und
- die Integrationsleistungen.

Stadterneuerung muss als gesellschaftliche Veranstaltung begriffen werden und nicht als eine primär kommunale/staatliche Aktion. Staat und Gemeinden gibt dies Raum für die Gestaltung bei den unerlässlichen Gemeinwohlaufgaben.

6. Neue Strategien

Wichtige Voraussetzungen für die Lösung des Konflikts zwischen nach wie vor evidenter Aufgaben der Stadterneuerung und den begrenzten Mitteln der Städtebauförderung sind:

Gezielte Auswahl der Städte und Gemeinden. Förderungen werden auf Grund eines Wettbewerbs der Städte und Gemeinden gegeben. Es sollten solche Städte und Gemeinden in die Förderung einbezogen werden, in denen das kommunale Engagement der Entscheidungsträger, aber auch der betroffenen Bürger, eine zügige Realisierung der Maßnahme gewährleisten. Eine mit der Stadtgesellschaft breit erörterte Stadtentwicklungsplanung sollte dabei die Voraussetzung sein. Auch auf die personelle Leistungsfähigkeit der Verwaltung kommt es dabei sehr an.

Die öffentliche Förderung sollte nicht in Gemeinden mit hoher Wirtschaftskraft und hohem Steueraufkommen gelenkt werden; auch nicht in Gemeinden, die in solchen Regionen liegen. Denn es geht darum, über den „Anstoßeffekt“ hinausgehende „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden. Besondere „Anstoßeffekte“ sind in Kommunen in Haushaltsnotlage zu erwarten. Gegebenenfalls sollten Ausnahmeregelungen zugunsten solcher Kommunen behutsam weiter entwickelt werden.

Dabei darf aber nicht mangelhafte kommunale Haushaltspolitik belohnt werden.

Konzentration auf ausgewählte Stadtgebiete

Die Erfahrung lehrt, dass zu groß geschnittene und deshalb für Akteure und Bürger nur schwer überschaubare Sanierungsgebiete das Verfahren schwerfällig machen. Auch die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger wächst, wenn die Maßnahmen räumlich und zeitlich überschaubar konzipiert sind. Die Einbindung in eine Stadtentwicklungskonzeption erlaubt höhere Flexibilität bei der Festlegung der jeweiligen Maßnahmegebiete.

Konzentration auf vordringliche Fördertatbestände

Konzentration auf die städtebaulichen Schlüsselfragen. Auch bei knappen finanziellen Ressourcen gilt es, die Ziele einer Stadterneuerungspolitik durchzusetzen. Dies erfordert eine Begrenzung und Festlegung des Aufwands und Umfangs, Nutzung privater Unternehmensinitiative und Einsatz privaten Kapitals.

Eine neue Bewertung der Finanzierung der Stadterneuerung durch den Privatsektor wird Wettbewerb und Konzentration stützen.

Die öffentliche Finanzierung wird tendenziell unersetzlich sein

- bei den Aufgaben der integrierten Stadtentwicklungsplanung,
- bei der Sicherstellung sozial gerechter Stadterneuerungsverfahren,
- bei der Unterstützung von auf öffentliche Hilfen und Beratungen angewiesenen Personen und Gruppen,
- bei nicht-investiven Aufgaben, aber auch beim Anstoß von Maßnahmen, denen private Akteure – noch oder nachhaltig - fehlen.

Bündelung in der Praxis

Förderungen nicht nach abstrakten Vorgaben, sondern nach den realen Problemen. Das heißt, hier kann beispielsweise die Unterstützung

einer Sozialstation und die zeitlich begrenzte Finanzierung eines Sozialarbeiters, anderswo die Gestaltung einer Fußgängerzone oder eines Theaterplatzes die Schlüsselfrage sein. Die Städte und Gemeinden sollen das nach dem Stadtentwicklungskonzept definieren und begründen und rechtfertigen.

Nicht von Bund oder Ländern, sondern in den Stadtquartieren vor Ort soll letztlich entschieden werden, was prioritär für die Revitalisierung des jeweiligen kommunalen Gemeinwesens und die Stadtentwicklung ist.

Begrenzung des Sanierungsaufwandes

- Verzicht auf eine städtebauliche „Überreparatur“,
- Reduzierung der Sanierungskosten durch einfache Standardlösungen,
- Vereinbarung eines Finanzierungsrahmens (Obergrenze der Sanierungskosten),
- Frühere Entlassung von Grundstücken aus einer Erneuerungsmaßnahme.

Integrierte, ganzheitliche Förderungskonzepte

Durch Schaffung eines Fonds für die Stadterneuerung, gespeist aus den Sektoralprogrammen und privatem Kapital, können die Maßnahmen nach ihrer tatsächlichen Bedeutung vorbereitet und finanziert werden. Prioritäten können von den Städten nach Maßgabe der realen Probleme und der lokalen Ziele definiert werden.

Den Bewohnerinnen und Bewohnern mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement sollte dabei eine Schlüsselrolle zukommen.

Eine Beteiligung durch den privaten Sektor wird die erforderliche Flexibilität erhöhen. Sie ist jedoch behutsam auszubauen, sie muss von der Zivilgesellschaft gewünscht und getragen sein, d.h., es müssen die Erfahrungen aus den EU-Programmen (z.B. „JESSICA“) und aus den beiden am deutlichsten zivilgesellschaftlich orientierten Programmen – Private Initiativen zur Stadtentwicklung (§ 171 f BauGB) und Sozialen Stadt (§ 171e BauGB) – ausgewertet, fortentwickelt und umgesetzt werden.

Regionales Verständnis – regionale Politik

Die Stärke der räumlichen und städtischen Entwicklung in Deutschland, nämlich die Verantwortung der kommunalen Selbstverwaltung mit einer – im weltweiten Vergleich – ungewöhnlich kraftvollen Autonomie ist ihre Schwäche im Stadt-Umland-Verhältnis und damit in der regionalen Entwicklung.

Hierauf müssen die Förderungen reagieren und für die Städte und Gemeinden effektive Ansätze schaffen, regional relevante Probleme auch tatsächlich regional zu lösen.

Auch hier eignen sich gemeinsame regionale Planungskonzepte und abgestimmte Förderungen am besten.

Die staatlichen Förderungen können dies durch Prioritäten erreichen und damit einen Wettbewerb der Stadtregionen initiieren.

Wettbewerb, ganzheitliche Planung, Bündelung der Mittel und regionale Betrachtung sind Schlüssel einer staatlichen Förderung der Stadtentwicklungspolitik.

7. Förderschwerpunkte und Modellvorhaben

Die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung sollten für die strukturell akzentuierten städtebaulichen Bedarfsschwerpunkte eingesetzt werden:

- Sozialer Zusammenhalt, Integration der Stadtgesellschaft in vielfältiger Hinsicht,
- städtebaulich relevante ökologische Herausforderungen,
- Brachen und Umstrukturierungen,
- Sicherung und Erhaltung des baukulturellen Erbes,
- Förderung wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung.

Die Begrenzung des Sanierungsaufwands und -umfangs sollte durch maßnahmebezogene Pauschalierungen unterstützt werden, wie

- maßnahmebezogene Förderungshöchstbeträge,
- neue Wege der Finanzierung, und
- Befristung der Förderung durch den Bund.

Das derzeitige Angebot der Bundesfinanzhilfen und der an diesen – überwiegend – ausgerichteten Länderförderungen ist geprägt von einer Orientierung an wichtigen stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen. Soziale Stadt, Stadtumbau, Innenstädte, historische Städte sind zweifellos auf nicht absehbare Zeit Grundaufgaben der Städte und Gemeinden.

Diese Aufgaben sind in einer vernünftigen Perspektive keine zeitlich befristeten kommunalen Aufgaben. Allerdings darf der Bund die Kommunen dabei laut Grundgesetz inzwischen nur noch befristet unterstützen.

Die Verwaltungsvereinbarungen sind verwaltungsinterne Regelungen, denen keine gestaltende Wirkung zukommen kann. Man könnte sie zurückführen auf das verfassungsrechtliche Minimum und für die politische Akzentuierung andere Instrumente nutzen. Dazu ist Artikel 104 b GG zu nutzen:

- Die Befristung ist eine fiskalisch sinnvolle Vorgabe für staatlichen Mitteleinsatz.
- Primär geht es um kommunale und private Aufgaben und nicht solche des Bundes und der Länder.

Die Aufgabe des Bundes liegt in der Wahrnehmung einer Mitförderung für die vom Bund definierten stadtpolitischen Aufgaben, in deren befristeter Unterstützung bei gleichzeitiger Evaluierung. Hier sollte die Förderpolitik ansetzen:

- Die politische Vorgabe des Bundes kann über den Wettbewerb der Städte erfolgen, die primär die stadtentwicklungspolitischen Aufgaben wahrnehmen.
- Der Bund kann stadtentwicklungspolitisch bedeutsame Aufgaben durch Modellvorhaben unterstützen, für die er einen Teil der Finanzhilfen vorhält und über deren Verwendung entscheidet.
- Aus den Modellvorhaben werden anhand der Städtebaupraxis konzeptionelle Anregungen für aktuelle und künftige Aufgaben der

Stadtentwicklung abgeleitet.

- In einem breiten fachpolitischen Dialog mit allen öffentlichen und privaten Beteiligten werden die Zwischenergebnisse evaluiert, für Innovationen in der städtebaulichen Praxis genutzt und für die Unterrichtung von Deutschem Bundestag und Bundesrat ausgewertet.

Die Verwaltungsvereinbarung oder das Städtebauförderungsgesetz im Sinne des Art. 104 b GG sollte – unter Haushaltsvorbehalt – jährlich (neue) Maßnahmen mit einer Laufzeit von etwa 10 bis 12 Jahren aufnehmen.

Die Modellvorhaben werden nach inhaltlichen Schwerpunkten, nach Förderkonditionen und nach öffentlich-privater Verantwortlichkeit vom Bund ausgewählt und mit Zustimmung des jeweiligen Landes gefördert.

Der Bund ist dabei inhaltlich „frei“, das heißt, er bestimmt aus seiner Verantwortung heraus, wie er die Innovationen für Finanzhilfeprogramme gewinnt und nutzt.

Der Bund setzt darauf, dass die Modellvorhaben von Ländern und Kommunen insgesamt so genutzt werden, dass sie als „Muster“ für die Fortentwicklung der Stadterneuerung verallgemeinert werden können.

Die drei öffentlichen Gebietskörperschaften gestalten diesen Prozess offen und unter Einschluss der fachpolitischen Öffentlichkeit, des Privatsektors und der Zivilgesellschaft.

Die Städtebauförderung wird von der Prägung als staatliches Programm zugunsten einer gesellschaftlichen und politischen Veranstaltung fortentwickelt.

8. Evaluierung

Das Grundgesetz verpflichtet den Bund zur Evaluierung der Programme und der Unterrichtung von Deutschem Bundestag und Bundesrat hierüber. Hierin liegt eine beacht-

liche Ressource für politische Erneuerungen, für Innovationen und für die notwendige politische Profilierung.

Evaluierung bedeutet Unabhängigkeit der Prüfungen und Bewertungen. Sie ist die Grundlage für eine politische Bewertung durch den Bund. Die parlamentarische Behandlung führt die Städtebauförderung aus dem internen Charakter („Fachbruderschaften und -schwesterschaften“ von Ministerien des Bundes und der Länder) hinaus in eine öffentliche, parlamentarische Diskussion und Bewertung.

Hierzu bedarf es institutioneller Vorkehrungen:

- Es kann nach dem Modell des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („5 Weise“) an eine vergleichbare Institution für die Städtebauförderung gedacht werden (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Stadtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland).
- Die „Fünf Weisen“ legen jährlich einen Bericht zum Stand der Stadtentwicklung vor mit Bewertungen und Prognosen zur Stadtentwicklung sowie Vorschlägen zur Fortentwicklung der Städtebauförderung.
- Die Bundesregierung legt diesen Bericht gemeinsam mit einer eigenen Stellungnahme dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vor.
- Der Sachverständigenrat wird analog dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Vorschlag der Bundesregierung berufen.

Die Modellvorhaben des Bundes sind die unmittelbar einsetzbaren Instrumente des Bundes, die Ergebnisse dieses Prozesses umzusetzen.

Der Sachverständigenrat bedient sich einer Geschäftsstelle, über deren Einrichtung das für Stadtentwicklung zuständige Bundesministerium entscheidet.

Durch einen Sachverständigenrat zur Begutachtung der Stadtentwicklung und den politischen Diskurs über die Ergebnisse wird die Städtebauförderung stärker in die parlamentarisch-politische Verantwortung gelegt.

9. Zusammenfassung, Vorschläge

Die Förderung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik – Stadtentwicklung und Stadterneuerung – muss sich an den integrativen, ganzheitlichen Aufgaben orientieren. Im folgenden werden drei Optionen vorgestellt. Die dritte Option orientiert am status quo und definiert die Städtebauförderung von der Mischfinanzierungsaufgabe her; sie ist damit von der Umsetzbarkeit her wohl begünstigt. Wenn gleichwohl vorab zwei andere Optionen vorgestellt werden, dann deshalb, weil ein anderer rechtlicher Rahmen als der jetzige die Bündelung der vielfältigen stadtrelevanten Programme der öffentlichen Hand erleichtern würde und vor allem dem Umstand „leichter“ Rechnung trüge, dass es sich bei der Förderung der Stadterneuerung und -entwicklung nun gerade nicht um befristete Aufgaben handelt.

Option I:

Das Gesetz über Stadtentwicklung und Städtebauförderung

Die stadtrelevanten Programme des Bundes werden in *einem* Stadtprogramm gebündelt. Dies gilt für investive und nicht-investive Mittel gleichermaßen. Der Ansatz bezieht Programme und Mittel aus der Mehrzahl der innenpolitischen Ressorts ein, wie: Städtebau, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Jugend, Frauen, Alte, Bildung, Forschung, innere Sicherheit, Umwelt.

Dies wird so wohl nur durch ein Gesetz über die Stadtentwicklung erreicht werden. Die bisherigen Mittel der Städtebauförderung nach Art. 104 b GG sind dabei ein wichtiger,

aber nicht der einzige Baustein.

Die Bündelung in Stadtentwicklungsbehörden auf den Ebenen des Bundes und der Länder nach dem französischen Vorbild (z.B. DIV) könnte die Bündelung und eine zeitnahe Umsetzung in den Stadtquartieren erheblich erleichtern. Die Einbindung der stadtenwicklungspolitisch relevanten Programme und Politiken ist neuartig und mit den eingeführten Systemen der Teilung von Verantwortlichkeit zwischen den Ressorts nicht ohne weiteres vereinbar.

Wer innerhalb der Bundesregierung für Stadtpolitik federführend sein sollte und welche Programme der Fachressorts ganz oder teilweise einzubinden wären, bedarf der Vertiefung.

Option II:

Die neue Gemeinschaftsaufgabe „Stadtentwicklung und Städtebauförderung“

Der Katalog der Gemeinschaftsaufgaben ist in Art. 91a Grundgesetz seit der Verfassungsreform 1970 enthalten. Damals wurden auch die Mischfinanzierungen in das Grundgesetz übernommen. Bereits im Vorfeld der damaligen Verfassungsreform wurde schon einmal erwogen, die Städtebauförderung als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern. Was die „Dorferneuerung“ betrifft, ist hier ja eine Verlagerung - oder doch „Parallelförderung“ - von der Städtebauförderung hin zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ festzustellen. Während in den letzten Jahren vor der Wiedervereinigung in den „alten“ Ländern – unterstützt durch zahlreiche Modellvorhaben – die Dorferneuerung verstärkt in die Städtebauförderungsprogramme aufgenommen wurde, wurde dieser Aufgabenbereich nach der faktischen und mehrjährigen Einstellung der Städtebauförderung für die „alten“ Länder nach 1990 in der Gemeinschaftsaufgabe aufgebaut.

Die Option Gemeinschaftsaufgabe hat zweifellos Vorteile in der ganzheitlichen Förderung. Ob sie verfassungsrechtlich durchsetzbar ist, ist eine andere Frage. Darüberhinaus bedarf es einer sorgfältigen Prüfung, ob sie die „Lebendigkeit“ in der Ziel- und Maßnahmenanpassung aufweisen kann, die eine nicht-sektorale Politik wie die Stadtentwicklung beansprucht.

**Option III:
Stadtenwicklungspolitik im status quo des Städtebauförderungsprogramms weiter entwickeln**

1. Stadterneuerung und Stadtentwicklung als Aufgaben der Stadtgesellschaft verstehen

Die Stadtgesellschaft muss sich auf Richtung und Strategie der Stadtentwicklung verständigen, ihre Mitglieder müssen ihre Verantwortung bei der Formulierung und gerade auch bei der Unterstützung der Strategie wahrnehmen.

Die Förderungen und die gemeindlichen Planungen und Maßnahmen sind so auszugestalten, dass sie einen gerade für die Investitionen primär in privater Verantwortung stehenden Stadterneuerungsprozess unterstützen, nicht aber ihn präokkupieren.

Die Städte und Gemeinden steuern und gestalten den Prozess der Stadtentwicklung aber als politische Aufgabe; damit steuern sie auch private Investitionen. Die integrierte Stadtentwicklungsplanung ist eine zentrale Aufgabe dabei. Ihre Aufgaben liegen aber auch in der Erhaltung, der Anpassung oder dem Neubau infrastruktureller Versorgungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen.

Bei alledem obliegt den Kommunen der Gemeinwohlauftrag, für einen stadtverträglichen Ablauf der Stadterneuerung Sorge zu tragen und den sozialen Ausgleich zu beachten und

zu sichern.

Die Förderungen sollen dort auf Darlehensbasis erfolgen, wo es möglich ist; dies gilt in der Praxis vornehmlich für investive Aufgaben, die Einnahmen generieren.

Die Zuschussmittel kommen namentlich für die Aufgaben des Ausgleichs aus Gründen des Allgemeinwohls und für die nicht-investiven Maßnahmen in Betracht.

2. Bündelung, Innovation und Evaluierung
Die Bündelung der stadtenwicklungspolitisch relevanten Mittel wird durch Beschluss der Bundesregierung und damit durch politische Festlegungen begründet und gesteuert. Die Umsetzung geschieht in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts. Ein „Sachverständigenrat für Stadtentwicklung“ unterstützt dabei die Politik.

Wie die Städtebauförderungsmittel des Bundes entsprechend Art.104b Grundgesetz programmbezogen befristet werden, bedarf der politischen Gestaltung und Entscheidung. Der Bund setzt 15% seiner Finanzhilfen für Modellvorhaben zur Innovation und zur Umsetzung der Evaluierung der Städtebauförderung ein.

Dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat wird von der Bundesregierung unter Einbeziehung der Ergebnisse der Modellvorhabens und eines Berichts des „Unabhängigen Sachverständigenrats für Stadtentwicklung“ jährlich ein Evaluierungsbericht vorgelegt.

Dies sind – gemeinsam mit den Ergebnissen der parlamentarischen Behandlung – Grundlagen für die Vorschläge des Bundes zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung.





Aus der Sicht des Kuratoriums - Zentrale Themen der Stadtentwicklung

Peter Zlonicky

Die Initiative zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik findet eine breite Resonanz. Die zentralen Themen der Initiative - die Aktivierung der Zivilgesellschaft, die soziale Stadt, die innovative Stadt als Motor wirtschaftlicher Entwicklung, Klimaschutz und globale Verantwortung, Stadtbaukultur, die Zukunft der Stadt in der Region – haben bürgerschaftliche Interessen geweckt, die sich in engagierten Projektbeiträgen konkretisieren. Und es sind Themen von europäischem Interesse, aufgenommen in die Leipzig Charta und ihre aktuellen Fortschreibungen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie im Gegenstromprinzip gesamtstaatlich und gleichzeitig zivilgesellschaftlich orientiert ist. Sie braucht die Mitwirkung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen aus Kultur und Religion, Wirtschaft und Verbänden, Wissenschaft und Bildung, Politik und Beratung.

Einen wichtigen Beitrag zur Kursbestimmung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik leistet das Kuratorium - in zwei Richtungen. Auf der einen Seite bringt es mit dem Blick aus unterschiedlichen Positionen der Gesellschaft Anregungen zur Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein. Auf der anderen Seite können die Mitglieder des Kuratoriums in ihren jeweiligen Institutionen Botschafter für die Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik werden. Dem Kuratorium kommt damit der wichtige Beitrag zu, das Netz der Akteure für der Städte enger zu knüpfen. Der Dialog ermöglicht es, gesellschaftliche Bedürfnisse aufzunehmen und in Politik umzusetzen – auf den Ebenen des Bundes und der Länder wie auch in den Kommunen. Es wird damit den kooperativen und diskursiven Charakter demokratischer Stadtentwicklungspolitik maßgeblich unterstützen.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ohne Verzicht auf subjektive Sichten: Welche Themen

stehen in bisherigen Gesprächen und Texten zur Diskussion?

1. Dialog der Akteure - ein Forum für die Stadt!

Die europäische Stadt ist Produkt eines kontinuierlichen Lernprozesses. Wichtige Ecksteine dieses Lernprozesses im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind

- Dialog und Konsens aller Beteiligten: Städte und Gemeinden, Länder, Bund, junge und alte Bewohner, öffentliche und private Akteure aus Wirtschaft, Kirche, Kultur- und Geistesleben.
- Denken und Handeln über Ressortgrenzen hinweg: Nutzung der Synergien von Fachwissen, Erfahrungen und Engagement für die Stadt.
- Chancen erkennen und Qualitäten entwickeln: Balance zwischen ökonomischem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung, zwischen baulicher Fortentwicklung und Bewahrung des historischen Erbes, zwischen wachsender Mobilität und Festigung lokaler Identität, zwischen kommunaler Autarkie und regionaler Kooperation.

Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet eine Plattform für Dialog und Erfahrungsaustausch. Städte sind heute kaum mehr in der Lage, zentrale Fragen der Stadtentwicklung im Alleingang zu behandeln: Klima und energiegerechter Stadtumbau, Konsequenzen der demographischen Entwicklung und die Zukunft der sozialen Stadt, Stadtbaukultur und die Folgen des wirtschaftlichen Wandels. Städte – und städtische Akteure – brauchen daher den Austausch, nicht nur untereinander, sondern auch auf nationaler und europäischer Ebene. Die Qualität der Stadtentwicklungspolitik liegt in ihrem Bezug zum Raum – diese Orientierung haben andere Politikfelder nicht in gleichem Maße. Es geht um etwas, was es in der Bundesrepublik noch nicht gibt - ein urbanistisches Forum für die Akteure der Stadtentwicklung. Es wendet sich an die Zivilgesellschaft. Und es öffnet sich für die europäischen Nachbarn.

2. Entwicklung von Instrumenten und Förderung – integrierende Programme!

Auf der Ebene des Bundes ist Stadtentwicklungspolitik auch und vor allem Förderpolitik. Wünschenswert wäre es, wenn der Bund als Integrationsinstanz diene – er kann mit bestehenden und künftigen Förderprogrammen mehr Kooperation einfordern. Darüber hinaus geht es um Qualität. Förderung mit Qualitätszielen zu verbinden – das sollte eine Aufgabe nationaler Stadtentwicklungspolitik sein. Menschen kommen in die Städte, weil sie bessere Lebensbedingungen in einer gesunden, schönen Stadt haben wollen, einer Stadt, in der man arbeiten, preiswert wohnen und sich auch erholen kann. Das braucht Qualität, und Qualität braucht auch Förderung. Es geht darum, gemeinsame strategische Ziele für die Städte zu erarbeiten. Es geht nicht darum, ein weiteres Städtebauförderungsprogramm und ein Wohnungsbauförderungsprogramm und ein Gemeindeverkehrs-Finanzierungsprogramm auf den Weg zu bringen – es geht um ein Stadtentwicklungsprogramm, das integrierend konzipiert ist und umgesetzt werden kann.

Stadtentwicklung muss als gesellschaftliche Veranstaltung begriffen werden. Städtebauförderung soll von der Prägung als

staatliches Programm zugunsten einer gesellschaftlichen und politischen Veranstaltung weiterentwickelt werden. Die Förderung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik – Stadtentwicklung und Stadterneuerung – muss sich an den integrativen, ganzheitlichen Aufgaben orientieren. Dabei geht es um eine Konzentration auf ausgewählte Stadtgebiete und um eine Konzentration auf vordringliche Fördertatbestände. Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung sollten für strukturell akzentuierte städtebauliche Bedarfsschwerpunkte eingesetzt werden. Dazu zählen sozialer Zusammenhalt und die Integration der Stadtgesellschaft, ökologische Herausforderungen, Brachen und Umstrukturierungen, die Sicherung und Erhaltung des baukulturellen Erbes und die Förderung wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung. Wettbewerb, ganzheitliche Planung, Bündelung der Mittel und regionale Betrachtung sind Schlüssel einer staatlichen Förderung der Stadtentwicklungspolitik.

Drei Optionen einer Weiterentwicklung werden zur Diskussion gestellt:

- Ein Gesetz über Stadtentwicklung und Städtebauförderung,
- Stadtentwicklung und Städtebauförderung als neue Gemeinschaftsaufgabe,



- die Weiterentwicklung der Stadtentwicklungspolitik im status quo des Städtebauförderungsprogramms. Durch einen Sachverständigenrat zur Begutachtung der Stadtentwicklung und durch den politischen Diskurs über die Ergebnisse wird die Städtebauförderung stärker in die parlamentarisch-politische Verantwortung gestellt.

3. Stadt und Wirtschaft – für eine wissensbasierte Stadtentwicklung!

Städte sind Motoren wirtschaftlicher Entwicklung – dies gilt verstärkt in den aktuellen Umbruchsituationen. Städte sind Knoten im Netz der Wissensgesellschaft – eine enge Beziehung von Forschung und Entwicklung ermöglicht schnellen Ergebnistransfer für Stadt und Wirtschaft. Wissensproduktion und Wissensvernetzung verändern traditionelle Standortprofile. Im Kontext weltweiten wirtschaftlichen Strukturwandels, globaler Klimaveränderung und anhaltender Revolutionierung von Informationstechnologien bilden sich in zunehmender Geschwindigkeit neue Standortqualitäten und Synergiegeflechte in den Städten heraus. Stadtentwicklung reagiert bereits heute auf die aus diesem sich beschleunigenden Prozess erwachsenden Anforderungen mit intelligenten Antworten und veränderten Strategien und wird dies

künftig in verstärktem Maß tun müssen.

Wissensbasierte Stadtentwicklung heißt deshalb zweierlei:

- Produktive und kreative Milieus in den Städten generieren und akkumulieren Wissen und Erfahrung ebenso wie sie selbst den raschen Austausch und Transfer von Informationen benötigen.
- Kommunale Stadtentwicklungspolitik wird sich – auch im Kontext Nationaler Stadtentwicklungspolitik – selbst als Teil und Verstärker dieses Lernprozesses begreifen müssen.

4. Bund und Hochschulen – Kooperationen für die Stadtentwicklung!

Eine Politik für die Stadt braucht eine wissenschaftliche Fundierung – die lebensweltliche Forschung an den Hochschulen braucht den Dialog mit der Politik. Bis vor kurzem gab es auf der Ebene des Bundes keinen regelmäßigen Austausch zwischen dem Ministerium und den raumbezogenen Fakultäten, im Gegensatz zu eingespielten Kooperationen auf kommunaler Ebene. Auf Initiative des Ministeriums wurde ein Dialog eröffnet - das Forum Stadtentwicklungspolitik bietet mit dem Hochschultag eine Ebene des Austauschs, eine Stärkung der Transmissions-Mechanismen. Die Kommunikation von Politik und



Wissenschaft wächst mit gemeinsamen Projekten. Ein Gewinn der Kooperation kann ein verstärkt präventives Handeln sein, ein anderer auch die Förderung engagierter Lehre. Damit öffnet sich die Politik des Bundes auch für die ‚junge‘ Perspektive von Studierenden auf die Stadt.

5. Soziale und kulturelle Kohäsion – gegen eine Spaltung der Stadt!

Soziale Probleme werden unmittelbar in den Kommunen sichtbar. Segregation ist aber eine Herausforderung auf Bundesebene. Eine Stadtentwicklungspolitik muss sich mit der Vermeidung sozialer Ausgrenzungen auseinandersetzen und eine integrierende Politik der Städte fördern. Angesichts der polarisierenden Entwicklungen werden gesamtstädtische Ansätze einer Entwicklungsplanung wieder dringender als zuvor. Dies bedeutet, dass die Stadtpolitik alles tun muss, was in ihrer Macht steht, damit sich die sozialen Verhältnisse und die Lebensbedingungen in den verschiedenen Teilen einer Stadt nicht allzu weit auseinander entwickeln.

Versuche, soziale Segregation durch bauliche Mischung oder durch Belegungspolitik zu verhindern, sind nicht immer erfolgreich. Wichtig wäre es, Familien und insbesondere

Kinder in ihrem Sozialraum zu stärken, ihnen Angebote zu machen, die sich an ihren Belangen, an ihren Ressourcen, an ihren Stärken orientieren. Hier soll die nationale Stadtentwicklungspolitik Unterstützung bieten. Von 39 Millionen Wohnungen in der Bundesrepublik entsprechen lediglich etwa 250.000 Wohnungen altersgerechten Standards. Wenn der zunehmende Wunsch nach einem selbst bestimmten Wohnen im Alter respektiert werden soll, so müssen mittelfristig zwölf bis dreizehn Millionen altersgerechte Wohnungen – Neubau und Bestand – angeboten werden. Wichtig wären Modelle der Wohnraumversorgung mit sozialverträglichen Belegungen der Quartiere, damit unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gezielt in bestehende Wohnquartiere integriert werden können. Auch der Rückzug aus der Peripherie in die Stadt ließe sich so fördern.

6. Energie und Klimawandel – Erneuerung im Bestand!

Klimawandel und Energiepolitik werden zur zentralen Herausforderung für die Städte, aber auch für die Städtebauförderung. Klimaschutzziele der EU und der Bundesregierung sind nur in den Städten und nur gemeinsam mit ihnen umzusetzen. Städtische Verwaltungen müssen als Berater von Bürgern und



Wirtschaft agieren und Vorbild sein für Verbraucher. Eine nationale Stadtentwicklungspolitik sollte dieses kommunale Engagement fördern.

Wie sieht eine energiegerechte Stadtentwicklungspolitik aus? Muss sie nicht im Zusammenhang mit Sozialer Stadt gesehen werden? Sind beispielsweise insulare Wärmeverbundsysteme und die damit verbundenen Energie- und Kosteneinsparungen auf den Quartiersmaßstab übertragbar? Dies muss auf nationaler Ebene diskutiert werden. Das Neubauvolumen geht zurück. Sollte eine energetische Erneuerung allein durch Neubau realisiert werden, kann es angesichts des derzeitigen Neubauvolumens an die 200 Jahre dauern, bis allgemein ein guter energetischer Standard erreicht ist. Die wichtigsten Ressourcen der Stadtentwicklung liegen im Bestand - die Erneuerung im Bestand muss Vorrang haben.

7. Stadttechnische Infrastrukturen – für einen nachhaltigen Umbau!

Günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Städte haben mit guter Infrastruktur zu tun. Die Modernisierung und Entwicklung stadttechnischer Infrastrukturen ist eine der großen Herausforderungen für die

Zukunft, gerade auch unter dem Aspekt einer ökologisch nachhaltigen Stadtentwicklung. Übergreifende Themen wie zum Beispiel City-Maut sollten nicht nur von einzelnen Städten eingeführt werden. Einzelentscheidungen – zum Beispiel zu Standorten von City-Logistikzentren – haben zu Fehlentwicklungen im Raum geführt. Dazu bedarf es des dichten Austauschs - auch mit dem Bund.

Der Trend „Zurück in die Stadt“ ist nicht nur von urbanen Wunschbildern, sondern auch durch in Zukunft wieder steigende Mobilitätskosten motiviert. Dies gilt insbesondere für Berufstätige, die mehrere Arbeitsverhältnisse zur Existenzsicherung brauchen. Und es gilt für berufstätige Eltern mit Kindern, die im Alltag längere Wegeketten verbinden müssen und auf eine Stadt der „kurzen Wege“ angewiesen sind. Ebenso gilt es für ältere Stadtbürger, deren Nahversorgung auch ohne Verkehrsmittel zu sichern sein sollte.

Modellvorhaben für nachhaltige Stadttechnik und integrierten Stadtverkehr sollten unterstützt werden.

8. Experimentelle Stadtentwicklung – neue Regeln auf Zeit und auf Dauer!

Das, was Stadtentwicklung will, kann durch



gesetzliche Regelungen behindert werden. Zum Beispiel behindert die DIN 18005 gemischte Nutzungen in der Stadt, das Wohnungseigentumsgesetz (§22 (2)) erschwert wegen der hohen Zustimmungquote von 75% der Eigentümer eine energetische Sanierung im Bestand. Was wäre, wenn diese Regelungen für ausgewählte Projekte auf Zeit ausgesetzt würden? Das wäre dann eine experimentelle Stadtentwicklung, die diesen Namen verdient. Erkenntnisse aus Modellvorhaben bieten Nutzen für die Stadtentwicklung – sei es im Erfolg, sei es im Risiko des Scheiterns. Nach einer Evaluierung könnten die Erfahrungen in dauerhafte neue Regelungen überleitet werden.

9. Baukultur – Stadtpflege im Alltag!

Baukultur beschäftigt sich mit der gebauten und mit der zukünftigen Stadt. Baukultur ist ein Stück steter Selbstvergewisserung. Auch die ungeliebten und von der öffentlichen Aufmerksamkeit vergessenen Quartiere sind in ihren besonderen Qualitäten zu entdecken. Anschauliche „Best Practice“-Projekte und gute Prozesse fördern die Stadtbaukultur – in diesem Sinne ist der aktuelle Wettbewerb für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur zu unterstützen. Mit Förderung sind Qualitätsansprüche zu verbinden. Mit einer Qualitätsdebatte des Bundes lässt sich auch eine lokale Stadtentwicklung unterstützen. Zum Verständnis von Baukultur gehört auch ein offener Blick für eine „Stadtentwicklung ohne Planung“ – Zwischennutzungen, eine junge Szene in der Stadt, ein kreatives Potenzial für Veränderungen können baukulturelle Perspektiven eröffnen.

10. Anschauliche Formen der Vermittlung – Zukunftsbilder für die Stadt!

Fragt man heute ‚auf der Straße‘ nach Nationaler Stadtentwicklungspolitik, wird man kaum auf Verständnis treffen. Umso mehr bedarf es einer klugen Vermittlung zwischen Politik und Alltag der Stadtbewohner. Welche Formen, welche Personen, welche Bilder

braucht diese Vermittlung? Stadtentwicklung ist ein zunehmend wichtiges Politikfeld. In der öffentlichen Wahrnehmung spiegelt sich die Bedeutung von Stadtentwicklung weitaus schwächer wider. Deshalb ist eine Kampagne wie „Für Stadt und Urbanität“ dringend zu unterstützen. Aber: Welche tradierten Bilder des urbanen Alltags, welche Bilder urbaner Projekte können einleuchtende Perspektiven für wünschenswerte Zukünfte der Stadt eröffnen? Wichtig wäre es, überzeugende Bilder für die Zukunft der Städte zu zeichnen – dies wäre eine der Aufgaben für eine nationale Stadtentwicklungspolitik. Es geht um das Bild der europäischen Stadt im 21. Jahrhundert.

11. Stadt und Region – kooperierende Netze!

Eine gute Nationale Stadtentwicklungspolitik richtet sich nicht nach Himmelsrichtungen – Ost oder West? – , sondern allein nach den unterschiedlichen Eigenschaften der Regionen und Städte, nach ihren unterschiedlichen Problemen und Potenzialen. Leitbild der Förderung muss es sein, die Qualitäten der Städte auch mit ihrem Umland zu sichern und weiter zu entwickeln. In einem Europa ohne Grenzen, in einer globalisierten Welt wird die einzelne Stadt kaum mehr wahrgenommen. In kooperierenden Netzwerken können Städte sich konkurrenzfähig entwickeln. Wenn sie sich als Stadtregionen sichtbar machen, so kann das Forum einer nationalen Stadtentwicklungspolitik Brücken auch zur europäischen Ebene bauen. Metropolregionen werden immer wichtiger für die europäische Stadtentwicklungspolitik – dafür gibt es aber bisher weder Instrumente noch Förderungen. Es geht nicht um irgendein neues Förderprogramm – im Gegenteil: nicht eine Vielzahl unterschiedlicher Programme nutzen den Städten, sondern wenige, auf ihren speziellen Bedarf ausgelegte gute Förderungen.

12. Stadtentwicklung – langfristig gültige Werte!

Die aktuelle Finanzkrise wird die Landkarten neu ordnen. Europäische Metropolen werden in Zukunft näher zusammenrücken, auch, weil sie bescheidener werden und sich mit langfristig gültigen Werten ausweisen müssen. Der Blick wird wieder frei werden für reale Werte in der Stadt, für „weiche“ Faktoren, die in Wahrheit harte Faktoren sind. Damit sind

alle Fragen einer kulturellen, einer nachhaltigen Entwicklung angesprochen. Bildung und Mobilität, soziale Kohäsion und Integration werden die größten Herausforderungen für das Leben in der Stadt sein. Städte sind Lernorte, auch für einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen: „Die Integration des Fremden ist die Utopie der Stadt.“



Dank und Abbildungen

Dank

Zuerst sind es die Mitglieder des Kuratoriums, denen ich für ihre Bereitschaft danke, einen Text zu schreiben oder sich für ein Interview zur Verfügung zu stellen.

Im Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung waren Herr Dr. Lütke Daldrup, Herr Dr. Hatzfeld, Herr Dr. Weigel und Herr Buchholz unsere Gesprächspartner - ihnen bin ich für alle Anregungen dankbar wie auch Herrn Dr. Gatzweiler vom BBSR für seinen Beitrag zu einer ersten Fassung der Broschüre.

Für eine kritische Durchsicht und konstruktive Kommentare danke ich Herrn Erhart Pfothauer, Planungsgruppe proUrban in Berlin.

Peter Zlonicky.

Abbildungen

Titelbild:
BBR/Jürgen Hohmuth, ZEITORT Berlin.
Sitzung des Kuratoriums:
Andreas Kaufmann, Leipzig.
Portraits der Autoren:
Angaben und Rechte bei den Mitgliedern des Kuratoriums.
Alle weiteren Bilder:
Elke Wendt-Kummer, Peter Zlonicky.



